

Kampuchea heute — ein Reisebericht S. 12

Arbeiterkampf

Jg. 17, Nr. 281, 6. 4. 87 ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES 5 DM C 21734 E

Volkszählung:

*Faites vos jeux!**

BRD, April 87: VoZä gegen VoBo, Bürger gegen Drückeberger, Staatsfreunde gegen Staatsfeinde. Ein Spurt kündigt sich an:

Der Bestand der BRD als freiheitlicher Sozialstaat werde von den VoBos untergraben. Sie würden von Unterwanderern für ,,ganz andere Zwecke'' gelenkt. So schallt es aus dem VoZä-Lager.

Die Freiheit des Individuums steht auf dem Spiel, kontern die VoBos. Sie haben die besseren Argumente und die Stimmung zunehmend auf ihrer Seite.

Nachdem kleckern nicht half, wird von den VoZä's nun geklotzt: Kriminalisierung, Bespitzelung, Repressionen gegen Veranstaltungen, Info-Stände und Einzelpersonen. Der Mythos des heiligen Parlamentarismus gar wird durch Abstellen GRÜNER Amts-Telefone, Rausschmiß von GRÜNEN Abgeordneten u.ä. ein ganz klein bißchen an der Realität korrigiert. Das Zählvolk wird mit Gewalt rekrutiert. Zwangs-Verpflichtung, Bestechung von Arbeitslosen und Schülern, Einsatz von Polizisten. Sogar Ausländer dürfen sich um Deutschland verdient machen.

Die Volkszählung entlarvt sich zusehends als das, was sie ist: als staatlicher Dressur-Akt zur Einübung von Untertanen-Bewußtsein. Praktisch jedenfalls ist sie nicht nur überflüssig, sondern auch schon fast gescheitert. Die plumpe Repression, die das Zimmermann-Ministerium jetzt entfalten läßt, wird ihr den Rest geben.

Auf in die letzte Runde: Das Ziel heißt: Boykott! Diskutieren wir über den Staat!

*zu deutsch: Nun aber hallo!

Die NULL Klemme ?

In der NATO wird gegrübelt: Was tun, da Gorbatschow nun tatsächlich den alten „Null-Lösungs"-Vorschlag der NATO annehmen will? War man sich doch damals, vor der Stationierung der Pershing II und Cruise Missile, ganz sicher gewesen, daß die Sowjetunion niemals 1.000 Atomsprengköpfe und hunderte SS 20 verschrotten würde, nur damit die NATO keine neuen aufstellt. Und nun dies! Sogar auf eine Kontrolle der Verschrottung will sich Gorbi einlassen. „Eine Selbsterpressung der NATO", klagte Strauß auf der jüngsten Wehrkundetagung unter den versammelten Politik- und Militärspitzen.

Auch wenn der NATO noch über 2.000 Atomsprengköpfe auf Mittelstreckenraketen und inzwischen weitere 6.000 Cruise Missiles auf See und in Bombern verblieben — ein Abkommen, wo die Politik der Rüstung ins Handwerk pfuscht? So wird vorläufig gestritten, ob man der Glaubwürdigkeit halber annehmen muß oder welche unannehmbaren Forderungen sich nun noch aushecken lassen. Für die Friedensbewegung wäre es ein leichtes, da hineinzustoßen. Allerdings nicht mit der Hoffung auf ein Abkommen der Großmächte, wie es die DKP propagiert, und auch nicht mit einem windelweichen Appell des Bundestages an Reagan, wie die Grünen als Hüter nationalen Gesamtinteresses anstreben. Sondern indem nun lautstark und subito die Aufkündigung des „Nach"-Rüstungsbeschlusses gefordert wird. Nur: Schaut man sich um, so drängt sich die Frage auf: Gibt es die Friedensbewegung noch anders als auf dem Papier?

Ausführliches zum Thema auf Seite 6

Hessen Die Quittung

sprengköpfe und hunderte SS 20 verschrotten würde, nur damit die NATO keine neuen aufstellt. Und nun dies! Sogar auf eine Kontrolle der Verschrottung will sich Gorbi einlassen. „Eine Selbsterpressung der NATO", klagte Strauß auf der jüngsten Wehrkundetagung unter den versammelten Politik- und Militärspitzen.

Auch wenn der NATO noch über 2.000 Atomsprengköpfe auf Mittelstreckenraketen und inzwischen weitere 6.000 Cruise Missiles auf See

der Großmächte, wie es die DKP propagiert, und auch nicht mit einem windelweichen Appell des Bundestages an Reagan, wie die Grünen als Hüter nationalen Gesamtinteresses anstreben. Sondern indem nun lautstark und subito die Aufkündigung des „Nach"-Rüstungsbeschlusses gefordert wird. Nur: Schaut man sich um, so drängt sich die Frage auf: Gibt es die Friedensbewegung noch anders als auf dem Papier?

Ausführliches zum Thema auf Seite 6

Hessen Die Quittung



Es ist erstaunlich. Walter Wallmann, Umweltminister und wahrscheinlicher Ministerpräsident in Wiesbaden hat eine Serie gebrochen, deren Gesetz ein ehernes zu sein schien. Nein, nicht weil er die CDU zur stärksten Partei in Hessen führen und ihr erstmals zum Regieren verhelfen konnte. Das mußte ja irgendwann passieren. Vielmehr besagt(e) die Serie, daß jeder, der es jemals zum Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt gebracht hat, automatisch am Höhe- oder Endpunkt seiner Karriere angelangt ist. Denn diesen Stallgeruch wird man schwerlich los, ebenso wie den pelzigen Äppelweingeschmack auf der Zunge. Auch bei Wallmann sahen sich die Experten bisher in der insgeheim gehegten Hoffnung bestätigt, mit dem Ruf auf den Bonner Schleudersitz könne es nur noch abwärts gehen. Nun das! Wurde das phänomenale Grinsen des Bürgerlieblings unterschätzt? Oder reißt ihn das Politschicksal nur deshalb so hoch auf den Wiesbadener Chefsessel, um ihn alsbald desto jäher stürzen zu lassen?

Die CDU hat die Wahl mit einem eindeutigen Ja zur Plutoniumwirtschaft gewonnen. Dies wird in den Konzern- und Politiker-Etagen des Atomstaats mit größter Erleichterung registriert. Auf Regierungs- und Verwaltungsebene dürfte das Gezerre um die atomrechtlichen Genehmigungen für die Hanauer Firmen NUKEM, ALKEM, RBU und HOBEG bald ein Ende finden. Nicht wenige Sozialdemokraten und Gewerkschaftsfunktionäre werden sich dem Aufatmen anschließen.

Fortsetzung auf Seite 2

Unangepaßtes zu AIDS

Nicht nur in Bayern: Es wird weitergeätzt

Strauß und sein Gauweiler sind zwar auf Bundesebene zunächst abgeschlagen. Aus Bayern flüchten derweil aber die AIDS-Kranken und -Infizierten. Bundeskanzler Kohl nahm das Thema als Punkt 1 in seine Regierungserklärung auf. An AIDS soll, was bisher nicht gelang, nun aber gelingen: Die sittliche Wende!

Kardinal Höffner, der AIDS ja schon lange als ,,Wink Gottes'' gegen lüsternes und gotteslästerliches Leben erkannte, verkündete inzwischen mit Blick auf die GRÜNEN und Alternativen: ,,Wir wissen ja, wo die Herde sind.''

Da wird allseits feste gedroschen, solange das Eisen noch heiß ist. So billig wie z.Zt. ist die Gelegenheit für ein moralisches Rollback und für die Stigmatisierung des Unangepaßten wohl nicht wieder zu bekommen. Man muß sich beeilen.

Wenn erst Gegenmittel gefunden werden, ist die Chance vorbei. Am besten, es käme gar nicht so weit? — Pfui, vor solchen Gedanken schützt uns — Gott sei Dank — schon die Konkurrenz der Pharma-Giganten! Was den Rechten ihre Chance für repressives Rollback, ist so manchen Linken die Chance für emanzipatorische Impulse einer neuen Sexualität. AIDS-Prävention nicht als Not, sondern als Chance?

Über diese und andere Fragen sprachen wir mit:
— Frank Rühmann, Soziologe am Hamburger Institut für Sozialforschung,
— Waltraud Zimmermann und Klaus Maaß von der Hamburger AIDS-Beratungsstelle

Seite 16-19

Bewegung in Nahost?

In Israel werden demnächst vier Linke vor Gericht stehen, weil sie im November 1986 an einem Treffen mit PLO-Vertretern in Rumänien teilgenommen hatten. Grundlage des Prozesses ist ein Gesetz, das für Kontakte mit PLO-Offiziellen Gefängnis bis zu drei Jahren androht.

Die andere Seite: Der frühere Außenminister Abba Eban trifft sich mit Palästinensern aus den besetzten Gebieten, und zum ersten Mal wird eine gemeinsame Erklärung unterschrieben: Anerkennung der ,,legitimen Sicherheitsinteressen Israels'' einerseits, Anerkennung der ,,legitimen nationalen Rechte des palästinensischen Volkes'' andererseits. Einen Tag später trifft sich der amtierende Außenminister Peres mit drei bekannten Palästinensern, die als PLO-nah gelten.

Im Vorfeld einer neuen Nahost-Konferenz, die von den USA und von Israels sozialdemokratischer Arbeiterpartei befürwortet wird, scheinen sich Risse im Beton zu zeigen.

Wir berichten in diesem AK über die aktuellen Vorgänge und setzen unsere Serie über den israelisch-palästinensischen ,,Dialog'' fort. Ein Diskussionsbeitrag setzt sich mit der Frage auseinander, ob die PLO auf ihr Ziel eines Staates in ganz Palästina verzichtet hat.

Foto: Oscar van Alphen



Fortsetzung von Seite 1

Hessen

Wallmann wird dann, wie nach Tschernobyl einstudiert, die Sorgen der Bevölkerung verstehen, verstehen und nochmals verstehen und ansonsten um Konsolidierung im Atombereich bemüht sein.

D.h. er muß ein Wunder vollbringen. Das Wunder muß darin bestehen, daß die Öffentlichkeit nichts Böses mehr über das Hanauer Atomzentrum oder über Biblis erfährt — also gar nichts mehr erfährt, denn Gutes gibt es von dort leider nicht zu berichten. Wallmann wird versuchen, einen atomstaatstypischen Geheimhaltungsschleier über die Firmen zu legen. Umso stärker wird öffentliches Interesse an den dortigen Machenschaften provoziert. Der Tip sei gewagt, daß sich die Plutonium-Mafia zu früh freut: Dieser Kampf ist noch lange nicht entschieden. Die außerparlamentarische Bewegung wird die machtvollen Bastionen ehrlichster AKW-Gegner in den diversen hessischen Ministerien behend verschmerzen können — vorausgesetzt, der Verlust fällt überhaupt jemandem auf.

Denn es wäre kühn, das Wahlergebnis auf eine plötzliche Popularität der Radioaktivität zurückzuführen. Ebensowenig muß man befürchten, daß Hessen zum finstersten Hort der Reaktion degeneriert. Vielmehr ließ sich der Fäulnisprozeß der SPD einfach nicht länger verbergen. Die Partei, die ohnehin nur noch von alten Loyalitäten zehrt, hat es geschafft, sogar die Geduld von Stammwählern überzustrapazieren. Es war ja nur noch lachhaft, wie gerade diejenigen, die das Bündnis

zieren. Es war ja nur noch lachhaft, wie gerade diejenigen, die das Bündnis

mit den Grünen zweimal zugunsten der Hanauer Firmen platzen ließen, sich als Bewahrer von Rot-grün aufführten und einen angeblichen Kampf gegen die Plutoniumwirtschaft auf ihre Fahnen schrieben. Und es war der Gipfel des Hochmuts, mitten im Wahlkampf das letzte jugendliche Zugpferd der Sozialdemokratie im Alter von 75 Jahren schmählich zum Rücktritt zu bewegen.

Schwer ist es, den Erfolg der Grünen ohne Häme zu feiern. Über den Witz, daß das Ergebnis die Grünen zukünftig davor bewahrt, von der SPD mit in den Abgrund gerissen zu werden, können Realos nur die Zähne knirschen. Jedermann weiß, daß Fischer und Cohn-Bendit gern auf ein paar Punkte verzichtet hätten, wenn es nur gemeinsam mit der SPD zur Mehrheit gelangt hätte. So waren diejenigen, die den größten Stimmenzuwachs verzeichnen konnten, am Wahlabend vor den Bildschirmen die zweittraurigsten. Dahin die Hoffnung auf eine „stinknormale" Koalition, welche nebenbei bemerkt ein stinknormales Politikverständnis voraussetzt, dahin die Hoffnung auf zwei Ministerien einschließlich des satten Unterbaus vielfältiger Verbeamtungen. Fischer und Schily taten sich am Wahlabend entsprechend schwer, das Ergebnis zur Kenntnis zu nehmen: Während die Basis für rot-grün von Hochrechnung zu Hochrechnung schmaler wurde, hofften und wetteten sie hartnäckig gegen den Trend.

Umsonst wird Fischer nun die Augen über die hessischen Landesgrenzen schweifen lassen, ob sich vielleicht in Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein oder Bremen Bedarf nach einem grünen Umweltminister findet (in Hamburg würden ja, wenn überhaupt, nur Senatorinnen genommen). Was in Hessen nicht gelang, wird dort schwerlich zum Zuge kommen. Rot-grün ist auf Landesebene erstmal in die Ferne gerückt. Somit könnten in den Grünen zwei andere Politik-Varianten an Gewicht gewinnen. Die Ökolibertären werden darauf pochen, die schwarzgrüne Option konkreter zu betrachten. Mal sehen, wieviel Realos sich diesem Denkmodell anschließen, weil ja Regieren besser als Studieren ist (Tagebuch-Titel Fischers). Bei den Ökosozialisten hingegen steht die Frage, wie lange der inhaltliche Vorrat reicht, sich hauptsächlich aus der Abgrenzung gegenüber den Realos zu definieren. Immerhin hatte Rainer Trampert im letzten Bundestagswahlkampf den großen Spruch gewagt, man könne die SPD vergessen: Die Grünen seien (gemeint: auf parlamentarischer Ebene) die einzige Opposition gegen die christlich-liberale Koalition und die Bonner Wende. Richtige Ideen klingen manchmal anfangs etwas anmaßend. Das Problem ist aber, aus solchen erfrischenden Befreiungsschlägen ein Spiel auf das kapitalistische Tor zu entwickeln. Allein gegen alle — das sieht schwierig aus. Aber immerhin: Ein Teil der Altparteien sitzt auf der Bank und ist zum Einwechseln kaum geeignet.

de.

„Wir bleiben stur — kein Elite-Abitur"

Schulstreiks, Besetzungen und Demonstrationen gegen „Abi-Deform"

Mit dem Vorstoß der CDU-Kultusminister, das Abitur bundesweit zu verschärfen, handelte sich die CDU erstmals seit der BAFöG-Streichung 1982 wieder breite Schülerproteste ein. Begonnen hatten die Schulstreiks bereits Mitte März in Niedersachsen, wo der CDU-Kultusminister plant, das 13. Schuljahr zu streichen. Am 30. März streikten 7000 Schüler in Bremen, gefolgt von 8000 am 31. März in Nordrhein-Westfalen. Den Höhepunkt bildete am 1. April ein Schulstreik von 25.000 Schülern in Hamburg, dem mehrere Schulbesetzungen vorangegangen waren. 3000 Schüler streikten am selben Tage in Kiel. Wie erwartet kam es auf der Kultusminsterministerkonferenz, die am 2. und 3. April in Saarbrücken unter dem Eindruck von 7000 streikenden Schülern tagte, zu keiner Einigung zwischen den CDU- und SPD-Kultusministern. Da die CDU aber der SPD mit Nicht-Anerkennung des Kollegschulabiturs in NRW droht, ist auf der kommenden KMK-Tagung am 11. Juni mit einem Kompromiß zu rechnen. Die Hamburger Schüler, deren Abitur mit Pflichtauflagen in Mathe, Englisch

ger Schüler, deren Abitur mit

Pflichtauflagen in Mathe, Englisch und Deutsch erschwert werden soll, werden dann wahrscheinlich ein zweites Mal streiken.

Es war kein Aprilscherz, nein. Im Hamburger Schülerkammerbüro, nur wenige hundert Meter von der Schulbehörde entfernt, telefonierten zwei Jusos hektisch mit dem Senatorenbüro und bettelten, der Schulsenator möge sich der mittlerweile auf 15.000 angewachsenen Schülermasse zeigen und eine Ansprache halten. Doch Joist Grolle zierte sich, wollte nur eine Delegation von 20 Schülern zu sich herauf lassen, um über die „Abi-Deform" zu reden. Hatte er doch schon in einer vorab verteilten Presseerklärung betont, daß er sich mit den streikenden Schülern inhaltlich einig sei und „mit großer Sorge" betrachte, „in welche Richtung die CDU/CSU-regierten Länder die 1972 geschlossene Vereinbarung zur neugestalteten Oberstufe ändern möchten." Doch den „Unterrichtsboykott" könner er nicht gutheißen.

„Abi-Deform", so nennt die Schülerkammer ein Anfang Februar von den CDU-Kultusministern bekanntgegebenes Papier für die Kultusministerkonferenz am 2. und 3. April, in dem eine weitgehende Einschränkung der Fächerwahlfreiheit und die Wiedereinführung der „traditionellen Hauptfächer" Deutsch, Mathe, Englisch bis zum Abitur angekündigt wurde. Da diese Regelung in den meisten CDU-regierten Ländern bereits gültig sind, drohten die CDU-Kultusminister nun, das Abitur der SPD-regierten Länder nicht mehr anzuerkennen. Ein Vorhaben, das erstmals seit der Streichung des BAFöGs im Herbst 82 jetzt wieder breite Schülerproteste auslöste. In Niedersachsen streikten 10.000 Schüler bereits Mitte März gegen entsprechende Pläne des Kultusministers Oschatz, in Nordrhein-Westfalen demonstrierten 8000 Klassensprecher am 30. März, in Bremen streikten 7000 Schüler am 31. 3. und 3000 am 1. April in Kiel.

Auf einem großem Stadtplan an einer Wand der Schülerkammer sind die Schulen, die sich am Streik beteiligen, mit blauer Farbe gekennzeichnet. Sechs Kreisschülerräte hatten sich in den vergangenen fünf Wochen seit Streikbeschluß neu konstituiert. Von insgesamt 103 Hamburger Gymnasien und Gesamtschulen beteiligten sich 90 am Streik. So gründlich, so ordentlich, so erfolgreich, erfuhr man in der Kammer, war lange keine Aktion der Hamburger Schüler gewesen. Ordentlich verhielten sich auch die 20.000 Schüler, die auf den Beginn der Kundgebung vor dem Einkaufszentrum Hamburger Straße warteten. Bei den großen Hamburger Schulstreiks gegen Schulschließungen vor sechs Jahren waren die empörten Schülermassen in das überdachte Einkaufszentrum gestürmt, hatten an den Glastüren der Behörden gerüttelt, bis diese aus den Angeln fielen und die rotgesichtigten Hausmeister im Foyer mit Eiern und Cola Dosen beworfen.

Diesmal standen die Oberschulräte verwundert vorm Behördeneingang und fragten sich, wo der Schülerpöbel denn bliebe. War man es seit Beginn der Sparpolitik Mitte der Siebziger doch wahrlich gewöhnt, von diesen Stufen aus Resolutionen und Protestbriefe gegen Lehrermangel, Schulschießungen, mangelnde Ausbildungsplätze oder schlechte Unterrichtsräume entgegenzunehmen und müde lächelnd zu versprechen, daß man sich drum kümmern werde.

Eine Schülerin aus Spanien eröffnete die Kundgebung, indem sie von den zwei Monate andauernden Schülerkämpfen und Streiks in ihrem Heimatland berichtete. „Euer Kampf gegen die Abi-Deform gilt unseren gemeinsamen Kampf für das Recht auf Bildung", sagte sie und zog damit eine Parallele zu den Kämpfen der Schüler in Frankreich und Spanien, deren wichtigste Erfahrung es gewesen sei, „daß Schülerproteste Erfolg haben können". Es folgte der Lehrervertreter Andreas Reichel, der im Namen der GEW erklärte, daß man nicht nur das Ziel des Schulstreiks, sondern auch den Schulstreik selbst für die richtige Aktionsform halte. Eine Aussage, die Brisanz vor dem Hintergund erhält, daß der Bildungssenator im Schattenkabinett der CDU Disziplinarmaßnahmen für Lehrer ankündigte, die ihre Schüler nicht vom Streiken abhalten. Der dritte Redner räusperte sich und begann seine Rede an die 25.000 Schüler mit der Aufforderung: „Kann hier bitte mal Ruhe eintreten!" Es war der Senator persönlich. „Es ist erfreulich.

bitte mal Ruhe eintreten!" Es war der Senator persönlich.

„Es ist erfreulich, daß Schüler und Schulbehörde endlich mal die selben Ziele verfolgen", begann er seine Rede. „Die Verteidigung der Oberstufenreform", so der Senator weiter, sei eine der wichtigsten Reformen der Nachkriegsgeschichte. „Wir haben die Oberstufe 1972 reformiert, nicht weil wir ein Billigabitur wollten, sondern weil die Schule von damals eine langweilige Schule gewesen war." Während der SPD-Politiker betonte, daß das Hamburger Abitur genauso viel Wert sei, wie das in München oder Stuttgart, wurden tausende von Schülern zu wahren Grolle-Fans. Er stellte die Glaubwürdigkeit der CDU-Politiker in Frage, die gleichzeitig das Lernpensum erweitern und die Schulzeit auf zwölf Jahre verkürzen wollten. „In Wahrheit geht es ihnen um mehr Anpassung, Bückeln und Gleichschaltung!" Als Grolle schließlich versicherte, er werde die reformierte Oberstufe in Saarbrücken verteidigen und „keinen Meter zurückweichen", wollte der minutenlange Jubel für den Senator gar nicht abbrechen. Eine kurze Erklärung der Schülerkammerfrau Sandra Mahn folgte: das Ziel des Streiks, ein „klares Nein" von Grolle sei nunmehr erreicht worden. Kritische Fragen, etwa nach der jüngst in Hamburg eingeführten Apogyo (Ausbildungs- und Prüfungsordnung für die gymnasiale Oberstufe) die bereits eine erhebliche Erschwerung des Abiturs bewirkt hat, wurden dem Senator nicht gestellt. Nachdem man zu Grolle so nett gewesen war, demonstrierten die Schüler mit Parolen wie „Wir bleiben stur, kein Elite-Abitur" zum CDU-Büro am Leinpfad, wo symbolisch ein Kübel Mist ausgekippt wurde.

SSB-Schüler



Frankreich, Spanien, Hamburg?

Wie kommt es, daß mit einem Mal wieder so viele Schüler auf die Straße gegen? Kurzlebiges Aufmucken der ansonsten grundauf zufriedenen Poppergeneration, die um ihre Privilegien fürchtet? Über eine beginnende Revolte, vergleichbar mit den Schüler- und Studentenprotesten in Frankreich und Spanien?

Will man sich die Bedeutung dieser Schülerstreiks klarmachen, so muß man sich vergegenwärtigen, daß vorher an Hamburger Schulen jahrelang absolute Friedhofsruhe geherrscht hat. Ausnahmen bestätigen die Regel, wie beispielsweise die Schüler am Gymnasium Altona, die sich im Sommer 86 massiv für die Freilassung ihres beim Kessel festgenommenen Mitschülers Frank Stülken engagierten. Eine Jugendstudie der Konrad Adenauer-Stiftung ermittelte im Dezember 83, daß nur noch 15 Prozent der Jugendlichen es für verantwortungslos hielten, Kinder in diese Welt zu setzen und nur 29 Prozent Leistungsdruck entschieden ablehnten. Dafür wollten 71 Prozent beruflich Karriere machen und ganze 78 Prozent befanden, daß Leistung und Erfolg zum Leben dazu gehören. Nun, ein Umfrageergebnis, das angesichts steigender Jugendarbeitslosigkeit und beruflicher Perspektivlosigkeit an Schulen ud Universitäten absurd erscheint. Zum gleichen Zeitpunkt begann die damalige CDU-Bildungsministerin Wilms mit offensiver Propaganda für Elitebildung ud Hochbegabtenförderung. Das Schlagwort „Chancengleichheit" wurde gegen „Chancengerechtigkeit" ausgetauscht.

Der damalige Versuch, für die kurzlebigen Proteste gegen die BAFöG-Streichung hinaus eine Protestbewegung gegen Elitebildung und Auslese an den Schulen zu entfachen, scheiterte am Desinteresse der Schüler. Auf Dauer gelingt es den Politikern dennoch nicht, Scheiße für Gold zu verkaufen. Der jetzige Schülerprotest mag „brav" sein, die Schüler mögen Grolle vorerst noch einmal auf den Leim gehen. Dennoch ist es beachtlich, wenn tausende von Schülern energisch fordern: „Wir bleiben stur — kein Elite-Abitur". Auffällig war bei den Schulbesetzungen in drei Hamburger Gesamtschulen aber auch auf Streikvorbereitungstreffen im allgemeinen die breite Beteiligung von Schülern bei Diskussionen um das konkrete taktische Vorgehen: War es richtig, den eigenen Schulleiter anzugreifen? Ist es vertretbar, eine Nachbarschule zu stürmen, wenn dort Schüler eingeschlossen sind? Beknackte Diskussionen vielleicht, aber Diskussionen, die einen politisierenden Charakter haben.

Man sollte die Proteste gegen die Abi-Deform nicht mit denen in Frankreich und Spanien auf eine Stufe stellen. Dennoch haben diese Bewegungen Mut gemacht. Man kann also mit Spannung erwarten, was passiert, wenn die KM-Konferenz am 11. Juni erneut über die Abi-Verschärfungen berät oder spätestens im Herbst 87, wenn Grolle erneut versuchen wird, die letzte Apogyo — Verschärfung durchzusetzen.

SSB-Schüler

Grolle, Held der Schüler?

Wenn Grolle sagt, daß er bei der Verteidigung der reformierten Oberstufe „keinen Schritt zurückweichen" will, dann verschweigt er, daß er dies bereits auf einer Kultusministerkonferenz 1983 getan hat. Damals stimmten die SPD-Kultusminister einer ersten Verschärfung des Abiturs zu, die in Hamburg als Apogyo (Ausbildungs- und Prüfungsordnung) per Gesetz eingeführt wurde. Sie enthielt mehr als 15 Änderungen, die für sich genommen für die Schüler noch erträglich schienen. So sollten Minderjährige künftig ihren Belegungsbogen von Eltern unterschreiben lassen. Mindestens eines der klassichen Hauptfächer (Deutsch, Mathe, Englisch) mußte als Prüfungsfach belegt werden. Wer künftig in die 12. Klasse versetzt werden wollte, mußte nun elf, statt vorher zehn Fächer in die Wertung einbringen. Da dies die Möglichkeit, Fünfen auszugleichen, erschwert, führte dies an einigen Hamburger Schulen zur Verdoppelung der Sitzenbleiberzahl. Die Verschärfung bewirkte im wesentlichen eine Einschränkung der Fächerwahlfreiheit und eine Erschwerung des Abiturs, unterschied sich also nur graduell von der „Abi-Deform" der CDU.

Als im Herbst 86 der erste Apogyo-Jahrgang vor der Abiturprüfung stand und mit der ärgsten Verschärfung, der Verdoppelung des Paukstoffes in geisteswisenschaftlichen Fächern, konfrontiert wurde, kam es zu einer spontanen Demonstration von 800 Schülern. Grolle gab nach und setzte noch einmal eine Übergangsregelung für das 86-Abitur ein.

Daß es sich bei Grolles „Nein" zur „Abi-Deform" um ein „Jein" handelt, ging bereits aus einem Kompromißpapier der SPD-Kultusminister hervor. Ja, man will verhandeln über die strittigen Punkte, wenn als Gegenleistung die in Nordrhein-Westfalen beheimaten Kollegschulen anerkannt werden. Nein, man will bei den Verhandlungen keine Zugeständnisse machen, die über die Apogyo hinausgehen. Rein formal forderte die SDAJ und Juso dominierte Schülerkammer in dem Streikaufruf noch die Rücknahme der Apogyo. Doch wurde die Apogyo ihrer „Klassensprecherzeitung" nach bereits für weniger schlimm als die Abi-Deform befunden. Und da die Erwähnung der Forderung nach Rücknahme der Apogyo bei allen Streikkundgebungen vernachlässigt wurde, hat Grolle die besten Chancen, von den Hamburger Schülern zum Mann des Jahres 1987 gewählt zu werden.

SSB-Schüler

Impressum:

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlagskooperative GmbH, Lindenallee 4, 2000 Hamburg 20; Telefon: Redaktion/Verlag 040/43 53 20, Aboverwaltung 040/43 53 46; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementpreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00; Einzelpreis DM 5,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 4.800
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Brandt weggerülpst

Es gibt Menschen, die haben ihren Stallgeruch und sind frustriert. Folgende Nobodies der SPD haben beschlossen, in die Geschichte einzugehen. Tun wir ihnen den Gefallen, die Namen zu nennen. In alphabetischer Reihenfolge: Hans Apel, finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion; Rudolf Dressler, Vorsitzender der AfA; Horst Ehmke, stellvertretender der Fraktionsvorsitzender im Bundestag; Friedhelm Farthmann, Fraktionsvorsitzender im NRW-Landtag; Hermann Heinemann, SPD-Vorsitzender westl. Westfalen; Klaus Lennartz, MdB und Unterbezirksvorsitzender im Erft-Kreis; Hermann Rappe, Vors. der IG Chemie; Annemarie Renger, Bundestags-Vizepräsidentin; Heide Simonis, MdB aus Schleswig-Holstein; Karsten Voigt, außenpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion; Axel Wernitz, MdB; Hans-Jürgen Wischnewski, MdB, inoffizieller Sprecher der Kanalarbeiter. An der Spitze der Seilschaft schreitet Helmut Schmidt. Aber das ist kein nobody, sondern Träger eines Neidkomplexes. Als ungekröntes Haupt der Versager eignet er sich folglich besonders gut.



Knall auf Fall, Fall auf Knall. Binnen einer Woche hatten sie Willy Brandt geschafft, Ähnlichkeiten zu seinem

Knall auf Fall, Fall auf Knall. Binnen einer Woche hatten sie Willy Brandt geschafft, Ähnlichkeiten zu seinem

Kanzlersturz 1974 durchaus nicht zufällig. Viele waren überrascht, einige wußten es schon früher. Am 16.3. nominierte das SPD-Präsidium auf Vorschlag Brandts die *,,Schöne Griechin — Aber sie ist nicht in der Partei — Ihr Freund ist CDU-Mann''* (,,Bild'', 18.3.) als zukünftige Parteisprecherin. Das Blatt gab auch gleich den Ton für die folgenden Tage an: *,,Viele Genossen sind fassungslos...''*

Als Zeugen meldeten sich nach Studium der Springerpresse prompt Wischnewski, Wernitz, Dressler, Heinemann, Simonis und Voigt mit Presseerklärungen; Lennartz vom Erft-Kreis (Rheinland) nutzte die Gunst der Stunde zu einem beifallumtosten Auftritt vor der Bundestagsfraktion — Blitzstart eines politischen Naturtalents. Vogel gefiel sich in einer Geste, als wolle er die Debatte abwürgen: Was er sonst **immer** schafft, gelang ihm diesmal **ausnahmsweise** nicht. Ben Wisch, *,,Brandt-Vertrauter''* und anerkannter Fachmann für komplizierte Aktionen, kündigte an, der Vorstand werde sich *,,in allerkürzester Zeit''* mit der *,,Führungskrise''* befassen und sie *,,in einem Guß und nicht stückchenweise''* erledigen (,,FR'', 19.3.). Springers ,,Hamburger Abendblatt'' (19.3.): *,,Für jene, die schon seit langem das Abtreten Brandts wünschen, kam dieser Fehler wie gerufen.''* ,,Bild'' sieht sich die Lebensgeschichte Brandts genauer an: *,,Immer die Frauen...''*

Am Morgen der entscheidenden Vorstandssitzung (23.3.) weiß der ,,Spiegel'', was die Stunde geschlagen hat: *,,Brandts Fall''*. Stellvertretend für die geistesstarken und populären Sozialdemokraten, die das Nachrichtenmagazin mit weitsichtigen Zitaten zu Wort kommen läßt, sei hier der ehemalige Verteidigungsminister und Seeheim-Rüpel Apel genannt, Liebling seines Hamburger Wahlkreises (den er am 25.1. verlor) und eine Art personifizierte Null-Lösung der SPD: *,,BMW — Brandt muß weg.''* Vom Biertisch steuerte Versöhnungsspezialist Farthmann ein Stück Barackensolidarität bei: Als Freund der Frauen sei er gleichwohl gegen *,,Tittensozialismus''* in der Partei. Der im Umgang mit Geheimdiensten erprobte, d.h. leberstarke und kotzerfahrene Prof. Ehmke klagte mitleidtriefend über die Senilität des Vorsitzenden. Am Abend hatten die Canaillen auf der ganzen Linie gesiegt. Kompliment!

Die bürgerlichen Zentralorgane erkannten scharfsinnig, daß es um Politik ging, es also nötig wäre, das sog. Rechts-Links-Schema ein weiteres Mal als unzutreffend zu dementieren. *,,Es gab einen Aufruhr von ‚links' bis ‚rechts'.''* (,,FAZ'') *,,Linke und Rechte gingen auf die Barrikaden''*, bestätigt der ,,Spiegel'' und noch mal superpräziße: *,,Rechte wie Linke gleichermaßen in Rage''*. Also ganz-genauso-völlig-identisch-einfach-deckungsgleich-die-einen-wie-die-anderen.

Doch, das ist wichtig. Wie wichtig dem ,,Spiegel'' das ist, sieht man an der pädagogischen Übung, die er mit seinen Leserinnen unternimmt. Als Beleg finden wir im Folgenden die äußerst penible, nicht alphabetische Aufzählung von Brandt-Kritikern: Farthmann (Chauvi, rechts), Wettig-Danielmeier (ASF-Vorsitzende, Mitte), Schroeder (links), Heinemann (rechts), Voigt (Zitat: *,,der Alt-Linke''*), Rappe (rechts), Ehmke (Mitte?), Simonis (links), Wischnewski (rechts). Also quer durch alle Strömungen, oder? Ein nettes Beispiel dafür, wie Profis eine Nachricht machen. Nein, Lüge brauchen sie sich nicht vorwerfen zu lassen, dazu sind sie viel zu seriös. Manipuliert wird weder durch grobes Verfälschen noch durch Weglassen, sondern einfach durch Sortieren und Gewichten.

Nun sind die Nachbeter am Zuge: *,,Brandt geht, Lafontaine steigt auf. Will man das Raster grob anlegen, wird ein Linker im engeren Führungszirkel durch einen Linken ersetzt.''* (,,FR'', 25.3.) Alle können zufrieden sein. Verdächtig ist nur die Eile, mit der die ,,FR'' gern zur Tagesordnung übergehen möchte: *,,Jetzt, da es geschehen ist, erleben die Beobachter des politischen Lebens wieder einmal, wie schnell nach zentralen Personalentscheidungen die Spannung fällt und die Öffentlichkeit sich dem Neuen zuwendet.''* In der ,,taz'' weint Querdenker Klaus Hartung nicht Brandt, wohl aber Glotz eine Träne nach, dem Analytiker, dem die SPD die brillanten Wahlkampfstrategien in Niedersachsen und im Bund verdankt. Den ungeliebten Vogel versucht er vorsichtig herauszuputzen: verläßlich, zugänglich, keine personalpolitischen Hintergrundmanöver. Das war wohl nötig, weil ,,Bild'' den Neuen verdächtigte, er habe den Alten gezielt in dessen Entscheidung für Mathiopoulos bestärkt, um ihn dann ins offene Messer laufen zu lassen.

So kam es, daß der ehemalige Vorsitzende der SPD eine absolute Solonummer gab, als er seine Rücktrittserklärung im Parteivorstand veröffentlichte und darin das Gegenteil behauptete. *,,Was Führungskrise genannt wird, ist für einige, die dies nicht wahrhaben wollen, der zielstrebige Versuch, die programmatische und personelle Erneuerung der Partei als Marotte des Vorsitzenden abzuhandeln. Ich stehe für diese Abart von Auseinandersetzungen nicht mehr zur Verfügung.''* Brandt beschuldigte namentlich Schmidt, an der Beschlußlage und Mehrheit der Partei vorbei einen ,,Kurswechsel auf kaltem Wege'' erzwingen zu wollen. Weitere Namen hatte er aus der schriftlichen Fassung der Rede herausgestrichen, wohl aber mündlich genannt. Nach ,,FAZ'' (27.3.) soll es sich dabei um Wischnewski, Rappe und Apel (alle Seeheimer Kreis) handeln. Pech für die Erft-Mannen, daß Lennartz glatt vergessen wurde.

Doch Brandts Freunde folgten ihm nicht mit dieser Version. Daß es unflätige, frauenfeindliche und rassistische Reaktionen aus der Partei — *,,und zwar nicht nur an der Basis''* (Tilman Fichter) — gegen den Vorsitzenden und die von ihm gewünschte Sprecherin gegeben hatte und daß sich Brandt dagegen zur Wehr setzte, gestand man ihm großzügig zu. Was den politischen background betrifft, gab Vogel die Parole aus, es sei Brandts gutes Recht, beleidigt zu sein. Ein vielsagendes Wort. Auf einmal scheint er auch seine Fähigkeit, die Partei zum Schweigen zu verdonnern, in vollem Umfang wiedergewonnen zu haben. Die SPD ist geeint: Von der Spitze bis zur Sohle wird Null-Hand gespielt.

„Abart von Auseinandersetzungen"

Unter allen journalistischen Lackaffen, die ihr bescheidenes Können ab sofort dem Nachfolger andienten, war es Klaus Hartung, der das Umdenken zum neuen Denken allzu offensichtlich werden ließ. Wir danken für die Transparenz, auch wenn sie vielleicht nicht ganz freiwillig zustande kam. Sein Kommentar zur Veröffentlichung der Rede: *,,Brandt und die neue Brandt-Legende''* (,,taz'', 27.3.). Den Ekel bei der folgenden Passage können wir dem/der Leser/in leider nicht ersparen:

> ,,Brandt konnte es bei der Würde seines Rücktritts aus vergleichsweise geringem Anlaß nicht lassen, nach höheren Gründen zu suchen, d.h. Legendenbildung zu betreiben. Die erste Legende formulierte er in seiner mündlichen Abschiedsbegründung: Er interpretierte in die Auseinandersetzung um Frau Mathiopoulos ein politisches Manöver hinein, wonach es dem rechten Parteiflügel um die Abkehr von den ‚linken' Beschlüssen auf dem Nürnberger Parteitag gehe. Dem widersprachen Anke Fuchs und Hans Apel vehement. In der Tat ließ Brandt im redigierten Text diesen Vorwurf fallen. Dafür formulierte er eine neue Legende in der der ‚Zeit' übergebenen ‚jugendfreien Fassung' (Brandt). Er strich alle Namen der ‚Linken', sodaß der Name Helmut Schmidts übrigblieb. Schmidt stehe für den Versuch, in der Partei ‚einen Kurswechsel auf kaltem Wege' zu erreichen. Mit anderen Worten, Brandts Rücktritt sei ein Schmidt-Putsch. Dieser Vorwurf, das bezeugen Rechte wie Linke in der SPD, ist gänzlich falsch. Brandt hat damit nicht nur Betroffenheit in der Partei hinterlassen, sondern auch noch eine kräftige Portion Gift für künftige Grabenkriege geliefert.''

Es ist nicht die Verwirrung des Alternativ-Klausis, die seine Zeilen politisch, moralisch und ästhetisch so unerfreulich macht. Es ist vielmehr sein — von der Absicht her sehr klarer, in der verbalen Durchführung allerdings tölpelhafter — Versuch, Brandt eine Widersprüchlichkeit anzudichten, um ihn der ,,Legendenbildung'' zu überführen. Hartung stellt die Sache so dar, als habe Brandt zunächst Rechte angegriffen. Als diese (Apel/Fuchs) im Vorstand widersprachen und das auch noch vehement, was Hartung überzeugend findet, hätte Brandt, dieser Version zufolge, Linke beschuldigt. Zur Veröffentlichung hätte er die Namen der Linken jedoch wieder gestrichen, sodaß Schmidt übrigblieb (als Linker oder als Rechter?). Nun aber bezeugen Rechte ,,wie'' Linke — hier ist wieder jenes ganz-genauso-völlig-identisch-der-eine-wie-der-andere —, daß Schmidt ,,gänzlich'' unschuldig sei. Dem kann sich die ,,taz'' nur anschliessen.

Alles papperlapapp. Gegen solche Charakterschweine — soll ich sagen: typischer APO-Prägung oder laß ich's lieber? — muß man auch einen alten Intimfeind mal in Schutz nehmen. Brandts Senilität kann ein Hartung, der vor kurzem noch um ihn herumscharwenzelte, natürlich besser beurteilen. In seinem Rücktritt allerdings ist kein Tattern und kein Sabbern zu erkennen. Da heißt es in aller Frische: Die Rechten haben meinen Sturz betrieben, und ein paar Vollidioten, die sich links dünken, haben mitgemacht. — Es ist Hartungs freie Entscheidung, sich den Letztgenannten anzuschliessen, wenn er auch wissen müßte, daß Karsten Voigt zwar ein Auch-Du-mein-Sohn, aber beileibe kein Tyrannengegner Brutus ist. Doch die Verlogenheit, mit der dies geschieht und die sagenhafte Mobilität, mit der es ein alternativer oder, wie es so schön heißt: ,,frecher'' Journalist fertigbringt, bis zum Abend eines Tages für Brandt zu schreiben und am nächsten Morgen schon für Vogel — die wird der politischen ,,Kultur'' der ,,taz''-Redaktion noch ein Weilchen anhängen. So tritt der Getretene nach dem Wegtretenden, nicht in einem Akt der Befreiung, nicht einmal aus Rache, sondern mit schuldbewußtem Blick auf den gestrengen neuen Oberlehrer, zukünftige Tritte erwartend. Armer Hartung.

Arme SPD-Linke! Schäbig, ausgelaugt, kaputt — Hühnerhaufen ohne Richtung und Ziel. Da hat man also nach dem 25.1. gedacht, es liege auf der Hand, daß der rechte Flügel mit Rau die Niederlage organisierte. Folglich sei nun so oder so die Parteilinke am Zug. ,,So oder so'' hieß für die ewigen Jusos Lafontaine, Schroeder, Engholm und Wieczorek-Zeul: So oder so ohne Kampf. Denn wir haben ja noch ein Jahr Willy und der wird's schon richten. Lafontaine, der Zauderer, glaubte, man könne zunächst die engere Parteiführung mit Vertrauten besetzen, um zuletzt selbst lockerflauschig ins gemachte Bett zu sinken. Das Ergebnis lautet: Zwei Türme (Lafontaine und Klose) gegen die Dame (Vogel) und einen Turm (Anke Fuchs als Bundesgeschäftsführerin). Ein weiterer Läufer (Sprecher/in) dürfte zusätzlich nach Vogels Wünschen ausfallen. Bei der Besetzung der Schlüsselpositionen in der Bundestagsfraktion hatten die Linken ebensowenig zu bestellen wie bei der Börner-Nachfolge in Hessen.

Ganz im Gegensatz zum vorsichtigen Lavieren der Enkel rief Helmut Schmidt seine Kanaler zum innerparteilichen Durchmarsch auf. Wehner habe recht mit seiner Prognose gehabt, erklärte der Ex-Bundeskanzler, daß die SPD Jahrzehnte brauchen würde, bis sie wieder regierungsfähig wird. Dies konnte nach Lage der Dinge nur als Signal verstanden werden, im Machtkampf keinerlei Rücksicht auf die an-

SPD Jahrzehnte brauchen würde, bis sie wieder regierungsfähig wird. Dies konnte nach Lage der Dinge nur als Signal verstanden werden, im Machtkampf keinerlei Rücksicht auf die an-

stehenden Wahlen in Hessen, Rheinland-Pfalz und Hamburg zu nehmen. Egal wie tief der Laden sinkt — Hauptsache die Seeheimer Mafia behält die Zügel in der Hand. Es war der hanseatische Hochwasserexperte persönlich, der dem lange angestauten Sozialrassismus, Sozialchauvinismus und Sozialimperialismus die Schleusen öffnete.

Der Anlaß war nahezu beliebig. So darf bezweifelt werden, ob Brandts Option für Mathiopoulos von all den linken Absichten getragen war, die er nachher für sich beanspruchte. Aber das spielt keine Rolle. Spätestens seit der Klose-Wahl lagen die Aasgeier auf der Lauer. Einmal kurz gerülpst und der Vorsitzende war weg. SPD — wie sie leibt und lebt. Aber auch Gorbi sei Wachsamkeit empfohlen, falls er mit Argumentationen zu tun haben sollte, die sich vom Stallgeruch beflügeln lassen.

In einem ,,taz''-Beitrag (25.3.) meint der ehemalige Vorsitzende der SPD Schleswig-Holstein und Altmeister der einstigen stamokap-Fraktion, Jochen Steffen, ein Mensch, bei dem man im Unterschied zu den Enkeln zögert, das Prädikat SPD-Linker in Anführungszeichen zu setzen, Brandt sei *,,auf dem Feld erlegt worden, auf dem sein Rücktritt als Kanzler entschieden wurde.'' ,,Das ist vor allem seine eigene Schuld.''* Womit Steffen vollkommen recht hat. Brandt war auch der Kanzler der Berufsverbote und der Politik der ,,inneren Sicherheit''. Innerparteilich dachte er niemals daran, linke Sozialdemokraten im Kampf gegen die Canaillen zu unterstützen. Er hat sie vielmehr immer in die Gesamtpartei integriert, ihnen Parteiräson bis zur Unkenntlichkeit beigebracht. Deshalb ist es logisch, daß er in dem Moment, wo er einen linken Flügel hätte gebrauchen können, allein dastand. Dies ist sogar, wenn man die diversen Verbitterungen mal beiseite läßt, eine außerordentlich runde Geschichte.

Eine endliche obendrein. Irgendein Westberliner Sozialdemokrat erinnerte sich anläßlich des Führungswechsels erstaunt, er sei eigentlich nur wegen Brandt in diese Partei eingetreten. Dieser Sozialdemokrat wird nun sicher wie viele andere noch eine Weile im Kino sitzen bleiben, obwohl der Film vorbei ist. Eine menschliche Reaktion — vor allem, wenn man selbst mitgespielt hat. Aber der lange Marsch einer ganzen Politgeneration durch die SPD ist abrupt an einer Mauer angekommen. Einige werden sagen, klettern wir auch hier wieder drüber. Aber die meisten Marschierer werden für einen Versuch zu müde sein. Und es steht auch kein Rudi Dutschke bereit, der ihnen Mut machen würde.

Damit ist natürlich nur ein Pfad zuende, nicht der lange Marsch als solcher. Er geht mit Hallo und Hurra bei den Grünen weiter. Toitoitoi, Genossinnen und Genossen, am Ende eures Weges ahnen wir schon eine Überraschung. Nur verraten dürfen wir sie nicht, denn man muß sich bekanntlich vor linker Besserwisserei hüten.

de.

Hamburg: Wettstreit der „Reformflügel"

Vor den Hamburger Neuwahlen am 17. Mai sind die Fronten klar abgesteckt. Die SPD hat ihre Präferenzen gewertet: 1. Absolute Mehrheit, 2. Koalition mit der FDP, 3. Keine Tolerierung durch irgendwen, 3a. Koalition mit der GAL, 3b. Große Koalition mit der CDU. Für 1 und 2. steht der derzeitige Bürgermeister von Dohnanyi zur Verfügung, für die Möglichkeiten unter 3. ein neuer Kandidat. Die bislang nicht parlamentarisch vertretene FDP hat eine Koalition mit der CDU beschlossen, als zweite Präferenz aber eine mit der SPD nicht ausgeschlossen. Die GAL hat ihrerseits mit Mehrheit beschlossen, keine Koalition einzugehen und ihren Tolerierungskatalog aus dem letzten Jahr erneut bestätigt. Die DKP wird voraussichtlich in Gestalt der „Friedensliste" zur Wahl antreten.

Hamburgs SPD hat sich auf die Lafontaine'sche Taktik festgelegt, wenn auch in dieser Hansestadtspartei angemessener, grobschlächtiger Art: Die Grünen sollen für den Fall rechnerischer SPD/GAL-Mehrheit in eine Koalition gezwungen werden. Unverblümt hat Bürgermeister Dohnanyi, der in den letzten Wochen so häufig wie nie das Wort Reform benutzte, ohne allerdings eine neue inhaltliche Aussage zu machen, die Absicht kundgetan: *„Ich will die Reformkräfte hinter der GAL auf den Weg verantwortlichen Handelns bringen".* Daß eine GAL „verantwortliche Partei" wird, diese Frage *„ist für mich wichtiger als Einzelfragen inhaltlicher Art"* (Interview im „Hamburger Abendblatt", 21.3.87). Wer lesen will, konnte schon zwei Wochen vorher im „Spiegel" vernehmen: *„Wenn die GAL nicht mehr diese GAL ist, wenn sie ihre grundsätzliche Haltung zur Gewalt verändert, wenn sie eine vernünftige Wirtschaftspolitik mitträgt, wenn diese GAL bereit ist zu koalieren, dann stellt sich die Frage (Anm.: nach Zusammenarbeit) neu."* (9.3.87) Seither plappern Sozialdemokraten aller Couleur, besonders aber die „linken", diese sensationelle Taktik ihres Vordersten gebetsmühlenartig nach: Verantwortung, Koalition — Koalition, Verantwortung usw., vorzugsweise nachzulesen in der Lokalausgabe der „taz" und der „Hamburger Morgenpost", die sich zum Sprachrohr inhaltlich substanzloser Beschwörungen der „drohenden Rechtsregierung" („taz"-Hamburg) machen.



Erstaunen muß vor diesem Hintergrund durchsichtig vordergründigen SPD-Taktikwechsels dennoch, daß sich ein sich neuerdings so nennender „Reformflügel" in der GAL verstärkt genötigt sieht, die Forderung nach Erneuerung der Bündnispolitik aufzustellen. Nicht mehr Tolerierung, sondern „Enttabuisierung" der Formen der Zusammenarbeit inklusive einer Koalition, selbstverständlich zu einem hohen Preis, ist gewünscht. Auf der GAL-Versammlung am 28. März konnte dieser Flügel erstmals die stattliche Anhängerschaft von 35 % für sich mobilisieren. Mit 154 gegen 81 Stimmen beschloß die Mehrheit der Versammlung aber noch einmal die Bestätigung der bisherigen Tolerierungspolitik und schloß eine Koalition mit der SPD aus. Der „Reformflügel" hatte sich auf ein taktisches Vorgehen geeinigt, die eigene Position nicht im Ganzen gegen die GAL-Mehrheitslinie zu stellen, sondern als Option zu verankern. Dabei wurde auch die Kröte einer Übernahme des bestehenden Zwölf-Punkte-Tolerierungskatalogs als Verhandlungsgrundlage geschluckt, obwohl gerade dieser Zielscheibe seiner Kritik in der Vergangenheit war. Die Kernpassage des Änderungsantrags von Thea Bock zur Mehrheitslinie lautet: Bei rechnerischer SPD-GAL-Mehrheit *„strebt die GAL Verhandlungen mit den Sozialdemokraten an. Bei diesen Gesprächen soll zwischen beiden Parteien ausgelotet werden, ob in zentralen Bereichen der Hamburger Politik genügend Übereinstimmung für eine gemeinsame Arbeit in der nächsten Legislaturperiode besteht. Die GAL wird als Verhandlungsgrundlage den von ihr schon in der letzten Legislaturperiode vorgelegten Katalog einbringen. Die Form einer eventuellen anschließenden Zusammenarbeit ist vom Umfang der erzielten inhaltlichen Übereinstimmung abhängig (...) Der Einstieg in Verhandlungen sollte nicht dadurch erschwert oder verhindert werden, daß die eine Seite der anderen vorher Bekenntnisse zu Prinzipien oder zur Form der Zusammenarbeit abnötigt."*

Thea Bock, von Sozialdemokraten als Umweltsenatorin umworben, sah *„die harte Hamburger Linie aufgeweicht"*, alles weitere werde man nach der Wahl sehen. Darin sieht auch die Hamburger „taz", Seismograph für Hamburger Realo-Stimmungen bei den Grünen, *„das eigentlich Sensationelle"* der aktuellen GAL-Situation. Doch noch erweicht der SPD-Beton nicht. Dohnanyi erklärte die GAL für „Reformunfähig", sie sei *„eine Partei, mit der auch Joschka Fischer und Otto Schily keine berechenbare Zusammenarbeit erreichen könnten".* Gespräche mit dieser GAL schloß er daher aus. In den Chor der um das Verantwortungsbewußtsein der GAL Besorgten stimmte auch der BILD-Kommentator vom 31.3. ein: *„die Damen haben sich für den einfachsten Weg entschieden: sie wollen mitregieren, aber keine Verantwortung übernehmen."*



Dabei stimmt BILD's Einschränkung auf die „Damen" so nicht. In der GAL wird das Kräfteverhältnis auf der Liste der bisherigen Kandidatinnen umgekehrt zum Abstimmungsergebnis der Mitgliederversammlung eingeschätzt. Die Mehrheitsposition dürfte bei den Kandidatinnen in der Minderheit sein. Dennoch wurden von der gleichen Versammlung alle Kandidatinnen bestätigt und zehn neue auf den Plätzen 29 bis 38 hinzugewählt. Gerade diese Entscheidung wird von Mehrheitsvertretern/innen als positiver Kontrast innerparteilicher Demokratie in der GAL gegenüber den Hessen-Grünen hervorgehoben, die ihre linke und fundamentalistische Minderheit restlos niedergestimmt haben.

hr.

Die „Friedensliste" kandidiert

Einen erneuten Eiertanz hat Hamburgs DKP vollzogen. Drei Optionen hat sie verfolgt: 1. Unterschlupf bei der GAL. Zu dem Zweck kandidierte am 29.3. eine DKPlerin auf Platz 29 der Frauenliste der GAL (die ab Platz 28 ihre Liste aufgestockt hat), unter der Ankündigung, daß bei ihrer Wahl die DKP auf eine Kandidatur verzichten würde. Diese Option ist gescheitert, da sie von der GAL-Versammlung nicht gewählt wurde. Zur Erinnerung: Noch bei der Novemberwahl 1986 reichte der DKP der Platz 24 für eine Frau, die auch in ihrem Wahl-„Bündnis" mitarbeitete (aber nicht Mitglied der DKP ist), für einen Kandidaturverzicht auf Landesebene. Diese Frau steht erneut auf Platz 24, das reichte aber diesmal nicht, da so offenkundig das „Profil der Partei" nicht genügend dargestellt werden konnte.

Also blieb die Option 2, Kandidatur der „Friedensliste", wie der DKP-Bezirksvorstand am 11. März beschlossen hatte (*„Der Diskussions- und Entscheidungsprozeß mußnach Meinung der DKP bis zum 5. April abgeschlossen sein"*, UZ, 20.3.87). Vorsorglich waren vor der Beschlußfassung am 3. April Kandidaturen der DKP und der „Friedensliste" angemeldet worden, denn falls wider Erwarten die letzte nicht kandidieren wollte, war die DKP-Alleinkandidatur angekündigt worden (Option 3).

Hamburgs DKP, einstmals in der Frage der Wahltaktik vorausgeprescht, hinkt also der Hauptlinie in der derzeitigen Parteidiskussion etwas hinterher.

Rot-grün-Splitter

Am 7. April soll Hamburger Start nach hessischem Vorbild für die personifizierte rot-grüne Zusammenarbeit sein. Im Veranstaltungszentrum Fabrik diskutieren u.a. Peter von Oertzen und Hermann Scheunemann (SPD), Helga Schuchardt (Kultursenatorin und Gegnerin des Dohnanyi-Kurses) sowie Thea Bock (GAL) über eine gemeinsam anzugehende „soziale und ökologische Reformpolitik".

Hervorgegangen ist diese Diskussion aus der Gruppe „Hamburger Perspektiven", die nach eigenen Angaben linke SPDler, GALier und Unorganisierte umfaßt. Gründer der Gruppe ist der Ex-Juso-Vorsitzende und heutige Mitarbeiter des Energiesenators Kuhbier, Ulf Skirke.

Was da so jenseits der bestehenden Parteiflügel konferiert, dürfte seinen Ursprung in einem „Projektvorschlag Koalitionsgespräche mit der Hamburger Bevölkerung" haben, ein Strategiepapier für den SPD-Landesvorstand, über das der „Spiegel" bereits am 17. November letzten Jahres berichtete. Ziel sollte sein, *„nichtparteigebundene Gruppen, Vereine, Initiativen etc. ins Rathaus ein(zu)laden"*, um ein neues „Reformkonzept" zu erarbeiten. Skirke, der für dieses Experiment offenkundig grünes Licht vom Landesvorstand bekam, verfolgte dabei eine klassische Doppelstrategie: *„Die SPD zieht deutlich sichtbare Konsequenzen aus ihren Fehlern und führt den Dialog mit den ‚Unzufriedenen'"* und *„die GAL muß sich zu dem neuen sozialen Reformkurs erklären"* (Spiegel, 17.11.86). Erstes ist steckengeblieben, beim zweiten werden Fortschritte verzeichnet.

Zwei „Betonfraktionen" hat der Journalist Stefan Aust ausgemacht: Die Mehrheiten in GAL und SPD. Seine Sorge gilt allerdings der Erweichung des GAL-Betons, kaschiert hinter recht vordergründigen Erwägungen über „schweigende Mehrheiten" und „Demokratie". Die GAL-Mehrheit *„verhielt sich wie weiland Bürgermeister Klaus von Dohnanyi: ‚Keinen Millimeter mit...' Dazu muß man wissen, daß die Grünen auf ihren Parteitagen keine Delegierten kennen, abstimmen darf jedes Mitglied. Es muß dafür allerdings erscheinen. Von den eingetragenen Mitgliedern der Grünen taucht etwa jeder zehnte bei den Versammlungen auf. Das heißt: etwa 50 mit viel Durchhaltevermögen ausgestattete Grüne legen den Kurs fest. Man geht sicher nicht fehl in der Annahme, daß das Meinungsbild auf den Mitgliederversammlungen keinesfalls dem in der Gesamtpartei entspricht."* (Hamburger Morgenpost, 31.3.87)

Gesucht: Grüne Strategie für Schleswig-Holstein

Am 13. September wird der neue schleswig-holsteinische Landtag gewählt. Beim dritten Anlauf scheint der grüne Sprung ins Parlament zu gelingen — ein Umstand, der bei den Grünen viel Krampf und wenig Vorfreude auslöst, denn: eine rotgrüne Mehrheit droht!

Die erste Runde der eingeläuteten „Strategiediskussion" ging Anfang März mit dem Norderstedter Parteitag, der eine Koalitionsoption genauso ablehnte wie eine bedingungslose Tolerierung (1), zu Ende. Alles weitere wurde offen gelassen, und ob der Flensburger „Strategie-Parteitag" am 4./5. April zu der heiß ersehnten „offensiven Strategie" finden wird, muß angesichts der Anträge bezweifelt werden.

Die Realos kommen

Die von heftigen Auseinandersetzungen zwischen „Wertkonservativen" und „Ökosozialisten" geprägte Geschichte der SH-Grünen, sowie ausbleibende rot-grüne Mehrheiten, ließen Realo-Strömungen bisher wenig Raum. Innerhalb der Gesamtpartei gilt der Landesverband sogar als Fundi-Festung. Beflügelt durch die rotgrünen Aussichten, melden sich nun vehement die Neu-Realpolitiker zu Wort. In ihrem aktuellen Strategieantrag legen die Realos um den Kieler Stadtparlamentarier Willi Voigt den Finger auf die grüne Wunde: *„Momentan bestimmen nicht die Grünen das Tempo und sie haben auch nicht die Initiative, sondern die SPD".* (2) Und mit Blick auf die Parteilinke: *„Manche kokettieren sogar mit der Behauptung, wenn die SPD nicht quasi grün werde, lassen wir vielleicht sogar Barschel dran! Welch Ignoranz! So etwas treibt die vielen Wechselwähler entweder zur SPD oder aber in die Resignation!"* Nachdem die Koalitionsoption vorerst auf Eis liegt, streben Voigt & Co. (3) die Wahl einer SPD-Minderheitsregierung an, *„unter der Bedingung, daß die SPD ihre eigene Programmatik, wo sie grünen Vorstellungen entgegenkommt, ernst nimmt und verbindlich konkretisiert".* Grundlage einer permanenten Regierungsunterstützung sollen „rotgrüne gesellschaftliche Diskurse" zu den Themen AKW, Umwelt, Frauen, Soziales und Wirtschaft werden. Rotgrüne Diskurse — da hätte man auch schon früher drauf kommen können — zumal der Vorteil, *„daß er* (der Antrag) *systematisch die gesellschaftlichen Kräfte einbindet"*, auf der Hand liegt. Horst Mühlenhardt, Vordenker der Realo-Fraktion, hat das Verhältnis zu den „gesellschaftlichen Kräften" ein wenig offener formuliert: *„Als ‚historische Schwerpunktsetzung' entscheide ich mich für den Gang ‚in den Staat'...Ich gehe dabei bewußt den Rollenkonflikt ein, daß Teile der außerparlamentarischen Bewegung mich vielleicht sogar bekämpfen müssen."* (4) Da war der holsteinische Schily selbst seinen Mitstreitern zu offenherzig, kommt es doch jetzt darauf an, Realo-Positionen im Landesverband hoffähig zu machen. Ob dies gelingt, wird nicht zuletzt vom Verhalten der bisher noch dominanten Linken in den Partei abhängen, die allerdings einiges dazu beigetragen haben den Realos den Weg zu ebnen.

Hilflose Linke

Lars Hennings, prominentester Linksgrüner und Verfechter einer „bedingungslosen Tolerierung" aus dem Hause Stamm, kommt in seinem Antrag „Aufruf, die Grünen zu wählen" (5) nur in einem Satz auf das knifflige Problem zu sprechen: *„Die grüne Landtagsfraktion wird — nach der Abwahl der Barschel-Regierung durch die Leute in SH — Gespräche mit SPD und ggf. SSW (6) zum Regierungswechsel führen."* Damit taucht durch eine wahrscheinlich interpretationsfähige Hintertür die bedingungslose Tolerierung wieder auf. *„Auf Basis dieser Überlegungen mag nochmal deutlich werden, warum ich dafür bin, auch das Angebot an die SPD, ‚bedingungslos' ihren Ministerpräsidenten zu wählen, nicht völlig aus der Debatte zu nehmen"*, schreibt Hennings im aktuellen Rundbrief der Grünen. Sinnigerweise ist das Kapitel „Immer schön flexibel bleiben" betitelt. „Verhältnisse zum Tanzen bringen", kann die Landtagswahl im Falle „neuer Mehrheiten". (7) In Aufbruchstimmung legt Robin Jacobitz, dritter Antragsteller und linkes Landesvorstandsmitglied, seine Strategie vor. Jacobitz ist derzeit der einzige, der vor einer Engholm-Wahl von der SPD „wesentliche Zugeständnisse" in den Bereichen Sofortausstieg, Sondermülldeponie Schönberg, alternative Produktion, Frauen, Kommunale Demokratie und Schulpolitik erwartet. Sollten sich die Sozialdemokraten hier „substanziell auf die Grünen zubewegen", soll der SPD-Ministerpräsident gewählt werden. Aber: *„Stellen die Grünen-SH das Scheitern der Verhandlungen über die Wahl eines SPD-Ministerpräsidenten fest, so wird es keine von den Grünen tolerierte sozialdemokratische Minderheitsregierung in Schleswig-Holstein geben."* Das bloße Einbeziehen dieser Möglichkeit wirkt geradezu linksradikal, sind die übrigen „Strategen" doch emsig bemüht, den Gedanken an ein rotgrünes Scheitern gar nicht erst aufkommen zu lassen.

Grüne Kaninchen, rote Schlangen

Ein Jahrzehnt lang konnte die schleswig-holsteinische SPD weitgehend ungestört ihr Image vom „linken und ökologischen" Landesverband pflegen. Daß große Teile der Grünen Partei nun hektisch am Mythos „SH-SPD" mitbasteln, mag aus der Angst vor einem „Lafontaine(Engholm)-Effekt noch rational begründbar sein. Eine parlamentarische Strategie, die diesen Namen verdient, werden die Grünen sich allerdings nicht von der Angst diktieren lassen dürfen.

ra/kiel

Anmerkungen

1) Vorgestellt wurde diese Konzeption ausführlich im AK 280, S.12.
2) Alle diesbezüglichen Zitate aus dem Antrag Voigt u.a., Delegiertenunterlagen zur Flensburger LDK.
3) Antragsteller ist auch der ehemalige linke „Flügelhengst" Nico Sönnichsen (Ex-Z/ISP und taz-Mitarbeiter) vom Kieler KV.
4) Papier zur Norderstedter LDK.
5) Antrag Hennings zur Flensburger LDK. Alle Zitate daraus.
6) Vertretung der dänischen Minderheit im Landtag. Voraussichtlich mit einem Sitz im Landtag.
7) Antrag Jacobitz zur Flensburger LDK. Alle Zitate daraus.



Kritik staatlicher Datenschützer an der Volkszählung

In der Auseinandersetzung um die Volkszählung 1983 hatten sich die staatlichen Datenschützer — wenn auch spät und offensichtlich unter dem Eindruck einer starken Boykottbewegung — gegen eine Durchführung der Volkszählung in der seinerzeit geplanten Form (Abgleich der erhobenen Daten mit anderen behördlichen Daten z.B. Meldedaten etc.) ausgesprochen. Bei der Neuformulierung des Volkszählungsgesetzes haben dann auch die Datenschützer fleißig und aktiv mitdiskutieren dürfen mit dem Erfolg, daß es auch bei den ,,kritischen'' Datenschutzbeauftragten wie etwa Simitis aus Hessen als ,,fugendicht'' und rechtlich unbedenklich gilt. Dennoch waren in der letzten Zeit wieder einige kritische Töne aus dieser Richtung zu hören. Sie beziehen sich im wesentlichen auf die sogenannten Durchführungsgesetze und -verordnungen zur Volkszählung, die Sache der jeweiligen Länder ist. Dieser Artikel versucht die von den staatlichen Datenschützern benannten Kritikpunkte zusammenzufassen.



gezählt wird nicht ...

Schon im März 1985 hat der hessische Datenschutzbeauftragte Simitis in seiner Stellungnahme vor dem Innenausschuß des Bundestages darauf hingewiesen, daß man das neue Volkszählungsgesetz nur in Zusammenhang mit den jeweiligen Landesgesetzen diskutieren kann, die die konkrete Durchführung der Zählung regeln. *,,Erst beide zusammen bilden das Normprogramm der Volkszählung. Erst in Kenntnis beider ist es deshalb möglich, festzustellen, ob die beabsichtigte Erhebung verfassungskonform ist oder nicht. (...) Auch die Durchführung der Volkszählung muß verfassungskonform sein.''* (Simitis, FR 10.3.87) Genau dies aber erweist sich überall im Lande als nicht gesichert.

Die baden-württembergische Datenschutzbeauftragte Ruth Leuze hat für ihr Bundesland die Durchführungsbestimmungen genauer untersucht und stellt dabei fest, daß *,,die Landesregierung (...) im Prinzip bei der Organisation früherer Zählungen bleibt''* und die Regelung keine Garantie bietet, *,,daß jede Erhebungsstelle von vornherein so abgeschottet ist, wie es das Volkszählungsgesetz verlangt.''* (Ruth Leuze, FR 22.1.87) Ihre Kritik ist im wesentlichen, daß die baden-württembergischen Regelungen das Trennungsgebot von Statistik und Verwaltungsvollzug nicht gewährleisten. So können z.B. Mitarbeiter praktisch aller Behörden tageweise zum Zählen abgestellt werden.

,,Hält man es mit dem Finanzministerium, könnten sich beispielsweise die Mitarbeiter des Einwohnermelde-, Sozial-, Steuer- und Ordnungsamt im täglichen Wechsel in der Erhebungsstelle ablösen. Eine solche Verfahrensweise würde das Gebot der personellen Trennung zur Makulatur machen.'' (R. Leuze) Ganz besonders problematisch ist dies in kleinen Orten (z.B. unter 8.000 Einwohnern), wo es rein personalmäßig schon ausgeschlossen ist, daß bestimmte Personen nur zum Zählen abgestellt werden. Auch Simitis betont (FR 10.3.87), daß ein ,,Datenabgleich im Kopf'' der eingesetzten Bediensteten vermieden werden muß und deshalb neben Polizeibeamten, Staatsanwälten oder Finanzbeamten auch Sozialarbeiter nicht als Zähler eingesetzt werden sollten, ganz zu schweigen von Bürgermeistern oder sonstigen politischen Beamten, die sich freiwillig als Zähler gemeldet haben, um ,,mit gutem Beispiel voranzugehen''.

Für problematisch hält es Leuze fernerhin, daß die Zähler ihre Fragebögen erst nach Abschluß ihrer Zählung abgeben müssen. In der Zwischenzeit, also möglicherweise während einiger Wochen, bewahrt der/die Zähler/in seine schon ausgefüllten Bögen wohl oder übel in seiner Wohnung auf.



Foto: M. Stroux

„Ihr Name hilft lediglich, die Vollzähligkeit der Erhebungen zu gewährleisten"

Viele Städte wollen mit Hilfe der EDV vor allem den Rücklauf der ausgefüllten Volkszählungsbögen kontrollieren. Aus diesem Grund wurde der ursprüngliche Fragebogenaufdruck *,,Ihr Name wird nicht auf elektronischen Datenträgern gespeichert.''* entfernt und durch den alles verschleiernden Satz ersetzt: *,,Ihr Name hilft lediglich, die Vollzähligkeit der Erhebung zu gewährleisten; er wird nicht zusammen mit Ihren Angaben aus den Personenbögen oder den Wohnungsbögen auf elektronischen Datenträgern gespeichert.''*

Setzen die Gemeinden nun Personalcomputer ein, so ist zwar der organisatorischen und personellen Trennung des Volkszählungsgesetzes Rechnung getragen, die ,,Datensicherheit'' vom Personalcomputer ist allerdings praktisch gleich Null, da es nicht möglich ist, zu kontrollieren, welcher Mitarbeiter welche Daten eingesehen hat und ob Kopien gezogen worden sind. Werden Volkszählungsdaten in Großrechnern in einem regionalen Rechenzentrum gehalten, so spricht dies eindeutig gegen das Abschottungsgebot des Volkszählungsgesetzes. *,,Denn bei Inanspruchnahme des Rechenzentrums speichert die Erhebungsstelle ihre Daten außerhalb ihrer Räume, zudem kann sie über diese Daten nicht mehr alleine bestimmen, sondern ist auf das Bedienungspersonal des Rechenzentrums angewiesen. Das Bedienungspersonal wiederum hat nicht nur Zugriff auf die Daten der Erhebungsstelle, sondern führt gleichzeitig seine üblichen Arbeiten im Rechenzentrum für andere Verwaltungsstellen z.B. Einwohnermeldestelle oder Finanzamt durch. Es dient also gleichzeitig zwei Herren.''* (R. Leuze, FR 22.1.87). Die aus dem Gesagten eigentlich logisch folgende Forderung, daß die Erhebungsstelle keine Computer einsetzen darf, spricht jedoch bisher kein Datenschützer aus.

Der Bundesdatenschützer Baumann hat nun Anfang Januar in einem Brief an den Bundesinnenminister Zimmermann darauf hingewiesen, daß das am 1.1.87 in Kraft getretene Statistikgesetz eine neue Sachlage geschaffen hat. Alle bisherigen Diskussionen basierten auf dem alten Statistikgesetz von 1980. Das neue Gesetz sieht insbesondere bei der Weitergabe der Daten z.B. an Universitäten zu Forschungszwecken oder zur Errichtung einer Adressenkartei in Arbeitsstätten ,,liberalere'' Regelungen als das Volkszählungsgesetz vor. Je nachdem, wie es den Verantwortlichen für die Volkszählung paßt, können sie sich mal auf das eine und mal auf das andere Gesetz berufen. Die ,,strengeren'' Bestimmungen des Volkszählungsgesetzes können damit unterlaufen werden.

Insgesamt ist die Kritik der staatlichen Datenschützer an der Durchführung der Volkszählung bisher recht verhalten. Sie treten allerdings auch nicht als offensive Propagandisten auf. Simitis z.B. hat sich schon jetzt eine inhaltliche Hintertür des Ausstiegs offengehalten. Fest eingebunden in die Ausarbeitung des Volkszählungsgesetzes hat er absolut keine rechtlichen Bedenken gegen das Gesetz selbst. Er zweifelt aber, ob es politisch sinnvoll ist, die Volkszählung überhaupt bei massivem Widerstand durchzuführen, und geprüft werden solle, ob es nicht andere Methoden gibt, ,,um die erforderlichen Informationen'' zu erhalten. Hier verhält sich Simitis sicherlich taktisch klüger als die große Koalition aus Partei-, Gewerkschafts- und Kirchenfürsten, die sich in den letzten Wochen zusammengefunden haben, um die Volkszählung zu einer ,,nationalen Aufgabe aller Demokraten'' zum ,,Wohl des Deutschen Volkes'' zu proklamieren.

Wi.

Volkszählung für den Krieg?

,,*Um den totalen Krieg zu organisieren, benötigt der Staat umfangreiche Daten. Diese sollen ihm nun auch durch die geplante Volksaushorchung geliefert werden.*'' Das schreibt die DFG-VK in einem Flugblatt gegen die Volkszählung. (1) Die Volkszählung sei ,,*praktisch eine kriegsvorbereitende Maßnahme, quasi eine halbmilitärische Aktion,*'' meint der BWK. (2) Ein dreizehnseitiges Papier zur Volkszählung ,,*unter dem Aspekt zivil-militärische Zusammenarbeit*'' wird von den Neusser Grünen verbreitet. (3) Wir wollen hier diese Thesen vorstellen und unsere Position dazu formulieren.

In Friedenszeiten ist die Zivilmilitärische Zusammenarbeit (Fachkürzel: ZMZ) eine vergleichsweise kleine militärische Unterabteilung, die vor allem aus Planungsstäben besteht. Im März haben militärische und zivile Stäbe überall ihr alljährliches Manöver (CIMEX) abgehalten. (4) Hier werden die Vorbereitungen getroffen, um im Kriegs-, ja schon im Krisenfalle das gesamte zivile Leben militärischen Anforderungen und Zielsetzungen zu unterwerfen. Die Notstandsgesetze liefern die ,,demokratische'' Grundlage, legal von der ,,normalen'' bürgerlichen Demokratie zu einem militärischen Notstandsstaat überzugehen. Wozu könnte hier — so stellt sich die Frage — die Volkszählung nützlich sein?

Die Neusser Grünen zitieren dazu einen der Planer: *,,Für die Bundeswehr stellt sich die Frage, ob und wie die zivilen Behörden den Bedarf der Streitkräfte befriedigen können. Ob mit der Gesetzes- und Verfahrenslage vertrautes Personal zur Verfügung steht, das auf einschlägige Personalkarteien, Bestandsverzeichnisse oder sonstige für die Bewirtschaftung notwendige Unterlagen zurückgreifen kann.''*

Es folgt in dem Grünen-Papier eine umfangreiche Zusammenstellung, was denn so alles für den Kriegsfall erfaßt und geplant werden muß. Die Neusser Grünen vergleichen ihren Befund mit den in der Volkszählung erhobenen Daten. Daraus wird der Schluß gezogen, daß die Volkszählung der ZMZ weiterhelfe und dafür ,,*höchst nützlich*'' sei. Die Militärplanung sei hier ,,*Nutznießer*'' einer zunächst nichtmilitärischen Planung. Aber, so fügen sie einschränkend an: *,,Aus dem Gebrauchswert der Volkszählungsdaten für Kriegsplanung kann aber nicht einfach auf einen gegebenen Zusammenhang geschlossen werden. Vielmehr ist bis jetzt kein Papier und keine Anweisung von Seiten des Innen- oder Kriegsministers bekannt, die einen solchen vermuteten Zusammenhang bestätigen würde oder auch nur die Befriedung über die erlangten Daten ausdrückt. Dies wiederum heißt aber nicht, daß keinerlei Verbindung besteht, sondern lediglich, daß die Verbindung nicht öffentlich ist.''* Da jedoch Erfassung für den Kriegsfall erforderlich ist, schlußfolgert das Papier: ,,*Gäbe es die Volkszählung nicht, müßte sie erfunden werden.*'' Also müßten *wir* die Volkszählung als Mittel der Effektivierung der ZMZ thematisieren und entsprechende Untersuchungen anstellen, fordern die Neusser Grünen.

Die Argumentationen der DFG-VK und des BWK sind hier ziemlich identisch; für den BWK liefert die Volkszählung ohne jedes Wenn und Aber *,,genau die Zustandsinformationen, welche die Krisenstäbe zur Ausarbeitung von Notfallplänen benötigen.''* Auch für die DFG-VK kommt es darauf an, mit dem Boykott der Volkszählung ,,*dieses Mittel der Krisen- und Kriegspolitik (zu) verhindern,*'' auch wenn ,,*militärische Interessen allein (...) nicht das entscheidende Motiv für die Volksaushorchung*'' seien.

Es ist unbestreitbar nützlich und wichtig, im Zusammenhang mit der Volkszählung und darüber hinaus bei jeder Erfassungsmaßnahme auf die Planungen für den Notstandsstaat hinzuweisen. Denn im ,,Notstand'' wird aus der heutigen Propaganda, z.B. daß die Friedensbewegung von ,,Moskau gesteuert'' sei, bitterer Ernst, dann wird im Extrem das ganze ,,zivile'' Leben total erfaßt, militärischen Befehlen unterstellt und Kriegszwecken geopfert. Mir scheint aber, daß die hier behauptete Notwendigkeit der Volkszählung für den Kriegsfall eine Verharmlosung des Notstands enthält. Die Planer im Friedens- und erst recht im Kriegsfall wären doch ziemlich arm dran, wenn ihre Absichten nur oder auch nur in nennenswertem Umfange auf der Basis von Volkszählungen funktionieren könnten. Sie müßten geradezu bangen, daß dieser Fall möglichst nur nach einer gerade ausgewerteten Volkszählung eintreten möge. Anders gesagt: die tatsächlich vorhandene Erfassung und die bereits existierenden Planspiele für den Fall des ,,Notstands werden hier unterschätzt, denn ähnlich wie für alle erdenklichen militärischen Scenarios wird auch hier entsprechend geübt. Man darf auch die Möglichkeiten nicht unterschätzen, die sich ergeben, wenn die ,,demokratische'' Hülle fällt:

— Schon die ,,freie Marktwirtschaft'' widerspricht ja nicht der Tatsache, daß es eine detaillierte Übersicht für alle wirtschaftlichen und sozialen Kapazitäten gibt und die Möglichkeit staatlicher Steuerung überall existiert und vielfach angewandt wird; ein Blick in ein statistisches Jahrbuch gibt da einen guten Einblick.

— Der vielbeschworene Datenschutz zum Schutz der demokratischen Rechte des Inviduums gehört natürlich zu den allerersten Dingen, die im Notstandsfalle aufgehoben sind (man frage mal die Datenschützer!). Man kann also sämtliche verfügbaren Datenbanken nicht nur begrenzt (wie bei der Terrorfahndung) einsetzen, sondern ungeniert zusammenschalten.

— Ein Individuum, das nur noch Essen auf Bezugsmarken erhält, ist natürlich leicht erfaß- und aushorchbar und kann bestens herumkommandiert werden.

Ich meine, daß der Staat geradezu ein fundamentales Interesse daran hat, seine staatlichen Planungsfunktionen und vor allem seine Möglichkeiten für den Notstandsfall zu verharmlosen und eine Volkszählung ist weit davon entfernt, ein effektives Mittel für den Notstand zu sein. Umgekehrt macht eine solche Sicht der Dinge es erst recht erforderlich, staatlicher Planung und Erfassung — und sei es einer Volkszählung — von Herzen jeden Mißerfolg zu gönnen.

HH

ANMERKUNGEN

(1) „Volkzählung — Teil der Kriegsvorbereitung", ein Flugblatt des Bundesausschusses der DFG-VK (= Deutsche Friedensgesellschaft, Vereinigte Kriegsdienstgegner)
(2) „Der Staatsapparat kriminalisiert den Widerstand gegen die Zwangserhebung", aus „Politische Berichte" 8/87, S. 10, Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten
(3) „Die VOLKSZÄHLUNG unter dem Aspekt ZIVIL-MILITÄRISCHE ZUSAMMENARBEIT", 13 Seiten, erhältlich für DM 2,- beim: Kreisvorstand der Grünen Neuss, Schulstr. 1, 4040 Neuss 1
(4) CIMEX = Civil Militarian Exercises

Prozeß wegen Hafenstraßendemo

Am 30.4.87 — knapp drei Wochen vor den Bürgerschaftsneuwahlen — hat die Hafenstraßendemo vom 20.12.86 ihr gerichtliches Nachspiel vor dem Hamburger Amtsgericht. Angeklagt wegen Widerstand, schwerem Landfriedensbruch und gefährlicher Körperverletzung wird der 25jährige Student Andreas P. aus Dortmund. Andreas wurde am 20.12. am Karl-Muck-Platz verhaftet und kam erst vier Tage später aus der U-Haft frei, nachdem 10.000 DM Kaution von der GAL gestellt wurden. Der Haftbefehl wurde nicht aufgehoben, sondern gegen Auflagen ausgesetzt. Die Aufrechterhaltung des Haftbefehls und die Auflagen werden mit einer angeblichen Fluchtgefahr begründet. Um eine Flucht zu verhindern, muß Andreas sich einmal wöchentlich bei der Polizei in Dortmund melden. Faktisch ist diese Maßnahme völliger Unsinn, da im Zeitalter moderner Transportmittel eine Woche mehr als ausreicht, um eine vorbereitete Flucht an jeden Ort dieser Erde zu gewährleisten, bevor die Behörden davon Wind bekommen. Nun ist Andreas als Student darauf angewiesen, in den Semesterferien zu arbeiten. Seit längerem hat er die Möglichkeit auf Montage im Messebau beschäftigt zu werden, was ihm jedoch durch die Meldeauflagen unmöglich gemacht wurde. Obwohl ein Antrag mit einem Begleitschreiben der Messebaufirma beim Amtsgericht Hamburg eingegangen war, die Meldeauflage aufzuheben, konnten die Justizbehörden sich nicht dazu durchringen.

Nicht zuletzt dieses Vorgehen deutet darauf hin, daß ein plakatives Verfahren angestrebt wird. Die relativ schnelle Ansetzung der Hauptverhandlung unterstützt die Annahme, daß nach der Hetz-Nachbereitung in der Presse nun eine entsprechende Nachbereitung der Demo auf juristischer Ebene bevorsteht.

The same procedure as usual

Ein Abrüstungsvorschlag und sein Schicksal

Es darf spekuliert werden. Ist die NATO in eine selbstgestellte propagandistische Falle getappt? Hatte Gorbatschow nach Reykjavik noch auf dem ,,Paket'' bestanden — Verhandlungen über den Abbau von Nuklearwaffen nur nach einer Einigung bezüglich SDI — so präsentiert er nun, für viele überraschend, das Angebot eines separaten Mittelstreckenabkommens noch in diesem Jahr. In der Konsequenz bedeutet die Gorbatschow-Offerte, die der westlichen ,,Null-Lösung'' von 1981 gleichkommt, daß die UdSSR auf eine nukleare Bedrohung Westeuropas mit (landgestützten) Mittelstreckenwaffen verzichtet, obgleich die ,,Null-Lösung'' bedeutet, daß in den 90er Jahren ca. 2.000 Raketensprengköpfe in Westeuropa auf sowjetisches Territorium gerichtet sein werden. Denn die britischen, französischen und auf U-Booten dislozierten NATO-Nuklearwaffen spart die ,,Null-Lösung'' aus und sie tastet das deutliche Übergewicht der NATO bei den nuklearfähigen Bombern (den sogenannten Forward Based Systems) nicht an, die in Westeuropa, aber auch auf Flugzeugträgern im Mittelmeer und Nordatlantik stationiert sind und ebenfalls das Territorium der UdSSR erreichen können. Die NATO darf ihr seegestütztes Mittelstreckenraketenarsenal gleichfalls behalten.

Als die NATO seinerzeit ihr ,,Null-Lösungs''-Modell vorlegte, lehnten die Sowjets ab. Aus gutem Grunde, denn der ,,Doppelbeschluß'' von 1979 (Stationierung von Marschflugkörpern und Pershing-II-Raketen oder ,,Null''-Lösung) war eben nicht als eine Antwort auf die sowjetische SS-20-Rüstung zu betrachten. Eine sowjetische Bedrohung Westeuropas mit Mittelstreckenraketen existierte zu diesem Zeitpunkt schon nahezu 20 Jahre, in Form der SS-4- und SS-5-Raketen. Ihre Stationierung hatte zu keinem Zeitpunkt eine besondere Besorgnis bei den Westeuropäern ausgelöst. In ihrer Technik und Zuverlässigkeit waren diese Raketen ihren westlichen Entsprechungen ebenso unterlegen wie in deren Fähigkeit, mehrere Sprengköpfe mit einem Träger zu transportieren. Die SS-4- und SS-5-Raketen wurden mit flüssigem Treibstoff betankt (im Gegensatz zu den Feststoff-Raketen der NATO), was bedeutete, daß ihre mit flüssigem Treibstoff betankt (im Gegensatz zu den Feststoff-Raketen der NATO), was bedeutete, daß ihre Einsatzbereitschaft gering war. Die Betankung einer Mittelstreckenrakete ist ein umständlicher wie zeitraubender Vorgang. Nach NATO-Kriterien waren die SS-4- und SS-5-Systeme Mitte der 70er Jahre völlig veraltet. Wenn jemand Mitte der 70er Jahre einen Anspruch auf Nachrüstung artikulieren konnte, dann war es die UdSSR, deren rund 500 veraltete Mittelstreckenwaffen damals ca. 900 Nuklearwaffen entsprechender Reichweite (auf U-Booten stationiert) gegenüberstanden.

Auch die Friedensbewegung entlarvte die von der NATO angebotene ,,Null-Lösung'' (die westlicherseits Nichtaufrüstung, östlicherseits einseitige Abrüstung bedeutet hätte) als irreführendes Manöver, und forderte die Nichtstationierung von Pershing-II und Cruise Missile. Was die Friedensbewegung aus Einsicht nicht von der UdSSR gefordert hatte, bietet Gorbatschow nun an. Er nimmt damit einen potentiellen militärischen Nachteil in Kauf und demonstriert, daß Abrüstungsbereitschaft zuallererst ein Akt politischen Willens ist — im Gegensatz zur NATO, die der Bevölkerung stets erklärt: Nur durch Aufrüstung und militärische Überlegenheit kann Abrüstung erzwungen werden. Nach dieser absurden Logik wäre es dem Druck von Pershing-II, Cruise Missile und SDI geschuldet, daß ein ,,Neudenker'' wie Gorbatschow zum Staats- und Parteichef werden konnte.

Die ,,Null-Lösung'' als Bluff

Natürlich hat auch die NATO die ,,Nach''rüstung niemals als Antwort auf eine sowjetische ,,Vor''rüstung betrachtet. Der Bezug auf die sowjetische SS-20-Rüstung war lediglich von dem Gedanken getragen, durch Verweis auf die Taten der anderen Seite die eigenen Taten als unvermeidlich auszugeben. Hinter den Kulissen wurde dieser propagandistische Zusammenhang ganz offen ausgesprochen. So schrieb Klaus-Peter Stratmann von der Stiftung Wissenschaft und Politik Ebenhausen, eine Denkschule mit erheblichem Einfluß auf die Formulierung offizieller Politik, bereits Anfang der 80er Jahre: ,,.... sogar der vollständige Abbau der sowjetischen landgestützten Mittelstreckenwaffen (würde) die nukleare Bedrohung Westeuropas nicht so verringern, daß dies den Verzicht der NATO auf die geplante Modernisierung dieser Streitkräftekategorie rechtfertigen würde. Das LRTNF-Programm (gemeint sind die ,,Nach''rüstungswaffen — Anm. AK) ist als Antwort auf eine sehr viel umfassendere Gefährdung und auf Mängel des westlichen Dispositivs an TNF-Waffen (in Europa stationierte und für einen europäischen Kriegsschauplatz vorgesehene Nuklearwaffen — Anm. AK) zu verstehen. Beide Gründe waren auch ohne die Einführung der SS-20 gegeben, würden also nicht durch deren Abbau beseitigt.'' (Klaus-Peter Stratmann, Modernisierung und Dislozierung nuklearer Waffen in Europa, in: Uwe Nerlich (Hg.), Die Einhegung in: Uwe Nerlich (Hg.), Die Einhegung sowjetischer Macht, Baden-Baden 1982)



Foto: argus

Foto: argus

Da nun Gorbatschow ebenfalls die ,,Null-Lösung'' propagiert, die für die NATO nicht die Abrüstung der SS-20, sondern die Legitimierung einer westlichen Vorrüstung zum Inhalt hatte, ist es an der Zeit, der betrogenen Bevölkerung reinen Wein einzuschenken. Strauß im Hausorgan ,,Bayernkurier'': Eine ,,gewisse Nachrüstung (wäre) auch ohne die Aufstellung der SS-20-Mittelstreckenraketen notwendig'' gewesen. Nach Strauß ist der Westen mit dem Konzept der ,,Null-Lösung'' ,,Gefangener der eigenen Sprachregelung'' geworden. ,,Die Sprachregelung war falsch, sie diente der Beschwichtigung der innenpolitischen Meinung, der leichteren Überwindung von Widerständen.'' (zit. nach ,,FR'' v. 25.3.1987) Auf der diesjährigen ,,Wehrkunde''-Tagung wurde Strauß noch deutlicher: Die ,,Null-Option'' sei ,,eine Selbsterpressung der NATO in Gestalt eines Ultimatums mit Zwei-Jahres-Frist''. Der Pakt habe sich zum Gefangenen der eigenen Vorstellungen gemacht, womit die Gefahr einer Auflösung des strategischen Verbunds wie auch die einer Abkoppelung Amerikas von Europa gegeben sei. (,,Europäische Wehrkunde'', 3/1987)

Schon nach Reykjavik, als noch Unklarheit über das dort Verhandelte herrschte, gab es eine rege Reisetätigkeit zwischen Westeuropa und den USA, insbesondere Bonn und Washington. Kanzler Kohl erklärte in Chicago, es ginge darum, ,,ob die fortbestehende kriegsverhütende Funktion der Abschreckung mit zunehmend weniger Waffen und unter hinreichender Kontrolle dieser Waffen erreicht werden kann.'' Wörner sekundierte, indem er wieder einmal davor warnte, daß Europas Sicherheit Schaden da-durch nähme, daß eine Abrüstung bei den Nuklearwaffen ein konventionelles Übergewicht der Sowjetunion hervortreten ließe. Insofern müsse das konventionelle Kräfteverhältnis in die Abrüstungsverhandlungen mit einbezogen werden. ,,Konventionelles Ungleichgewicht'' — damit ist das liebste und letzte Standardargument benannt, mit dem die NATO — und hier insbesondere die BRD — jeglichen Vorschlag torpediert, der auch nur als vage Möglichkeit ernsthafter Abrüstung erachtet werden könnte. Für den Fall, daß die Sowjets sich gar auf diese Ebene einlassen, hält Wörner bereits Vorstellungen parat, die für ein Scheitern der Verhandlungen — und dann (da ja alles miteinander verquickt ist) von den Mittelstrecken- über die Kurzstreckenwaffen bis zur konventionellen Rüstung —garantieren: ,,Konventionelle Rüstungskontrolle in Europa kann nur mit asymetrischen Reduzierungen zum Abbau der östlichen Überlegenheit und damit zur Beseitigung der Invasionsfähigkeit gegenüber Westeuropa führen. Dafür müssen die östlichen Reduzierungen entsprechend dem bestehenden Ungleichgewicht in den meisten Bereichen deutlich größer sein als die westlichen.'' (,,Europäische Wehr- kunde'', 3/1987) kunde'', 3/1987)

Stellt man das konventionelle Potential des Warschauer Paktes dem gesamten konventionellen NATO-Arsenal gegenüber, verkehrt sich die Behauptung von der östlichen Überlegenheit allerdings in ihr Gegenteil. Wörners Vorstellungen laufen darauf hinaus, daß der Warschauer Pakt konventionelle Streitkräfte nur in einem Umfang unterhalten darf, wie die NATO über diese in Westeuropa zu Friedenszeiten verfügt (d.h. ohne den umfangreichen transatlantischen Nachschub aus den USA, unter Auslassung der chinesischen Streitkräfte, die im Kriegsfall sowjetische Truppen binden könnten etc.). Am Ende der von Wörner geforderten ,,asymetrischen Reduzierungen'' würde somit kein konventionelles Gleichgewicht, sondern ein — zumindest global betrachtet — krasses konventionelles Ungleichgewicht zu Ungunsten der östlichen Seite stehen.

Gorbatschows Vorschlag und die westlichen Reaktionen

Doch vorerst war es nicht so weit, und insgeheim gingen die Verantwortlichen der NATO wohl davon aus, daß sie mit Gorbatschows SDI-Junktim ihre eigene Abrüstungsunwilligkeit kaschieren könnten. Um den ,,Schwarzen Peter'' Richtung Moskau zu schieben, verlegte sich die NATO darauf, von Gorbatschow ein separates Abkommen über Mittelstreckenwaffen in Europa zu fordern. In diese damit geöffnete Flanke stieß nun das neue sowjetische Angebot.

Dieses sowjetische Angebot besteht in einem Eingehen auf das ,,100 zu 100''-Modell, das die NATO in Reykjavik offeriert hatte. Dabei sollen alle SS-20- und Cruise Missile-, Pershing-II-Systeme in Europa abgerüstet werden. Der UdSSR wäre es erlaubt, 100 euro-strategische Sprengköpfe hinter dem Ural stationiert zu behalten (= 33 SS-20-Raketen à drei Sprenköpfe). Umgekehrt wäre es den USA gestattet, 100 der in Europa abgebauten eurostrategischen Waffen in den USA zu lagern.

Die Reaktionen innerhalb der NATO ließen die Widersprüchlichkeit des Bündnisses zutage treten. Stellvertretend für die Wahrer bundesrepublikanischer Sicherheitsinteressen und -logik postulierte Dregger nun seinerseits ein Junktim: Von nun an solle gleichzeitig auch über die nuklearen Kurzstreckenwaffen verhandelt werden, und natürlich dürfe auch die Berücksichtigung der konventionellen Streitkräfte nicht fehlen. Frankreich warnte vor einer ,,Denuklearisierung'' des europäischen Territoriums — sicher nicht nur aus Angst vor der Abkoppelung vom nuklearstrategischen Arsenal der USA, sondern auch, weil im Rahmen einer ,,Abrüstungseskalation'' in Folge eines sowjetisch-amerikanischen Abkommens irgendwann auch die eigene ,,Force de Frappe'' zur Disposition stehen könnte. Die französische Staatsräson verbietet in- des einen derartigen ,,Souveränitäts- des einen derartigen ,,Souveränitätsverlust''.

Aber auch den Herren im Weißen Haus, im Pentagon und im State Department brach der Schweiß aus. Wenn wir auch nur Vermutungen darüber anstellen können, inwieweit Gorbatschows Vorschlag ernst gemeint ist oder ob er sich auf eine strukturelle Abrüstungsunfähigkeit und -unwilligkeit der NATO verlassen konnte, die es ihm erlaubte, sich derart weit aus dem Fenster zu hängen — eines aber hat der gute Mann zweifelsohne erreicht: Noch nie mußten westliche ,,Sicherheitsexperten'' so intensiv über Antworten an Moskau brüten. Antworten, die so zu formulieren sind, daß sie zwar keine platte Ablehnung, wohl aber unannehmbare Ergänzungen, Konkretisierungen etc. enthalten.

Die westlichen Reaktionen laufen darauf hinaus, jedes Abkommen über Mittelstreckenwaffen zu verunmöglichen:

● Bezüglich der Verifizierung (= Überprüfung) eines Abkommens verlangten die USA zunächst, die Sowjets sollten künftig auch ihre Raketenfabriken (und nicht nur potentielle Stationierungsorte) der Inspektion durch die USA öffnen. Kenneth Adelman, Chef der US-Rüstungskontrollbehörde, kommentierte dieses Ansinnen, Moskau habe hieran ,,schwer zu schlucken''. Womit das Motiv der Verifizierungsdebatte genannt war: Würde die UdSSR Formen der Verifizierung zulassen, die die Grenzen der Spionage überschreiten? Bekanntlich läßt sich die UdSSR nicht gern in ihre militärischen Karten schauen, was — wie Oskar Lafontaine einmal völlig richtig nach einer Moskau-Visite konstatierte — weniger mit ,,geheimen Wunderwaffen'' denn mit der Furcht zu tun hat, die NATO könnte zu ernüchternden, die sowjetische Abschreckungsfähigkeit relativierenden Erkenntnissen gelangen. Wer sich schon mal mit der Verifizierungsdiskussion zwischen West und Ost beschäftigt hat, weiß, daß sich mit Verweis auf dieses angeblich kaum zu lösende Problem so mancher Abrüstungsvorschlag torpedieren läßt. Zumindest ist das Thema dazu geeignet, bestimmte Dinge totzuverhandeln.

Ungeheuer beweglich, wie die USA nun mal sind, haben sie derweil eine Alternative zu ihren dreisten Inspektionsabsichten vorgelegt. Adelmann erklärte, die USA könnten auf die Kontrolle sowjetischer Raketenfabriken vor Ort verzichten, wenn die USA ihre in Asien dislozierten SS-20-Raketen verschrotten würden. Also nicht mehr 100 zu 100, sondern 0 zu 100. Die UdSSR hätte damit nicht nur gegenüber Westeuropa auf Null abzurüsten, sondern auch gegenüber der nuklearen Bedrohung, die ihr aus dem pazifischen und asiatischen Raum erwächst. Adelmann dürfte wissen, daß dies für die Sowjets noch unannehmbarer ist als das Inspektionsansinnen.

● Die USA haben erklärt, daß — entgegen bisherigen Definitionen — für sie Asien nicht hinter dem Ural, sondern weiter ostwärts beginnt. Dies bedeutet: Es genügt den USA nicht, wenn die UdSSR ihr im asiatischen Teil des Landes stationiertes SS-20-Arsenal auf 100 Sprengköpfe verringere (gemäß dem ,,100 zu 100 Modell'', s.o.). Diese SS-20-Systeme müßten zudem weiter ostwärts verlegt werden (damit sie nicht binnen eines kurzen Zeitraumes in die europäische UdSSR verschoben werden, von wo aus sie Ziele in Westeuropa angreifen könnten). Andererseits behalten sich die USA das Recht vor, ihre 100 Sprengköpfe in Alaska zu dislozieren, womit sich die Bedrohung, die von diesen ausgeht, lediglich auf die andere Seite der UdSSR verlegen würde. Der UdSSR werden natürliche geographische Gegebenheiten wie die Tatsache, daß sie eine Landmacht ist, umgeben von ihr feindlich gesonnenen Staaten, zum Vorwurf gemacht. Mensch darf davon ausgehen, daß sich mit der Verschiebung von SS-20-Systemen ostwärts zusätzliche Probleme ergeben würden. Nämlich ein Einspruch der asiatischen und pazifischen Länder, den sich die selbstlose NATO selbstverständlich zu eigen machen würde (nach dem hehren Motto: Keine Verringerung unserer Bedrohung auf Kosten anderer ...).

● Am dreistesten ist aber zweifellos das amerikanische Vorhaben, die Pershing II lediglich zu einer Kurzstreckenwaffe umzurüsten sowie die Cruise Missiles auf See zu verlegen. Letztere können von dort selbstverständlich auch fortan sowjetisches Territorium bedrohen. Was die Umrüstung der Pershing-II zur Pershing-Ib anbelangt, auch fortan sowjetisches Territorium bedrohen. Was die Umrüstung der Pershing-II zur Pershing-Ib anbelangt, schreibt die ,,FR'': ,,Wie Fachleute bestätigen, ist dieser Umbau leicht möglich, indem die zweite Stufe der Rakete entfernt und die Computersteuerung verändert werden. Die Herstellerfirma Marietta hatte bereits vor Jahren das Umbaupaket zur einstufigen Pershing als ,vorhanden und getestet' bezeichnet. Ein Sprecher der US-Armee sagte ferner, es sei auch nur unwesentlich komplizierter, einer Pershing-Ib eine zweite Antriebsstufe hinzuzufügen, und sie so zu einer Pershing-II umzubauen, als eine Pershing-II zur Ib herabzustufen.'' (,,FR'' v. 25.3.1987)

Man muß sich das Ausmaß der Provokation deutlich vor Augen führen: Während die USA mittlerweile von der UdSSR verlangen, auch auf die 100 in Asien dislozierten Sprengköpfe zu verzichten (oder aber diese zumindest weiter ostwärts zu bewegen), beabsichtigen sie selbst nicht den Abbau eines einzigen Systems. Pershing-Ib-Raketen können offensichtlich binnen eines vergleichsweise kurzen Zeitraumes zu eurostrategischen Pershing-II-Systemen umgerüstet werden, die Verlegung von Marschflugkörpern auf See relativiert nicht deren eurostrategische Qualität. Umrüsten statt abrüsten lautet die amerikanische Antwort auf das sowjetische Eingehen gegenüber einer ,,Null-Lösung''.

Same procedure as usual?

Derweil haben die USA und die UdSSR ihre Verhandlungen in Genf bis zum 23. April unterbrochen, obgleich beide Seiten betonen, daß die Zeit drängt. Die ,,Süddeutsche Zeitung'' berichtet, ,,westliche und östliche Diplomaten teilten inoffiziell mit, daß in der Sonderrunde über Mittelstreckenraketen so gut wie nichts er-

Fortsetzung von vorheriger Seite

reicht worden sei." („SZ" v. 27.3.1987) Alle (bzw. die letzten) Hoffnungen konzentrieren sich nun auf das Außenministertreffen Shultz-Schewardnadse, das vom 13. bis 16. April in Moskau stattfinden soll. Das US-Außenministerium erklärte in diesem Zusammenhang, ein Vertrag in Sachen Mittelstreckenwaffen habe einen Passus zu enthalten, der den USA das Recht auf ein „weltweites Gleichgewicht" mit dem sowjetischen Waffenarsenal zugestehe. Wohlgemerkt: Nicht der NATO, sondern allein schon den USA!

Ganz offensichtlich wird sich abrüstungspolitisch nichts bewegen. Mit seinem Vorstoß hat Gorbatschow die NATO zum Offenbarungseid in Sachen Abrüstungsbereitschaft genötigt. Fazit: Die NATO ist strukturell abrüstungsunfähig. Die NATO sieht sich nun mit dem Problem konfrontiert, daß ihr gesamter Begründungszusammenhang in Sachen Aufrüstung auseinanderzufallen droht, wonach die eigene Rüstung lediglich als erzwungene Reaktion auf eine „Vor"rüstung der anderen Seite zu verstehen ist. Bundesregierung und NATO haben nun abzuwägen zwischen einem eher militärischen/strategischen Schaden (Relativierung der nuklearen Verkoppelung, Beeinträchtigung der „vorbedachten Eskalation" und somit der Durchführbarkeit der „flexible response"), der ihr für den Fall der Beseitigung der landgestützten Mittelstreckenwaffen droht und einen politischen Schaden, der ihr im Falle des selbstverschuldeten Nichtzustandekommens eines Vertrages entstehen könnte.

Überflüssig und falsch

„Der Deutsche Bundestag appelliert an die USA und die UdSSR, ihre grundsätzlich erzielte Einigung über die Abrüstung aller landgestützten weitreichenden Mittelstreckenraketen in und für Europa (Pershing II, Cruise Missiles, SS 20) noch in diesem Jahr vertraglich abzusichern und mit der Verschrottung dieser Systeme und der sofortigen Auslösung der Raketenverbände zu beginnen."

Dieses ist der Kernsatz eines Antrages, den die Grünen am 10.3.1987 in den Bundestag eingebracht haben. Mal abgesehen davon, daß dieser Satz schlicht falsch ist, weil es ja auch französische landgestützte Mittelstreckenraketen in Europa gibt, wird lediglich an die Großmächte appelliert, statt daß der Bundestag, wenn er etwas tun wollte, nun den Abzug der US-Raketen beschließen müßte und könnte. Die Grünen täten gut daran, ein bißchen Druck auf die SPD auszuüben, die sich darauf beschränkt, die diplomatischen Aktivitäten der Kohl-Regierung für un-

auszuüben, die sich darauf beschränkt, die diplomatischen Aktivitäten der Kohl-Regierung für un-

zureichend zu erklären. Aber die Realos, Mechtersheimer und Antragsformulierer Bruckmann (Friedenssachbearbeiter und Ex-KPDler) wollten lieber einen staatsmännischen Antrag für alle Parteien. Konkret wird der Antrag nur dort, wo er zusätzlich von der Sowjetunion noch den (einseitigen) Abzug der atomaren Kurzstreckenraketen aus der DDR und CSSR verlangt. Zur Bundestagsmehrheit hat er dennoch nicht gereicht.

Schade nur, daß die Friedensbewegung mitlerweile viel von ihrer gesellschaftspolitischen Bedeutung eingebüßt hat. Dabei käme es jetzt darauf an, die Widersprüchlichkeit in der NATO-Aufrüstungsargumentation und die offensichtliche Abrüstungsunwilligkeit der NATO öffentlich darzustellen und anzuprangern. Aktuell ist es jedoch eher fraglich, ob die Friedensbewegung dazu in der Lage ist, den Gorbatschow-Vorschlag im Sinne der Vertiefung der Glaubwürdigkeitskrise herrschender „Sicherheitspolitik" zu nutzen, den politischen Preis bezüglich fortgesetzter Aufrüstung hochzuschrauben.

Auf jeden Fall sollten GRÜNE und SPD in die Pflicht genommen werden, die ja seinerzeit im Bundestag mehrheitlich gegen den „Doppelbeschluß" votierten. Da dem Stationierungsbeschluß im Bundestag nun selbst auf der Ebene der „Null-Lösung" jede Grundlage entzogen ist, müßte nun eigentlich ein Antrag in den Bundestag eingebracht werden, die Sache neu zu verhandeln bzw. den „Nach"rüstungsbeschluß aufzukündigen. Es darf daran erinnert werden, daß beide Fraktionen seinerzeit gegen die „Nach"rüstung stimmten, obgleich die UdSSR damals nicht den Abbau ihrer SS-20-Raketen offerierte.

hph und dsm

Nationaldemokratische Revolution als Übergang zum Sozialismus

Interview mit Jose Maria (Joma) Sison

Anläßlich seiner Europareise hatten wir Anfang April die Gelegenheit eines ausführlichen Interviews mit Joma Sison. Joma ist heute die bekannteste Persönlichkeit der philippinischen Linken. Er wurde 1939 in Cabugao (Ilocos Sur) geboren. Anfang der 60er Jahre spielte er eine zentrale Rolle in der philippinischen Studentenbewegung. 1964 gründete er die Kabataang Makabayan (Patriotische Jugend), die zurecht als die Keimzelle der Nationaldemokratischen Front gelten kann. 1967 schrieb er mit "Struggle for National Democracy" einen ersten grundlegenden Text für die philippinische Revolution. Im November 1977 wurde er verhaftet und in ein Militärgefängnis eingeliefert, wo er der Folter des Marcos-Regimes ausgesetzt war. Er wurde verdächtigt, Amado Guerrero zu sein, der Gründer und Generalsekretär der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP) und Autor des noch heute grundlegenden Werkes "Philippine Society and Revolution". Ohne jemals angeklagt oder verurteilt worden zu sein, wurde er nach dem Sturz von Ferdinand Marcos am 4. März 1986 freigelassen. Seit seiner Freilassung hat er in zahlreichen öffentlichen Vorträgen und Interviews für die Idee der philippinischen Revolution geworben. Daneben fungierte er als Gründungsmitglied der "Partido ng Bayan" (Partei des Volkes). Über sein politisches Engagement hinaus hat sich Sison auch einen Namen als Dichter gemacht und wurde bereits mit mehreren Literaturpreisen ausgezeichnet.

Wir sprachen mit Joma über seine Zeit im Knast, die Geschichte der CPP, den Wahlboykott und die aktuelle Lage. Die beiden zuletzt genannten Interviewteile veröffentlichen wir im nächsten AK.

AK: Auf den Philippinen und im Ausland giltst du als der Gründer der Kom-

AK: Auf den Philippinen und im Ausland giltst du als der Gründer der Kommunistischen Partei der Philippinen (CPP). Unter Marcos warst du einer der bekanntesten politischen Gefangenen. Welche Umstände führten zu deiner Verhaftung und wessen hat man dich angeklagt?

Sison: Ich wurde am 10.November 1977 in Nord-Luzon (im Norden der Philippinen) verhaftet. In meiner angeblichen Funktion als Vorsitzender des Zentralkommittes der Kommunistischen Partei wurde ich der Subversion und der Rebellion beschuldigt.

Aber du wurdest niemals durch ein Gericht verurteilt?

Nein, niemals. Nicht einmal meine Verhaftung hatte eine Rechtsgrundlage. In den Verhandlungen der Militärkommission, die meinen Fall behandelte, konnte der Anklagevertreter keinerlei Vollmacht der Exekutive oder von Marcos für meine Verhaftung vorweisen. Wenn jemand verhaftet wird, muß es einen Haftbefehl geben, normalerweise ausgestellt durch ein Gericht. Ein Haftbefehl ausgestellt von der Exekutive verletzt selbst die Spielregeln in einer bürgerlichen Demokratie und nicht einmal den konnten sie vorweisen.

In einer politischen Erklärung, die du unter den Bedingungen der Isolationshaft veröffentlicht hast, hast du die grausamen Methoden der Folter beschrieben, die durch das Marcos-Regime praktiziert wurden. War es unter solchen Bedingungen möglich, die politische Arbeit im Gefängnis fortzusetzen? Gab es so etwas wie eine politische Organisierung unter den Gefangenen?

Ja das war möglich. Mehr als 18 Monate war ich von jedem Kontakt zur Außenwelt außerhalb des Gefängnisses abgeschnitten. Als ich nach dieser Zeit dann meinen Anwalt sprechen konnte, habe ich über ihn auch mit Anderen kommunizieren können.

In der Zeit der totalen Isolation habe ich versucht, meine Bewacher politisch zu agitieren (Joma lacht). Das militärische Gefängnispersonal hatte ein strenges Verbot mehr als das Notwendige mit mir zu kommunizieren. Ich machte mir jedoch die Tatsache zu nutze, daß ein Teil des Wachpersonals mich deswegen respektierte, weil sie in der gleichen Region wie ich geboren wurden (in Nord-Luzon). Der größte Teil der Armee kommt aus meiner Heimatgegend und auch Marcos wurde hier geboren.

Wie sahen deine speziellen Haftbedingungen aus?

Meine Haftbedingungen waren insofern speziell, als ich eine Menge Unannehmlichkeiten hatte. Das schloß auch Folterungen ein. So wurde ich geschlagen und eine Woche lang einer sogenannten Wasserkur unterzogen. Die schlimmste Folter, die ich erduldete, schlimmer noch als die fünf Jahre der Isolation meiner achtjährigen Haftzeit, waren die 18 Monate, die ich gefesselt an einen Karren verbrachte. Ein Fuß und eine Hand waren mit Handschellen an diesem Karren befestigt und nur wenige Minuten zum Einnehmen der Mahlzeiten wurde ich losgelöst. In dieser Zeit schlug mich niemand, aber trotzdem war die tägliche Gewalt in diese Situation eingebaut. Ich mußte so zwei Sommer durchstehen, ohne mich rühren zu können, und im Winter wurde die Zelle zu einem Eisschrank. Das schlimmste an diesem Zustand war, nicht zu wissen, wielange er noch andauern würde.





Sechs Jahre verbrachte ich in der gleichen Isolationszelle. Das einzige Fenster war mit einem Sichtschutz versehen und die Zellentür blieb immer geschlossen. Die totale Isolation wurde später teilweise aufgehoben, als sie meine Frau zu mir in die Zelle legten. Aber nur teilweise aufgehoben, weil es schließlich drei Menschen braucht, um ein Kollektiv aufzumachen.

Laß uns zur Gründerzeit der CPP kommen. Wie auf der ganzen Welt, so gab es auch auf den Philippinen in den 60er Jahren eine starke Studentenbewegung, in der du eine zentrale Rolle gespielt hast. Für was hat die Studentenbewegung gekämpft und wie definierte sie sich selber in Beziehung zur traditionellen kommunistischen Partei?

Seit 1938 gab es auf den Philippinen eine Einheitspartei, die aus der kommunistischen und sozialistischen Partei entstanden war. Praktisch gesehen war die Einheitspartei bereits 1960 tot. Das lag im wesentlichen an den Fehlern der Führung um die revisionistische Lava-Gruppe. Die revisionistische Lava-Gruppe hatte eine wirklich ins Auge fallende Charakteristik. Sie bestand im wesentlichen aus dem Familienclan der Lava. Drei Brüder der Lava-Familie vermachten sich gegenseitig die Position des Generalsekretärs.

Ich war zur damaligen Zeit völlig ohne Kontakt zur der alten Einheitspartei und studierte Marxismus-Leninismus an der Universität. 1962 gab es den ersten Versuch der alten Einheitspartei uns als Studenten zu vereinnahmen. Zu diesem Zeitpunkt war die Studentenbewegung schon zu einem gewichtigen innenpolitischen Machtfaktor geworden. Anfang der 50er Jahre war die revolutionäre Bewegung zerstört worden. Und in der Nachfolgezeit beging Jesus Lava, der damalige Generalsekrtär der alten Einheitspartei, scherwiegende Fehler. So gab er beispielsweise die Direktive aus, daß sich die alte Volksarmee der Partei, in die legalen Streitkräfte auflösen sollte. Diese Politik liquidierte die Partei, und die Parteikollektive brachen auseinander.

Die wichtigen politischen Aktionen der Studenten gestalteten sich insofern in völliger Unabhängigkeit zur alten Einheitspartei. Die Studentenbewegung war die erste anti-imperialistische Massenbewegung nach einer langen Zeit der Ruhe. Diese Massenbewegung durchbrach eine lange Zeit der finstersten Reaktion, des kalten Kriegs und des Mc Carthytums auf den Philippinen. 1959 begannen wir damit, Studienzirkel aufzubauen Wir wußten in diesen Studienzirkeln, wenn wir die Studentenbewegung verbreitern wollten, um sie zu einer Massenbewegung aufzubauen, mußten wir die Mehrheit in der Studentenregierung (vergleichbar mit unseren ASten, Anm. AK) gewinnen. 1961 gelang es den progressiven Kräften unter der Anleitung der marxistisch-leninistischen Studienzirkel, die Studentenregierung und ihre Publikationsorgane zu übernehmen. Es ist unheimlich wichtig, die Studentenregierung der Universität der Philippinen (UP) in der Hand zu haben, weil sie die am best angesehenste im ganzen Land ist.

Mit der Studentenregierung besaßen wir die Ressourcen, um die Studentenbewegung im ganzen Land auszubreiten. Wir konnten nun ganz offiziell nationale Studentenkonferenzen einberufen und über diese Konferenzen unsere revolutionären Ideen im ganzen Lande unter den Studenten ausbreiten. Die Studentenaktivisten haben sehr schnell eingesehen, daß es nicht ausreichte den Marxismus-Leninismus zu studieren. Sie wollten Resultate sehen. Sie wußten, wenn sie eine revolutionäre Situation auf den Philippinen vorbereiten wollten, mußten sie sich mit den Massen verbünden. Ich selber schätze mich glücklich, daß die Universitätsverwaltung meine Bestellung zum Mitglied der Fakultät an der UP damals nicht erneuerte.

Die Universitätsverwaltung hatte herausgefunden, daß ich einer der drei Hauptorganisatoren der studentischen Massenaktionen des 15. März 1961 gewesen war. Die Nicht-Erneuerung meiner Berufung an der UP vermittelte mir nicht nur ein Gefühl der Unterdrückung, sondern gab mir auch die Zeit, nachdem ich die Universität verlassen hatte, in der Gewerkschaftsbewegung mitzuarbeiten.

1968 wurde dann die CPP in Abgrenzung und Konkurrenz zur alten kommunistischen Partei gegründet. Was machte es notwendig eine neue Partei zu gründen, und in wiefern unterschied sie sich von ihren theoretischen Grundlagen her von der alten Partei?

Die Studentenbewegung der 60er Jahre war wirklich zumindestens in den Großstädten eine militante Bewegung. 1962 wurden wir das erste mal von der alten Einheitspartei bemerkt. Sie trat an uns heran und versuchte uns zu vereinnahmen. Doch schon zum damaligen Zeitpunkt war klar, daß die Führung der alten Einheitspartei völlig isoliert von den Massen dastand. Die Partei war diskreditiert. Die Vetternwirtschaft, das Vererben von Parteipositionen an Verwandschaftsmitglieder, war in der Öffentlichkeit allgemein als Krankheit dieser Partei bekannt. Die Partei bestand nur noch aus Wochenendrevoluzzern. In der Partei steckte kein Leben mehr. Die Parteiversammlungen wurden immer spärlicher, erst monatlich, dann zweimonatlich abgehalten. Die Partei konnte damals nicht verstehen, was in der Jugend, was bei den Studenten vorging. Die Bewegung verbreiterte sich also unabhängig von dieser Partei.

Zusammen mit anderen habe ich

verbreiterte sich also unabhängig von dieser Partei.

Zusammen mit anderen habe ich

dann die Patriotische Jugend gegründet, eine Jugendorganisation, die die studentischen Aktivisten, junge Arbeiter und Bauern zusammenschloß. Durch meine Untersuchungs- und Forschungsarbeit für die Gewerkschaftsbewegung kam ich auch in Kontakt mit älteren Bauernführern. Bereits 1963 war dieser Kontakt zu fortschrittlichen Bauern hergestellt. Die Patriotische Jugend hatte eine sehr wichtige Funktion. Die meisten der proletarischen Kader, die wir heute haben, sind aus dieser Organisation hervorgegangen. Durch meine Position in der Gewerkschaftsbewegung, meine Arbeit in der Jugendbewegung und die Kontakte zu den fortschrittlichen Bauern war ich in der Lage, an dem Aufbau einer breiten nationalen Front mitzuarbeiten. Diese Organisation nannte sich Bewegung zur Förderung des Nationalismus. Wobei Nationalismus im anti-imperialistischen Sinne verstanden werden muß.

Ab 1965 entwickelten sich innerhalb der alten Einheitspartei starke Differenzen. Ab 1966 entwickelten sich die Erben der Führung der alten kommunistischen Partei, immer noch gestellt durch die Lava-Familie, zu einem echten Hindernis für die revolutionäre Bewegung. Immer mehr junge proletarische Kader der alte Einheitspartei forderten eine Bereinigung der Fehler der Linie der Lava-Führung der Partei. Die Kritik an der Lava-Führung wurde jedoch unterdrückt. 1967 spaltete sich dann die Partei in die der Lava-Führung loyal ergebenen Teile und einen Kern von proletarischen Kadern, die die Partei verließen. Mit ein Spaltungsgrund war die Tatsache, daß sich die Lava-Führung weigerte, den bewaffneten revolutionären Kampf wieder aufzunehmen. Durch die 60er Jahre hindurch zieht sich eine internationale Debatte der revolutionären Kräfte, mit welchen Mitteln in einem Land wie den Philippinen eine Revolution

Fortsetzung nächste Seite



Internationale Nahost-Konferenz

'Die Tür nicht der Tisch für Verhandlungen' (Peres)

In die festgefahrenen Nahost-Friedensverhandlungen scheint Bewegung zu kommen: Die Einberufung einer Internationalen Nahost-Konferenz findet immer neue Anhänger, eine alte sowjetische Forderung, die aber immer auf Ablehnung Israels und der USA stieß. Vor zwei Jahren brachte der jordanische König Hussein diesen Vorschlag erneut in die Debatte. Nur unter dem „Schirm" einer internationalen Konferenz war der Haschemiten-König bereit, im Rahmen einer palästinensisch-jordanischen Delegation bilaterale Verhandlungen mit Israel aufzunehmen. Zu Verhandlungen gemäß dem jordanisch-palästinensischen Abkommen vom 11.2.85 freilich kam es nicht. Israel und die USA lehnten eine internationale Konferenz grundsätzlich ab und verweigerten den Palästinensern und der PLO jedes Zugeständnis und Mitspracherecht.

Die Unnachgiebigkeit dieser beiden Staaten war dem jordanischen König durchaus recht, schließlich sah er im Amman-Abkommen vor allem eine Möglichkeit, selbst das palästinensische Volk zu vertreten und so das Alleinvertretungsrecht der PLO auszuhöhlen. Deshalb suchte Hussein dem PLO-Vorsitzenden Arafat immer neue Zugeständnisse abzupressen und die PLO verhandlungsunwillig und kompromißlos erscheinen zu lassen. Auf diese Weise sollte die PLO von Friedensverhandlungen ausgeschlossen werden. Ein Jahr nach der Unterzeichnung des jordanisch-palästinensischen Abkommens kündigte Hussein das Bündnis mit der PLO auf, ließ die PLO-Büros in Jordanien schließen und verwies mehrere PLO-Politiker des Landes. Parallel wuchs die Zusammenarbeit zwischen dem Haschemiten-König und Israel, auch ohne Verhandlungen. König Hussein schlug sogar ein umfangreiches israelisch-jordanisches Entwicklungsprojekt für das Westjordanland vor, die dafür notwendigen 1,3 Mrd. Dollar sollten im wesentlichen von den USA und anderen westlichen Staaten, aber auch von den reichen arabischen Staaten aufgebracht werden.

Der Alleingang König Husseins wurde jedoch gestoppt. Die proimperialistischen arabischen Staaten verweigerten dem jordanischen König die notwendigen Gelder und zahlten stattdessen in den Fond des 1978 von der Arabischen Liga gegründeten palästinensisch-jordanischen Komitees für die besetzten Gebiete. Durch dieses Zugeständnis an die PLO — immerhin waren die Gelder jahrelang eingefroren — erzwangen sie wieder die jordanisch-palästinensische Zusammenarbeit und sicherten sich so ihren Einfluß innerhalb der PLO. Schließlich hatten sich in den letzten Monaten besonders Algerien, Libyen und die Sowjetunion um die Einheit der Palästinenser bemüht und an Einfluß gewonnen, eine Entwicklung, die den proimperialistischen arabischen Staaten nicht paßt.

Auch Israel und die USA waren nicht bereit, umfangreiche Gelder in die wirtschaftliche Entwicklung der Westbanks zu stecken. Statt die Projekte und damit das Ansehen König Husseins zu stärken, signalisieren beide Staaten eine gewisse Gesprächsbereitschaft gegenüber Palästinensern und bringen eine internationale Nahost-Konferenz in die Debatte, die freilich im israelischen Regierungslager heftig umstritten ist. Ein erster Schritt zur Anerkennung der legitimen Rechte des palästinensischen Volkes?

Die internationale Nahost-Konferenz

Die Forderung König Husseins, zur Lösung des Palästina-Problems eine internationale Konferenz einzuberufen, wurde in den Gesprächen des da-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

durchgeführt werden kann. Soweit die Debatte die philippinischen Revolutionäre betraf, war ihnen klar, daß der einzige Weg für eine revolutionäre Entwicklung über den bewaffneten Kampf führen mußte. Dabei muß man jedoch berücksichtigen, daß die philippinischen Revolutionäre, die für den bewaffneten Kampf als der Hauptform des Kampfes eintraten, vor der Gründung der CPP diejenigen waren, die am meisten und am effektivsten am Aufbau auch der legalen Arbeit beteiligt waren.

Die westeuropäische Linke der 60er Jahre, die Studentenbewegung, wurde maßgeblich durch die Weiterentwicklung des Marxismus-Leninismus und durch die Mao-Tse-Tung-Ideen geprägt. Gab es eine ähnliche Entwicklung auf den Philippinen?

Mao-Tse-Tung war für uns der einflußreichste kommunistische Führer, weil er uns die fundierteste Kritik an der halb-kolonialen, halb-feudalen Gesellschaftsstruktur unseres Landes an die Hand gab. Nun kann man aber Mao-Tse-Tungs Gedanken nur dann richtig verstehen, wenn man auch die marxistisch-leninistischen Klassiker studiert hat. Marxismus ist im wesentlichen die Kritik der politischen Ökonomie des Kapitalismus. Lenin brachte den Marxismus in den Osten und so hatten wir Leninismus. Mao-Tse-Tungs Beitrag war es, den Marxismus-Leninismus tiefer in den Völkern Südostasiens zu verankern. Mao-Tse-Tung hat nicht nur die Neudemokratische Revolution in China zum Sieg geführt. Er hat damit auch die Grundlagen für eine sozialistische Entwicklung in China geschaffen. Die Kritik der KPCh vor 1957 war falsch, zwischen 1957 und 1965 war sie zu 50% richtig, und zwischen 1965 und 1976 komplett falsch. Dieser Kampf geht heute in China weiter.

In einem der Klassiker der revolutionären philippinischen Literatur „Philippine Society and Revolution", der dir zugeschrieben wird, wird die philippinische Gesellschaft als halb-kolonial und halb-feudal beschrieben. Drei Faktoren, nämlich der US-Imperialismus, der bürokratische Kapitalismus und der Feudalismus, werden für die Rückständigkeit der philippinischen Gesellschaft verantwortlich gemacht. Das Buch plädiert dann für eine nationale demokratische Revolution, die der erste Schritt zur Befreiung der Philippinen sein soll, bevor eine sozialistische Revolution folgen könne. Kannst du uns kurz dieses Revolutionskonzept erklären?

Es liegt auf der Hand, daß die philippinische Gesellschaft bis heute halbkolonial ist oder, wenn du möchtest, neo-kolonial. Die USA üben eine indirekte koloniale Herrschaft über die Philippinen aus. Der US-Imperialismus ist die Macht, die die philippinische Kultur, Politik, Wirtschaft und Armee am stärksten dominiert. Die philippinische Gesellschaft ist auch immer noch halb-feudal. Es ist die Kompradoren-Bourgeoisie, die die heutige philippinische Gesellschaft regiert. Daneben gibt es jedoch immer noch die Klasse der Großgrundbesitzer, die nicht zur Kompradoren-Bourgeoisie gehört.

Wenn man die Wirtschaft der Philippinen studiert, stößt man darauf, daß die Landwirtschaft nach wie vor der dominierende Wirtschaftsfaktor ist. Das Fundament für eine moderne Industrie existiert auf den Philippinen bis heute nicht. Die philippinische Ökonomie ist ein angepasstes System, ein System, in dem die Kompradoren-Bourgeoisie vielmehr als die industrielle Bourgeoisie dominiert. Das, was im wesentlichen an industrieller Anpassung in der philippinischen Ökonomie existiert, kommt über das internationale Monopolkapital herein, das diese Industrieanlagen benutzt, um unsere Rohstoffe und Agrarprodukte auszubeuten.

Noch einmal zurück zur Nationaldemokratische Revolution. Was verstehst du darunter?

Wie ich eben erklärte, gibt es die Unterdrückung durch ein feudales System, vermittelt über die Großgrundbesitzer und die Dominanz des internationalen Kapitals auf den Philippinen. Unser Konzept der Nationaldemokratischen Revolution ist ein anderes als das der bürgerlichen Revolution in Europa 1789. Der Unterschied besteht darin, daß unsere Nationaldemokratische Revolution im Zeitalter des Imperialismus, vom Proletariat und seiner Partei angeführt wird. Durch die Nationaldemokratische Revolution in unserem Land werden die Kräfte für eine spätere sozialistische Revolution bereitgestellt. Zwischen der Nationaldemokratischen Revolution und der sozialistischen Revolution besteht ein fließender Übergang. Würden wir unmittelbar mit dem Stadium der sozialistischen Revolution beginnen, würden wir gesellschaftliche Kräfte aus dem Kampf ausschließen, die wir jedoch brauchen, um diesen Kampf siegreich zu führen.

Welche gesellschaftlichen Gruppen oder Klassen habt ihr denn dabei als Bündnispartner besonders im Auge?

Die Arbeiterklasse auf den Philippinen ist nach wie vor eine Minorität. Sie macht etwa 14-15% der philippinischen Gesellschaft aus. Schon aus dieser Tatsache läßt sich logisch ableiten, daß es notwendig ist, ein Bündnis mit der Bauernschaft einzugehen. Wenn also ein Basisbündnis zwischen Arbeiterschaft und Bauernschaft unter Führung des Proletariats hergestellt wurde, dann kann man dazu übergehen, auch Teile der städtischen Kleinbourgeoisie in ein Nationaldemokratisches Bündnis mit einzubeziehen. Mit städtischer Kleinbourgeoisie meine ich dabei kleine Unternehmer, Händler, Techniker und alle Formen von Selbständigen. Diese soziale Gruppe der Kleinbourgeoisie stellt auch hauptsächlich das Gros der philippinischen Studenten, die man für eine revolutionäre Bündnispolitik keinesfalls außer Acht lassen darf, denn wenn man die Studenten für die revolutionäre Bewegung gewonnen hat, ist es sehr leicht, den revolutionären Gedanken durch das ganze Land zu tragen.

Arbeiterschaft, Bauernschaft und Kleinbourgeoisie in den Städten sind die soziale Basis für die Nationaldemokratische Revolution. Mit dieser sozialen Basis für die Nationaldemokratische Revolution plus der nationalen Bourgeoisie läßt sich sodann eine vereinigte nationale Front aufbauen. Natürlich muß man gegenüber der nationalen Bourgeoisie sehr vorsichtig agieren. Sie hat einen zwiespältigen Charakter. Sie ist progressiv im Hinblick auf ihre Opposition gegen das dominierende internationale Kapital, und sie ist reaktionär, weil sie ein Interesse hat, das Ausbeutungsverhältnis zu den Arbeitern aufrecht zu erhalten, weil sie die revolutionäre Kraft der Massen fürchtet und weil sie natürlich ihre Rolle als herrschende Klasse wiedergewinnen möchte.

Ein weiterer wichtiger Aspekt der Politik der vereinigten nationalen Front ist es, daß man, nachdem man alle progressiven Kräfte der Gesellschaft, die sich für eine nationaldemokratische Revolution einsetzen, gewonnen hat, sich nun die Zersplitterung der reaktionären Kräfte zu Nutze machen kann, was heißt die Widersprüche zwischen Kompradoren-Bourgeoisie und Großgrundbesitzer-Bourgeoisie zu nutzen. Schlußendlich geht es also darum, die reaktionärsten Kräfte der Gesellschaft, die Kompradoren-Bourgeoisie, die unter dem direkten Einfluß des US-Imperialismus steht, zu isolieren und als erstes zu zerstören. Und diesen Kampf kann die Partei der arbeitenden Klasse, die kommunistische Partei, nur mit der breiten Unterstützung aller Bevölkerungsteile gewinnen.

Fortsetzung von vorheriger Seite

maligen israelischen Ministerpräsidenten Peres mit dem ägyptischen Präsidenten Mubarak im September 1986 aufgegriffen. Beide sprachen sich damals für die Einberufung einer solchen Konferenz unter ganz bestimmten Bedingungen aus: Die internationale Nahost-Konferenz sollte ohne Beteiligung der PLO, der Sowjetunion und Syrien stattfinden und unverzüglich zu direkten Verhandlungen zwischen einer palästinensisch-jordanischen und einer israelischen Delegation führen. Dieser Vorschlag wird allerdings nicht von der gesamten israelischen Regierung geteilt. Der heutige israelische Ministerpräsident Schamir (Likud-Block) lehnt diesen Vorschlag grundsätzlich ab, während Außenminister Peres (Arbeiter-Partei) das Projekt weiterverfolgt und bei seiner Ägypten-Reise vor einigen Wochen erneut angesprochen hat. Aber selbst die Zusammensetzung der gemeinsamen jordanisch-palästinensischen Delegation wird an Bedingungen geknüpft: Die Mitglieder dürfen nichts mit der PLO zu tun haben, sie müssen aus den besetzten Gebieten kommen und Israel kann ihre Beteiligung ablehnen.

Trotz der scharfen Differenzen in der israelischen Koalition platzte das Regierungsbündnis nicht an dieser Frage. Schließlich haben sich inzwischen auch die USA für eine internationale Konferenz ausgesprochen. US-Außenminister Shultz erklärte Anfang Februar, eine Nahost-Konferenz könne als Vorspiel für direkte Verhandlungen nützlich sein, eine Beteiligung Moskaus aber sei ausgeschlossen, da die Sowjetunion keine diplomatischen Beziehungen zu Israel unterhalte und ihre Politik der jüdischen Auswanderung nicht liberalisiere.

Gerade in diesen beiden Fragen zeichnet sich in den letzten Monaten seitens der sowjetischen Regierung eine Wende ab. Die Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Israel verbessern sich fortlaufend und auch in der Frage der Auswanderung sowjetischer Juden scheint Moskau erhebliche Zugeständnisse gemacht zu haben. Die sowjetischen Juden sollen künftig nicht mehr nach Wien ausreisen dürfen — von dort war nur jeder fünfte Emigrant nach Israel weitergefahren, die übrigen wanderten in die USA aus — sondern über Rumänien direkt nach Israel.

Schon im Januar bat Außenminister Peres die britische Regierungschefin Thatcher, bei ihrem Sowjetunion-Besuch die Teilnahme Moskaus an einer Nahost-Konferenz anzusprechen. Von einer vorherigen Aufnahme diplomatischer Beziehungen war nicht mehr die Rede. ,,Offene sowjetische Türen sind wichtiger als Botschafter,'' ließ der israelische Außenminister verlauten, denn schon lange stellt die hohe Auswanderungs- und rückläufige Einwanderungsrate den israelischen Staat vor Probleme. Angesichts des schnelleren Wachstums der arabischen Bevöl-
Auswanderungs- und rückläufige Einwanderungsrate den israelischen Staat vor Probleme. Angesichts des schnelleren Wachstums der arabischen Bevöl-
kerung werden die Juden in Israel und den besetzten Gebieten in absehbarer Zeit eine Minderheit darstellen.

Von Syrien allerdings ist im Zusammenhang einer Nahost-Konferenz nicht die Rede, und es scheint fraglich, ob die Sowjetunion an einer internationalen Konferenz teilnehmen wird, wenn das syrische Assad-Regime davon ausgeschlossen bleibt, mit dem die Sowjetunion durch einen Freundschaftvertrag verbunden ist. Insofern scheinen die Angebote des israelischen Außenministers an die Sowjetunion relativ ungefährlich.

Syrien scheint kürzlich von seiner radikal ablehnenden Haltung gegenüber Israel abgerückt zu sein. Jimmy Carter, währen dessen Präsidentschaft die Camp David-Abkommen und der ägyptisch-israelische Friedensvertrag geschlossen wurden, reiste Ende März im Auftrag des amerikanischen Präsidenten durch den Nahen Osten. Er wußte dem israelischen Außenminister zu berichten, der syrische Staatschef Assad habe einen radikalen Positionswechsel vollzogen, er erkenne jetzt Israel als ständiges reales Gebilde an und sei bereit, über alle zwischen Syrien und Israel stehenden Probleme zu reden — ohne Zweifel eine direktes Angebot auch für bilaterale Verhandlungen.

Fraglich ist allerdings, ob Israel heute bereit ist, darauf einzugehen, auch wenn der von Syrien geschürte Krieg gegen die palästinensischen Flüchtlingslager und die Besetzung eines Teils von Westbeirut durch die syrische Armee den Interessen der Israelis entspricht. In der Vergangenheit hat Israel syrische Machtpositionen im Libanon nur solange geduldet, wie es den eigenen Interessen entsprach. Niemals aber hat der israelische Staat den Anspruch Syriens auf den Libanon als Teil Großsyriens anerkannt, sondern versucht, bei jeder Gelegenheit die syrische Position zu schwächen.

Nach dem Lagerkrieg hat Syrien vor *allen* palästinensischen Fraktionen das Gesicht verloren und seinen Einfluß auf die PLO eingebüßt — eine Entwicklung, die den reaktionären arabischen Staaten nur lieb ist. Durch seine Politik aber hat das syrische Regime auch einer neuen Einheit der PLO den Weg gebahnt. Die israelischen Versuche, Gesprächsbereitschaft mit Palästinensern zu signalisieren, und die Forderungen Ägyptens und Saudi-Arabiens an König Hussein, den Dialog mit der PLO wiederaufzunehmen und bei Friedensverhandlungen mit Israel gemäßigte Palästinenser miteinzubeziehen, können zweierlei bedeuten: Die Einsicht, daß den Palästinensern angesichts der Verankerung der PLO zumindest minimale Zugeständisse gemacht werden müssen, oder den Versuch, die sich abzeichnende Einheit der PLO und den 18. Palästinensischen Nationalrat zu torpedieren. Die jüngsten israelisch-palästinensischen Gespräche jedenfalls haben kaum Fortschritte gebracht.

Der israelisch-palästinensische Dialog

Die israelisch-palästinensischen Treffen begannen am 24.3.87, zeitgleich mit der Nahost-Reise des früheren amerikanischen Präsidenten Carter. Shimon Peres empfing zunächst vierzehn projordanische Palästinenser aus den besetzten Gebieten, die die Beteiligung der PLO an einer Nahost-Friedenskonferenz verlangten, eine Forderung, die im Augenblick auch wieder von den konservativen arabischen Staaten erhoben wird, wollen sie nicht gänzlich ihren Einfluß auf die Palästinenser verlieren. Am folgenden Tag trafen sich vier israelische Knesset-Abgeordnete, u.a. auch der Vorsitzende des Auswärtigen und Sicherheitsausschusses Abba Eban und der ehemalige Militärgouverneur für die besetzten Gebiete, Ben Eliazar, mit fünf palästinensischen Vertretern. Vier von ihnen, der Bürgermeister von Bethlehem, Freij, der Herausgeber der palästinensischen Zeitung al-Fajr, Siniora, und zwei Geschäftsleute aus Nablus unterzeichneten gemeinsam mit den israelischen Abgeordneten ein Statement, in dem die friedliche Lösung des Nahost-Konfliktes durch eine internationale Konferenz zwischen ,,anerkannten und legitimierten Repräsentanten Israels, Jordaniens und Palästinensern'' gefordert wird. In einem künftigen Friedensabkommen müßten die ,,legitimen Sicherheitsbedürfnisse Israels'' und die ,,angestammten nationalen Rechte des palästinensischen Volkes'' berücksichtigt werden. In dem Aufruf wird Israel ausdrücklich genannt, die PLO — laut Interpretation der palästinensischen Unterzeichnet — indirekt als ,,anerkannter und legitimer Vertreter des palästinensi-
tion der palästinensischen Unterzeichnet — indirekt als ,,anerkannter und legitimer Vertreter des palästinensi-
schen Volkes'' erwähnt. Aus diesem Grund und weil Syrien und Libanon nicht erwähnt werden, unterzeichnete Feisal Husseini, Chef des Zentrums für arabische Studien in Jerusalem, die Vereinbarung nicht, immerhin die erste, die Palästinenser und Israelis gemeinsam unterschrieben haben.

Ein Treffen von Außenminister Peres mit Hanna Siniora, Rechtsanwalt Fayez Abu Rameh — beide von Arafat als Mitglieder einer jordanisch-palästinensischen Delegation benannt — und Sari Nusseibeh von der Bir Zeit-Universität verlief — abgesehen von der Tatsache, daß Peres drei der PLO nahestehende Palästinenser empfangen hatte — ergebnislos. Der israelische Außenminister betonte, Israel habe einer internationalen Konferenz nur als Schritt zu direkten Verhandlungen zugestimmt. Nach der Sitzung betonte Peres, das Treffen sei konstruktiv gewesen und — eine internationale Konferenz sei *,,die Tür nicht aber der Tisch für Verhandlungen.''*

Am 10. April werden in Algier die vorbereitenden Treffen aller palästinensischen Organisationen für den 18. Palästinensischen Nationalrat beginnen. Außer den recht kleinen und von Syrien abhängigen Organisationen, PFLP-GC (Ahmed Jibril) und Palästinensische Volkskampffront, werden sich alle palästinensischen Widerstandsorganisationen ohne Vorbedingungen beteiligen, auch die PFLP (Habasch) und der Fatah Revolutionsrat (Abu Nidal). Diese Entwicklung war möglich geworden, weil der Stellvertreter Arafats, Abu Jihad, dem libyschen Revolutionsführer Ghaddafi die Bereitschaft der Fatah versichert hatte, das Amman-Abkommen aufzukündigen. Damit wäre eine wichtige Hürde auf dem Wege zur palästinensischen Einheit ausgeräumt.

Nahostkommission

Ist der palästinensisch-israelische Dialog nützlich?

von Khalil Toum, Übersetzung aus AL-FAJR, 5.12.86

Im letzten Monat brach in politischen Kreisen Israels Streit aus über die Reise einer israelischen Delegation nach Rumänien. Es ging um ein Treffen, das der Rumänische Schriftstellerverband arrangiert hatte, um Dialog und Austausch zwischen der PLO und Israelis zu fördern.

Die Mitglieder der israelischen Delegation mußten gegen ein kürzlich von der Knesset verabschiedetes Gesetz verstoßen, das jedes Zusammentreffen mit PLO-Vertretern verbietet. Die angedrohten Strafen reichen bis zu drei Jahren Gefängnis, um Israelis von solchen Treffen abzuschrecken. Die israelische Delegation wurde in der Knesset und von zionistischen Parteien scharf kritisiert. Der Druck auf einzelne zeigte Wirkung: die Teilnehmerzahl sank von 150, die man erwartet hatte, auf nur 29 Leute. Nach Verschiebungen fand das Treffen am 6. November statt, und die Delegationsmitglieder erklärten den israelischen Medien, daß solche Treffen wichtig seien, um Frieden mit den Palästinensern zu erreichen und Israels Zukunft zu sichern.

Auf der anderen Seite wurde das Treffen zwar von der palästinensischen Hauptgruppe Fatah begrüßt, aber die palästinensische Delegation wurde auch von oppositionellen palästinensischen Gruppen und einigen arabischen Staaten kritisiert. Sich mit Zionisten zu treffen, wurde von manchen als neuer ,,Verrat'' des PLO-Vorsitzenden Jasser Arafat angesehen.



Shatila

Foto: Oscar van Alphen

Treffen zwar von der palästinensischen

Shatila

Foto: Oscar van Alphen

Fragen, die auf Antwort warten

Meinen die Palästinenser, daß solche Treffen stattfinden sollten? Wenn ja, warum? Mit welchen Israelis sollten sich Palästinenser treffen? Waren die Treffen bisher fruchtbar? Was erwarten sich Palästinenser von Treffen mit Israelis?

Zunächst einmal: es stimmt, daß solche Fragen vor dem Krieg von 1967 zwischen Israel und den arabischen Konfrontationsstaaten gar nicht in Erwägung gezogen wurden. Der Krieg führte zur Besetzung des gesamten Gebiets von Palästina durch Israel. Israel wurde damals mit Feindseligkeit betrachtet und jeder, der dort lebte, galt als Feind.

Nach dem Krieg von 1967 kamen Palästinenser in direkten Kontakt zur israelischen Gesellschaft. Diese, die die meisten Palästinenser nur durch die arabischen Medien und Parolen kannten, wurde nun greifbar. Die Palästinenser, zumindest die in den besetzten Gebieten, entdeckten, daß ihnen viele Informationen über die israelische Gesellschaft fehlten. (...)

Es war ein häßliches Bild, das sie kennenlernten: eine militarisierte und chauvinistische Gesellschaft, die ihnen das Existenzrecht abspricht. Ein schwacher Hoffnungsfunke war die Israelische Kommunistische Partei. Sie hatte seit Ausrufung des Staates einen Kampf gegen das israelische Establishment geführt. Oft war sie die einzige Stimme, die für die palästinensischen Rechte auf verschiedenen Gebieten eintrat. Die Kommunistische Partei führte den Kampf von einer gemeinsamen progressiven arabisch-jüdischen Grundlage aus, trotz der enormen Widerstände und der Belagerungsmentalität von Haß und Feindseligkeit. Ihr Kampf wurde oft beschrieben als ,,Schwimmen gegen den Strom''.

Die Palästinenser der Westbank und Gazas waren erstaunt, daß es Juden gab, die in Israel für die palästinensische Sache kämpfen und sich gegen die neue Besetzung stellen. Der Kampf der israelischen Kommunisten gewann den tiefen Respekt und die Wertschätzung der Palästinenser, sogar derjenigen, die nicht für die kommunistische Ideologie sind.

Das Beispiel des gemeinsamen Kampfs israelischer Kommunisten, Araber und Juden bewies den Palästinensern, daß es israelische Juden gibt, die für den palästinensischen Kampf Verständnis haben, mit ihm sympathisieren oder ihn unterstützen. Man kam bald zu der Schlußfolgerung, daß die Palästinenser keinesfalls diese Israelis ignorieren dürfen. Anstrengungen wurden unternommen, um die Verbindungen zu demokratischen Kräften Is-
dungen zu demokratischen Kräften Is-
raels zum gegenseitigen Nutzen zu stärken und die Zahl der Unterstützer in der israelischen Gesellschaft zu erhöhen. Diese Anstrengung drückte sich auch aus in einer Resolution, die der Palästinensische Nationalrat (PNC) auf seiner 13. Sitzung in Kairo im März 1977 annahm und auf seiner 16. Sitzung 1983 bestätigte.

Mögliche Partner

Das Treffen in Rumänien wird verteidigt von Palästinensern, die der Meinung sind, daß es mit den PNC-Beschlüssen übereinstimmt. ,,Die Angriffe gegen das Treffen in Rumänien zielen mehr gegen die palästinensische Strömung, die es durchführte, als gegen das Treffen selbst'', sagte Faisal Husseini, Leiter der Arab Studies Society. Er fügte hinzu, daß die Israelis, ,,mit denen wir uns trafen, die zukünftigen Nachbarn eines palästinensischen Staates oder Partner in einem säkularen (nicht-religiösen - d. Übers.) Staat in Palästina sein werden. Wenn wir uns mit ihnen nicht treffen, mit wem sonst sollten wir uns treffen?'' — Allerdings habe das Treffen den bisherigen Anstrengungen qualitativ nichts hinzugefügt.

Der Arbeiter und Ex-Gefangene Salim (Name geändert) lehnt Arafats Politik ab. Salim griff das Treffen in Rumänien an, da die zionistische Ideologie vollständig den Bestrebungen des palästinensischen Volkes entgegenstehe. Solche Treffen könnten daher keine Anerkennung der palästinensischen Rechte bringen. Er argumentierte auch, daß die Zionisten, die an diesem Treffen teilnahmen, nicht wirklich an palästinensischen Zielen interessiert seien, sondern vielmehr den Zielen ihrer zionistischen Bewegung dienen wollten.

Selbst die, die das Treffen unterstützen, sind der Meinung, daß es nur begrenzte Ergebnisse gebracht habe. Ziad Abu Zayyad, Herausgeber der in hebräischer Sprache erscheinenden palästinensischen Zeitung *Gescher*, meint, daß das Treffen unzureichend vorbereitet gewesen sei. ,,Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den israelischen Strömungen trugen zu Problemen bei. Zunächst waren sie sich nicht einig, wer teilnehmen sollte, dann über die Redner, dann blieben einige Leute weg'', sagte Zayyad. ,,An diesen Differenzen scheiterte das Treffen.'' Er meint auch, daß die politischen Differenzen und die (schlechten) Erfolgsaussichten die Palästinenser veranlaßten, mit dem Treffen zurückhaltend umzugehen. ,,Prominente PLO-Vertreter wurden nicht zur Teilnahme ermutigt, weil sie meinten, die zu erwartenden Ergebnisse seien es nicht wert, ihren politischen Kredit aufs Spiel zu setzen.''

Der Herausgeber von *Al-Fajr*, Hanna Siniora, meinte, daß das Treffen wichtig und insgesamt positiv gewesen sei. ,,Das Schicksal des palästinensischen und des israelischen Volkes ist es, auf dem gleichen Stück Land, das sie beide beanspruchen, zusammenzuleben.'' Allerdings teilt Siniora die Meinung, das Treffen hätte besser
Meinung, das Treffen hätte besser
koordiniert werden sollen.

Ein Gegner des Treffens, Muhammad al-Radwan, sagte, daß die Palästinenser Einheit unter ihren Strömungen auf der Grundlage der Beschlüsse des Nationalrats mehr bräuchten als irgendetwas sonst. ,,Jedes Treffen außerhalb dieses Rahmens hat keinen Wert, weil die vereinte palästinensische Stimme fehlt. Die palästinensisch-israelischen Treffen haben niemals greifbare Ergebnisse gebracht, wegen der Verschärfung im palästinensischen Gebiet und als Produkt der israelischen Unnachgiebigkeit.'' Al-Radwan betonte außerdem, daß Treffen wie das in Rumänien die Spaltungen unter den Palästinensern vertiefen. ,,Es kommt nicht darauf an, ob eine israelische Delegation qualifiziert ist, ob sie repräsentativ ist oder nicht. Der wichtigste Faktor ist, ob die palästinensische Seite repräsentativ ist oder nicht. Wie können wir uns mit ,linken' Zionisten treffen, kann denn Zionismus eine linke Bewegung sein?'', fragte er.

Ob einzelne aber für oder gegen das Treffen in Rumänien waren — sie stimmen überein, daß es mutig von den Israelis war, trotz eines israelischen Gesetzes, das solche Treffen verbietet, mit PLO-Leuten zusammenzukommen. ''Ich wünsche mir, daß dieses Beispiel von Mut sich auch auf der palästinensischen Seite zeigen würde, um die gegenwärtige Pattsituation aufzubrechen, und daß es zu einem Treffen der palästinensischen Strömungen und zur Herstellung der nationalen Einheit dienen möge'', sagte al-Radwan. Er äußerte aber auch Skepsis über die israelische Delegation. Er glaubt nicht, daß die Teilnehmer die richtige Einstellung für einen umfassenden und gerechten Frieden in der Region haben.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Stationen des Dialogs

Ziad Abu Zayyad sagt, er sei einer der ersten gewesen, die sich mit Israelis trafen, nachdem 1967 die Besetzung begann. Zayyad meint, daß der israelisch-palästinensische Dialog drei Stufen durchlaufen habe. Zur ersten gehörte die Proklamation von Rechten, wie etwa, wem dieses Land gehört, Stellungnahmen über das Land, historische und religiöse Rechte. Die zweite Stufe war voller Anklagen; die Palästinenser sprachen von Massakern wie Deir Yassin und der psychologischen Kriegführung Israels, während die Israelis zu antworten pflegten: wir haben euch nicht aufgefordert, das Land zu verlassen. Die dritte Stufe begann sich herauszubilden, als beide Seiten ähnliche Erklärungen abgaben: „Laßt uns über die Zukunft sprechen; es ist nicht notwendig, über die Vergangenheit zu diskutieren." Vorstellungen über eine Teilung des Landes zwischen den zwei Völkern wurden zur Diskussion gestellt.

Abu Zayyad wies auch darauf hin, daß Palästinenser, die Gespräche mit Israelis führten, oft von vielen anderen Palästinensern kritisiert wurden. Nichtsdestotrotz hob er die Notwendigkeit hervor, zwischen Dialog und Verhandlungen zu unterscheiden. Dialog soll nur dazu dienen, Positionen zu klären und Vorurteile der beiden Seiten zu überwinden; Dialog bedeutet nicht notwendigerweise Lösungsvorschläge.

Husseini glaubt andererseits, daß solche Treffen vom palästinensischen Standpunkt aus dem Versuch dienen, Kontakte mit den israelischen Kräften solche Treffen vom palästinensischen Standpunkt aus dem Versuch dienen, Kontakte mit den israelischen Kräften zu konsolidieren, die die Palästinenser unterstützen und ihnen helfen, ihre Stellung zu stärken. Ein weiteres Ziel ist nach Ansicht von Husseini, die Standpunkte anderer Israelis zu erschüttern und zu bewegen, damit sie eine positivere Haltung gegenüber den Palästinensern einnehmen. Ein drittes Ziel ist, unter der israelischen Bevölkerung trotz der offiziellen Standpunkte ihrer Regierung für die Legitimität der PLO zu werben. „Solchen israelischen Gesetzen zu trotzen, die Treffen mit PLO-Funktionären verbieten, ist ein Erfolg", sagte Husseini.

Husseini unterscheidet zwischen Treffen, die innerhalb des Landes stattfinden, und solchen, die außerhalb stattfinden. „Die Treffen, die draußen stattfinden, werden von der palästinensischen Führung beschlossen, aber die im Land kann sie nicht einfach arrangieren. Deshalb müssen mögliche Treffen gründlich geprüft werden. Die Motive, Methoden und Ziele müssen vorher gründlich untersucht werden." Husseini meint, daß Treffen im Land auch die Zustimmung der palästinensischen Nation haben müssen. Zu bevorzugen seien Treffen, an denen *mehrere* palästinensische Strömungen teilnehmen. Das hilft, das Ergebnis solcher Treffen zu kontrollieren.

Husseini beschrieb eine andere Art von Treffen mit den Israelis, die er als „Arbeitstreffen" bezeichnet, wie etwa die Koordination zwischen Israelis und Palästinensern, um gegen die Errichtung einer neuen Siedlung oder gegen Regierungsmaßnahmen anzugehen. Von solchen Treffen solle der größtmögliche Gebrauch gemacht werden. Sie haben stattgefunden mit dem Komitee für den Widerstand gegen die Eiserne Faust, dem Husseini als Sprecher angehört.

Salim unterstützt jedes Treffen mit Israelis, das von einer geeinten PLO auf Konsensbasis gebilligt würde. Aber er meint, daß Treffen unter den derzeitigen Bedingungen negative Auswirkungen für die Moral der palästinensischen Massen haben, vor allem in den besetzten Gebieten. „Die Palästinenser wissen, mit welchen Israelis Treffen stattfinden sollten: nur mit denen, die die palästinensische Rechte unterstützen und gegen den Zionismus sind", sagte er. Er fügte hinzu, daß ein Treffen „wie das in Rumänien Zionisten einschließt, die mit ihrem Zionismus prahlen, und daß die palästinensische Strömung, die an dem Treffen teilnahm, weder eine geeinte PLO repräsentiere noch die palästinensischen Kräfte, die die Nationalratscharta formulierten." — Al-Radwan glaubt, daß Palästinenser, die an solchen Treffen teilnehmen, von den amerikanischen Vorschlägen angezogen seien, was das Vertrauen der palästinensischen Massen in derartige Treffen erschüttere.

Siniora verteidigt die Notwendigkeit des Dialogs mit den Israelis, um die öffentliche Meinung Israels zu verändern. Er sagte, in Israel herrsche ein falsches Bild von den Palästinensern. Dies Bild werde sich niemals ändern ohne direkte Kontakte mit Israelis, weil sie einer ständigen Gehirnwäsche unterworfen seien. Siniora sagte, Treffen seien notwendig für Leute, die wollen, daß die Region in Koexistenz und Frieden lebt. Siniora glaubt, daß Dialog Gewinn für beide Seiten bedeutet. „Das bedeutet nicht persönlichen Gewinn für die Teilnehmer; im Gegenteil könnten diese Ziel von Angriffen der Extremisten sein. Die Palästinenser haben teuer dafür bezahlt, und viele Opfer wurden auf diesem Weg gebracht."

Husseini meint, daß die Beziehung zu den Israelis auf Dialog aufgebaut ist, wobei verschiedene Sprachen benutzt werden. Die Sprache kann ein verbaler Dialog mit jenen Israelis sein, „die unsere Träume teilen, und kann ein Dialog mit Steinen, Kanonen, Phantom-Düsenjägern und Bomben sein. Zwischen diesen zwei verschiedenen Sprachen gibt es mehrere Ebenen des Dialogs der beiden Seiten."

Anerkennung der Rechte

Siniora, Husseini und Abu Zayyad haben keine Vorbehalte, mit irgendeinem Israeli zu sprechen, der bereit ist, zuzuhören und zu verstehen. Siniora glaubt, daß die Grundlage für das Zusammentreffen mit Israelis die gegenseitige Anerkennung der Selbstbestimmung beider Gruppen sein sollte. „Wenn diese Grundlage nicht vorhanden ist, macht ein Dialog keinen Sinn."

„Bei allen Treffen, an denen ich teilnehme, beginne ich in der Regel mit einer Stellungnahme, daß die andere Seite die Rechte des palästinensischen Volkes anzuerkennen hat", sagt Siniora. „Das herausragende Recht ist die Selbstbestimmung. Wenn das Treffen einen wirklichen Wert haben und die Möglichkeit zukünftiger Treffen eröffnen soll, bei denen über die täglichen Probleme der Palästinenser unter der Besatzung diskutiert wird, muß in diesem Grundsatz Einigkeit bestehen." — Siniora fügte hinzu, daß die israelischen Teilnehmer ebenfalls ihre Standpunkte darstellen hinsichtlich der Ablehnung von Gewalt und der Anerkennung Israels. Auf einer solchen Basis tauschen wir Ansichten aus, sagte Siniora. „Der gemeinsame Nenner ist die Bereitschaft, die Bedürfnisse beider Seiten zu verstehen, und die Akzeptierung des Selbstbestimmungsrechts für beide Völker." — Siniora meint, daß Verhandlungen den Vertretern der beiden Völker überlassen bleiben sollten. Verhandlungen müßten am richtigen Ort stattfinden, und das sei eine internationale Friedenskonferenz.

Husseini deutet an, daß es immer be- Ort stattfinden, und das sei eine internationale Friedenskonferenz. Husseini deutet an, daß es immer be-sprochene und unbesprochene Tagesordnungen für jede Seite gebe. Eins der ausgesprochenen Ziele ist die Abhaltung von Gesprächen zwischen PLO-Unterstützern und israelischen Gruppen, die gegen die Besetzung sind. Einige von diesen Gruppen meinen, daß eine Lösung zusammen mit den Palästinensern ausgearbeitet werden muß, während andere meinen, daß lediglich die Besetzung beendet werden müsse.

Husseini sagt, daß Dialog nicht das einzige Mittel sei, um die öffentliche Meinung Israels zugunsten größerer Unterstützung für die Palästinenser zu verändern. „Wir leben nicht in einer idealen Welt. Überzeugungen sind nur geistiger Luxus, wenn ihnen nicht Schritte zur Erreichung der Ziele folgen."

Husseini hat an vielen Gesprächen mit Israelis teilgenommen. Eines davon, das er für erfolgreich hält, fand vor etwa zwei Jahren in der Jerusalemer Altstadt statt. Er traf mit Studenten der Hebräischen Universität zusammen und sagt, daß die meisten von ihnen mit vielen Fragen and Zweifeln gegangen seien, was die Authentizität der Informationen betraf, die sie bis dahin erhalten hatten.

Husseini nahm auch an einem dreitägigen israelisch-palästinensischen Dialog im März 1984 in Jerusalem teil. Veranstalter war das International Center for Peace in the Middle East in Tel Aviv. Ungefähr 40 Palästinenser und Israelis nahmen an den intensiven Gesprächen teil. Die palästinensischen Teilnehmer betonten in einer Erklärung zu Anfang, daß sie nicht als gleichberechtigte Partner teilnähmen, sondern eher als Gefangene. Sie betonten außerdem, daß sie nur als Individuen sprächen und nicht die Institutionen repräsentierten, mit denen sie in Zusammenhang stünden, und daß sie keine politischen Führer seien. Sie nähmen teil als menschliche Wesen, die den Wunsch hätten, die Gelegenheit zu nutzen, um ihre Ansichten auszudrücken. Sie schlossen, daß die PLO die einzige legitime Führerin des palästinensischen Volkes sei, und bekräftigten die palästinensischen Rechte auf Selbstbestimmung und die Errichtung eines palästinensischen Staates als einzigen Weg, den Frieden zu erreichen, der blockiert sei durch die Weigerung der israelischen Regierung, die palästinensischen Rechte anzuerkennen.

Beim Treffen selbst fand nur ein Meinungsaustausch zu verschiedenen Fragen statt. Greifbare Ergebnisse wurden nicht erreicht. Die palästinensische Seite lehnte den Vorschlag ab, eine gemeinsame Erklärung abzugeben. Sie wiederholte, daß sie immer noch unter israelischer Besetzung stünde; daher gebe es keine gleiche Freiheit für beide Seiten, und die Abgabe einer Erklärung wäre kontraproduktiv.

Um das palästinensische Verständnis der israelischen Gesellschaft zu stärken, begann Husseini vor kurzem eine Vorlesungsreihe in der Arab Studies Society. Viele informierte Israelis, die unterschiedliche Strömungen und politische Parteien repräsentieren, sind eingeladen, über israelische Themen zu sprechen. „Es ist besser, eine Beschreibung aus einer direkten Quelle zu hören als aus irgendeiner anderen", sagt Husseini.

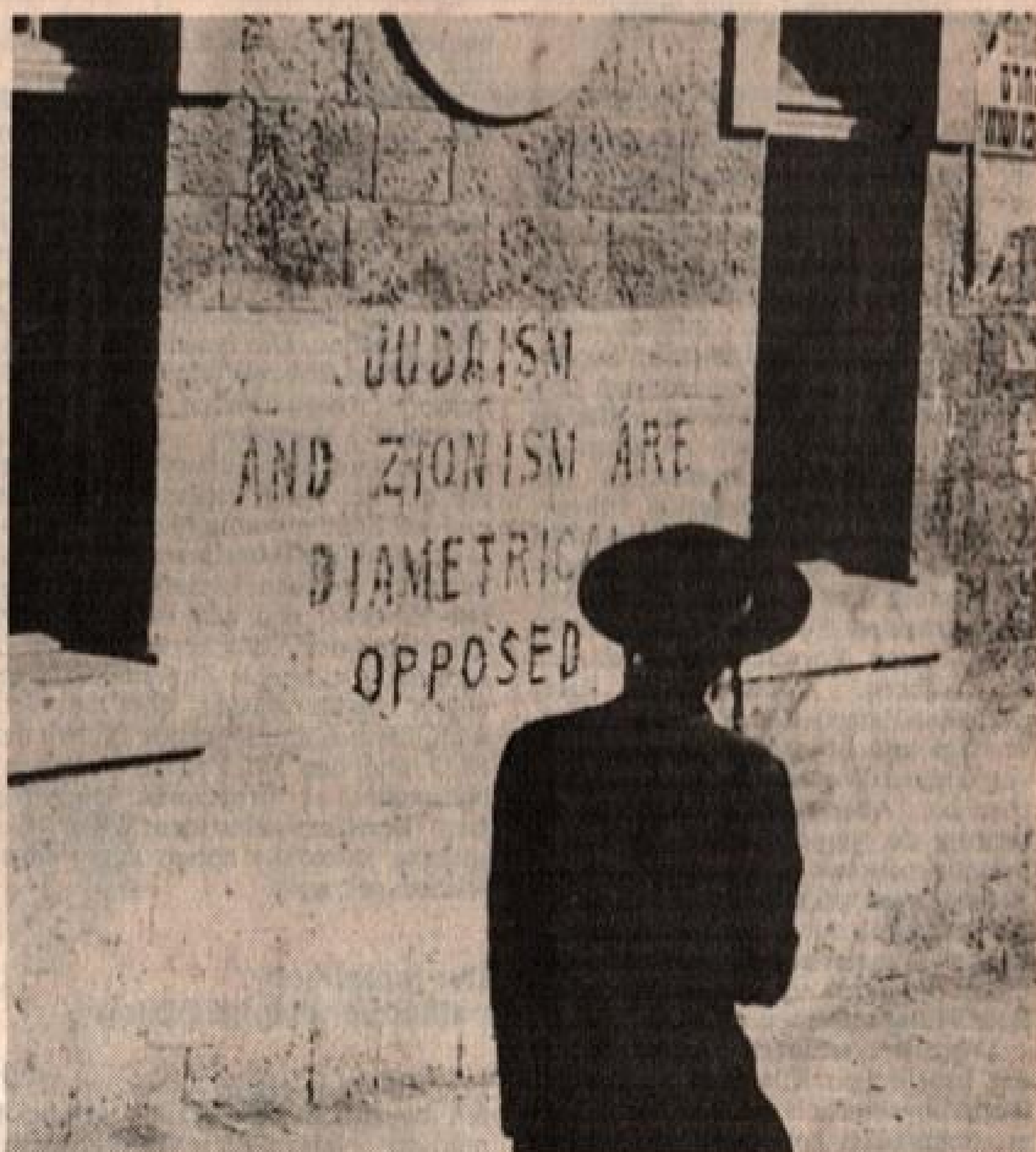


Foto: Oscar van Alphen

Ein israelischer Rückzug

Ein israelischer Rückzug

„Das Friedenslager ist auf dem Rückzug", sagt Abu Zayyad. Während sich in den 70er Jahren eine neue palästinensische Strömung herausbildete, die sich auf die Anerkennung Israels zubewegte, begannen ungücklicherweise die Israelis, eine neue de facto Lage zu schaffen, indem sie Siedlungen errichteten und arabisches Land beschlagnahmten. Zu den falschen Vorstellungen innerhalb des israelischen Friedenslagers gehört die jetzt oft zu hörende Parole, daß die Palästinenser der Grund für den Rückzug des israelischen Friedenslagers seien. „Diese Israelis sagen immer noch zu uns Palästinensern: tut dies und jenes, um uns zu unterstützen", sagt Zayyad. Er fügt hinzu, daß seiner Ansicht nach der Aufstieg der rechten Bewegung in Israel von tiefen Wurzeln in der israelischen Gesellschaft herrühre. Das israelische Erziehungssystem sei Teil des Problems ebenso wie der militaristische Geist.

Abu Zayyad hat an vielen Treffen mit Israelis teilgenommen. Er meint, sie hätten sich gelohnt, und sagt, daß er immer wieder neue Israelis dazu bringe, die palästinensische Sache zu unterstützen oder wenigstens ihre eigenen Positionen kritisch zu hinterfragen.

Hamdi Farraj, ein palästinensischer Journalist aus dem Flüchtlingslager Dheisheh, kommentierte eine kürzlich erschienene Ausgabe der *News from Within*, indem er den Thesen derjenigen widersprach, die für das Treffen in Rumänien eintraten. Es habe sowohl Fehler wie auch demütigende Erfahrungen bei den früheren Dialogtreffen gegeben. „Die palästinensischen Teilnehmer an diesen Treffen haben keine Geschichte persönlicher Beteiligung am politischen Kampf. Mehr noch, die persönlichen Geschichten der an diesen Dialogen teilnehmenden Palästinenser sind anstößig", sagt Farraj.

Jonathan Kuttab, ein palästinensischer Rechtsanwalt, spricht von drei möglichen Fallen im Dialog. Erstens die Annahme einer falschen Symmetrie zwischen dem Unterdrücker und dem Unterdrückten, zwischen dem Besetzer und dem Besetzten, zwischen dem Mächtigen und dem Schwachen. Zweitens die Tendenz, grundlegende Konfliktthemen zu ignorieren. (Individuen, die am Dialog teilnehmen, sind in der Regel vernünftige und nette Leute, aber sie empfinden ein verzweifeltes Bedürfnis, Übereinstimmung zu möglichst vielen Themen zu erreichen, was zur Vermeidung schwieriger Situationen führt.) Drittens eine Tendenz, den status quo hinzunehmen und vorherrschende allgemeine Annahmen für gesichert zu halten.

Unabhängig von den Meinungsverschiedenheiten, die es über den Dialog geben mag, ist eines gewiß: der israelisch-palästinensische Dialog geht weiter. Er wird sicher, wie Husseini sagt, in verschiedenen Sprachen weitergehen, aber um die palästinensische Simme klar und stark zu Gehör zu bringen, muß zunächst die Einheit erreicht werden.

93% für die PLO, 71% für Arafat, 60% für bewaffneten Kampf

Große Beachtung auch in Israel fand eine Untersuchung, die im Herbst 1986 unter den Palästinensern der Westbank, Ostjerusalems und Gazas durchgeführt wurde. Sie widerlegt — wieder unter den Palästinensern der Westbank, Ostjerusalems und Gazas durchgeführt wurde. Sie widerlegt — wieder einmal — die offizielle israelische Version, daß die PLO niemanden vertrete außer einem Haufen professioneller Killer. Die Ergebnisse lassen darauf schließen, daß die PLO mit ihren relativ gemäßigten, kompromißwilligen Positionen sogar darauf achten muß, den Kontakt zu den radikaleren Stimmungen in ihrem Volk nicht zu verlieren.

Organisiert wurde die Untersuchung von der in Israel erscheinenden, PLO-nahen Zeitschrift „Al Fajr", von der Australian Broadcasting Corporation und von der US-Zeitschrift „Newsday". Ausführlich befragt wurden nach einem repräsentativen Schlüssel über 1.000 Bewohner der besetzten Gebiete. Einige Ergebnisse sollen hier wiedergegeben werden.

Ist die PLO die einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes? 93,5% antworteten mit Ja, 5,1% mit Nein.

Welcher politische Führer ist am populärsten? 71,1% setzten Arafat an die erste Stelle, und nur 3,4% sprachen sich für den jordanischen König Hussein aus. Unter ferner liefen rangierten Gaddafi (2,3%), Syriens Assad und Khomeini (je 1,7%).

Welcher palästinensische Führer wird bevorzugt? 78,8% sprachen sich für Arafat aus. An zweiter Stelle wurde Habasch (PFLP) genannt (5,6%). Es folgten Hawatmeh (Demokratische Volksfront; 1,9%), Abu Musa und Jibril (Führer prosyrischer Splittergruppen) mit 1,2% und 0,5%.

In welcher politischen Position finden sich die Befragten am ehesten wieder? 71,2% nannten die PLO, 4,8% sprachen sich für die radikaleren Gruppen aus, die von Syrien unterstützt werden, 3,2% für die Hussein-Anhänger und nur 0,4% für die von Israel aufgezogenen sog. Dorfligen.

Welche dauerhafte Lösung des Palästina-Problems wird befürwortet? 77,9% sind für einen Staat in ganz Palästina, 16,9% sind für einen Palästinenserstaat in den besetzten Gebieten, 3,7% für die Rückgabe der Westbank und Gazas an Jordanien und Ägypten, 0,2% für den Verbleib bei Israel.

Welche Zwischenlösung wird befürwortet? 49,7% befürworten einen Staat aus Westbank und Gaza-Gebiet, 6,3% stellen sich eine Zwischenlösung unter jordanischer Souveränität vor, und 43,2% halten überhaupt nichts von einer Zwischenlösung.

Wenn ein palästinensischer Staat gebildet wird, welche Regierungsform sollte er haben? Hier sind mit rund 60% diejenigen klar in der Mehrheit, die einen islamisch-nationalistisch oder sogar fundamentalistisch orientierten Staat wollen. Nur ein knappes Drittel sind für einen demokratischen Staat — der aber im Programm der PLO gefordert wird. 6,7% wünschen sich ein sozialistisches System.

Sind Gewaltaktionen für die palästinensische Sache gerechtfertigt? 78,4% antworteten mit Ja, 11,5% mit Nein.

Welche von den im Fragebogen aufgelisteten Aktionen gelten als gerechtfertigt? Ganz vorne rangierten mit 87,6% und 81,2% die Entführung eines israelisches Busses und der Angriff auf das US-Hauptquartier in Beirut 1983. 60,5% billigten einen Bombenanschlag gegen ein El-Al-Flugzeug, auf das US-Hauptquartier in Beirut 1983. 60,5% billigten einen Bombenanschlag gegen ein El-Al-Flugzeug, und immerhin 36,9% hielten auch die Massaker auf den Flughäfen von Wien und Rom im Dezember 1985 für gerechtfertigt.

Welche Taktik ist am wirkungsvollsten zur Lösung des Palästina-Problems? 60,7% setzen auf bewaffneten Kampf, gut 20% sind für andere Widerstandsformen, und nur 7,3% versprechen sich etwas von diplomatischen Initiativen.

Mit was für einer israelischen Regierung sind die Chancen für eine friedliche und gerechte Lösung größer? 73,9% der Befragten sahen keinen Unterschied, 4,6% gaben einer Arbeiterpartei-Regierung größere Chancen.

Wieviel Prozent der Israelis würden einen palästinensischen Staat an der Seite Israels akzeptieren? Immerhin 22,2% der Befragten meinten, daß mehr als die Hälfte der Israelis dies akzeptieren würden. Der Anteil der Befragten, die zu diesem Thema keine Meinung hatten oder äußern wollten, war mit fast 30% höher als bei irgendeiner anderen Frage.

Vertritt der israelische Rechtsextremist Kahane (der die Vertreibung der Palästinenser aus den besetzten Gebieten fordert) die tiefsitzenden Gefühle der israelischen Mehrheit? 44,3% der Befragten sahen dies so, aber 52,2% waren nicht dieser Meinung.

Die Ergebnisse zeigen, daß die Unterstützung für die PLO außerordentlich hoch ist und auch Arafat eine solide Popularität genießt. Auf dieser Ebene bleibt die radikale Konkurrenz weit zurück. Das ist in den Lagern sogar am deutlichsten, wo 88,4% Arafat als bevorzugten Politiker nannten. Auch dort, wo Habasch (PFLP) relativ am stärksten abschnitt (in den Städten, unter den Leuten bis 30, unter Schülern und Lohnabhängigen), lagen seine Anteile nur um 7-7,5%; insgesamt sprachen sich in diesen Sektoren 11-12,5% für die Radikalen aus.

Andererseits ist offensichtlich, daß dort, wo es um politische Meinungen zu praktischen Fragen ging, die Mehrheiten nicht hinter der Politik stehen, die die PLO-Spitze um Arafat real verfolgt, sondern deutlich den radikaleren Positionen zuneigen. Dies kann unterschiedlich interpretiert werden. Eine Deutung wäre, daß hier Realpolitik (Unterstützung Arafats, Einsicht in die Notwendigkeit von Kompromissen) und emotionaler Radikalismus (beispielsweise Sympathie für Aktionen gegen jüdische Zivilisten, die nicht nur unmenschlich sind, sondern die außerdem offensichtlich der palästinensischen Sache schaden) noch weit auseinanderklaffen. Eine andere Deutungsmöglichkeit könnte sein, daß PLO und Arafat nicht primär wegen ihrer speziellen politischen Position massenhaft unterstützt werden, sondern weil sie Symbole der palästinensischen *Einheit* sind, und weil diese Einheit zurecht allgemein als wichtigste Basis palästinensischer Stärke begriffen wird.

Kt., Hamburg

Palästina Adios

Die Grünen haben ihre Lektion gelernt: Mit Mehrheit lehnte ihre Bundestagsfraktion die Forderung nach einem *„eigenständigen Staat unter Führung der PLO in Palästina"* als antiisraelisch ab. Das Existenzrecht Israels werde negiert. Jürgen Reents begründete die Gegenposition einer Minderheit: natürlich gehe es nicht um das *ganze* Palästina, sondern nur um einen Staat *„an der Seite Israels"*, bestehend aus den zwei getrennten Gebietsteilen Gaza und Westbank, die Israel seit dem Juni-Krieg von 1967 besetzt hält. dsm ergänzte im letzten AK noch den arabischen Teil Jerusalems und behauptete, auf diese Gebiete reduziere sich inzwischen der Anspruch der PLO. *„Die territoriale Integrität des Staates Israel (in den Grenzen von 1949) wird von der PLO längst nicht mehr zur Disposition gestellt."*

Beide Autoren meinen es offensichtlich gut mit der PLO. Den um die Sicherheit Israels besorgten Kritikern wird entgegengehalten, daß die PLO längst nicht mehr so radikal sei, wie immer noch behauptet wird. Ich möchte im folgenden zeigen, daß die Position der PLO mit der Reduzierung auf einen Staat Westbank plus Gaza (plus eventuell Ostjerusalem) nicht umfassend beschrieben ist, und daß die PLO den bestehenden Staat Israel zumindest langfristig immer noch in Frage stellt. Ich will außerdem versuchen, den praktischen Hintergrund der Position der PLO deutlich werden zu lassen. Vorweg sei angemerkt, daß „Position der PLO" hier immer nur heißen soll: *Mehrheits*position. Die Minderheitspositionen — unter ihnen als stärkste Gruppe die PFLP — sind zum Teil erheblich radikaler.

In keinem *offiziellen* Dokument der PLO ist *explizit* von einem Staat Westbank plus Gaza (plus Ostjerusalem) als endgültiger Regelung oder auch nur Übergangslösung die Rede, sondern es heißt lediglich, daß ein Palästinenserstaat auf jedem Stück Land errichtet werden soll, das befreit werden kann. Ebensowenig ist offiziell und explizit die Rede von einer Anerkennung der israelischen Grenzen von 1949, die ja auch schon Ergebnis eines Krieges und einer Massenvertreibung waren. (1)

Der arabische Friedensplan von 1981/82, dem die PLO zugestimmt hat und der das gemäßigste von allen ent-

Der arabische Friedensplan von 1981/82, dem die PLO zugestimmt hat und der das gemäßigste von allen ent-

sprechenden Projekten ist, spricht von der *„Schaffung eines unabhängigen palästinensischen Staates mit El Kuds* (Jerusalem) *als Hauptstadt"*, ohne explizit die Grenzen eines solchen Staates zu definieren und ohne zu sagen, ob das *ganze* Jerusalem oder nur der arabische Ostteil der Stadt gemeint ist. (2)

Der arabische Friedensplan legt freilich sehr nahe, daß nur ein Staat in den besetzten Gebieten gemeint ist, aber er sagt dies nicht ausdrücklich. Der arabische Friedensplan betont außerdem das palästinensische *„Recht auf Rückkehr"*, das heißt das Recht eines jeden Palästinensers, seinen Wohnsitz im gesamten Territorium Palästinas — das heutige Israel eingeschlossen — zu wählen. Es bliebe also, auch bei Bereitschaft zur Anerkennung Israels und bei Orientierung auf einen Westbank-Gaza-Staat, bei der Vorstellung, daß das *gesamte* Palästina Heimat des palästinensischen Volkes ist — und zwar nicht in einem rhetorischen, ideologischen Sinn, sondern mit erheblichen praktischen Auswirkungen. Das würde tendenziell zwar nicht direkt den Staat Israel, aber langfristig doch dessen dominant jüdischen und zionistischen Charakter in Frage stellen. Schon jetzt hat Israel (einschließlich der annektierten Gebiete Ostjerusalem und Golan) über 17% arabische Einwohner (1983); für das Jahr 2000 wird der Anteil auf etwa 22% prognostiziert. (3)

Das palästinensische „Recht auf Rückkehr" wird wahrscheinlich manchen Leuten als suspekt erscheinen, die es andererseits völlig natürlich finden, daß das israelische *„Rückkehrgesetz"* jeden Juden der Welt als einen Rückkehrer in seine Heimat ansieht und ihm automatisch das Recht gibt, sich in Israel niederzulassen. Es ist aber daran zu erinnern, daß Israel sich ausdrücklich darauf verpflichtet hat, das palästinensische „Recht auf Rückkehr" anzuerkennen, als es 1949 in die UNO aufgenommen wurde. Die UNO hat dieses Recht seither mehrmals bestätigt.

Ein weiterer Punkt, der nicht übersehen werden darf: der arabische Friedensplan fordert nicht nur den militärischen Abzug Israels aus allen seit 1967 besetzten Gebieten, sondern auch die „Entfernung" aller dort seither angelegten jüdischen Siedlungen. Das beträfe — nach der Zählung von 1983 und ohne Ostjerusalem, das seit 1967 mit einem Ring jüdischer Vororte umgeben wurde — über 80 Siedlungen mit 24.000 Menschen. (4) Scheinbar eine kleine Zahl, aber es gibt keine politische Formation in Israel, die ihre Rückführung akzeptieren und durchsetzen könnte und würde. Auch die Arbeiterpartei lehnt das ab. Andererseits ist schwer vorstellbar, daß es in einem palästinensischen Kleinstaat „an der Seite Israels" eine friedliche Koexistenz mit dieser Minderheit geben könnte, da der Anteil rechtsextremer Fanatiker unter ihnen sehr groß ist, hier also ein Herd ständiger Provokationen und eine Produktionsstätte für israelische Interventionsvorwände wäre.

Als der PLO-Nationalrat 1974 die prinzipielle Zustimmung zum sogenannten Ministaat-Projekt (gemeint, aber nicht ausdrücklich gesagt: Westbank, Gaza und Ostjerusalem) durchsetzte, wurde dies als *Übergangslösung* dargestellt, die ein Schritt auf dem Weg zur „Befreiung des *gesamten* Palästina" sein sollte, nicht aber dieses Endziel ablösen sollte. Die PLO hat sich von ihrem traditionellen strategischen Ziel eines Staates in ganz Palästina — in dem die Juden als religiöse, nicht aber als nationale Gruppe vorkommen (5) — niemals *offiziell* distanziert. Erst kürzlich sagte Abu Ijad, „Sicherheitschef" der PLO und einer der prominentesten Sprecher der PLO:

„Unser künftiger Palästinenserstaat wird weiter für die Wiedervereinigung von ganz Palästina in einem demokratischen, übernationalen und interreligiösen Gesamtstaat eintreten. Palästina ist zu klein für dauernde Zerteilungen. Das kann aber nur mit friedlichen Mitteln geschehen und nicht gegen den Willen der jüdischen Mehrheit." (6)

Die Einschränkung am Schluß ist, zumindest in dieser Klarheit, eine wichtige Korrektur, die bisher in PLO-Statements nicht vorkam. Das Wort „übernational" deutet zudem darauf hin, daß endlich die jüdische Nationalität akzeptiert wird.

Ist es vorstellbar, daß sich die Forderngen der PLO *endgültig* und unzweideutig auf den Ministaat *reduzieren* könnten, ohne wenigstens langfri-

derngen der PLO *endgültig* und unzweideutig auf den Ministaat *reduzieren* könnten, ohne wenigstens langfri-

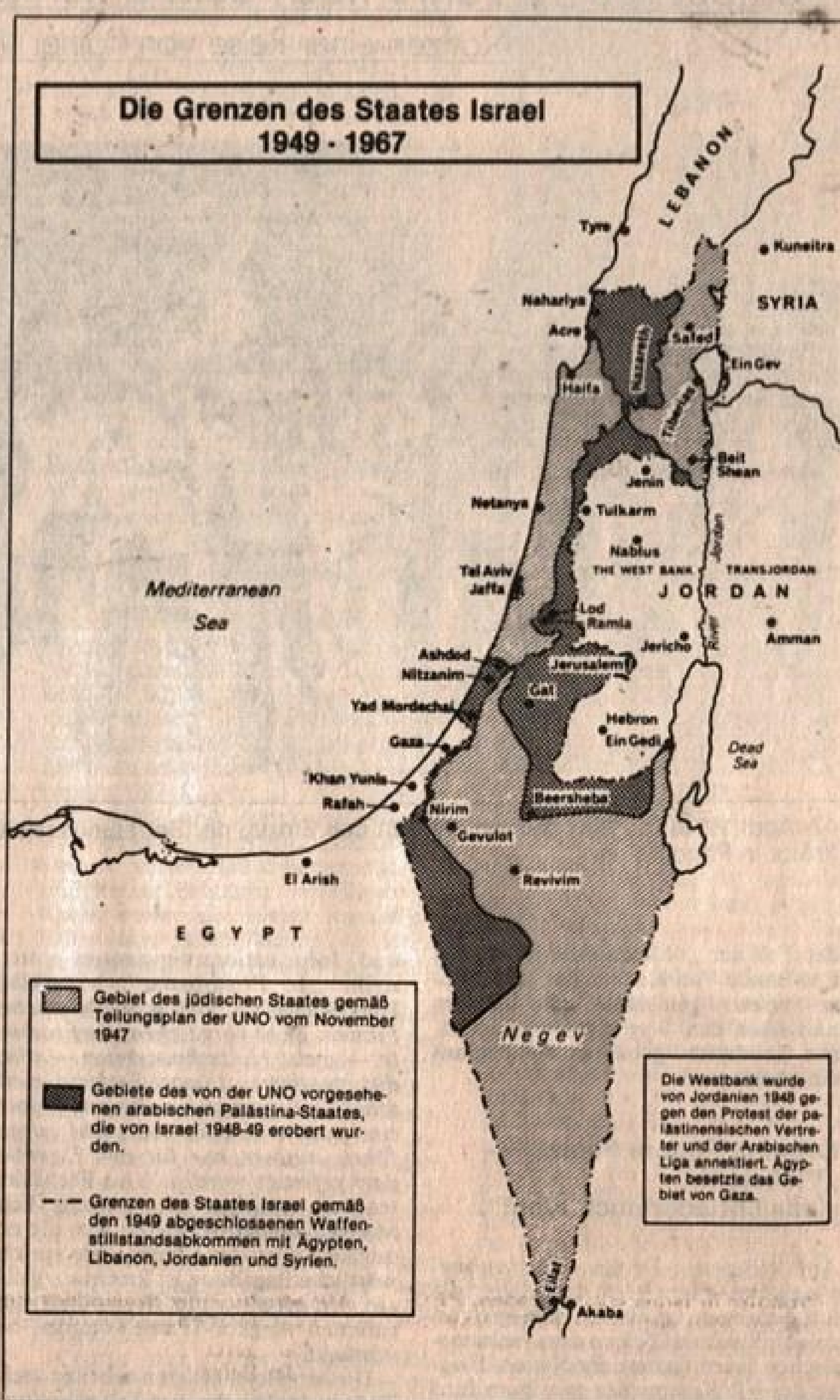
stig eine weitergehende, umfassende Lösung anzustreben? Läßt sich, anders gefragt, die Solidarität mit dem palästinensischen Selbstbestimmungsrecht vereinbaren mit einer Position, die als Reflex auf das jüdische Schicksal den zionistischen Staat Israel völlig unberührt lassen will? Ich meine, daß beides *zusammen* nicht möglich ist.

Betrachten wir den Ministaat, auf den das palästinensische Selbstbestimmungsrecht reduziert werden soll: die Westbank umfaßt 5.878 qkm, das Gaza-Gebiet 363 qkm, zusammen 6.241 qkm. Mit dem von Israel schon 1967 annektierten Gebiet Ostjerusalems kämen 70 qkm hinzu, zusammen dann 6.311 qkm. In diesem Raum lebten 1983 nach israelischer Zählung 1,38 Millionen Menschen, davon allein 494.000 im Gaza-Gebiet, das nicht viel mehr als ein Zwanzigstel des gesamten Ministaat-Territoriums ausmacht, das sich also als riesiges, maßlos überbelegtes Flüchtlingslager darstellt. Peres nannte im Mai 1986 als aktuelle Zahl 560.000 und sagte, daß die Bevölkerungsdichte des Gaza-Gebiets bereits höher als die Hongkongs sei. (7)

Das Gebiet, auf das sich nach Jürgen Reents' Interpretation ein Palästinenserstaat zu reduzieren hätte, ist also heute schon, gemessen an seinen strukturellen Möglichkeiten, stark übervölkert. Mit 202 Einwohnern pro Quadratkilometer war es schon 1983 dichter besiedelt als das wirtschaftlich weit entwickeltere Israel (189 Einw. pro qkm).

Es ist offensichtlich, daß dieser Ministaat kein Einwanderungsland sein könnte; tatsächlich weisen die israelischen Statistiken die Westbank und Gaza sogar als Auswanderungsgebiete aus. Der Ministaat könnte folglich zur *umfassenden* Lösung des palästinensischen Problems nur einen sehr beschränkten Beitrag leisten. Er würde den Bewohnern der besetzten Gebiete Unabhängigkeit und Souveränität bringen und für die übrigen Palästinenser ein nationales Symbol schaffen. Viel mehr nicht. Das wäre besser als der Status Quo, aber es verdient nicht den Begriff „Lösung des Palästinenserproblems".

Nach einer Statistik der PLO von 1981 lebten auf der ganzen Welt 4,45



Millionen Palästinenser. Davon 1,28 Mio. in den von Israel besetzten Gebie-

Millionen Palästinenser. Davon 1,28 Mio. in den von Israel besetzten Gebie-

ten, 1,15 Mio. in Jordanien, 550.000 in Israel, 222.000 in Syrien, 358.000 im Libanon, 300.000 in Kuweit und 137.000 in Saudiarabien sowie 46.000 in Ägypten. (8) Soweit sich diese Angaben mit der israelischen Zählung von 1983 vergleichen lassen, erscheinen sie als völlig realistisch. Die Gesamtzahl der Palästinenser muß heute deutlich über 5 Millionen liegen, wovon mindestens 2,2 Mio. im Gebiet Palästinas leben.

Auch wenn anzunehmen ist, daß von den wohl mehrheitlich sozial zufriedengestellten Palästinensern der USA (105.000 in 1981) und der arabischen Halbinsel (524.000) nur ein kleiner Teil als Rückkehrer in einen palästinensischen Staat in Frage kommen würde, blieben in der Region doch Hunderttausende, für die eine Ministaat-Lösung kein selbstbestimmtes Heimatland schaffen könnte, die also wieder einmal leer ausgehen würden.

Würde die PLO ihre Forderungen und Ansprüche offiziell und endgültig auf den Ministaat reduzieren, hätte sie gerade den in der Region zerstreuten Flüchtlingsmassen, die *am dringendsten* einer Besserung ihrer Lage bedürfen, praktisch nichts mehr zu sagen. Ein Ministaat, der eigentlich schon für die jetzt dort lebende Bevölkerung viel zu klein ist, kann keine *gemeinsame* Zukunftsperspektive, kein *gemeinsames* Kampfziel des palästinensischen Volkes sein. Eine programmatische Festlegung der PLO auf den Ministaat als einziges und endgültiges Ziel würde im Gegenteil Spaltung der palästinensischen Nation und ihrer politischen Führung bedeuten.

Eine praktisch ganz und gar sinnlose, idiotische Spaltung überdies, denn Israel und die USA denken in der Realität noch lange nicht daran, überhaupt irgendeinen Palästinenserstaat zuzulassen. Und wenn hier von Israel die Rede ist, so ist, abgesehen von einer maximal 10%igen Minorität und den arabischen Einwohnern, tatsächlich das gesamte politische und soziale Spektrum des Landes gemeint. Der Unterschied zwischen den Rechten (Likud, Nationalreligiöse, Extremisten) und den Sozialdemokraten (Arbeiterpartei) besteht lediglich darin, daß die einen definitiv „keinen Quadratmeter" der besetzten Gebiete jemals wieder freigeben

finitiv „keinen Quadratmeter" der besetzten Gebiete jemals wieder freigeben

wollen (9), während die anderen die zukünftige Übertragung *einiger* Gebiete an Jordanien oder eine Art gemeinsame israelisch-jordanische Verwaltung in *Teilen* der besetzten Gebiete nicht absolut ausschließen. In der Praxis ist dieser Unterschied nicht viel größer als Null: die Arbeiterpartei hat in ihrer Regierungszeit (bis Frühjahr 1977) keine ernsthaften Schritte unternommen, um zu einem Separatabkommen mit Jordanien zu kommen, und sie hat nicht einmal ein eindeutiges Angebot formuliert. Sie hat stattdessen eine Siedlungspolitik betrieben, die direkt die Annektion von mindestens einem Drittel der Westbank vorbereiten und kein geschlossenes arabisches Gebiet mehr zulassen sollte. Daß beide Hauptblöcke des israelischen Spektrums Verhandlungen mit der PLO oder auch nur deren Teilnahme an einer Friedenskonferenz ablehnen, versteht sich von selbst. Auf diese Weise haben sich alle „opportunistischen" Versuchungen, denen die PLO-Führung im Prinzip immer wieder aufgeschlossen gegenüberstand, letztlich jedesmal von selbst erledigt.

Wer jetzt, freundschaftlich die Politik der PLO interpretierend, in deren Namen Selbstbeschränkungsverpflichtungen abgibt — es gehe doch überhaupt nicht mehr um Palästina, sondern nur um Westbank plus Gaza plus vielleicht Ostjerusalem — hat die *Dramatik* des Problems noch nicht verstanden. Die Interessen des zionistischen Staates Israel lassen sich nicht mit denen des palästinensischen Volkes irgendwie harmonisieren. Die grünen Realos, die ihre Lektion gelernt haben, wissen es besser: man kann nicht *gleichzeitig* für den bestehenden zionistischen Staat Israel *und* für das Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes eintreten. Ihre Entscheidung, dann lieber auf das palästinensische Selbstbestimmungsrecht zu pfeiffen, ist logisch und konsequent. Die Alternative wäre ein bi-nationaler Staat auf dem gesamten Gebiet Palästinas. Für den wäre dann allerdings das Attribut „unter Führung der PLO" fehl am Platze.

Kt., Hamburg

Anmerkungen

1) Die UNO hatte im November 1947 die Teilung des britischen Mandatsgebiets Palästina in einen jüdischen und einen arabischen Staat vorgeschlagen. Der jüdische Staat sollte 14.862 qkm groß sein und hätte jeweils rund 500.000 jüdische und arabische Einwohner gehabt. Der arabische Staat sollte 11.286 qkm groß sein, mit 725.000 arabischen und 10.000 jüdischen Bewohnern. Jerusalem sollte unter UN-Aufsicht gestellt werden. In den folgenden Monaten gelang es den Zionisten, diesen Teilungsplan durch militärische Aktionen wesentlich zu „korrigieren", u.a. die arabischen Städte Jaffa und Haifa zu besetzen. Das von den Vorläufern des heutigen Rechtsblocks Likud verübte Massaker an den Bewohnern des Dorfes Deir Jassin (9.4.48) löste eine Massenflucht unter der palästinensischen Bevölkerung aus. Am 14. Mai 1948 endete das britische Mandat, und der Staat Israel wurde proklamiert. Am folgenden Tag begannen die arabischen Nachbarstaaten Jordanien, Syrien und Ägypten Krieg gegen Israel, zugleich aber mit dem Ziel, den im UN-Teilungsplan vorgesehenen Palästinserstaat zu liquidieren und unter sich aufzuteilen. Dies Kriegsziel wenigstens wurde erreicht. Am Ende des Krieges waren nach Schätzung der UNO 730.000 Palästinenser aus ihrer Heimat vertrieben worden. In Israel lebten nur noch 60.000 Palästinenser, bzw. nach einer Familienzusammenführung 120.000.

2) Ostjerusalem wurde sofort nach dem Juni-Krieg 1967 von Israel offiziell annektiert. Im Juli 1980 wurde das gesamte Jerusalem zur Hauptstadt Israels erklärt.

3) Zahlenangaben über Israel sind der in Jerusalem erscheinenden „Encyclopedia Judaica" entnommen.

4) Nach Angaben der französischen Zeitschrift „Israel & Palestine", August 1986, sollen es sogar 117 Siedlungen auf der Westbank mit 50.000 jüdischen Einwohnern sein, sowie weitere 90.000 in und um Ostjerusalem.

5) Zum Beispiel Arafat am 13.11.74 vor der UNO: die palästinensische Revolution sei „ auch eine Revolution für den Juden als menschliches Wesen; wir kämpfen, damit Juden, Christen und Mohammedaner in Gleichheit leben und die gleichen Rechte genießen und die gleichen Pflichten erfüllen können, ohne rassische oder religiöse Diskriminierung." Zugleich behauptete er jedoch, der Zionismus zwinge den Juden „eine künstlich geschaffene Nationalität" auf.

6) Zit. nach „Allgemeine Jüdische Wochenzeitung", 6.3.87.

7) „Jerusalem Post", 22.5.86.

8) Zahlen nach „Identität und Geschichte ...", hrg. vom Deutsch-Israelischen Arbeitskreis für Frieden im Nahen Osten.

9) Die Implikationen dieser Beton-Position verdienen Beachtung: In dem von den israelischen Rechten postulierten Groß-Israel leben heute 3,55 Mio. Juden und mindestens 2,2 Mio. Palästinenser. Diese stellen also jetzt schon annähernd 40% der Bevölkerung eines Groß-Israel dar. Der Zeitpunkt ist absehbar, wo sie in der Mehrheit sein würden, denn ihre Zuwachsrate ist mehr als doppelt so hoch wie die jüdisch-israelische. Es gäbe also nur zwei Möglichkeiten: entweder würden die Palästinenser als gleichberechtigte Bewohner eines Groß-Israel akzeptiert, und das wäre das Ende der zionistischen Idee, was bestimmt nicht die Intention des Likud ist. Oder, und dafür spricht die politische Logik, die Palästinenser müßten entweder aus dem Großisrael-Raum vertrieben oder in einem halbkolonialen Status gehalten werden.

tention des Likud ist. Oder, und dafür spricht die politische Logik, die Palästinenser müßten entweder aus dem Großisrael-Raum vertrieben oder in einem halbkolonialen Status gehalten werden.

Berichtigung

In den Artikel von dsm zum palästinensischen Selbstbestimmungsrecht (AK 280, S.22) haben sich einige formale Fehler eingeschlichen.

1. *„Die Grenzziehung von 1947 — bei Gründung des Staates Israel — bleibt somit untangiert."* (4.Spalte) Der Staat Israel wurde 1948 gegründet. Gemeint sind indessen nicht die Grenzen Israels zur Zeit der Staatsgründung, sondern die nach dem arabisch-israelischen Krieg von 1948/49.

2. *„Während das historische Palästina 26.000 qkm umfaßte und das Gebiet Israels in den Grenzen vor dem 6-Tage-Krieg von 1967 22.500 qkm betrug, bleiben für den palästinensischen Separatstaat ganze 4.500 qkm übrig."* (5.Spalte) Seltsamerweise sind 22.500 und 4.500 aber nicht 26.000, sondern 27.000.- Die Zahlen sind offensichtlich aus einem Papier von J. Reents übernommen worden, der sie seinerseits von dem israelischen Autor I. Laor abgeschrieben hat. Die offiziellen israelischen Angaben weisen jedoch für die Westbank (ohne Ostjerusalem) 5.878 qkm aus und für das Gaza-Gebiet 363 qkm, zusammen also 6.241 qkm (mit Ostjerusalem 6.311 qkm) als Gebiet eines potentiellen Staates in den besetzten Gebieten. — Laor hat die Größe des „historischen Palästina" (gemeint ist, wie es genauer heißen sollte, das Gebiet des britischen Mandats) ungefähr richtig angegeben (genauer: 26.300 qkm), aber der Staat Israel in den Grenzen 1949-67 war nicht 22.500 qkm, sondern nur 20.700 qkm groß. Hierzu addiert 6.311 qkm für die besetzten Gebiete ergibt wieder rund 27.000 qkm, also etwa 700 qkm mehr als das britische Mandatsgebiet.

3. Die UN-Angaben über die Zahl der registrierten palästinensischen Flüchtlinge hat dsm ebenfalls von J. Reents übernommen. (5.Spalte) Dabei ist aber ein Fehler unterlaufen, wie der Vergleich mit Jürgens Zahlen (siehe AK 280, S.23) zeigt: nicht 366.764 Flüchtlinge im Libanon, sondern 272.400. Die Zahl 366.764 gehört zu den Flüchtlingen auf der Westbank, die dsm bei der Übernahme der Angaben vergessen hat.

Das wiedergewonnene Lächeln der Khmer?

Kampuchea 12 Jahre nach dem amerikanischen Bombenkrieg

Notizen einer Reise von Rainer Werning

Kampuchea — früher Kambodscha — galt bis in die sechziger Jahre als eine ,,Insel im taifungepeitschten Meer''. In relativem Wohlstand, unbehelligt von der amerikanischen Kriegsführung gegen die Anrainer Vietnam und Laos, vermochte sein damaliger Regierungschef, Prinz Norodom Sihanouk, den buddhistischen Kleinstaat in Südostasien außenpolitisch neutral zu halten.

Im Frühjahr 1970 zerstörte der Putschgeneral Lon Nol diese vermeintliche Idylle. Washington deckte ihn und zog das Land durch die Entsendung südvietnamesischer Truppen in den eskalierenden Indochinakrieg hinein. Es begann ein grausamer Bürgerkrieg, der mehr oder minder stark, mit wechselhaften Bündnispartnern und häufig verrückten Frontlinien bis heute andauert.

Als einem der wenigen westlichen Besucher gelang kürzlich unserem Mitarbeiter Rainer Werning die Einreise in die weitgehend von der Außenwelt abgeschottete Volksrepublik Kampuchea. Hier Impressionen seines Besuchs.



17. April 1975: Die Bevölkerung begrüßt den Einzug der Befreiungsstreitkräfte in Phnom Penh

Kraterlandschaft

Unzählige pockennarbige Gesichter hat der Indochinakrieg hinterlassen. Eines davon ist der sog. Papageienschnabel, jene östliche Landzunge Kampucheas, deren Spitze gen Ho Chi Minh-Stadt (vormals Saigon) weist. Zwischen 1970 und1975 hatten B-52-Bomber der amerikanischen Luftwaffe diesen Teil der Erde ,,umgepflügt'', systematisch ,,durchsiebt''. Um die Nachschubwege des ,,Vietcong'', der vietnamesischen Befreiungskämpfer, zu kappen — wie der damalige US-Präsident Richard Nixon und sein Sicherheitsberater Henry Kissinger erklärten. Die Auswirkungen dieser schnöden Großmachtpolitik werden aus den Bullaugen des ,,Vietnam Airlines''-Jets sichtbar. Eine Kraterlandschaft tut sich auf — Bombentrichter reiht sich an Bombentrichter. In Francis Ford Coppolas ,,Apocalypse Now'' ist der ,,prickelnde Job'' amerikanischer Bomberpiloten cineastisch ausgeformt, per Knopfdruck eine tödliche Fracht auszuklinken und aus sicherer Distanz allenfalls Rauchfahnen aufsteigen zu sehen.

Apropos Rauchfahnen. Im April 1975 verflüchtigten sie sich. Vorerst zumindest. In die kambodschanische Hauptstadt Phnom Penh marschierten die Roten Khmer und in Saigon die südvietnamesische Nationale Befreiungsfront (NLF) als Sieger ein. 1977 aber stiegen im Svay Rieng/Tay Ninh-Grenzgebiet, im Papageienschnabel also, neuerlich Rauchfahnen auf. Zum Entsetzen der antiimperialistischen Indochina-Solidarität in den sechziger und siebziger Jahren waren zwei Befreiungsbewegungen und zwei sich seit 1975 als sozialistisch begreifende Nachbarn hoffnungslos miteinander in Clinch geraten. Die Grenzfestlegung am Papageienschnabel war ein Zankapfel. Die Regierung des Demokratischen Kampuchea unter Pol Pot glaubte, ihre Souveränität über die Khmer-Dörfer in diesem Landstrich durch eine bereits 1967 abgegebene Erklärung der NLF und Nordvietnams (der damaligen Demokratischen Republik Vietnam) verbindlich erlangt zu haben. Sie machte historische Besitzansprüche geltend und verwies auf die einst vom Königshof in Phnom Penh ausgeübten Hoheitsrechte. Ende der 60er Jahre hatten indes zahlreiche vietnamesische Flüchtlinge in just diesem Gebiet die Grenze nach Kampuchea überschritten, wo außerdem bereits unter den französischen Kolonialherren die Gummiplantagen mit vietnamesischen Arbeitern ,,bestückt'' worden waren.

Dem verbalen Schlagabtausch folgte bald der Abbruch gemeinsamer Verhandlungen durch die Kampucheaner. Sie glaubten, die Sozialistische Republik Vietnam beabsichtige, das fragliche Grenzgebiet aufs neue zum Verhandlungsgegenstand zu machen. Hanoi fuhr eine Retourkutsche und bezichtigte die Kampucheaner des ,,Chauvinismus'' und ,,Expansionismus''. Die ,,heiße Phase'' des Konflikts war vorgezeichnet und mündete 1978 in einen offenen Grenzkrieg zwischen beiden Ländern. Am 7. Januar 1979 schließlich zogen vietnamesische Truppen siegreich in Phnom Penh ein. Forthin gilt der 7. Januar — jedenfalls aus der Sicht Vietnams und der neuen Regierung der Volksrepublik Kampuchea unter Heng Samrin — als Tag der zweiten nationalen Befreiung. Durch den Fall der ,,völkermörderischen Pol Pot-Bande'' sei Kampuchea in die Lage versetzt, gemeinsam mit Vietnam und Laos den Weg eines friedlichen, auf Solidarität gebauten Neubeginns einzuschlagen ...

Öffnung Phnom Penhs? — ,,Vielleicht, vielleicht aber auch nicht''

Auf Phnom Penhs Pochentong-Flughafen erinnern und mahnen die aufgezogenen goldroten Flaggen an diese Solidarität. Neben dem vietnamesischen Stern flattert die Nationalflagge der VR Kampuchea mit ihren fünf Türmen (den imposanten Angkor-Tempelkomplex symbolisierend) im Wind. Die Paßkontrolle und Zollformalitäten sind relativ rasch erledigt. In den Gesichtern der Beamten widerspiegelt sich eine Mischung aus Freundlichkeit und Kuriosität.

Entgegen den Behauptungen der Exilregierung des Demokratischen Kampuchea, in der 1982 so unterschiedliche Kräfte wie die Roten Khmer, die Royalisten um Prinz Sihanouk und die Nationalisten Son Sanns einen politischen Schulterschluß gegen die ,,vietnamesische Aggression'' vollzogen, gleicht Phnom Penh nicht einer Stadt im Belagerungszustand. Wieviele vietnamesische Soldaten sich im Stadtkern und in den Randbezirken der Metropole aufhalten, ist schwer auszumachen. Wieviele von ihnen in Zivil präsent sind, bleibt gleichsam im Dunkeln. Von Pochentong zum Tempelbezirk Wat Phnom im Zentrum der City jedenfalls sieht man nur wenige vietnamesische Soldaten — erkennbar an den ,,Tropenhelmen''.

,,*Entschuldigen Sie mein Englisch; dies ist mein erster Einsatz, sozusagen ein Sprung ins kalte Wasser*'', sagt Kim Theany mit warmherziger Scheu. Über zehn Jahre, so erzählt er am Wat Phnom, wo Elefanten gemächlichen Schritts Besucher um den Tempelkomplex schaukeln, habe er in Saigon gelebt und dort Sprachen gelernt. ,,*Wir sind erst in der Aufbauphase.*'' Wir — das heißt ,,Phnom Penh Tourism'', das sich darauf einstellt, bald reguläre Besuchergruppen aus dem Ausland zu betreuen. ,,*Ich war sehr nervös*'', erklärt Kim Theany, ,,*als ich meine Generalprobe durchmachte. Geschult haben mich die Freunde von ,Saigon Tourist'. Sie spielten den Part der Touristen, während ich ihnen alles erläutern mußte.*'' Werden mehr Besucher kommen? — frage ich ihn. Er lächelt und zögert mit der Antwort: ,,*may be, may be not.*''

Bescheidene wirtschaftliche Normalisierung

Srieng-Y, einst Kunstprofessor, leitet heute das ,,Zentrum für die Herstellung des Kunstgewerbes'' in der Hauptstadt. 80 Mitarbeiter zählt der Betrieb. Davon sind 50 in der Produktion tätig. Dieser 1985 gegründete Betrieb ist die einzige staatliche Produktionsstätte seiner Art und dem Kultur- und Informationsministerium unterstellt. ,,*In Privatbesitz*'', so erklärt Herr Srieng-Y, ,,*gibt es etliche solcher Firmen. Es ist vorgesehen, die Produkte — meist Holzschnitzereien — über die staatliche ,Import-Export-Gesellschaft' zu vermarkten. Bislang jedoch sind unsere Erzeugnisse nicht ausgeführt, sondern nur für den Eigenbedarf gefertigt worden.*'' An Fachkräften, so versichert er, herrsche kein Mangel. Keiner bezweifelt das; die exquisite Kunst der Khmer, ihre sprichwörtliche Begabung ist keineswegs nur auf den oft als achtes Weltwunder gerühmten Angkor-Tempelkomplex beschränkt.

Die hier Beschäftigten arbeiten sechs Tage in der Woche, pro Tag acht Stunden lang. Ihr monatliches Durchschnittseinkommen beträgt 270 Riel, was nach dem offiziellen Umtauschkurs neun US-Dollar entspricht. Zusätzlich erhalten die Arbeiter nach Aussagen In Siyondas, des Betriebsmanagers, 60 kg Reis für eine sechsköpfige Familie. Der staatlich festgelegte Reispreis beläuft sich pro Kilogramm auf 2,5 Riel. Auf dem ,,freien Markt'' müssen dafür durchschnittlich 12 Riel hingeblättert werden. Kindergartenplätze, ergänzt der Manager, sind noch nicht in ausreichendem Maße vorhanden. Für die medizinische Betreuung der Arbeiter ist im ,,Revolutionskrankenhaus'' gesorgt. Behandlung und Versorgung mit Medikamenten erfolgt kostenlos, obgleich aufgrund der ,,angespannten Lage'' noch in diesem Jahr damit zu rechnen sei, einen Kostenanteil in Geld oder Naturalien zu erheben.

Jochen bestätigt das. Bald müssen Patienten eine Eigenbeteiligung für Medikamente in Höhe von 20 Riel bezahlen. Die Vorräte seien erschöpft und weitere medizinische Hilfslieferungen aus dem Ausland ungewiß. Zusammen mit zwei weiteren Kollegen aus der DDR arbeitet Jochen als Arzt in dem von seiner Regierung aufgebauten ,,Hospital 17. April'' — benannt nach dem Tag der Befreiung Phnom Penhs im Jahre 1975. Seit 1981 hat er sich durch mehrere Aufenthalte vorzügliche Landeskenntnisse erworben. ,,*Das wenige*'', erzählt er beim abendlichen Gespräch im ,,Monorom Hotel'', wo er und seine Kollegen wohnen, ,,*was in den letzten Jahren — vor allem im Gesundheitsbereich — geschaffen wurde, ist unglaublich viel. Ganze 48 Ärzte und 180 Krankenschwestern überlebten die Pol Pot-Ära. Heute gibt es landesweit über 1.400 Ärzte, Zahnärzte und Pharmazeuten. Als wir im Krankenhaus unsere Arbeit aufnahmen, gab es keinerlei sanitäre Anlagen. Erst seit Sommer 1986 verfügen wir über fließendes Wasser.*''

Was sind die Hauptprobleme, mit denen er und seine Kollegen fertig werden müssen? — will ich wissen. ,,*Die Gesundheitsvorsorge und medizinische Betreuung nähern sich in Phnom Penh allmählich der ,Normalität' an. In den Provinzkrankenhäusern, so sie überhaupt funktionstüchtig sind, ist all das nicht gewährleistet — von Dorfspitälern ganz zu schweigen. Erkrankungen des Magen-Darm-Trakts, Tumore und Malaria, Tuberkulose und Lepra sind die am weitesten verbreiteten Krankheiten. Ungemein hoch ist die Kindersterblichkeit: Sterben in Westeuropa im statistischen Durchschnitt acht Kinder auf 1.000 Geburten, so beträgt die Kindersterblichkeit hier 30 von 100! Auffallend ist die steigende Zahl von Menschen mit Suizidneigung, also Selbstmordgefährdete. Betroffen sind davon vor allem Frauen, deren traditionell untergeordnete soziale Stellung sich aufgrund der harschen materiellen Lebensbedingungen zu überaus großem psychischen Druck verdichtet, was sich in psychosomatischen Leiden äußert. Täglich werden Patienten mit Schußverletzungen eingeliefert, wobei es häufig schwerfällt, zu rekonstruieren, ob sie Opfer militärischer Kampfhandlungen zwischen Regierungssoldaten und Widerstandstruppen der Roten Khmer wurden oder einfach in die Schußlinie sich befehdender Banden gerieten. Immer noch kommt es vor, daß Bauern und Kinder bei der Feldarbeit bzw. beim Spielen von Minen und Bomben aus der Zeit der amerikanischen Aggression zerfetzt werden.*''

Jochen bemängelt die allgemeine Rechtsunsicherheit und die sicherheitspolitisch labile Situation: ,,*Militärisch ist die ,Kampuchea-Frage' nicht zu lösen. Solange sich politisch nichts Nennenswertes bewegt, werden bewaffnete Konfrontationen anhalten, sowie die Leiden der Bevölkerung und die zaghaften wirtschaftlichen Rekonstruktionsversuche gefährden. Die Transportwege ins westliche Battambang und nach Takeo im Südwesten sind nur sporadisch nutzbar.*''

Menschen und Märkte — Provisorien und Improvisation

Tuol Tampung heißt ,,voller Hügel''. Ein trefflicher Name für einen Markt, den es vor wenigen Jahren nicht gab und auf dem als Zahlungsmittel wieder das Usus ist, was die Roten Khmer nach ihren Sieg 1975 mitsamt der Zentralbank ,,wegsprengten'' — Geld. Fisch, Gemüse, Obst, Geflügel, französische ,,Lacoste''-Hemden (Originalmarke!), amerikanische Tennisschläger, thailändische ,,Samit''-Zigaretten, ,,Saigon''-Bier, selbst Kimonos — alles ist Tuol Tampung in vergleichsweise Hülle und Fülle vorhanden. Geduldete Schieber und Schwarzhändler (für einen US-Dollar bieten sie statt der offiziellen 30 zwischen 120 und 130 Riel) mischen sich unter Marktfrauen. Quiekende Schweine ,,genießen'' den freien Auslauf, bohren gierig ihre Schnauzen in die Abfallhaufen und mästen sich rundum; am Monivong-Boulevard, Prachtstraße der Hauptstadt zu Sihanouks Zeiten, müssen sie mit ihren Eigentümern in provisorisch in Besitz genommenen engen Wohnungen vorliebnehmen. Vietnamesische Soldaten radeln mit dem Fahrrad vorbei. Fahrräder sind das Transportmittel schlechthin, auch und gerade um den Nachschub von der thailändischen Grenze zu organisieren. Da kann man, wenn einen Pech und Pannen verfolgen, schon über einen Monat auf Achse sein. Staatlicherseits wird kaum gegengesteuert. Offenbar wird das nicht einmal erwogen. ,,*Sie wundern sich sicherlich, all das hier vorzufinden*'', spricht mich der Getränkekäufer an, bei dem ich einen Zitronensaft mit geraspeltem Eis bestelle. Mein spontanes, zustimmendes Nicken wertet er als Aufforderung, mir den Grund zu verraten. ,,*Ich glaube*'', sagt der etwa Fünfzigjährige, ,,*wir sind, besser: wir mußten zu Meistern des Überlebens werden. Wenn man uns nur läßt, kriegen wir Dinge zustande, die Sie uns niemals zutrauen würden.*'' Er läßt's dabei und bietet mir eine Zigarette an — Marke ,,Liberation'' (Befreiung).

Was in Tuol Tampung, in Phnom Penh allgemein, improvisiert wird, ist verblüffend. Die Behörden scheinen dem bislang eher augenzwinkernd als mit dem großen Riegel zu begegnen. Wohl mit gutem Grund; eine wie auch immer geartete Eigeninitiative garantiert die Subsistenz und begünstigt die Loyalität zu einer Regierung, die diesen Spielraum politisch nicht in Frage stellt. Ob dies den auf Purismus erpichten Sozialisten schmeckt, berührt freilich ein anderes Kapitel.

Unbewältigter Terror

Frau Pum Si Chan ist Vorstandsmitglied des Phnom Penher Volkskomitees. Sie ist Witwe. Ihr Ehemann sei ohne ersichtlichen Grund am 21. Februar 1977 am Fuße eines Berges zu Thailand von Soldaten der Roten Khmer ermordet worden: ,,*Er wurde ein Opfer Pol Pots. Das Volk ist gegen Pol Pot, weil mein Schicksal von fast allen Familien im Lande geteilt wird.*'' Auf die Sicherheitslage in der Hauptstadt angesprochen, erklärt sie: ,,*Jeder Einwohner ist ein Milizionär. Seit der Befreiung im Januar 1979 versuchte die Pol Pot-Clique, vier Mal größere Sabotageakte zu inszenieren. Jedes Mal scheiterte sie, weil die Bevölkerung uns vorab informierte.*'' In Anwesenheit vietnamesischer Gäste äußert sie sich löblich über ,,*die uneigennützige Hilfe der vietnamesischen Armee. Sie hilft uns dabei, das mörderische Treiben der Pol Pot-Clique zu unterbinden.*''

,,*Wir sind*'', so skizziert Frau Pum Si Chan die Wirtschaftslage, ,,*von einer Industrialisierung weit entfernt. Unter der Pol Pot-Herrschaft wurden die gewachsenen Wirtschaftsstrukturen zerstört. Neben der Landwirtschaft bestehen heute nur leichtindustrielle und Handwerksbetriebe, die wir vorrangig fördern, um den Bedarf der Bevölkerung mit dem Notwendigsten zu decken.*'' Im staatlichen Zentralmarkt von Phnom Penh, einem 1937 fertiggestellten Kuppelbau, wird ein relativ reichhaltiges Warenangebot für den alltäglichen Lebensbedarf feilgeboten. Der Komplex ist jedoch gähnend leer! Die Preise sind happig: Wer ersteht schon krude Hartplastiksandalen für 45 Riel — zirka ein Sechstel eines durchschnittlichen Monatsgehalts?

Die sonst quirlige Genossin Pum Si Chan gerät ins Stocken, wenn sie über ihre eigene Geschichte redet. ,,*1975 wurden wir in den Westen des Landes, nahe zur Grenze nach Thailand, vertrieben und dort Arbeitsgruppen zugeteilt. Wir hatten noch Glück; immerhin konnten wir mit unserer Großfamilie dorthin ziehen. Kampuchea ist ein fruchtbares, üppiges Land. Wo wir hinkamen, war kaum etwas anbaubar. Nur diejenigen, die auf den Reisfeldern härteste Knochenarbeit verrichteten, kriegten ihre mageren Reisportionen täglich zugeteilt. Orangen bekam ich in den drei Jahren, die ich dort zubrachte, nie zu Gesicht. Pol Pot-Leute sammelten und vernichteten sie, indem man sie in Gruben warf und dann mit Erde zuschüttete. Die Menschen siechten langsam dahin.*'' ,,*Meine Eltern, ein Bruder und eine Schwester*'', so fährt sie fort, ,,*starben an Unterernährung und Erschöpfung. Unsere Kinder mußten in einem anderen Lager, getrennt von uns, leben. Nur mit den Kleinsten durften wir zusammenbleiben. Mein 6jähriges Kind mußte arbeiten. Es herrschten Einschüchterung und Terror.*''

Tuol Sleng — Phnom Penhs ,,museale'' Mordfabrik

1975 war die einst etwa 600.000 Seelen zählende City zu einem Wasserkopf mit über 3 Millionen Menschen aufgequollen. Scharenweise hatten Bauern ihre Habseligkeiten zusammengeschnürt und sich auf den Treck in die Hauptstadt begeben. Nicht aus freien Stücken. Die von B-52 ausgelegten Bombenteppiche ließen keine andere Wahl.

Die siegreichen Roten Khmer, hauptsächlich (junge) Bauern und Angehörige der vernachlässigten Minderheiten aus den Bergregionen, ordneten einen drastischen Schnitt an. Aus zwei Gründen sollte die Stadt rasch zwangsevakuiert werden: 1. mit der Niederlage der Amerikaner und des ihnen hörigen Lon Nol-Regimes würden die zuvor eingeflogenen Nahrungsmittellieferungen ausbleiben und ein Massensterben wäre vorprogrammiert; 2. der städtische ,,Wildwuchs'' sei unregierbar und ein Keim ,,konterrevolutionärer Sabotage''. Der dekretierte Massenexodus entwickelte eine eigene, tödliche Dynamik. Die Städter, von den Roten Khmer als umzuerziehendes ,,Neuvolk'' klassifiziert, mußten aufs Land und sich dort mit dem ,,Altvolk'', den eigentlichen Trägern des neuen Kampuchea, die knappen Ressourcen teilen. Dieses Altvolk, im Krieg gebeutelt und die Städter als Inbegriff des bedrohlich Fremden und Blutsaugertums wahrnehmend, revan-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

chierte sich. In einem Land, wo wie in Kampuchea der Stadt-Land-Gegensatz traditionell so schroffe Züge aufwies, verwunderte es kaum, daß an die Stelle jedes rationalen politischen Kalküls das Element bäuerlicher Rache trat.

Diese Gegensätze konnten die Roten Khmer kaum eindämmen. Wahrscheinlich war das auch gar nicht beabsichtigt. Ihr Konzept eines Agrarsozialismus war theoretisch so verschwommen, wie sich ihre kruden Freund-Feind-Raster praktisch dazu eigneten, Politik als martialischen Volutarismus zuzurichten oder die sich ihrer Kontrolle entziehenden gesellschaftlichen Konflikte als akute Bedrohung zu werten. Dies äußerte sich spätestens seit 1976 in periodisch aufbrechenden internen Fraktionskämpfen, die mit eiserner Faust ,,geglättet'' und zwecks Legitimation der eigenen Herrschaft als (pro-vietnamesisches) ,,Agententum'' etikettiert wurden.

Tuol Sleng ist das wohl makaberste Schreckenskabinett im Lande. Als ehemalige Oberschule diente es den Roten Khmer im mittlerweile entvölkerten Phnom Penh als Folterzentrum, um sich ,,mißliebiger Elemente'' in den eigenen Reihen zu entledigen. Hunderte von Fotos und die abstrusesten Selbstbezichtigungen ,,proimperialistischer Provokateure'' werden hier dem verstörten Besucher präsentiert. *,,Antworte rasch und ohne langes Überlegen, wenn du gefragt wirst!''* — *,,Handle strikt nach den Anweisungen deines Aufsichtspersonals!''* — *,,Schreie nicht, wenn man dich mit Elektroschocks behandelt!''* — lauteten einige der Direktiven, mit denen die Peiniger ihre Opfer ,,lautlos'' massakrierten. Etwa 16.000 Menschen — meist ,,Renegaten'' der Roten Khmer mitsamt Familienangehörigen, Bekannten und Verwandten — sollen hier systematisch erhängt, ertränkt, verbrannt und erschlagen worden sein.

Im Frühjahr 1979, wenige Wochen nach dem Einmarsch der Vietnamesen, wurde Tuol Sleng u.a. mit Hilfe ostdeutscher Berater zu einer den Nazi-KZs nachempfundenen Gedenkstätte ausgebaut. Sein Kurator und einer der wenigen Überlebenden dieser Mordfabrik, Ung Pech, besuchte aus diesem Grunde Sachsenhausen und Buchenwald. Die Führung durch Tuol Sleng erweist sich als Eilritt durch eine lange, dunkle Geschichtsnacht. Lon Nol wird kaum, das massive US-Bombardement überhaupt nicht (!) und die Ära der ,,mörderischen Pol Pot / Ieng Sary-Clique'' minutiös in Erinnerung gerufen. Das entbehrt nicht bohrender Ungereimtheiten.

Geschichte wird einzig auf die Pol Pot-Herrschaft reduziert mit dem Resultat, daß die visuelle Arithmetik des Grauens — z.B. Bilder entdeckter Massengräber aus der von US-Bombardements besonders ,,aufgekämmten'' Kandal-Provinz — geometrisch verlängert wird. *,,Drei Millionen Menschen brachte die Pol Pot / Ieng Sary-Clique um und hetzte das Volk gegen Vietnam auf, wobei es das Geschäft des chinesischen Expansionismus betrieb''*, erläutern die Führer. Das wirft mehr Fragen auf, als es Antworten liefert. Erklärbar wäre eine solche Sichtweise, wenn den Roten Khmer unter Pol Pot eine ,,angeborene Mordlust'' bescheinigt, Politik mithin als fatale Verkettung psychischer Deformationen gleichgesetzt wird.

Wie ist es zu begreifen, daß sich die Befreier von heute (Vietnam) lange Zeit schützend vor die Befreier von gestern (die Roten Khmer) stellten und heute eben diese Sichtweise übernehmen, die sie noch Monate vor dem Einmarsch als ,,gezielte imperialistische Desinformation'' zurückwiesen? Was verleitete die Roten Khmer dazu, fünf bis sechs Millionen Kampucheaner in einen barbarischen Grenzkrieg gegen 60 Millionen Vietnamesen zu treiben, deren Armee überdies zahlen- und ausrüstungsmäßig haushoch überlegen war? Wie war es denkbar, daß mit Heng Samrin, dem neuen ,,starken Mann'', Premier- und Außenminister Hun Sen und Justizminister Ouk Boun Chheoun Männer an die Spitze der Regierung der Volksrepublik Kampuchea traten, die allesamt dem herrschenden Pol Pot-Regime lange Zeit in führenden Positionen die Stange hielten? Weshalb mußte z.B. der als ,,gemäßigter Reformer'' eingestufte Generalsekretär Pen Sovanh bereits 1981 in die politische Versenkung tauchen, obgleich er sich bereits 1973 von den Roten Khmer losgesagt und seitdem bis Anfang 1979 die meiste Zeit in Hanoi verbracht hatte? Wieso veröffentlichten die Vietnamesen noch immer nicht (erbeutete) Dokumente der alten Roten Khmer-Garde, um deren ,,mit dem Hitler-Faschismus vergleichbaren Terror'' zu belegen? Fragen über Fragen, die sich allzu rasch im Gestrüpp einer neuen Geschichtsschreibung der Sieger verlieren ...

Vergangenheitsbewältigung

Mit dem Aufarbeiten der blutigen Dekade (1970-79) hat man im ,,Cuu Long''-Waisenhaus alle Hände voll zu tun. Am 1. Juni 1979 gegründet, betreute es nach den Worten ihrer Leiterin im Jahre 1981 die Höchstzahl von 560 Kindern im Alter von sechs bis siebzehn Jahren. Ausreichende Ernährung, Bildung und Freizeitangebote/Sport sind die drei Standbeine, um die heute noch immer in Cuu Long lebenden 393 Kinder zu rehabilitieren. Mal-, Näh- und Tanzkurse erfreuen sich großer Beliebtheit. Schals und Decken werden selbst hergestellt. Die zehnjährige Schulzeit verbringen die Kinder außerhalb. Einige Jugendliche haben eine Beschäftigung als Reinigungspersonal oder Bauarbeiter gefunden.

Den Robam Mittapheap, einen Tanz, der der Freundschaft zwischen Kampucheanern, Laoten und Vietnamesen gewidmet ist, führen die Mädchen und Jungen mit konzentrierter Anmut auf. Im unteren Stockwerk haben Kinder ihre Schreckensvisionen unter der Roten Khmer-Herrschaft gemalt. Angst, Haß und Bitternis müssen die Pinsel geführt haben; den Pol Pot-Leuten, durchgängig als Antreiber und Menschenschinder auf Papier und Leinwand gebannt, sind die Augen ausgekratzt ...

Chatta Muk in der Abenddämmerung. Hier führen die Nebenarme des

Leuten, durchgängig als Antreiber und Menschenschinder auf Papier und Leinwand gebannt, sind die Augen ausgekratzt ...

Chatta Muk in der Abenddämmerung. Hier führen die Nebenarme des

Mekong dem träge fließenden Strom ihre Wasser zu, als gelte es, den großen Fluß zu verjüngen, ihn aufzufrischen. Kinder planschen ausgelassen an seinem Ufer. Liebespärchen haben sich zum sonntäglichen Picknick niedergelassen. In der angenehmen Brise baumeln bunte Luftballons. Hier scheint Phnom Penh sich und seine mitterweile (einschließlich der Randbezirke) auf über eine halbe Million Menschen geschätzte Bevölkerung zu zelebrieren. Vor dem Nationalpalast und der altehrwürdigen Ounalom-Pagode hocken Menschentrauben — Alte, Jugendliche, Eltern mit ihren Kindern. Es wird Gescherzt, gefeiert — Augenblicke des wiedergewonnenen ,,sourire khmer''.



Vor dem früheren Königspalast in Phnom Penh Foto: Rainer Werning

Ab 21.00 Uhr hüllt sich die Stadt in Stille, ab und zu durch Schüsse jäh zerschnitten, von denen kaum jemand weiß, auf welche Ziele sie abgefeuert werden. Bis um 5.30 Uhr dauert die Ausgangssperre.

Angkor — Kunst im Dschungel und Dschungelkrieg

Mit der Errichtung des ausladenden Angkor-Tempelkomplexes gelang dessen Baumeistern etwas, was in Südostasien seinesgleichen sucht: zwischen dem 9. und 13. Jahrhundert nahm unter ihrer Anleitung eine in Stein gehauene Gedanken- und Ideenwelt Gestalt an, die — mit fast verspielter Eleganz — die traditionellen Kosmogonievorstellungen der Khmer, den strengen Brahmanismus und die üppige hinduistische Götterwelt mit den meditativen Elementen des Buddhismus vereinte. Ein Gottkönigtum verkörperte die Spitze einer sozialen Pyramide, an deren Basis die Masse der Bauern zu ausgeklügelten Bewässerungsarbeiten herangezogen und tributär geschröpft wurde. Geschliffen wurde Angkor von den Siamesen (Thais), weil interne und äußere Faktoren das Sozialgefüge samt seiner materiellen (Re)Produktion aus

geklügelten Bewässerungsarbeiten herangezogen und tributär geschröpft wurde. Geschliffen wurde Angkor von den Siamesen (Thais), weil interne und äußere Faktoren das Sozialgefüge samt seiner materiellen (Re)Produktion aus

den Angeln hoben. Die Extravaganz der Herrscher hatte eine ausgepowerte Bauernschaft gegen sich aufgebracht, während der mongolische Druck, wahrscheinlich gekoppelt mit langanhaltenden Dürren, den Anfang vom Ende der Theokratie signalisierte ...

Heute den kapillarischen Verästelungen der in Reliefs eingelassenen Sagen aus dem Ramayana- und Mahabharata-Epen nachzuspüren, steht kaum jemanden besser an als Herrn My-Huy. Mit Unterbrechungen — unter Pol Pot tauchte er unter und verbrachte u.a. zwei Jahre in den nahegelegenen Wäldern — führt er Besucher seit 1964 durch Angkor Wat. General de Gaulle, so beteuert er stolz, habe er einst als Tempelführer gedient. Seine stakkatohaften Schilderungen erwecken die Reliefs zum Leben: Alltagsszenen, Festlichkeiten, das ausschweifende Treiben am königlichen Hofe und immer wieder martialische Aufzüge gegen Eindringlinge und Feinde rücken dem Besucher näher. *,,Hier haben sich die Pol Potisten auch Inspirationen für Foltermethoden geholt''*, erklärt Herr My-Huy und verweist auf die steinernen Opfer, die, wann immer sie gegen die Autorität der einstigen Herrscher aufmuckten, auf raffinierteste Weise ins Jenseits gemartert wurden.

Als Sitz des Königs bildete die Stadt zugleich die Verkörperung und das Symbol des Heiligen Berges Meru. Die Bauern, das Land waren eine quantité negligeable, von Nutzen nur, um diese kosmische Ordnung zu stützen. Gerade in diesem schroffen Stadt-Land-Gegensatz überdauerte Angkor und blieb bis in die jüngste Geschichte bestechend aktuell?

Von der relativen Friedfertigkeit Phnom Penhs ist hier im Westen Kampucheas wenig zu spüren. Als der Riesenvogel der gecharterten ,,Vietnam Airlines'-Maschine auf die Landebahn des Provinznestes von Siem Reap rubbelt und nahe dem kleinen Flughafengebäude zum Stillstand kommt, herrscht eine Atmosphäre prickelnder Angespanntheit. Khmer-Soldaten, deren Dienstpflicht mittlerweile von drei auf fünf Jahre aufgestockt wurde, sind mit geschulterten Karabinern aufgezogen und säumen jede Weggabelung bis ins neun Kilometer entfernte Siem Reap. Zwei Militärlaster mit vietnamesischen Soldaten passieren unseren Kleinbus, dem vietnamesische Freunde von ,,Saigon Tourist'' samt vietnamesischem Sicherheitspersonal in gebührendem Abstand vorwegfahren. Hier, so scheint es, hat die Realität des Krieges die Menschen wieder eingeholt. Beide Seiten, die Koalition des Demokratischen Kampuchea und die Regierung der Volksrepublik Kampuchea, nehmen jeweils für sich in Anspruch, dieses Gebiet ,,im Griff'' zu haben. In diesem Machtpoker gilt es, sich und der Außenwelt Stärke und Stabilität zu suggerieren. So nimmt es nicht wunder, daß just an dem Tag die Zerstörung des Flughafens von Siem Reap durch Artilleriefeuer der Roten Khmer über den Ticker internationaler Presseagenturen läuft, an dem wir uns dort aufhalten.

der, daß just an dem Tag die Zerstörung des Flughafens von Siem Reap durch Artilleriefeuer der Roten Khmer über den Ticker internationaler Presseagenturen läuft, an dem wir uns dort aufhalten.

Noch ist eine politische Lösung nicht in Sicht

Die Trockenzeit (bis Mai) war und ist im zermürbenden Bürgerkrieg eine Zeit der Kräfteneugruppierung und des Geschützerichtens, um mit Einsetzen der Monsunregen in Terraingewinne zu münden. Die Propaganda ist indes nicht an eine bestimmte Saison gebunden; beide Seiten sind bestrebt, ihre Kommuniqués in die Medien zu lancieren und den ,,bodycount'', die Auflistung der ,,außer Gefecht gesetzten Feinde'', zum Maßstab der Dinge zu erheben.

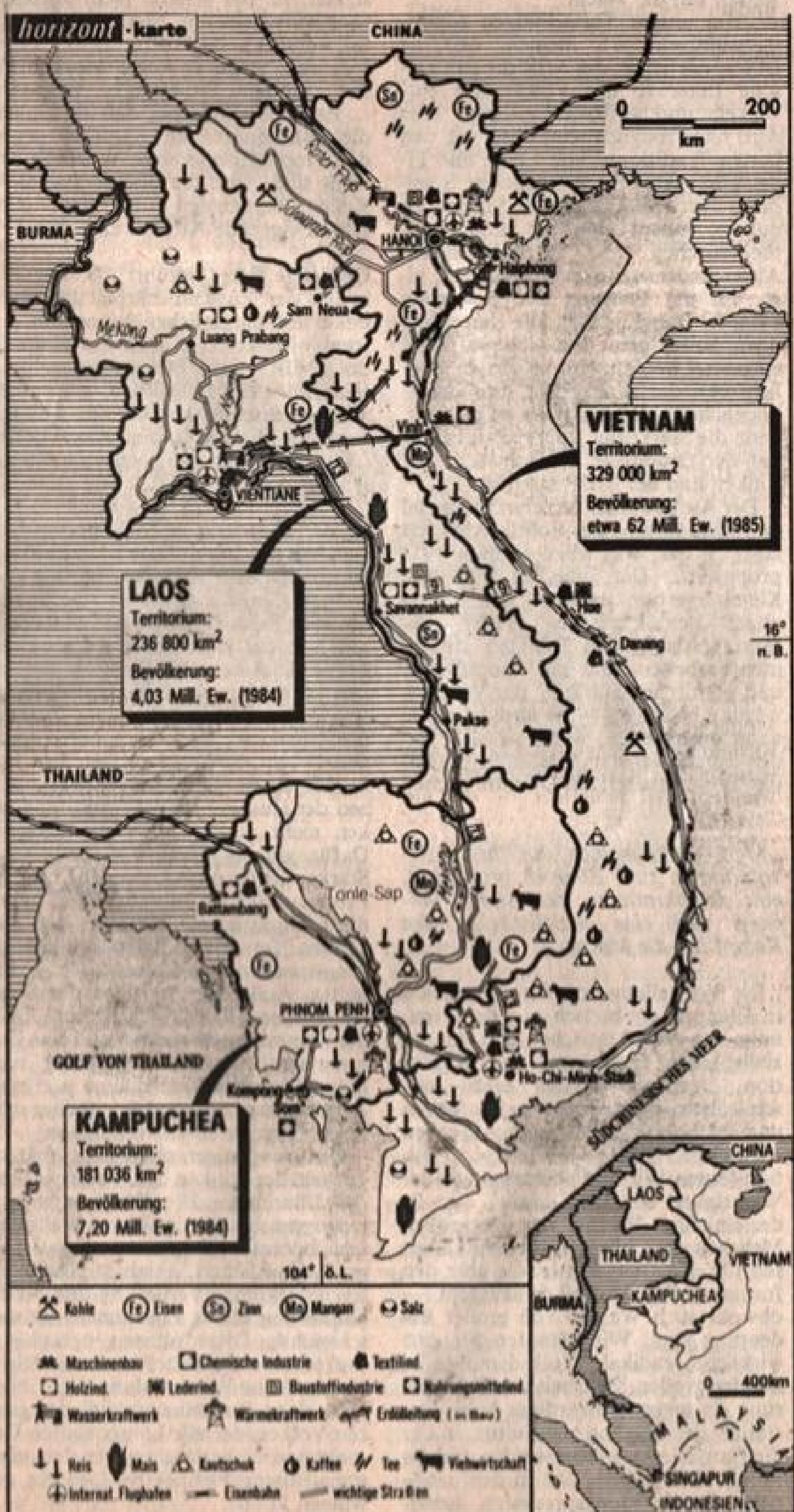
Nur eine politische Lösung vermag dieses Dilemma zu beseitigen. Im Augenblick gibt es dafür aber nur geringe Anzeichen, die freilich im Vergleich zu 1979/80 bemerkenswert sind. Pol Pot scheint nicht lange mehr in der Führungsspitze der Roten Khmer zu bleiben. Innerhalb der Regierung Heng Samrins ist der Alleinvertretungsanspruch mit anhaltender Kampfdauer durchlöchert. Und Vietnams Außenminister Nguyen Co Thach hat noch im Vorfeld des 6. Parteitages der KP Vietnams (Mitte Dezember 1986) entgegen früheren Aussagen den Truppenabzug (ca. 140.000 Mann) im Jahre 1990 in Aussicht gestellt. Obgleich nicht ausdrücklich behandelt, so ist die Kampuchea-Frage doch implizit Gegenstand des Parteitages gewesen. Kein Geringerer als Yegor Ligatschow, Moskaus Beobachter, mahnte die Vietnamesen, sich gleichsam um eine Annäherung an China zu kümmern. Sein Kalkül: Moskau kann auf Dauer nicht daran gelegen sein, die Krisenwirtschaft Vietnams und dessen fortgesetztes Flaggezeigen in Kampuchea zu finanzieren. Mit dem Auswechseln der Hanoier Führungstroika vollzog sich eine politische Kehrtwende, die sich von der Öffnung zum Westen auch einen für die Rekonstruktion der Wirtschaft notwendigen Import von Technologien und Know-How verspricht. Ein Rückzug aus Kampuchea wird dann unumgänglich sein.

Literaturhinweis:
— Walter Aschmoneit/Rainer Werning (Hrsg.), ,,Kampuchea — Lesebuch zur Gesellschaft, Geschichte, Politik'', Münster 1981, SZD-Verlag, 500 S., 36.00 DM
— Rainer Werning, ,,Kampuchea nach 1975 — Wiederaufbau im Zeichen einer Illusion?'', Frankfurt/M. 1982, Sendler-Verlag, 50 S., 4.50 DM

Indochina

horizont-karte CHINA

Indochina



,,Demokratisches Kampuchea''

Die Koalitionsregierung des ,,Demokratischen Kampucheas'' (DK) wird bis heute von den Vereinten Nationen als die rechtmäßige Regierung Kampucheas anerkannt. Das DK besteht aus einer Dreierkoalition der Khmer Rouge unter Khieu Samphan, der Kampuchean Peoples National Liberation Front (KPNLF) unter Son Sann, sowie Prinz Norodom Sihanouk dem ehemals königlichen Staatsoberhaupt Kampucheas. Sihanouk ist ,,Regierungschef'' des DK, Khieu Samphan und Son Sann seine Stellvertreter. Bis Ende 1984 konnte das DK auf ein eigenes Staatsgebiet auf kampucheanischem Boden verweisen, es kontrollierte einige kleinere Gebiete entlang der thailändischen Grenze. Mit der Trockenzeitoffensive im Frühjahr 1985 gelang es jedoch den in Kampuchea stationierten vietnamesischen Truppenverbänden, die Einheiten des DK nach Thailand zurück zu drängen. Hier leben etwa 300.000 kampucheanische Flüchtlinge, unter denen die DK-Verbände ihren Nachwuchs rekrutieren.

Die KPNLF verfügt über ca. 15.000 Bewaffnete, zum großen Teil ehemalige Soldaten des Lon Nol-Regimes, das 1970 Sihanouk zu Fall brachte. Der Führer der KPNLF Son Sann, ehemals Bankier, dann Premierminister unter Sihanouk, war ebenfalls am Lon Nol-Putsch beteiligt. Son Sann ist der Favorit des US-Imperialismus, militärische Ausrüstung und Nachschub werden hauptsächlich aus dem US-amerikanischen Haushalt sowie von den ASEAN-Staaten bestritten.

Die Khmer Rouge sind der militärisch stärkste Faktor des DK. Sie verfügen über eine Streitmacht von ca. 35.000 Mann und entfalten eine recht aktive Sabotage- und Guerillatätigkeit, die sie auch auf das Landesinnere Kampucheas ausdehnen konnten. Aufgrund der unter dem Pol Pot-Regime begangenen Greuel sind die Khmer Rouge weltweit politisch isoliert und stützen sich allein auf die finanzielle und militärische Hilfe der VR-China. Daran hat sich auch nichts geändert, als 1985 der am meisten diskreditierte Pol Pot den Oberbefehl über die Khmer Rouge-Verbände abgab und die Khmer Rouge seitdem für ein kapitalistisches Wirtschaftssystem und die Einführung der parlamentarischen Demokratie nach westlichem Vorbild in Kampuchea eintreten.

Auch Sihanouk ist es mit chinesischer Unterstützung gelungen eine bewaffnete Hausmacht aufzubauen, die auf ca. 8.000 Mann geschätzt wird. Größeres Gewicht erhält Sihanouk jedoch dadurch, daß er der politisch integerste Vertreter des DK ist und bis heute in der westlichen Welt und in der blockfreien Bewegung Ansehen genießt.

M., Hamburg

Neue Akzente des revolutionären Kampfes

Interview mit einem Leitungsgenossen des MIR aus „El Dia"(Mexiko)



MCR — Niemand wird uns aufhalten — MIR — eine Parole aus der Zeit vor dem Putsch 1973.

Das Interview erschien Ende November in einer mexikanischen Tageszeitung. Es vermittelt einen Eindruck über die unterschiedlichen Positionen innerhalb des MIR und über die Entwicklung der lateinamerikanischen Linken. Weil der Text sehr lang ist, haben wir einige Teile zusammengefaßt. Die wörtlich übersetzten Passagen sind gekennzeichnet.

Lateinamerika-Kommission

Die ersten Fragen beziehen sich auf den internationalen Rahmen für revolutionäre Politik in Lateinamerika, auf den Sturz der Diktaturen auf den Philippinen und Haiti, auf die begrenzten und von den USA kontrollierten Übergänge zur Demokratie in Südamerika, auf die massive Bedrohung der nicaraguanischen Revolution durch die USA.

Pablo Buenaventura, Mitglied des Zentralkomitees des MIR, führt dazu folgende Überlegungen aus:

Die traditionellen Politikmodelle der chilenischen Linken seien ausgereizt. Eine neue Situation erfordere neue Ansätze und Überlegungen. Neue Ansätze hätten sich in der nicaraguanischen Revolution entwickelt, in der FMLN in El Salvador und in M 19 in Kolumbien. Diese Ansätze seien insofern neu, weil sie versuchten, den politischen und den bewaffneten Kampf zu verbinden.

Neu sei auch der Aufschwung der Massenkämpfe und ihre Zuspitzung seit 1983. Dabei sei das wesentliche strategische Problem ungelöst, wie nämlich dem Sturz der Diktatur ein revolutionärer Stempel aufgedrückt werden und der Prozeß in Richtung auf eine radikale Volksdemokratie vorangetrieben werden könne.

Um diese Fragen gehe es auch in den Diskussionen innerhalb des MIR. Die Entwicklung des MIR sei im groben durch drei Etappen bestimmt: erstens durch die praktischen Erfahrungen während der Gründungsjahre (60er Jahre), zweitens durch die Zeit der Unidad Popular und drittens durch die Politik, die seit 1978 betrieben wurde, die massive Rückkehr der Exilierten und die enormen Anstrengungen, um die Guerilla auf dem Lande (z.B. Neltume) und den bewaffneten Kampf in den Städten zu entwickeln.

Die aktuelle Situation in Chile und Lateinamerika erfordere neue Überlegungen und vor allem die Aufarbeitung der gemachten Erfahrungen, eine Anpassung an die Realität.

Welche Positionen stehen sich heute im MIR gegenüber?

Welche Positionen stehen sich heute im MIR gegenüber?

Pablo Buenaventura führt dazu folgende Überleungen aus:

1. Der Aufschwung der Massenkämpfe ermögliche und erfordere, daß die Linke die strategische Initiative zurückerobert. Bis heute gebe es eine Fülle von taktischen Aktivitäten und Vorschlägen, die strategische Frage sei ungelöst. Deswegen sei die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit, die Aufarbeitung der Erfahrungen nicht nur aus Chile, sondern auch aus Lateinamerika — vor allem Nicaragua, El Salvador, Kolumbien — so wichtig.

2. Das weitere Vordringen des Finanzkapitals in der Welt und die Durchsetzung des monetaristischen Modells in Chile habe eine tiefgehende Veränderung der gesellschaftlichen Strukturen in Chile bewirkt. Der Kern der bürgerlichen Herrschaft in Chile besteht aus dem Bündnis zwischen einigen Fraktionen des Kapitals mit den Militärs. Um dieses Machtzentrum wirksam anzugreifen, sei die Einbeziehung aller Teile des Volkes notwendig. Damit trete das alte Problem vom Verhältnis zwischen politischem und militärischem Kampf auf. Heute könne es weder für den Imperialismus noch für die Revolutionäre nur bewaffneten Kampf geben ohne Politik, ebensowenig Politik ohne bewaffneten Kampf.

3. Das Problem der Verelendung stelle sich neu. In den 60er Jahren wäre die Armut das Ergebnis des Konzentrationsprozesses und der Industrialisierung in den Städten gewesen, das Ergebnis der kapitalistischen Expansion in der Nachkriegsphase und der Migration vom Land in die Städte. Heute erlebten wir einen Verelendungs- und Zersetzungsprozeß nicht nur der ehemaligen Arbeiterschichten, sondern auch von Teilen des Kleinbürgertums und der Bourgeoisie. Dadurch erweiterten sich die Bündnismöglichkeiten.

Eine revolutionäre Strategie müsse von den armen Schichten ausgehen, den Kampf gegen das Finanzkapital und für eine breite und konsequente Demokratie entwickeln, um die Bedingungen für eine Doppelmacht zu schaffen, für ein bewaffnetes Volk. Nur auf dieser Grundlage, durch die Existenz einer sozialen bewaffneten Kraft, werde man in Chile zum Sozialismus gelangen können ...

4. Die demokratischen Übergänge in Brasilien, Argentinien und Uruguay zeigten, daß diese begrenzten Demokratien nur auf der Basis der Ausgrenzung existieren könnten. Die bürgerliche Herrschaft basiere heute auf der Marginalisierung von 40-50% der Bevölkerungen. Wörtlich sagt Pablo Buenoventura dazu:

„Ein wichtiger Teil der Leitung des MIR meint, daß der Kampf gegen die Diktatur nur erfolgreich sein kann, wenn man vom klassischen Ansatz der 60er Jahre ausgeht. Das heißt, vorrangig ist die Konzentration der Partei auf die Entwicklung der Landguerilla, die Verankerung der Partei in der Volksbewegung wird dem untergeordnet.

Wir andererseits meinen, daß die Machtfrage nur über eine politisch-militärische Strategie zu lösen ist, d.h.

bewegung wird dem untergeordnet.

Wir andererseits meinen, daß die Machtfrage nur über eine politisch-militärische Strategie zu lösen ist, d.h.

über den Aufbau von halbregulären bewaffneten Einheiten der Massen auf dem Lande ebenso wie in der Stadt. Für uns ist — ebenso wie für alle Revolutionäre des Kontinents — die Gewaltfrage entscheidend, sie ist aber nicht zu lösen durch einen Fetischismus der Waffen oder des geographischen Gebiets, sondern durch die Entwicklung der sozialen Kräfte, die fähig sind, die Waffen zu ergreifen.

Deswegen ist die Frage der Verelendung zentral; wenn es nicht gelingt, daß diese breite Schicht der Gesellschaft in Bewegung kommt und auch die Waffen ergreift, dann wird man eine wirkliche, strategische Initiative des Volkes nicht entwickeln können. Das ist die wichtige Lektion unserer Genossen in Mittelamerika. Der Gedanke, daß die Waffen allein ausreichen, oder daß eine Handvoll entschlossener Leute die Revolution machen können, hat in unserem Kontinent viele Opfer gekostet. Wenn die Armen Chiles sich nicht mit aller Kraft am Kampf gegen die Diktatur beteiligen, wird sich nicht nur die Machtfrage bis zum Sankt-Nimmerleinstag herauszögern, sondern auch der Aufbau einer radikalen Volksdemokratie, wie sie die Nicaraguaner heute verwirklichen. Wenn wir das nicht erreichen, werden wir uns mit einer begrenzten, eingeschränkten Demokratie konfrontiert sehen, wie in den übrigen Ländern des Cono Sur, wo eben große Teile der Bevölkerung marginalisiert sind."

Frage: „Du sprichst von zwei Linien innerhalb des MIR. Wie ist das Kräfteverhältnis zwischen den beiden Positionen?"

Antwort: „Der MIR ist in den 60er Jahren entstanden und in der einen oder anderen Weise faßt er die Erfahrungen der lateinamerikanischen Linken der letzten 20 Jahre zusammen. Deswegen ist es für einen großen Teil der Mitglieder und auch für einen wichtigen Teil der Leitung unmöglich, so weiterzumachen wie in der letzten Zeit, ohne die Fähigkeit, sich mit der neuen Klassenkampfsituation in Chile auseinanderzusetzen und führend einzugreifen. Die Mehrheit der Partei ist heute entschlossen, die interne Krise zu lösen, um mit neuer Kraft einen Faktor in den politischen Auseinandersetzungen in Chile darzustellen. Das erfordert von uns große Fähigkeit zur Selbstkritik, schließlich haben wir zahlreiche Fehler begangen, aber die angesammelten Erfahrungen sind auch wertvoll. Die große Mehrheit der Partei ist für einen Wechsel, ich beziehe mich auf den größten Teil der Aktiven in Chile und im Ausland, auf die Genossinnen und Genossen, die militärische Aufgaben entwickelt haben, auf die, die in der Massenbewegung arbeiten, die die Juventud Rebelde Miguel Enriquez (Jugendorganisation des MIR, Anm. AK) initiiert und aufgebaut haben, die in den Berufsverbänden arbeiten oder die Zusammenarbeit mit den übrigen Linken vorantreiben — wie z.B. der Genosse José Carrasco, historisches Mitglied des ZK des MIR,

den arbeiten oder die Zusammenarbeit mit den übrigen Linken vorantreiben — wie z.B. der Genosse José Carrasco, historisches Mitglied des ZK des MIR,

der kürzlich von der Diktatur ermordet wurde. Und ich beziehe mich auch auf die vielen Genossen, die uns in all den Jahren begleitet haben, die vielleicht formal keine Mitglieder der Partei sind, die aber historisch und gefühlsmäßig mit der Partei verbunden sind.

Leider war ein wichtiger Teil der Leitung für dieses ‚Erdbeben' in der Partei nicht empfänglich. Er weigerte sich, alte Praxisformen und obsolete Organisationsstrukturen zu kritisieren und verteidigt politische Positionen, die in Lateinamerika in den 70er Jahren auf breiter Ebene überwunden wurden und die heute in Chile keine historische und soziale Relevanz mehr haben."

Die nächste Frage betrifft die Perspektiven Chiles, ob ein Sturz Pinochets vor 1989 denkbar sei und welche Alternativen zum „Pinochetismus" im Spiel sind.

Pablo Buenaventura faßt dazu die vorhandenen politischen Vorschläge und Initiativen nach den unterschiedlichen Klasseninteressen, die sie repräsentieren, zusammen:

— Das Finanzkapital und die Diktatur wollten trotz all ihrer internen Widersprüche und trotz der Debatte mit dem Imperialismus das Jahr 1989 mit Pinochet erreichen (also den von Pinochets Verfassung vorgesehenen Zeitpunkt für ein Referendum, Anm. AK). Von da aus wollten sie langfristig ihre Herrschaft neu stabilisieren.

— Die bürgerliche Opposition fasse um die Christdemokratie als Achse ein breites Spektrum von Sozialdemokraten bis zur Nationalpartei zusammen. Ihr Ziel sei die Wiederherstellung der alten chilenischen Gesellschaft, eine bürgerliche Demokratie auf der Grundlage der Zusammenarbeit zwischen den alten Kadern des Industriekapitals mit Teilen des Finanzkapitals. Diese Linie werde von Teilen des Volkes, von der internationalen Sozial- und Christdemokratie und in begrenztem Rahmen vom State Department unterstützt.

— Die volksdemokratische Linie, ihr organisierter Ausdruck sei die MDP (volksdemokratische Bewegung) mit Annäherungen an die Christliche Linke und Mapu. Die MDP sei Ausdruck der bisher erreichten organisatorischen Einheit, und überwinde in Ansätzen die begrenzten Parteistrukturen.

Aber die MDP sei noch nicht präsent und noch nicht stark genug. Die chilenische Gesellschaft suche verzweifelt nach Möglichkeiten für die Ablösung Pinochets, diese Situation stärke die bürgerliche Opposition, weil die strategische Perspektive der Linken bisher fehle.

Die MDP müsse noch stärker in die Mobilisierung der armen Schichten eingreifen, die demokratische und revolutionäre Präsenz der Volkskräfte beim Sturz der Diktatur werde entscheidend sein für das weitere Kräfteverhältnis und für den längerfristigen Kampf um die Macht.

„Um unsere Vorstellungen zusammenzufassen: Wir meinen, daß die Linke, die MDP, der MIR die strategi-

Kampf um die Macht.

„Um unsere Vorstellungen zusammenzufassen: Wir meinen, daß die Linke, die MDP, der MIR die strategi-

sche Initiative der Volkskräfte entwickeln und aufbauen müssen. Dies wird nicht möglich sein, ohne von den besten Traditionen von Lenin und Fidel auszugehen, d.h. jeglichen Spielraum für den Kampf der Massen zu nutzen, indem man die politischen, theoretischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen vorantreibt, also um die Führung der Bewegung kämpft. Dabei müssen alle Kampfformen, bewaffnete und unbewaffnete, eingesetzt werden. Nur so wird es möglich sein, der Bourgeoisie ihre augenblickliche Initiative streitig zu machen, denn die Stärke der Bourgeoisie ist nur auf der Grundlage der Schwäche der Linken und der MDP möglich.

Der Aufbau einer proletarischen und volksdemokratischen Politik erfordert zugleich das, was Miguel schon 1973 propagierte: Die Fähigkeit, mit dem Kleinbürgertum und mit den konsequent demokratischen Teilen der Bourgeoisie in den Punkten zusammenzuarbeiten, die zur moralischen und politischen Stärkung der Volksbewegung beitragen — sie aber jedesmal dann anzugreifen, wenn sie sich von den Interessen der Massen entfernen und Bündnisse mit der Diktatur suchen ..."

„Man könnte meinen, daß Ihr die Revolution in zwei Etappen propagiert, eine demokratische, den Sturz Pinochets und eine sozialistische, den Kampf um die Macht."

„Die Vorstellung von der Revolution in Etappen ergibt sich aus der Trennung des demokratischen und des sozialistischen Charakters der Revolution. Demnach würden zuerst ausschließlich demokratische Aufgaben und später erst sozialistische Aufgaben entwickelt. Nichts liegt unserer Position ferner. Wir sind überzeugt von der Wichtigkeit der Demokratie, dies ist der einhellige Wunsch der übergroßen Mehrheit der Chilenen, aber wir kämpfen für eine Demokratie, die über den formalen Wahlprozeß hinausgeht — obwohl auch Wahlen von großer Bedeutung sind. Wir kämpfen für eine wirkliche, radikale Volksdemokratie, die der großen Mehrheit der Bevölkerung ein menschenwürdiges Leben gestattet, den Zugang zur Kultur, in der die Namenlosen gehört werden und die Möglichkeit haben, sich in den nationalen Entscheidungsprozessen durchzusetzen. Dies alles widerspricht den Interessen der finanzkapitalistischen und militärischen Minderheit, die ihre Privilegien auf Kosten der Verelendung der Bevölkerung erhalten will. Wir wissen, daß die fortschrittlichste Lösung für all diese Probleme der Sozialismus wäre und der Aufbau einer alternativen vom Proletariat und vom Volk getragenen Herrschaft.

Aber Demokratie und Sozialismus kann man nicht voneinander trennen. Jede unserer Aktivitäten muß zwei Seiten haben, sie muß zum Sturz der Diktatur beitragen und sie muß gleichzeitig dazu beitragen, die strategische Linie der Volkskräfte voranzutreiben, die Bedingungen für ein Volk in Waffen zu entwickeln und Organismen der Doppelmacht zu schaffen. Der Sturz der Diktatur und der Kampf um die Macht sind zwei Momente in demselben Prozeß, der nur dann kontinuierlich entwickelt werden kann, wenn die Samen der Zukunft schon im Heute angelegt sind.

Wir weisen die Sprünge ins Nichts zurück. Alle historische Erfahrung zeigt, daß der Kampf um Demokratie nie banal war. Denn wenn man den Kampf für einen Sozialismus in „seiner reinsten Form" anstrebt, wenn man den Kampf gegen die Diktatur dafür instrumentalisiert und unterordnet, dann erreicht man nichts weiter als sich vom chilenischen Volk zu isolieren, das wäre ein Rückfall in vormarxistische Sozialismusvorstellungen."

„Seid ihr der Meinung, daß eine Verlängerung des Pinochetismus die Situation radikalisieren und damit vorteilhaft sein könnte für die Durchsetzung revolutionärer Positionen?"

„Wir meinen: Je schneller Pinochet stürzt, desto günstiger werden die Bedingungen sein, um die Volksbewegung auf allen Ebenen — politisch und militärisch — wiederaufzubauen. ... Die Genossen, die meinen, daß eine Verlängerung des Pinochetismus günstig wäre, weil sich damit die Bedingungen radikalisieren, diese Genossen sollten das mal in einer Versammlung von Arbeitslosen oder von Elendsviertel-Bewohnern vertreten. Die Existenzbedingungen in Chile sind so hart, daß sich diese Position nicht aufrechterhalten läßt. Der Hunger, die Kälte, die prekäre Wohnsituation, die Arbeitslosigkeit, all das schafft nicht automatisch Mobilisierung. Niemand wird aktiv, wenn er keine Hoffnung hat, keine Führung, wenn er keine Möglichkeit

sigkeit, all das schafft nicht automatisch Mobilisierung. Niemand wird aktiv, wenn er keine Hoffnung hat, keine Führung, wenn er keine Möglichkeit

sieht, um seine Situation zu verbessern ... Es ist entscheidend, daß die Linken die konsequentesten Kämpfer gegen den Pinochetismus sind. Wenn sie das nicht sind, wird die Bourgeoisie diese Rolle übernehmen und das hätte schwerwiegende Auswirkungen ..."

Die letzte Frage berührt die Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen linker und bürgerlicher Opposition, gefragt wird konkret nach der Haltung des MIR zur Bürgerversammlung (Asamblea de la Civilidad, ein breiter Zusammenschluß von sozialen und gewerkschaftlichen Organisationen, der im vorigen Jahr zu Protesten aufgerufen hatte, Anm. AK).

In der demokratischen Allianz (dem Bündnis der bürgerlichen Opposition, Anm. AK) habe sich eine Führung von rechten Christdemokraten stabilisiert, die vom State Department unterstützt und von der Diktatur selber geduldet werde. Dies habe die Position der linken christdemokratischen Führungspersonen, die eher zu einer Zusammenarbeit mit der Linken bereit sind, geschwächt. Seit dem vorigen Jahr habe sich die Bourgeoisie von den Ansätzen der Zusammenarbeit mit der Linken mehr und mehr zurückgezogen. Dafür gibt es mehrere Gründe: Die Stärke, die die Volksbewegung bei den Proteststreiks im Juli 86 gezeigt habe, die Kampagne der Diktatur, daß alle Linken Terroristen seien, schließlich das — vollkommen berechtigte — Attentat. Außerdem versuche das State Department die verschiedenen Teile der Opposition zu spalten und eine Zusammenarbeit von bürgerlicher und linker Opposition zu spalten und eine Zusammenarbeit von bürgerlicher und linker Opposition zu verhindern.

Umso wichtiger seien die Anstrengungen der Linken zur Verbreiterung der Bündnisse. Die Bürgerversammlung repräsentiere den bisher breitesten und höchsten Organisationsgrad der gesellschaftlichen Schichten. Die Weiterentwicklung, Vertiefung und Radikalisierung dieses Zusammenschlusses sei wichtig. Dieser müsse geographisch und sozial ausgeweitet werden in Richtung auf eine Versammlung aller Chilenen, einen Zusammenschluß des ganzen Volkes, der alle konsequenten Demokraten einbeziehe und in dem eine sozialistische Perspektive Gewicht gewinnen könne.

Die Ketten zerreißen

Erfahrungen in einem Prostituiertenprojekt in Nicaragua

Prostitution ist in ganz Lateinamerika ein soziales Problem ersten Ranges. Dies ist in Nicaragua nicht anders. Bereits am ersten Tag nach dem Sieg der Revolution, wurde per Dekret neben dem Mißbrauch des weiblichen Körpers für Werbezwecke auch die Prostitution verboten. Ein Gesetz jedoch vermag die gesellschaftliche Wirklichkeit nicht zu verändern.

Es wurden diverse Projekte (Schneidereien, Polstereiwerkstätten, Kochbetriebe etc.) aufgebaut (vom Sozialministerium oder mit Unterstützung der sandinistischen Frauenorganisation), um den Frauen wirtschaftlich die Möglichkeit zu geben, die Prostitution zu verlassen. Viele dieser Projekte sind mittlerweile an der „Überlebenswirtschaft" Nicaraguas gescheitert.

Wir haben aus der Zeitschrift „ Amanecer" einen Artikel gekürzt, zusammengefaßt und übersetzt (1, der Frauen zu Wort kommen läßt, die heute mit Prostituierten arbeiten. Die Frauen benennen darin die Diskrepanz zwischen Gesetzestext und gesellschaftlicher Realität. Diese Diskrepanz ist beinahe schon allgemeines Charaktereristikum der acht Jahre alten revolutionären Gesellschaft. Nur ein Beispiel: Einer der neuralgischen Punkte der nicaraguanischen Wirtschaft ist der aufgeblähte informelle Sektor, der Handel und die Spekulation. Gesetzlich ist die Spekulation durch das sog. „Gesetz zum Schutz des Verbrauchers" streng verboten.

Schätzungsweise ein Drittel der Händler in Managua arbeitet ohne Lizenz, d.h. illegal. Hart durchgreifen, wie es die Medien manchmal fordern, ist hingegen unmöglich, weil diese illegalen Tätigkeiten weniger im Bereich der Großspekulationen liegen, sondern für viele Familien die Einkommensbasis sichern. So auch im Falle der Prostitution. Durchsetzen des Verbotes der Prostitution hieße, den Familien der Frauen die Lebensgrundlage nehmen. Besonders Frauen, die mit ihren Familien von dem Land in die Stadt kommen, auf der Flucht vor der Armut, finden dort keine Arbeit. Für sie bleibt Prostitution leider oft genug die einzige Möglichkeit, die sich bietet. Im Artikel schildern die Frauen, wie die Revolution mit diesem Widerspruch umgeht.

Prostitution fällt in den Zuständigkeitsbereich der sandinistischen Polizei. Anhand ihrer Erfahrungen schildern die Frauen, wie sich die Zusammenarbeit zwischen ihnen und dem Sozialministerium auf der einen und der Policia Sandinista auf der anderen Seite im konkreten Fall gestaltet hat.

Am Anfang, im Jahre 1980, kam es öfters zu Razzien der Polizei gegen Prostituierte. Einige von ihnen wurden zum Teil wochenlang in Gefängnissen festgehalten — manchmal ohne Gerichtsverfahren (2). Inzwischen hat sich eine systematische Zusammenarbeit mit der Polizei entwickelt.

Über den nicaraguanischen Feminismus ist viel geschrieben worden. Jenseits einer Auseinandersetzung mit Programmatik und Parolen der sandinistischen Frauenorganisation AMNLAE zeigt der Artikel am konkreten Beispiel in welcher Form im heutigen Nicaragua Frauenprojekte auf Grundlage feministischen Gedankenguts arbeiten und inwieweit nicht.

Wie in jedem Artikel, der zumindest teilweise Charakter von Selbstdarstellung hat, werden kritische Aspekte des Themas zu wenig gewürdigt. Nicht benannt wird beispielsweise die, zumindest zu Beginn des Programms übliche und recht fragwürdige Praxis, daß alle Prostituierten zwangsweise Teilnehmerinnen des Programms waren. Denn nur der Nachweis dieser Teilnahme führte zur Duldung ihrer (illegalen) Tätigkeit als Prostituierte. Ebensowenig berichten die Frauen von der relativ hohen Rückfallquote von Frauen, die sich bereits aus den Strukturen der Prostitution freigekämpft hatten. Der Grund für den Rückfall findet sich meist in der wirtschaftlichen Not.

Dieses Problem zu lösen, wird die Hauptherausforderung sein, die sich der Revolution stellt, will sie die Prostitution tatsächlich vollständig abschaffen.

Jedoch sollten auch die ideologischen Faktoren nicht unterschätzt werden, die dem gesellschaftlichen Phänomen ‚Prostitution' Fortbestand garantieren. Eine langfristige Aufgabe für die nicaraguanische Frauenbewegung bleibt die Auseinandersetzung mit der von Männern dominierten Gesellschaft und ihren Moralvorstellungen. Die im Prostituiertenprojekt engagierten Frauen nennen als Ansatzpunkte ihrer ideologischen Arbeit die sandinistische Polizei und die potentiellen Klienten. Im Grunde genommen kann ihre Arbeit nur erfolgreich sein, wenn sich auch im gesamtgesellschaftlichn Bewußtsein neue Vorstellungen zu zwischenmenschlichen Beziehungen und zur Moral durchsetzen.

U. + U.

Eines der ersten Gesetze, das die Revolutionsregierung in Nicaragua nach dem Sieg der Revolution verkündete, war das Verbot der Prostitution.

Zur Enteignung und Schließung der Bordelle in den größten Städten des Landes (3) kamen politische Maßnahmen hinzu, mit dem Ziel, die Prostitution radikal abzuschaffen. Im Laufe der Zeit mußte die Regierung jedoch einsehen, daß die Prostitution nicht einfach per Dekret zu beseitigen ist, in einer Gesellschaft, in der sie sich unter dem Schutz des korrupten Somoza-Regimes zu einem der alltäglichsten Geschäfte entwickelt hatte.

Es war unmöglich der Prostitution beizukommen ohne ein integriertes Aktionsprogramm, in dem das Problem sowohl vom politischen, als auch vom ökonomischen und ideologischen Standpunkt aus angegangen wird.

Mit dieser Zielvorgabe entstand 1982 der „Taller de Capacitación de la Mujer" (Frauenausbildungswerkstatt, im Folgenden: Taller) mit Unterstützung durch INSSBI, dem Sozialministerium und dem Centro Valdivieso, einem ökumenisch-kirchlichen Reflexionszentrum.

Jaqueline Cuevas, Mitbegründerin der Frauenträgergruppe, die das Projekt leitet, erläutert:

Das Projekt „Frauenausbildungswerkstatt"

„Das Ziel des Projektes ist es, eine Antwort zu geben auf das Problem der Prostitution. Diese Antwort muß von einem Verständnis der betroffenen Frauen ausgehen, als die am stärksten gedemütigten und entwürdigten Elemente einer ungerechten Gesellschaft und einer Doppelmoral, die auf der einen Seite der Prostituierten eine beschämende Rolle zuweist, auf der anderen Seite aber rechtfertigt und reproduziert.

Während des Somozismus war die Prostitution nicht nur erlaubt, sondern wurde gefördert: Sie war eines der einträglichsten Geschäfte der Nationalgarde. Dennoch war die Prostituierte das schwächste Glied in einer einzigen Kette von Korruption, die aber von ihr genährt wurde. Sie stand im Mittelpunkt — am stärksten ausgebeutet — dieser Kette der Korruption. Mit dem Sieg der Revolution kam das Gesetz des Verbotes der Prostitution, welches das ganze Netz zerstörte: die Nationalgarde, die Bordelle, die Zuhälter, all jene, die sich auf Kosten der prostituierten Frauen bereichert hatten.

Also, so wurde die Prostituierte frei, zwar auf struktureller Ebene, nicht aber im ideologischen Bereich. Sie denkt weiterhin von sich, daß sie moralisch betrachtet ‚schlecht' ist, weil die Gesellschaft sie davon überzeugt hat. Nun, was haben wir zu tun, von der Revolution her gesehen? Wir müssen ihr helfen, damit sie entdeckt, worin ihre augenblickliche Unterdrückung besteht, die sie weiterhin entwürdigt. Auf diese Art und Weise versucht die Revolution sie zu retten. Allerdings als Subjekt... Sie ist es, die lernen muß, sich selbst als Ausgebeutete zu verstehen. Diese Ausbeutung muß sie erkennen und verstehen, denn es handelt sich um eine sehr subtile Ausbeutung. Es gibt keine Zuhälter mehr. Wenn sie einen Mann aushalten will, so hält sie einen aus, aber sie braucht ihn nicht mehr als notwendige Verteidigung gegenüber einem System der Korruption, das sie unterdrückte. Sie kann auf der Straße arbeiten, kann ihre Klienten in einer Hospedaje (eine Art Hotel) empfangen, sie nimmt Geld ein und macht damit, was sie will. Es ist ihres. Sie unterhält mit ihrem Verdienst nicht mehr eine ganze Kette von Korruption.

Gut, und da ist jetzt der Widerspruch. Heute ist die Prostitution illegal und dennoch ist die Prostituierte heute freier als früher.



Alphabetisierungskurs

Unsere Arbeit besteht darin, der prostituierten Frau zu helfen, — im Kollektiv, denn anders kannst du kein Bewußtsein entwickeln — mit den anderen companeras ihre Lebenserfahrungen zu analysieren, die gemeinsamen Elemente in ihrer aller Leben herauszustreichen und herauszufinden, wo diese gemeinsamen Elemente ihren Ursprung haben: Mangelnde Erziehung, Ausbeutung als Frau von Kindheit an, die ideologische Rechtfertigung der Prostitution (4). Wenn die Prostituierte beginnt, sich als gesellschaftliches Wesen zu begreifen, setzt sie sich in die Lage, die Antwort, die die Revolution für sie hat, zu verstehen.

Diese Antwort ist der Vorschlag, den ideologischen Mechanismus zu durchbrechen, die ihre Unterdrückung als Frau rechtfertigt, die Erniedrigung zu druchschauen und die Schädigung auf ihr Mensch-sein zu erkennen, die sich aus der Prostitution ergibt.

Diesen Schritt zu tun, den Vorschlag, den die Revolution für sie hat, anzunehmen, bedeutet, daß sie beginnt, Teil des kollektiven Subjekts zu sein, das das revolutionäre Volk bildet, wenn es seine neue Gesellschaft aufbaut.

Im Taller arbeiten wir mit der Methode der „Educacion Popular" (Volkserziehung) in drei methodischen Schritten:

Zunächst versuchen wir ganz aus der Nähe das Alltagsleben zu analysieren. Vielleicht ist es das erste Mal, daß die Frau sich damit beschäftigt: sehen, was mache ich eigentlich von frühmorgens bis abends, meine Kinder, meine Einkäufe, das Häuschen, oder das Zimmer, in dem ich wohne, meine Ehe (wenn sie verheiratet ist), die Klienten, der Arbeitsplatz, das Verhältnis zu den anderen Menschen, alles eben um rauszufinden, was sind die Elemente, die mich letztlich zur Prostitution geführt haben. Sie selber fragt sich und gibt auch die Antwort und die Gruppe schaut dann, wo liegen Gemeinsamkeiten, und sucht Begründungen, eine soziale Begründung: Warum lebe ich so?

Danach, im Alltagsprozeß, wird dann untersucht, wie jede einzelne zur Prostitution gekommen ist. Jede einzelne hat ihre eigene Geschichte: Zu Anfang sagen alle: Ich kam zur Prostitution, weil ich eine Herumtreiberin war, weil ich nicht auf meine Mutter hörte, weil es mir gefiel, mich auf der Straße herumzutreiben etc. Aber wenn wir dann eine nach der anderen, die Fälle genauer betrachten, war letztlich der ausschlaggebende Grund, der zur Prostitution führte, der wirtschaftliche Aspekt. Bei allen. Also, wenn sie das entdecken, daß der wahre Grund ökonomischer Natur ist, dann fragen sie sich: Ist das wirklich wahr, daß wir alle in der Gruppe (manchmal 15, manchmal 20) deshalb zu Prostituierten geworden sind? Sie merken, daß dies keine persönliche Neigung von ihnen war, sondern, daß eine ganze Reihe von Gründen sie dorthin geführt hat.

Im zweiten methodischen Schritt versuchen wir zu entdecken, *warum* in der Gesellschaft so viele Frauen aus wirtschaftlichen Gründen zur Prostitution kommen. Wenn sie sich bewußt werden, daß sie die Stützen, nicht nur eines ganzen Räderwerks der Prostitution, sondern der ganzen Gesellschaft waren, die sie ausgebeutet hat, dann beginnt ein Prozeß voller Gefühle und Erschütterungen, vor allem der Wut, ausgebeutet worden zu sein und geglaubt zu haben dies alles geschehe wegen der eigenen Unmoral. Wenn die Frau merkt, daß dem nicht so ist, daß vielmehr die Revolution sie schätzt und sie braucht, als Teil des kollektiven Subjekts, in dem jeder eine Aufgabe zu erfüllen hat, dann beginnt ein Kampf in ihr drinnen, dann beginnt sie mit ihren Widersprüchen zu ringen. Auf der einen Seite ist sie erleichtert. Sie weiß nun, daß nicht sie alle Schuld trägt, daß es jetzt eine Gesellschaft gibt, die sie achtet und respektiert, die sie einlädt. Auf der anderen Seite ist jedoch die ganze Zeit, in der sie Prostituierte



Nähkurs

war. Sie hat kein normales Leben geführt. Sie kann sich nicht von heute auf morgen in eine normale Arbeiterin verwandeln mit bestimmten festgelegten Lebensnormen und einer gewissen Disziplin in ihrer Haushaltsführung, ihrer Tages- und Arbeitsplanung, im Zusammenleben mit ihren Kindern, mit der Familie. Der dritte Schritt ist nun für sie diese Herausforderung anzunehmen, arbeiten zu gehen, oder die Herausforderung, ihre Ausgaben den Einnahmen anzupassen.

Dies ist ein ganz entscheidender Mo-

Dies ist ein ganz entscheidender Moment. Sie *will* eine Änderung herbeiführen. Das Projekt unterstützt sie dabei. Bis zum Schluß. Bis sie bereit ist, uns zu mögen als Freundinnen und nicht mehr als Erzieherinnen.

Einer der interessantesten Aspekte des Programmes ist die erzieherische Arbeit mit der Polizei, der Policia Sandinista. Diese Arbeit hat das Ziel, die Polizisten zu sensibilisieren für die Problematik der Prostitution und den Umgang der Polizisten mit den Frauen zu verbessern. Von Anfang an wurde mit der Policia Sandinista als einer der Unterstützungsinstitutionen zusammengearbeitet. Die Prostitution gehört in den polizeilichen Aufgabenbereich (siehe hierzu: ‚Über die Rolle der Polizei in Nicaragua' in AK 278). Deshalb war für die ‚muchachas' (Mädchen) das Gesicht der sandinistischen Revolution identisch mit der Polizei. Und zu Beginn, als die Polizei versuchte, das entsprechende Gesetz umzusetzen, gab es einige falsche Entscheidungen seitens der Polizei. Für die ‚muchachas' übte die Polizei eine eindeutig repressive Funktion aus. Aus diesem Grund wiesen sie die Revolution zurück, in der Gegnerschaft zur Polizei.

Wir mußten einen langen Prozeß in die Wege leiten, damit die Polizei auf wissenschaftliche Art und Weise das Problem der Prostitution zu verstehen lernte und es schließlich eine Annäherung der Polizei an das gab, was die Revolution den am stärksten unterdrückten Gruppen der Bevölkerung, unter ihnen auch die Prostituierten, anbietet. Für die Polizei in den Stadtvierteln, wo sich die Zentren der Prostitution befinden, mußten wir ein intensives Weiterbildungsprogramm organisieren.'

„Wir glauben, daß es möglich ist, die Prostitution völlig abzuschaffen", meint Jaqueline Cuevas und bezieht sich auf die konkreten Ergebnisse des Tallers. Von 168 Frauen, die systematisch ins Projekt integriert waren, haben 107 definitiv die Prostitution verlassen. „107 von insgesamt 168. Die absolute Mehrheit von ihnen sind Frauen mit niedrigem Ausbildungsniveau, die nur zu Arbeitsplätzen mit schlechter Entlohnung Zugang haben. Das beantwortet schon jene Kritiken, die diese Art von Projekten in Frage stellen, in Ländern wie dem unseren, das angegriffen, einem Agressionskrieg und einer Wirtschaftsblockade unterworfen ist, mit einer tiefgreifenden wirtschaftlichen Krise und einem sehr niedrigen Lohnniveau. Eine Prostituierte, Analphabetin, würde zur Zeit vielleicht 100.000 Pesos im Monat machen. Wenn sie die Prostitution verläßt, tauscht sie die 100.000 gegen einen Lohn von vielleicht 10.000 oder 15.000 Cordobas, mehr nicht. Das zeigt schon, daß die Prostitution natürlich nicht nur ein wirtschaftliches Problem ist, sondern grundsätzlich eine Bewußtseinsfrage. Es ist ein ideologisches Problem. Eine Frau, die 100 Tausend Cordobas für 13 oder 15 Tausend Cordobas läßt, ist eine Frau, die das Bewußtsein gebildet hat, sich als menschliches Wesen nicht selbst herabzusetzen und in der Lage ist, eine Änderung herbeizuführen und mit dem geringen Lohn auszukommen."

„Mit den Männern müßten wir eigentlich die gleiche ideologische Arbeit machen", meint Ileana Perez, die dritte der Mitarbeiterinnen des Talleres, eine Psychologin: „Wir müßten den Männern helfen zu erkennen, was es ist, das ihnen diese Ungerechtigkeit als gerecht erscheinen läßt. Wir müßten versuchen, daß der Mann versteht, daß er sich selbst erniedrigt, in dem sexuellen Verhältnis, das er mit einer Prostituierten unterhält, wo er für seine Freuden bezahlen muß. Die Prostituierte hat erkannt, daß der Mann nicht nur dieses Vergnügen des sexuellen Verhältnisses bezahlt."

„Die Prostituierte, die in unserem Programm mitmacht, hat entdeckt, daß der Klient ein armer Mensch ist,

daß der Klient ein armer Mensch ist,

der bezahlen muß, weil er nicht in der Lage ist, ein gleichberechtigtes sexuelles Verhältnis zu einer Frau aufzubauen", meint Nubia Gavarette, auch eine Psychologin des Tallers. „Und am Ende, für was zahlt er wirklich? Für die Macht."

Jaqueline Cuevas: „ Wenn wir unsere Erfolge erreichten in der systematischen Arbeit mit den Prostituierten, wieviel mehr würden wir erreichen, wenn wir in Nicaragua ein Programm hätten, das andere Dimensionen des nationalen Lebens noch mit einschlösse? Wenn es bspw. eine ideologische Arbeit gäbe, die sich speziell an die Männer richtete, die zu den Prostituierten gehen? Denn solange es solche Männer gibt, solange wird es Prostituierte geben.

Wenn wir, in nur einem Projekt erreicht haben, daß 168 Frauen sich selbst ein neues Bewußtsein schaffen, könnten wir ein neues kollektives Bewußtsein schaffen mit einem Programm, das gerichtet wäre auf die Vermenschlichung der zwischenmenschlichen Beziehungen, denn es gibt nichts Entmenschlichenderes als die Prostitution."

Anmerkungen:

1) „Rompiendo cadenas. Una experiencia de reeducacion y transformacion de la mujer" von Linda Rivera, In: Amanecer, hrsg. v. Centro Ecumenico Antonio Valdivieso, Nr. 46, Januar-Februar 87

2) nach: SOMOS, Nicaraguas Frauen zwischen Alltag und Befreiung, hrsg. EDCL, Berlin, 84

3) Die meisten Bordelle waren im Besitz des Somoza-Clans.

4) nach einer Studie von INSSBI von den Prostituierten:
45% Analphabeten,
55% haben nur die Grundstufe der Schule besucht,
85% haben keine Berufsausbildung,
32% waren arbeitslos, als sie zur Prostitution kamen,
60% mußten bereits als Mädchen von 8-13 Jahren den Haushalt führen.
Informationen nach: SOMOS, a.a.O.

AIDS: Stigmatisierung des Unangepaßten

Interview mit Frank Rühmann, Hamburger Institut für Sozialforschung

Frank Rühmann ist Diplom-Soziologe. Seit 1983 arbeitet er zum Thema AIDS, vor allem zu den politischen und sozialen Folgen der Krankheit. 1985 veröffentlichte er in der Edition Qumran im Campus Verlag eine wissenschaftliche Untersuchung zum Thema AIDS als „Arbeit aus dem Hamburger Institut für Sozialforschung".
Gegenwärtig schreibt er an einer Arbeit zur Sozialgeschichte des Kampfes gegen Geschlechtskrankheiten.

AIDS, ein medizinisches, ein wissenschaftliches, pragmatisch und hygienisches Problem?

AIDS, ein „Wink Gottes" zur Wiederherstellung der gottgewollten, der natürlichen Ordnung?

AIDS, eine Möglichkeit zur Erneuerung repressiver Sexualmoral als Herrschaftssicherung, nachdem die Eindämmung von Geschlechtskrankheiten und die Entwicklung der Pille die materielle Basis für diese Art Herrschaftssicherung zu zerstören drohte?

AIDS als Chance für Entwicklung einer emanzipatorischen Sexualmoral?

Welches ist die Funktion der aktuellen Kampagne? Wie steht die Linke zum Problem der Prävention? Was ist zu tun?

Über diese und weitere Fragen führten wir Gespräche mit Frank Rühmann, Mitarbeiter im Hamburger Institut für Sozialforschung und Verfasser des Buches „Aids, eine Krankheit und ihre Folgen", sowie der Hamburger „AIDS-Arbeitsstelle". Gesprächspartner von seiten des KB war Kai Ehlers, alias F.

Arbeiterkampf: Was bedeutet für dich das Kürzel AIDS?

Frank Rühmann: Erst mal eine Krankheit, die einigen Schrecken verursacht hat. Zu Recht. Niemand wußte, was passierte, als sie 81 in den USA auftauchte. Es starben einfach Leute, die einige Jahre in der schwulen Subkultur relativ freizügig gelebt hatten. Es gab schon vorher schlimme Infektionskrankheiten, besonders in der Schwulen-Szene, nicht aber mit solch einer hohen Todesrate von anfangs ja nahe 100%.

Dann war relativ früh klar, daß diese Krankheit ideal war, um an alte Vorurteile anzuknüpfen, bestimmte Krankheiten bestimmten Lebensweisen, vor allem auch den Homosexuellen zuzuordnen.

Du hast in deinem Buch geschrieben: „AIDS hat einen gesellschaftlichen Sinn. Es wird etwas anderes thematisiert als nur die faktische Krankheit." Was wird da thematisiert?

AIDS ist sexuell übertragbar. Mit AIDS wird Sexualität thematisiert. Bei den Schwulen besonders hat sich so was breitgemacht wie: „Jetzt haben wir für unser freies Leben zu zahlen", also Thematisierung von Schuldgefühlen. Dann hat sich auch ein Unbehagen an bestimmten Umgangsformen in der Subkultur thematisiert. Man war an sich schon seit Jahren nicht mehr ganz zufrieden. Man merkte, daß diese Art Sexualität doch nicht die Freiheit war, auch nicht die Befriedigung brachte, die man sich vielleicht wünschte. Da war AIDS dann die Bestätigung, daß man jetzt doch wieder anders leben müsse — mit der sehr merkwürdigen

den Schwulen besonders hat sich so was breitgemacht wie: „Jetzt haben wir für unser freies Leben zu zahlen", also Thematisierung von Schuldgefühlen. Dann hat sich auch ein Unbehagen an bestimmten Umgangsformen in der Subkultur thematisiert. Man war an sich schon seit Jahren nicht mehr ganz zufrieden. Man merkte, daß diese Art Sexualität doch nicht die Freiheit war, auch nicht die Befriedigung brachte, die man sich vielleicht wünschte. Da war AIDS dann die Bestätigung, daß man jetzt doch wieder anders leben müsse — mit der sehr merkwürdigen

Verquerung, sich dann an reaktionären Vorbildern von Familie, Treue usw. zu orientieren. Auf einmal galt Freiheit auch wieder als etwas Merkwürdiges, etwas Gefährliches, eben Todbringendes im Kontext AIDS.

Die politische Dimension der sexuellen Revolte von 68, die in den 70er Jahren schon verloren gegangen war, wurde jetzt, vor allem zunächst in der Schwulenbewegung, erst recht weggepackt, weil man ja eine Krankheit hatte.

Schließlich kam dazu, daß AIDS Anfang der 80er Jahre auftrat, wo sich politisch und gesellschaftlich doch allenthalben von Reagan über Thatcher bis Kohl die Wende vollzog. AIDS paßte also auch in ein politisches Zeitklima. AIDS wurde für Reaktionäre und Konservative bis hin zu Linken, die ja in puncto Sexualmoral auch durchaus z.T. spießbürgerliche Vorstellungen haben, zum Beleg gegen das, was in den 70ern an Veränderungen versucht, zum Beleg nämlich daß es Naturgesetze gebe, nach denen man zu leben hätte. Andernfalls kommt eben so was wie AIDS. Das ist ja eine sehr alte Geschichte. Wenn das aber durch eine Krankheit scheinbar naturwissenschaftlich bewiesen wird, dann wird damit natürlich auch bewiesen, daß diese Art von Freiheit, die man sich vorgestellt hatte, von der Natur her nicht möglich ist. D.h., das Scheitern der Vorstellungen hat dann nichts mehr mit politischen und gesellschaftlichen Kräfte-Konstellationen, nichts mehr mit Gesellschafts-System zu tun, sondern es wird nun qua „Natur" für unmöglich erklärt, die Gesellschaft zu verändern.

Also, AIDS als Instrument, mit dem die Konservativen die Enttäuschung über nicht erreichte gesellschaftliche Veränderungen für gegen-reformerische Zwecke nutzen?

Ja, als ideologischer, aber auch als psychischer Vorgang. Kommt hinzu, daß diese sexuelle Freizügigkeit natürlich auch Angst gemacht, neue Unsicherheiten produziert hatte — sowohl bei denen, die so lebten, weil sie diese neuen Verhaltensweisen mit ihrer hergekommenen Sexual-Erziehung nie vollkommen verbinden konnten, als auch bei den anderen, für die Werte wie Treue, Sicherheit, Wärme, Liebe und so weiter verloren zu gehen drohten. Über Eifersucht z.B. wurde ja nicht geredet. Das galt als reaktionär. Über AIDS kann jetzt aber geredet werden. Und so redet man über AIDS, wo eigentlich Eifersucht gemeint ist. Es ist natürlich Quatsch. Fremdgehen ist ja mit Kondom und „safer sex" genauso möglich. Aber über AIDS lassen sich diese Ängste wunderbar rationalisieren.

Du hast in deinem Buch von Inszenierung der Krankheit gesprochen.

Das mit der Inszenierung ist natürlich nicht als bewußter Akt in dem Sinne gemeint, daß sich da jemand hinsetzt und sagt: Jetzt machen wir das so.

Neue Wohnform für HIV-Positive

Te[redacted]ment

Vaduz
Lichtenstein
Postfach [redacted]

K[redacted]
Bevollmächtigter
[redacted]

Rechtsausschuss des
Niedersächsische Landtages
Hindrich-Wilhelm-Kopfplatz 1
3000 Hannover 1

Datum

Betr.: Massenunterkunft für Infektionskranke (Aids)

Neue Wohnform für HIV-Positive

Te[redacted]ment

Vaduz
Lichtenstein
Postfach [redacted]

K[redacted]
Bevollmächtigter
[redacted]

Rechtsausschuss des
Niedersächsische Landtages
Hindrich-Wilhelm-Kopfplatz 1
3000 Hannover 1

Datum

Betr.: Massenunterkunft für Infektionskranke (Aids)

Im Zuge der Isolierung Aids-Kranker Personen,die auf uns zukommt, wird es Ihnen kurzfristig an geeigneten Gebäuden mit entsprechendem Umland fehlen.
Wir sind in der Lage im Landkreis Hannover ein geeignetes Gelände mit verschiedenen Wohnblöcke: in massiver Bauweise mit einem Groß-Küchen-Gebäude und Essaal nach zuweisen.

Das Anwesen ist gut übersichtlich und die Anlage von Sicherheitvorkehrungen würde keine Probleme auf den Plan rufen.Kapazität ca. 1000 Personen.
Sollten Sie an diesem Projekt interessiert sein,lassen wir Ihnen Einzelheiten zukommen mit der Zusage Ihrerseits uns die ortsübliche Maklerprovision zu zahlen,sobald Sie von der Anlage gebrauch machen.

Mit freundlichen Grüßen

Keine Angst vor der Meldepflicht

Keine Angst vor der Meldepflicht



Aber es gibt natürlich ein bestimmtes gesellschaftliches Klima, wo bestimmte Sachen eher stattfinden als andere. Im übrigen verkauft sich so ein Thema gut. Wenn man sich ansieht, wie diese AIDS-Presse-Kampagne aussah: Diese irrrsinnigen Geschichten über sexuelle Orgien, über das glanzvolle Leben von Schwulen, die sorgenfrei in der Gegend rummachten, überall durch die Welt reisten etc., das ruft sehr viel Wut hervor, aber eben auch Faszination. Das funktionierte also einfach erst mal über die kapitalistischen Marktmechanismen.

Wir haben solche Angstkampagnen ja immer wieder. In den 70er Jahren hat es sie bezüglich Terrorismus gegeben, dann aber auch bei Krankheiten: die Groß-Grippe-Wellen, die Krebs-Diskussionen. Solche Inszenierungen haben die Funktion, die gesellschaftlich vorhandene Angst zu kanalisieren, wegzunehmen von den realen Gründen, umzuleiten zu andern Geschichten — mit AIDS geht das besonders gut.

Kannst du die Angst, die jetzt den Namen AIDS bekommt, genauer beschreiben?

Angstverschiebung

Man kann sie sehr schwer fassen. Das ist das Fatale dabei. Man kann sie nicht eingrenzen. Es gibt in unserer Gesellschaft ja eine ganze Reihe von Ängsten, angefangen im individuellen Bereich: die Entfremdung, all die Ängste, doch nicht so zu leben oder gelebt zu haben, wie man vielleicht gern hätte leben wollen. So was wird natürlich durch AIDS thematisiert, denn da steht der Tod im Hintergrund. Dann die Angst vor Arbeitslosigkeit, vor Krieg, vor der Atombombe, vor Geschichten wie Tschernobyl, vor Umwelt-Zerstörung usw. Da wird ja nicht nur Angst hergeredet. Das macht ja real Angst. Das hält man in der Fülle schwer aus, zumal wenn man das Gefühl hat, man könne so wenig daran ändern, weil das alles so wenig faßbar, so wenig vorstellbar ist.

Und da sind wir Menschen in der Lage, wie es der Schweizer Psychoanalytiker Paul Parin sagt, unsere Ängste zu verschieben, solche Ängste zu suchen und aufzunehmen, die man dann wieder fassen kann. Das gilt für AIDS ganz klar. Das Virus ist zwar sehr klein, kann aber in den Medien dargestellt und ausgebreitet werden. Über die Kranken, über die sog. Risikogruppen ist die Gefahr faßbar zu machen, ganz konkret, individuell, personell. Mit denen kann man etwas tun. Die kann man melden, internieren und was weiß ich noch alles.

Mit AIDS werden also Schuldige für das diffuse Gefühl der apokalyptischen Bedrohung, einschließlich der individuellen Unzufriedenheit faßbar. Welches sind die Schuldigen?

Zunächst die Homosexuellen als Gruppe, von der die Krankheit vermeintlich ausging, mittlerweile die Prostituierten, allgemein: alle Leute, die nicht nach den traditionellen kleinbürgerlichen Familienvorstellungen leben. Dazu kommen als weitere angebliche Infektionsquelle inzwischen noch — in Bayern kann man das ja sehen — die Ausländer. Schuld ist im Grunde all das, was anders ist als die Mehrheit.

Also, das nicht Angepaßte, das sich den Normen angeblicher naturgegebener Sittlichkeit etc. nicht unterwirft.

Ja, wobei unterschwellig das Versprechen transportiert wird: Wenn du dich unterwirfst, dann wirst du deine Angst überwinden, dann wirst du glücklich.

Parallele: Syphilis

Der Instrumentalisierung der Angst entspricht so auf der anderen Seite das Sicherheits-Versprechen. — Gibt es vergleichbare frühere Kampagnen dieser Art, z.B. zur Syphilis Anfang des Jahrhunderts?

So was wie die AIDS-Kampagne gab es früher nicht, einfach weil es diese Medienlandschaft früher nicht gab. Aber die Syphilis war ähnlich angstbesetzt. Sie wirkte individuell ähnlich und auch gesellschaftlich. Es gab natürlich Unterschiede, weil sie nicht zuerst bei Randgruppen auftrat, sondern allgemein, aber auch sie war die Drohung, daß man sich infizieren konnte, wenn man sexuell was außer der Reihe machte. Auch sie war das Stigma der Unangepaßten.

Insofern hat Syphilis schon eine ähnliche Geschichte wie AIDS. Es ist nur einfach eine andere Epoche heute. Sexualität war damals ein Thema, das unter der Hand gehandelt wurde. Einen offenen Sexmarkt wie in den 70ern gab es damals nicht.

In einem Interview, das wir mit ihm gemacht haben, sagt der Argument-Herausgeber W. F. Haug, das Syphilis-Paradigma habe in der Vorgeschichte des Nazismus eine Art ideologischer Mutation bewirkt, auf deren Resultaten Hitler aufbauen konnte. Er könnte sich vorstellen, daß AIDS heute in ähnlicher Weise als Rammbock gegen die gegenwärtige liberal-konservative Politik eingesetzt werden könnte, um faschistische Potentiale freizusetzen.

Da ist sicher etwas Wahres dran, wenn man beachtet, daß eine solche Krankheit natürlich nicht die Ursache ist, sondern benutzt wird.

Richtig ist zum ersten, daß auch in der Syphilis-Diskussion diese Vorstellungen auftauchten, man könne in der Sexualität nach Naturgesetzen definieren, was normal, was unnormal, eben natürlich oder unnatürlich und somit gesund oder ungesund ist, sei es körperlich oder psychisch. Von da bis zur moralischen Ausgrenzung als Triebverbrecher, als animalisch, anormal, schließlich lebensunwert war nur noch ein Schritt. Für so ein Denken galt Syphilis als Beleg wie heute AIDS. Die Beschreibung von „Risikogruppen" heute läuft ziemlich auf dasselbe hinaus wie die der Syphilis-Kranken damals.

Zum zweiten spielte die Eugenik eine wichtige Rolle, die sog. Rasseauswahl, also die Frage, welchen Leuten man verbieten wollte, sich fortzupflanzen. Man sah ja die Reinheit der Rasse gefährdet. Syphilis = verseuchtes Blut.

Das alles waren aber Vorstellungen, die auf einer sehr breiten Ebene vorhanden waren, seit dem 19. Jahrhundert, in die zwanziger Jahre hinein, und zwar eben nicht nur bei Rechten und bei Faschisten, sondern durchaus auch bei Linken, bei Sozialdemokraten, bei Kommunisten. Es waren zu Anfang sogar progressive Strömungen, die diese Art des Kampfes gegen die Geschlechtskrankheiten gegen den erbitterten Widerstand von konservativer Seite durchsetzten. Gesellschaftlich gab es also auch in dieser Beziehung einen fruchtbaren Boden, auf dem die National-Sozialisten bauen konnten.

Zum dritten ist der Umgang mit AIDS — wie er sich vor allem in den Gauweiler-Vorstellungen zeigt, die ja auf Internierung hinauslaufen — für mich auch ein Symptom des Wiederholungs-Zwangs in dieser Gesellschaft, ein Zeichen, daß man die Nazi-Zeit nicht wirklich verarbeitet hat.

Die besprochenen Mechanismen der AIDS-Kampagne entwickeln sich aber keineswegs nur in der BRD.

Das ist richtig. Und es gab auch in den USA entsprechende Syphilis-Studien, die praktisch bis zu Menschenversuchen an Farbigen führten. Man rekrutierte sie quasi mit der Erwartung, sie würden behandelt. Man hat sie aber nicht behandelt, auch dann nicht, als es das Penicillin schon gab, einfach um zu sehen, wie die Syphilis etwa bei Farbigen voranschreite, ob es da andere Verlaufsformen gebe. Dieses Experiment ist erst Ende der 60er Jahre nach heftigen Protesten aus der Öffentlichkeit eingestampft worden. Diese Ausgrenzungsversuche gibt es überall. Aber es gibt eben aufgrund der NS-Geschichte spezifische deutsche Besonderheiten im Umgang damit.

Was ist der Zweck der gegenwärtigen Kampagne?

Die Angstverschiebung zum einen. Zum andern haben Reaktionäre aller Zeiten immer versucht, das Sexuelle unter Kontrolle zu bringen, weil das — einfach gesagt — den Untertanen produziert. Wer sich ständig um Anpassung bemüht, kuscht eher. Wir wissen aus der Psychoanalyse, daß die Unterdrückung des Sexuellen Unterdrückung in allen Lebensbereichen bedeutet. Auch die Selbstkontrolle des Individuums wird auf diese Weise eingesetzt.

Achtung, Glatteis!

Sicherheitspolitik durch die Betten der Nation, haben wir das im letzten AK genannt, wobei sich u.E. die Süßmuth- und Strauß/Gauweiler-Variante nur taktisch unterscheiden. Auf präventive Normierung läuft beides hinaus. — Nun wird aber eben diese Präventions-Kampagne auch von großen Teilen der Linken begeistert unterstützt. Was hältst du davon?

Prävention als Kampagne ist immer problematisch. Sie hat immer einen Aspekt, der das Individuum entmündigt. Aus dem Dilemma kommt man nicht raus. Da soll man sich keine Illusionen machen: Grundsätzlich hat das Individuum bei Existenz so einer Krankheit erst mal Anspruch darauf, informiert zu werden, wie die Infektionswege sind und wie es sich schützen kann. Damit ist man allerdings schon mitten auf dem Glatteis, wo man schnell ausrutschen kann, nämlich dann, wenn man es an diesem Punkt

problematisch. Sie hat immer einen Aspekt, der das Individuum entmündigt. Aus dem Dilemma kommt man nicht raus. Da soll man sich keine Illusionen machen: Grundsätzlich hat das Individuum bei Existenz so einer Krankheit erst mal Anspruch darauf, informiert zu werden, wie die Infektionswege sind und wie es sich schützen kann. Damit ist man allerdings schon mitten auf dem Glatteis, wo man schnell ausrutschen kann, nämlich dann, wenn man es an diesem Punkt

den Individuen nicht mehr überläßt, ob sie sich an die Anforderungen halten oder nicht.

Glatteis wird doch schon mit der Entwicklung einer solchen Angst-Kampagne betreten, wie sie gegenwärtig abläuft. Da wird doch bereits Normierungsdruck ausgeübt, bevor das Individuum sich überhaupt entscheiden konnte.

Ja, die Kampagne könnte insgesamt nüchterner und klarer gefaßt werden. Es könnte sehr viel genauer über Sexualität diskutiert werden. Aber man wird immer sagen müssen: Die Krankheit ist gefährlich, und es gibt die und die Gruppen, die sind in sehr hohem Maße bedroht wie z.B. die Homosexuellen. Das schafft das Problem. Da kann man nicht drüberweg diskutieren.

Genau das geschieht aber gerade mit der diffusen Angst-Kampagne, die nicht auf die konkreten riskanten Situationen eingeht, sondern schon das Küssen unter Jugendlichen für AIDS-trächtig erklärt. Wirklich sinnvoll kann doch nur die Konzentration der Prävention auf konkrete Maßnahmen sein: Entwicklung von Impfstoff, von Therapiemöglichkeiten, gezielte Aufklärung über Infizierungsmöglichkeiten, ggfls. Ratschläge zur Vermeidung riskanter Sexualpraktiken usw.

Ja, aber du mußt die Informationen ja auch an die Leute rankriegen. Du mußt auch die erreichen, die sich nicht in den engen Szenen der sog. Risikogruppen aufhalten. Und man darf natürlich nicht vergessen: Inzwischen haben wir diese Angst-Situation. Da kommen wir jetzt nicht mehr raus. Egal wie es produziert worden ist. Wir haben es nun mal.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Das seh ich anders: Die Angst wurde bewußt geschürt. Sie könnte ebenso bewußt abgebaut werden.

Richtig, aber zur Notwendigkeit breiter Aufklärung gibt es trotzdem keine Alternative. Sie muß gerade dort ansetzen, um Ängste abzubauen. Allerdings ist das auch nicht der entscheidende Punkt. Entscheidend ist die Art der Durchführung einer solchen Kampagne. Es ist ja viel schlimmer, daß etwa Frau Süßmuth in ihren Anzeigen bei Risiko zum Test rät. Das ist viel problematischer, als allgemein zur Kondom-Benutzung aufzurufen. Abgesehen davon, daß das Indidivuum mit diesem Test, auch mit seiner Todesangst, die u.U. mit Selbstmord endet, alleingelassen, bestenfalls auf Selbsthilfegruppen verwiesen wird, fängt damit die ganze soziale Ausgrenzungsgeschichte an. Man soll sich ja nicht einbilden, daß die Tests, auch wenn der Zwangstest von Frau Süßmuth noch abgelehnt wird, deswegen nicht überall in der Wirtschaft usw. eingeführt würden. Es hat schon begonnen. Der Arbeitsmarkt ist ja groß genug. D.h. jemand, der den Test nicht machen will, fällt von vornherein heraus, ganz zu schweigen von HIV-positiv-Ergebnissen. Allein die Test-Verweigerung wird schon zum Verdachts-Kriterium.
Diese Ausgrenzungsmechanismen können sehr schnell in staatliche Zwangsmaßnahmen umgesetzt werden, wenn die Test-Ergebnisse dann überall vorliegen. Darüber wird z.B. nicht geredet.

Wie die Prävention hier z.Z. stattfindet, hat sie die Funktion der präventiven Normierung der Mehrheit und Selektion von Minderheiten.

Ja, und der Schuldzuweisung an diese Minderheiten. Da liegt auch die Gefahr einer so flotten Formulieung wie: „AIDS kann schneller besiegt werden." (1) Darin ist im Grunde bereits angelegt: Jemand, der künftig noch AIDS kriegt, ist selber schuld. Oder wie es in der Presse häufig zu lesen ist: AIDS hat man nicht, AIDS holt man sich. Da ist etwas Wahres dran, weil natürlich jedes Subjekt seine Verantwortung hat. Man infiziert sich selbst. Nur gibt es da menschliche, existentielle, psychische Schwierigkeiten, so daß eine Infektion nicht immer vermieden wird. Und die gefährliche Tendenz in der genannten Argumentation ist, daß man zukünftige Infizierte schon von vornherein ausgrenzt. Motto: Die früheren konnten ja nichts dafür, aber die künftigen können jetzt was dafür. So darf auf keinen Fall argumentiert werden. Man muß den Individuen bei voller Aufklärung doch die Freiheit lassen, sich — aus welchen Gründen auch immer — der Gefahr auszusetzen. Mit bestimmten Risiken wird uns ja auch sonst durchaus zugemutet zu leben. Wie lange dauert es
die Freiheit lassen, sich — aus welchen Gründen auch immer — der Gefahr auszusetzen. Mit bestimmten Risiken wird uns ja auch sonst durchaus zugemutet zu leben. Wie lange dauert es
z.B., bis so eine Fabrik dichtgemacht wird, die Giftstoffe verbreitet! — Aber der Vergleich hinkt ein wenig, weil man natürlich bei AIDS die „Fabriken" nicht schließen kann, wo es eben um Sexualität, ein Kernstück menschlicher Persönlichkeit geht.

Nun, die Frage der Fabriken in Sachen AIDS ist ja noch gänzlich ungeklärt, mehr noch: ob AIDS ein Produkt der Gen- oder Viren-Manipulation ist, ob ständig neue Risiken der Art produziert werden, ja selbst, welche Ko-Faktoren neben der Virus-Infektion selbst Bedinungen für die Ausbreitung von AIDS sind — diese Fragen werden ja aus der Präventions-Debatte bezeichnenderweise bewußt rausgehalten, indem die Verantwortung eben auf die Individuen geschoben wird. Aber da sind ja noch Überraschungen drin, wenn ich an die Hypothesen von Booby Hatch oder Prof. Segal denke (2).

Was die Debatte um Gen-Forschung usw. betrifft, so ist sie nicht ausgestanden. Man muß sich aber auch durchaus mit dem Gedanken vertraut machen, daß vielleicht nicht einfach alles produziert worden ist. Es ist ja denkbar, daß so ein Virus auch durch Mutation neu auftaucht.

Denkbar schon. Denkbar auch eine Manipulation. Entscheidend ist, daß diese Debatte ausgespart wird aus der Kampagne. Wenn schon Prävention, dann müßte sämlichen Möglichkeiten gleichermaßen nachgegangen werden, um ggfls. Fabriken tatsächlich schließen zu können.

Chance? — Nein, Not!

Ja, diese Diskussion wird nicht bzw. nur sehr reduziert geführt. Das ist richtig. Aber man kann nicht deswegen die ganze Kampagne der Frau Süßmuth verurteilen. Das wäre eine falsche Position. Der Rat, Präservative zu nehmen, ist ja zunächst unabhängig davon und durchaus zumutbar. Gefährlich ist das Umfeld, in dem das stattfindet, angefangen mit den Schuldzuweisungen bis hin zu der Test-Aufforderung. Gegen die Moral-Aufrufe muß man einfach kämpfen. Da erwarte ich ja nicht grad vom Staat, daß er das tut. Wir haben nun mal eine konservative Regierung. Und die Sozialdemokraten würden es auch nicht viel besser machen, vielleicht schlechter.

Gefährlicher finde ich schon, daß sozusagen von unten die ganze Diskussion um sexuelle Liberalisierung etc. und was da immerhin erreicht worden war, mit den Bach runtergeht. Ja schlimmer noch, daß AIDS geradezu als Chance für Befreiung vom Patriarchat verkauft wird wie z. B. in der „taz", in der „Zeit". AIDS ist aber nicht die Chance für sexuelle Befreiung. Tatsache ist, daß jetzt als „safer sex" das als normal und erstrebenswert propagiert wird, was früher als abartig, pervers usw. ins Bordell, in die Peepshow usw. abgedrängt wurde. Dies als Chance zu sexueller Befreiung zu begrüßen, ist absurd. Da kommt doch eine Sexualität raus, die genauso normiert, genauso furchtbar ist wie die verurteilte koitale Sexualität. Und daß sie unter progressivem Namen daherkommt, ändert ja auch nichts daran.

Wenn man bedenkt, daß an der Krankheit zig Menschen auf ziemlich grauenhafte Weise sterben, ist es wirklich schlimm zu sehen, wie Leute die Krankheit zur Chance hochstilisieren. Wobei in der „Zeit" unterschwellig noch die Hoffnung rüberkam, daß möglichst nicht so schnell ein Impfstoff und Therapiemöglichkeit gefunden werde, damit uns dieser Befreiungsweg möglichst lange erhalten bleibe. Da wird es wirklich kriminell und auch unmenschlich.



Amerikanische Aids-Karikatur

In dem Artikel von Heide Soltau in der „taz" wurde die angebliche Chance u.a. daraus begründet, daß Sexualität in Zukunft statt einfacher Triebbefrie-
In dem Artikel von Heide Soltau in der „taz" wurde die angebliche Chance u.a. daraus begründet, daß Sexualität in Zukunft statt einfacher Triebbefrie-
digung nun durch den langen Anlauf wieder spielerischer und spannender werde. Mich hat das an einen Kommentar aus der FAZ erinnert, in dem gehöhnt wurde: Wie fad war es schon. Nun ist der Tod wieder dabei.

Es ist auch genau dasselbe. Es ist diese unter Linken seit Jahren wieder grassierende Lust am Verbot, Lust am Tod, diese Renaissance sado-masochistischer mystischer Nietzsche-Verehrung usw. Das ist einfach reaktionär. Aber die Macht des Phallus hängt natürlich nicht am Präservativ. Es muß damit auch keineswegs spielerischer zugehn. Ein Präservativ überzustreifen dauert nicht sehr lange. Selbst mit einem Präservativ kann ein Mann immer noch vergewaltigen, wenn er will. Das ändert an den gesellschaftlichen Verhältnissen nichts. Es hat in der ganzen Geschichte des Präservativs nichts daran geändert. Das alles ist im Grunde reaktionärer Unsinn, eine Entpolitisierung des Problems, ein Sich-Drücken vor der Auseinandersetzung, sozusagen die Hoffnung, jetzt könne man mit Hilfe eines Virus das durchsetzen, was man politisch nicht durchsetzen kann. Wenn man im Zusammenhang mit AIDS von Prävention redet, dann muß man wissen, daß es um aus der Not entstandene Dinge geht, nicht um „bessere Sexualität".

Meinst du, daß sich da eine Renaissance früherer Schwanz-ab-Emanzipation ankündigt?

Ich glaube nicht, daß das mit den Schwanz-ab-Geschichten zu vergleichen ist. Es paßt eher zur Linie der neuen Mütterlichkeit, neuen Weiblichkeit, wo unterschwellig auch drinsteckt: Die Sexualität der Frau ist sauber, unschuldig, die der Männer ist dreckig, schmuddlig und zu geil. Das ist im Grunde ein sehr anti-emanzipatorisches Frauenbild, was dahintersteckt. Das paßt gut zur CDU.

Ein männliches Pendant dieser Argumentationslinie zeigt sich z.B. beim „Pflasterstrand". Einer seiner letzten Ausgaben war ein Kondom beigelegt. Ausgerechnet Herausgeber Cohn-Bendit, der sich ja seinerzeit als Symbolfigur revoltierender Libertinage aufführte und auch von vielen so gesehen wurde, sagt: Mir kann nichts passieren. Ich bin treu. Was sagst du dazu?

Ich fürchte, dazu kann man schwer etwas sagen. Man müßte sich mal mit den Sexualitätsvorstellungen der Linken auseinandersetzen. Sie müßten mal nachschauen, was sie da für ideologische Figuren produzieren. Wenn ich mir z.B. die Heide Soltau anschaue, dann ist das zum einen bar jeder historischen Kenntnis, ein Abstreifen zudem von sozialen und politischen Zusammenhängen, aus denen Feminismus entstanden ist. Und wenn Cohn-Bendit sagt, ich bin treu und gleichzeitig legt er ein Präservativ dabei, dann reproduziert er damit — nicht mal mehr versteckt — die herrschende Doppelmoral: Treue ist das Wünschenswerte, die Norm. Das andere wird großzügigerweise geduldet, aber eigentlich ist es eben doch unanständig.

Es gibt dann z. T. auch noch skurrile Verirrungen. Ich habe in Diskussionen, vor allem in grün-alternativen Kreisen des öfteren Leute erlebt, die sich für Tätowierungen von AIDS-Infizierten aussprachen mit der Begründung, wir müßten doch die sexuelle Freiheit schützen. Dazu muß man dann sozusagen den Markt säubern. Das ist doch wohl die extremste Form des Kapitalismus, die da propagiert wird.

Was ist nun also zu tun?

Erstens gegen jede Ausgrenzungs-Tendenz angehen. Es gibt keinen Kompromiß mit irgendwelchen Formen der Ausgrenzung. Zweitens — noch mal — Informationen für jeden über die realen Gefahren und konkrete Hilfe bei ihrer Bewältigung. Da muß man dann auch sehr ins Einzelne gehen. Die Drogendebatte muß entmoralisiert werden, damit Fixer z.B. frei an die Spritzen kommen, sie zumindest nicht mehr austauschen müssen. Wenn sie es dann doch tun, ist es ein anderes Problem.

Man muß sich von vernünftiger Seite, auch von linker, darauf möchte ich in diesem Fall ausdrücklich bestehen, um die Prostituierten kümmern. Man muß sich für männliche Stricher einsetzen. Man darf auch da nicht zusehen nach dem Motto: Bei denen ist es ja egal, mit Prostitution und so was haben wir nichts zu tun. Da machen wir uns die Finger nicht schmuddelig. Nein, Bürgerrechte müssen auch für sie eingeklagt werden. Weiter: diese ganze Diskussion um Bestrafung von Leuten, die andere infizieren, muß man stark problematisieren. Die Bestrafungs-Vorstellung ist ja auch in progressiven Kreisen beliebt. Man enttabuisiert die Bestrafungs-Diskussion.

Wie z.B. Kuno Kruse in der „taz" nach dem ersten Strafbefehl gegen einen AIDS-Infizierten in Bayern.

Das ist nun wirklich reaktionär, wenn man sich mal erinnert, was wir in den 70ern über Strafrecht, Strafvollzug, Strafrechtsreform etc. diskutiert haben. Inzwischen ist die General-Prävention im Strafrecht wieder groß in Mode. Nun führt man sie, sogar mit linken Stimmen, auch bei AIDS ein. Dabei wissen wir alle, was für ein Quatsch das ist, weil damit eine Infektion selbstverständlich nicht verhindert werden kann, selbst eine absichtsvolle Infektion nicht.

Natürlich wird es solche absichtsvollen Infektionen geben. Aber je schärfer das Klima wird, je schärfer die Ausgrenzungsmaßnahmen werden, um so wahrscheinlicher werden solche Fälle notwendigerweise. Auch das ist eine alte Erkenntnis. Darüber hat Freud schon geschrieben. Er sagte, wenn jemand die Syphilis hat, hat er den unbewußten Wunsch jemanden anzustecken, damit er mit seinem Problem nicht alleine steht. Auf der anderen Seite darf man solche Fälle nicht hochstilisieren, was ja grad von linker Seite in so einer masochistisch-selbstkritischen Haltung der Art getan wird: Kann man das ausschließen? — Nein! Natürlich kann man das nicht ausschließen. Aber das heißt doch nicht, daß jeder Infizierte ein potentieller Straftäter ist, der nur darauf brennt, andere zu infizieren.

Hinter solchen Vorstellungen steht nur die Angst vor Infektion und der Wunsch nach Ausgrenzung. Im Grunde wird immer so getan, als ob die Infizierten wie die Horden durchs Land reisen, um Gesunde sozusagen zu vergewaltigen und anzustecken. Das geschieht ja real nicht. Die haben ganz andere Probleme. Man kann ja drauf bestehen, daß man es nur mit Kondom macht. Man ist als Infizierter in der Regel nicht einfach nur Opfer.

Und selbstverständlich muß man die ganze Diskussion um Sexualität wachhalten. „Sexuelle Befreiung", das ist ja inzwischen fast ein Tabu-Wort geworden. Wenn man heute von sexueller Freiheit redet, gilt man schon fast als potentieller Mörder. So was kann nicht hingenommen werden.
ja inzwischen fast ein Tabu-Wort geworden. Wenn man heute von sexueller Freiheit redet, gilt man schon fast als potentieller Mörder. So was kann nicht hingenommen werden.

Schließlich darf man nicht vergessen, daß an der Krankheit Menschen sterben. Es gibt viele Leute im Land, die nicht nur einen, die mehrere Menschen verloren haben. Die werden völlig alleingelassen. Eines der sehr auffallenden Phänomene der hiesigen AIDS-Debatte ist, daß die Trauer fast vollständig fehlt. Man spürt sie bei Individuen, aber in Veranstaltungen, Diskussionen, in der Öffentlichkeit merkt man von Trauer fast nichts. Der Tod wird bei AIDS in einer sehr merkwürdigen Weise verdrängt, obwohl er ständig stattfindet, obwohl er die eigentliche Bedrohung ist. Und es fehlt nahezu ganz so etwas wie Trauerarbeit über das, was mit AIDS verlorengegegangen ist, nämlich ein Stück von Unbefangenheit.

Wenn man Prävention jetzt einfach als neue Form von Sexualität verkauft, diese „safer sex"-Angebote, die neuen Forderungen nach „neuer Zärtlichkeit" usw., ist das ja auch so ein Versuch, vergessen zu machen, was vorher da war. Darum aber kann es ja nun weiß Gott nicht gehen, daß wir vergessen, welche Absichten und Intentionen mal da waren.

Wenn man über den Sinn von sexueller Befreiung nicht mehr redet, was das überhaupt sollte und was das heißt, wenn man die Frage auf diese Weise entpolitisiert, dann hilft das gerade den Konservativen und Rechten sehr gut. Da kann man Süßmuth und Gauweiler kritisieren und doch im Grund dasselbe tun. Das muß man auch durchbrechen.

Wir danken für das Gespräch.

Anmerkungen

1) siehe "Rolf Rosenbrock: „AIDS kann schneller besiegt werden", Hamburg, VSA, 1986.
2) siehe AK 280

Zweierlei AIDS?

Merkwürdiges geschieht: Während Krankenhäuser heimliche AIDS-Tests durchführen, während AIDS-infizierte Ausländer ausgewiesen werden, Prostituierte des Straßenstrichs mit „Berufsverbot" belegt werden sollen. Während Kanzler Kohl qua Regierungserklärung zum Überdenken sittlicher Normen, andere CDU-Politiker qua Amt zu ehelicher Treue als Mittel gegen AIDS aufrufen. Während Jugendliche ans Kondom gedrängt werden, noch bevor sie wissen, an welchem Körperteil es angebracht werden soll. Während es zwischen AIDS-„Verdächtigen" und „Infektions-Gefährdeten" zu tödlichen Schießereien kommt. Kurz, noch während über Otto Normalverbraucher und Lieschen Müller weiter aus vollen Kübeln AIDS-Hysterie ausgeschüttet wird, wird neuerdings zugleich signalisiert: Wer Geld hat, braucht sich vor AIDS nicht zu fürchten.

Ausgerechnet der „Spiegel", der seinen Hochrechnungs-Fetischismus in den letzten Monaten bis zu Millionen potentieller Opfer steigerte, verbreitete in einem Werbeartikel für Hamburger Nobel-Puffs jetzt die neue Erkenntnis: *„Ein gewisser Optimismus wird durch die Erfahrungen der Hamburger Gesundheitsbehörde gedeckt, wenn man es streng statistisch sieht. Die Infizierten werden sozialamtlich nicht nach ihrem Paarungsverhalten sortiert. Aber soviel darf als gesichert gelten: Nicht drogenabhängige Heteros sind bis auf weiteres nur marginal betroffen. Und*
ten werden sozialamtlich nicht nach ihrem Paarungsverhalten sortiert. Aber soviel darf als gesichert gelten: Nicht drogenabhängige Heteros sind bis auf weiteres nur marginal betroffen. Und
der Proporz verschiebt sich jährlich kaum merklich zu ihren Ungunsten. So steht es auch im Jahresbericht der Weltgesundheitsbehörde.

Die Hamburger Aids-Grobstatistik sieht so aus: Rund 80 Prozent der Infizierten sind Fixer und Homosexuelle. Weitere zehn Prozent haben sich bei Bluttransfusionen infiziert. Acht Prozent sind Intimpartner der drei Hauptrisikogruppen. Bei den restlichen zwei Prozent, sagt Arnold Backhaus von der Gesundheitsbehörde, ‚muß man damit rechnen, daß sie ihre Zugehörigkeit zu einer der Hauptrisikogruppen erfolgreich vertuscht haben.'''

Die Gefahr für den Mann, sich beim *„konventionellen Begegnungsverkehr mit einer unbekannten Prostituierten"* anzustecken, sei derzeit so groß wie die Gefahr, auf einer Taxifahrt dorthin tödlich zu verunglücken. Backhaus halte vorbeugende Angst in begrenztem Rahmen durchaus für wünschenswert. Doch die hypochondrische Massenpsychose drohe den Gesundheitsbetrieb langsam lahmzulegen. Frauen seien *„beim heterosexuellen Verkehr durch Körperbauweise und biologische Funktion zwar stärker gefährdet als Männer. Doch nicht mal Prostituierte gelten grundsätzlich als Risikogruppe — solange sie nicht fixen."* Aids auf dem Kiez sei, *„wenn überhaupt, weniger ein Dirnen- als ein Freierproblem"*. Die Medizinalbürokratie, *„fühle sich von der Seuchenstatistik zu verantwortungsbewußter Gelassenheit legitimiert"*. Das Risiko sei *„nach sog. Slow-, Medium- und Fast-Track-Infektionen gestaffelt. Am schnellsten gehts per Transfusion, am zweitschnellsten per Injektion. Bis Anfang März hatten sich 1223 Prostituierte amtlich auf Aids untersuchen lassen. Elf der Untersuchten waren HIV-positiv, zehn davon drogenabhängig. Nur eine einzige hatte sich im Bett angesteckt - beim Geschlechtsverkehr mit einem Fixer."* — Wirklich interessant, was uns da plötzlich erzählt wird, nur weil die feineren Bordellbetriebe gefährdet und die Bürokratie überlastet ist! Es braucht offenbar nur einen Tip, und schon wird aus schwärzestem Schwarz ein *„wenn überhaupt"*. Nun sind es also angeblich doch wieder nur die „Risikogruppen". Von „Pest, die jeden trifft", ist nicht mehr die Rede. Es darf offen bleiben, wer den Tip für diese neue Wahrheit gab, Gesundheits-Bürokratie, Kiez-Mafia oder beide zusammen. Klar wird: auch AIDS-Statistik ist offenbar geduldig.

Eine bemerkenswerte Wendung nimmt z. Zt. auch die Berichterstattung über Heilerfolge an AIDS-Kranken. Nach der noch sehr runtergespielten Meldung einer angeblich erfolgreichen medikamentösen Behandlung von AIDS-Kranken in Schweden vor ein paar Wochen (siehe AK 280), nach weiteren Meldungen über Versuche mit sog. monoklonalen AIDS-Antikörpern in den Labors der französischen HTLV-Entdecker-Gruppe um Dr. Montaignier, sowie einer Gruppe um Prof. Baehr am Ost-Berliner Charité, die mensch noch mühsam unter den aufgeblasenen Statistiken und Horror-Berichten hervorkratzen mußte, werden neuerdings Heilerfolge als Sensations-Meldungen abgesetzt.

Durch alle Medien ging Ende März die Nachricht über den Heilerfolg an 14 AIDS-Kranken am Institut für Blutgerinnungswesen und Transfusionsmedizin der Universität Düsseldorf. Bei
Durch alle Medien ging Ende März die Nachricht über den Heilerfolg an 14 AIDS-Kranken am Institut für Blutgerinnungswesen und Transfusionsmedizin der Universität Düsseldorf. Bei
14 AIDS-Patienten hatten sich im Laufe einer zweijährigen Testreihe bereits ausgebrochene Krankheits-Symptome zurückgebildet. Man könne nach 2 Jahren sicher noch nicht von einer Ausheilung der Krankheit sprechen, aber die Patienten seien wieder arbeitsfähig, hatte Dr. Brüster im „Deutschen Ärzteblatt" geschrieben. *„Bei kritischer Interpretation der Ergebnisse dürfte aber zum jetzigen Zeitpunkt schon feststehen, daß der hier eingeschlagene Weg eine Umkehr des progredienten — AK) Krankheitsprozesses eingeleitet hat."*

Die „Bild" gar, die sich zur selben Zeit *nach wie vor* in hysterischer Panikmache in Sachen AIDS gefällt, erschien am 26. 3. mit einer Schlagzeile auf der ersten Seite: *„Aids-Sensation! Neue Spritze — Dirigent geheilt"*. Berichtet wird über die Entwicklung eines Heilmittels „AL 721" durch das Weizmann-Institut in Tel Aviv, das — als Saft eingenommen — die Cholesterol-Hülle des Virus auflöse und es so zerstöre. Nach einjähriger Behandlung sei der US-Dirigent Michael May als einer von 14 behandelten Test-Personen geheilt. Aids-Kranke pilgerten jetzt zu Hunderten nach Tel-Aviv.

20 DM pro Tag kostet das Mittel laut Bild. Einschließlich Reise und Aufenthalt in Israel ist das ein teures Unternehmen. So lautet die Botschaft denn: Wer Geld und Beziehungen hat, darf sich beruhigt fühlen, wer kein Geld hat, wird sich einschränken müssen. Klassenwirklichkeit à la AIDS!

Im übrigen darf mensch das plötzliche Bekanntmachen von Heilerfolgen, die seit langem absehbar gewesen sein müssen, ebenso wie die schamlose 180-Grad-Wendung des „Spiegel" als Musterbeispiel von bundesrepublikanischer Pressefreiheit verstehen.

F.

„Paßt auf, laßt Euch nichts verbieten!"

Gespräch in einer Hamburger AIDS-Beratungsstelle

Arbeiterkampf: War die aktuelle Kampagne der Bundesregierung für eure Arbeit hilfreich? In der Pressekonferenz zu eurer Eröffnung Anfang Februar sollt ihr geäußert haben, daß euch gar „nicht sehr wohl" dabei sei. (taz, 12.2.)

Klaus: Wir haben nichts gegen Aufklärungskamgagnen, finden sie im Gegenteil gut. Sinnvoller allerdings wäre es, wenn man diejenigen, die seit Jahren ehrenamtlich oder seit kurzem auch bezahlt im AIDS-Bereich arbeiten, an der konzeptionellen Entwicklung solcher Kampagnen beteiligen würde. Kampagnen dagegen, die in Bonn oder

Die „AIDS-Arbeitsstelle Hamburg" ist seit Februar 87 offiziell als behördlich unterstützte Stadtteil-Beratungs-Stelle in Hamburg Altona tätig. Sie entstand aus der „Projektgruppe AIDS Koordination im Gesundheitsladen Hamburg e.V". Im Rahmen des „Koordinations-Gremiums des Hamburger Arbeitskreises AIDS" kooperiert sie mit anderen Hamburger AIDS-Beratungsstellen, sowie der Gesundheitsbehörde. Über einen Trägerverein „Sozialwissenschaften und Gesundheit e.V." ist sie mit KISS, der Hamburger „Kontakt- und Informationsstelle für Selbsthilfegruppen" verbunden.

Aufgaben, die sich die Arbeitstelle gesetzt hat, sind: erstens telefonische und persönliche Beratung (auch stadtteil-übergreifend), zweitens Informations-Veranstaltungen in Schulen (Schüler, Lehrer, Eltern), Betrieben, Institutionen, Sozialstationen, Jugendhäusern oder auch im Gefängnis, drittens Entwicklung von Informationsmaterial für den gesamten Hamburger Raum, viertens Aufbau eines Archivs, schließlich auch eigene Forschung, insbesondere im psychosozialen Bereich, der bei AIDS eine Rolle spielt. Besonderes Gewicht legt die AIDS-Arbeitsstelle auf die Zusammenarbeit mit Selbsthilfegruppen im Stadtteil sowie im Drogen-, Prostituierten-, Stricher und Knast-

sozialen Bereich, der bei AIDS eine Rolle spielt. Besonderes Gewicht legt die AIDS-Arbeitsstelle auf die Zusammenarbeit mit Selbsthilfegruppen im Stadtteil sowie im Drogen-, Prostituierten-, Stricher und Knast-
Bereich.

Die finanzielle Unterstützung von Seiten der Gesundheits-Behörde ist eher mager: Die Arbeit muß von sechs bezahlten Kräften geleistet werden, zwei davon sind ABM-Kräfte. Die 14.000 DM Sachmittel pro Jahr reichen nicht einmal für die Miete, geschweige denn für Bürobedarf oder gar Herstellung der Info-Materialien und Broschüren. „Wenn wir nicht schnell Geld bekommen, können wir unsere Projekte nicht mehr bezahlen. Die vohandenen Mittel sind erschöpft".

Trotzem betrachten die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen der AIDS-Arbeitsstelle die Hamburger Situation besonders bzgl. der Kooperation zwischen freien Trägern bzw. Initiativen zum einen und Behörden zum andern als Modell, das auch für andere Städte angestrebt werden sollte.

Unsere Gesprächspartner waren Waltraud Zimmermann, Diplom-Psychologin mit Schwerpunkt Sozialpsychologie, verantwortlich für Forschung und Beratung, sowie Klaus Maaß, Pressereferent, auch Gründer der ersten AIDS-Zeitung „Vor-Sicht" in West-Berlin.

auch hier in Hamburg durch die Gesundheitspolitiker vom Schreibtisch aus entwickelt werden, gehen leicht — das zeigt auch die jetzige Erfahrung — an den konkreten Problemstellungen vorbei.

Wenn wir die Kampagne der BZGA, der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, erst dadurch bemerken, daß wir die Strichmännchen in der Zeitung sehen, zeugt das nicht von Zusammenarbeit. Wenn wir die Kampagne dann inhaltlich anschauen und als Quintessenz dabei herauskommt, was auch fett unter den Anzeigen steht: Lassen Sie sich erst beraten und dann testen, dann fragen wir uns, wo sollen sich die Leute beraten lassen? Das steht nicht daneben! Es wäre aber für die BZGA kein Problem gewesen, in den verschiedenen Regionen nachzufragen: Wollt Ihr euch daran beteiligen? Wir hätten einen Fuß dazu mieten können mit der Information: Hier und hier könnt ihr euch beraten lassen.

Und was den Test betrifft: Da wehren wir uns entschieden, denn seit wir hier arbeiten, warnen wir immer wieder, den Test allgemein anzupreisen. Die Kampagne enthält nichts darüber, was für Probleme mit dem Test verbunden sind. Wir erleben hier in der konkreten Beratungssituation immer wieder, daß Leute mit den Ergebnissen nicht klarkommen, daß sie zumeist über den Test nichts wissen, sondern von uns eine Entscheidung haben wollen, soll ich mich testen lassen, soll ich mich nicht testen lassen? Diese Entscheidung müssen wir ihnen zurückgeben, weil wir nicht sagen können: Du mußt oder du darfst nicht. Wir können nur sagen: Der Test hat eine unsichere Aussagekraft. Wenn er immer noch gewünscht wird, dann gibt es die Möglichkeit, ihn kostenlos und anonym zu machen. Zum einen müssen wir in der derzeitigen Situation auf Datenschutz, besser Anonymität, bestehen, zum andern lehnen wir die Geschäftemacherei mit der Angst vor AIDS entschieden ab.

Angst macht krank

Die BILD, aber auch amtliche Förderer der Kampagne, haben formuliert, Angst könne Leben erhalten. Ich lese bei euch: „Nicht nur AIDS, auch die Angst vor dieser Krankheit sind eine Bedrohung für Gesundheit und Leben". Macht die Kampagne, so wie sie abläuft, nicht große Probleme für euch?

Waltraud: Ja, sie macht uns sehr große Probleme, weil uns jetzt Leute am Telefon hauptsächlich ihre Ängste schildern, die sie krank machen.
Es ist weniger, daß Leute das Virus haben. Die Mehrzahl der Leute, die anrufen, sind ganz einfach vor Angst krank. Es gibt Leute, die laufen dreimal zum Test. Das Ergebnis ist dreimal negativ. Sie haben immer noch Angst. Viele entwickeln Symptome, die sie an AIDS erinnern. Wir haben die meiste Arbeit mit diesen Leuten, die Angst haben, die nicht krank sind, die sich krank machen lassen.

Versteh ich recht? Ihr seid mit der Arbeit, diese Ängste abzubauen, so überlastet daß ihr zu eurer gezielten Arbeit gar nicht kommt?

Waltraud: Ja, das ist so.

Versteh ich recht? Ihr seid mit der Arbeit, diese Ängste abzubauen, so überlastet daß ihr zu eurer gezielten Arbeit gar nicht kommt?

Waltraud: Ja, das ist so.

Ihr habt auch formuliert, daß Leute, denen auf diese Art Angst gemacht wird, alleingelassen würden.

Waltraud: Sie sind allein. Wer soll ihnen helfen?

Klaus: Es ist unverantwortlich. in 60 Millionen Auflage zum Test aufzurufen, ohne zu sagen, welche Probleme damit verbunden sind. Das kann nur jemand, der nicht in der täglichen Beratungssituation steht.

Die Kampagne ist alsofür die konkrete Arbeit eher schädlich?

Waltraud: Schädlich würde ich nicht sagen. Es ist nur so: Die Leute, die hier anrufen, verlangen eine Sicherheit von uns und die können wir ihnen nicht geben. Wir müssen ihnen die ganze Verunsicherung zurückgeben.

Klaus: AIDS bietet auch die Möglichkeit, noch einmal über die Medizin insgesamt nachzudenken. Damit es keine Mißverständnisse gibt: Das, was zu Beginn in Schwulenkreisen gesagt worden ist, nämlich AIDS bedeute eine Chance für die individuelle Lebensgestaltung, habe ich nie so gesehen. Ich fände es schlimm, wenn erst eine Krankheit da sein müßte, um jetzt mit dem Leben zu beginnen. Generell — im Einzelfall ist das etwas anderes. Ich finde aber, AIDS bietet eine Chance, bestimmte gesellschaftliche Dinge neu zu diskutieren, sei es im Drogenbereich, sei es die Koalition der Kranken, also die Solidarität der Kranken, die unter den Patienten zu einer politischen Kraft werden kann. Im Krebsbereich gibt es viele Parallelen, wo auch Millionen in die Forschung gesteckt werden, aber der Einzelne alleine dasteht. Die Prbleme, mit denen wir zu tun haben, kennen wir auch von anderen Krankheiten. Dazu kommen Tabuthemen wie Sexualität und Tod, die wir diskutieren müssen, auch wie die Gesellschaft damit umgeht. Bei all dem bietet AIDS wirklich eine Chance neu mit diesen Problemen umzugehen. Die halten wir für sehr wichtig, nur, wir kommen nicht dazu, an diesen relevanten Punkten zu diskutieren, aufzuklären und zu informieren, wenn wir ständig damit beschäftigt sind, mit Ratsuchenden über ihre Verunsicherung zu reden.

Von eurem Interesse her wäre demnach eine gezielte und die Menschen gleichzeitig beruhigende Aufklärung wünschenswert. Das ist doch eigentlich ein Gegenentwurf zu der laufenden Kampagne?

Klaus: Wir wünschen uns von der Bundesregierung ähnliche Verhältnisse wie sie in Holland sind. Dort gibt es den Traumzustand, daß es ein Koordinationsgremium AIDS gibt, das zusammen mit der Presse darüber redet, was veröffentlicht werden kann und was nicht, um hysterischen Sensationsmeldungen entgegenzuwirken. Wir wünschen uns von der Bundesregierung — auch hier in Hamburg von den zuständigen Politikern, daß sie dafür sorgen, daß wir mehr Einfluß nehmen können auf die Berichterstattung. Wir wollen keine Zensur, aber wir wollen stärker mit den Journalisten zusammenarbeiten.



Ihr sagt das hier ja nicht zum erstenmal. Der Bundesregierung wie auch der Hamburger Gesundheitsbehörde

Ihr sagt das hier ja nicht zum erstenmal. Der Bundesregierung wie auch der Hamburger Gesundheitsbehörde sind die Wünsche der AIDS-Beratungsstellen auf örtlicher wie auf Bundesebene bekannt. Warum wird die Kampagne trotzdem so durchgeführt?

Klaus: Es sind eben Politiker dafür verantwortlich, die alle vier Jahre Ergebnisse vorweisen müssen und seien es Testergebnisse..

Meint ihr, diese Erklärung reicht?

Klaus: Das ist ein wichtiger Grund, um zu verstehen, warum Frau Süßmuth, Herr Fink in Westberlin oder auch Frau Maring hier, die ich alle noch als relativ liberal bezeichnen würde, so vehement für den Test eintreten. Es ist die einzige Möglichkeit, ihren Wählern klarzumachen, das sie etwas tun. Sie müssen sich ja nach mehreren Seiten verteidigen: Auf der einen Seite weht ein ziemlich scharfer Wind aus Bayern. Dem müssen sie etwas entgegenhalten. Auf der andern Seite ist da die Bevölkerung, die fordert. Und dann gibt es die AIDS-Beratungsstellen, die sagen, wir sind in der konkreten Arbeit. Fragt uns doch bitte mal, was zu tun wäre.

Wieso machst du so eine scharfe Unterscheidung zwischen dem, was in Bayern passiert und der Kampagne der Frau Süßmuth? Schließlich ist man sich in Sachen Bundes-Seuchengesetz ziemlich einig. Die generelle Stoßrichtung der einen wie der andern zielt außerdem auf repressive Normierung des Sexualverhaltens.

Klaus: Ich kann nur vom Ist-Zustand ausgehen. Der Ist-Zustand ist, daß Bayern ein AIDS-Gesetz gemacht hat und ultimativ von Frau Süßmuth fordert, wenn nicht innerhalb der nächsten 6 Monate etwas in Richtung Meldepflicht passiert, dann machen sie es alleine. Frau Süßmuth weigert sich noch. Ich betone: noch! Dieser Ist-Zustand, daß man „noch" dagegen ist, gilt aber z. Z., und zwar bundesweit mit der einen bekannten Ausnahme.

Was die repressive Sexualmoral, das Zurückgehen in die 50er Jahre betrifft: Meine Einstellung, „es ist völlig egal, ob ein Sexualpartner oder 1.000, Hauptsache du hast 1.000 Kondome dabei", würden sie nie teilen.

Waltraud: Unter der Politik von Frau Süßmuth können wir zwar nicht zufriedenstellend, aber doch noch arbeiten. Unter einer Gauweiler-Politik könnten wir ganz zumachen. Wir kämen an die Leute gar nicht mehr heran. Das ist der Unterschied.

Klaus: Ich glaube auch, wir wollten dann nicht mehr an die Leute rankommen, wenn die Gefahr besteht, daß unten vor der Tür Zivilstreifen stehen.

In den letzten Ausgaben des „Spiegel" wurde einiges, ziemlich Finsteres, über eine angeblich schon stattfindende moralische Wende in der Bevölkerung der USA, aber auch der BRD zusammengetragen. Entspricht das auch euren praktischen Erfahrungen?

Klaus: Ich treffe, wenn ich auf Fortbildungsveranstaltungen mit Jugendlichen bin, immer stärker auf die Tendenz, sich einzuschränken. Aus der Verunsicherung durch die Medienkampagne der letzten Zeit sagen sich Jugendliche, ich will nur noch den einen Freund oder die eine Freundin haben. Ich will treu sein, nicht mehr ausprobieren. Wir merken in den Gesprächen, daß die Jugendlichen erleichtert sind, wenn wir ihnen sagen: probiere weiter rum. Du brauchst dich nicht auf einen Partner, eine Partnerin zu beschränken, wenn du nicht willst. Schütze dich nur dabei, indem du dich genau über die möglichen Infektionsrisiken informierst.

Was wäre der allgemeinen Präventionskampagne der Bundesregierung als Alternative entgegenzusetzen?

Klaus: Zum einen müssen Gelder, die bewilligt worden sind, effektiver eingesetzt werden. Es ist ja schon mal ein Gewinn, daß der Etat des Bundesgesundheitsministeriums zur AIDS-Bekämpfung jetzt auf 135 Mio aufgestockt werden soll. Es kann aber nicht dabei bleiben, daß 135 Mio oder zumindest ein großer Teil davon an die Litfaßsäulen geklebt oder in Zeitungsanzeigen gesteckt wird.

Notwendig wäre...

Welche Forderungen wären konkret zu stellen?

Klaus: Wir brauchen erstens mehr Sachmittel. Das ist völlig klar. Wir können sonst nicht mehr weiterarbeiten. Weiterhin müssen wir an der Konzeptentwicklung beteiligt werden, auch an Kozepten für die Öffentlichkeitsarbeit sowie für Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen für Multiplikatoren. Den Politikern muß klargemacht werden, daß allgemeine Testempfehlungen und die Aufforderung zur Monogamie für viele Menschen keine Lösung sind, dennoch aber Wege

Fortsetzung nächste Seite

Doch aus dem Waffenlabor?

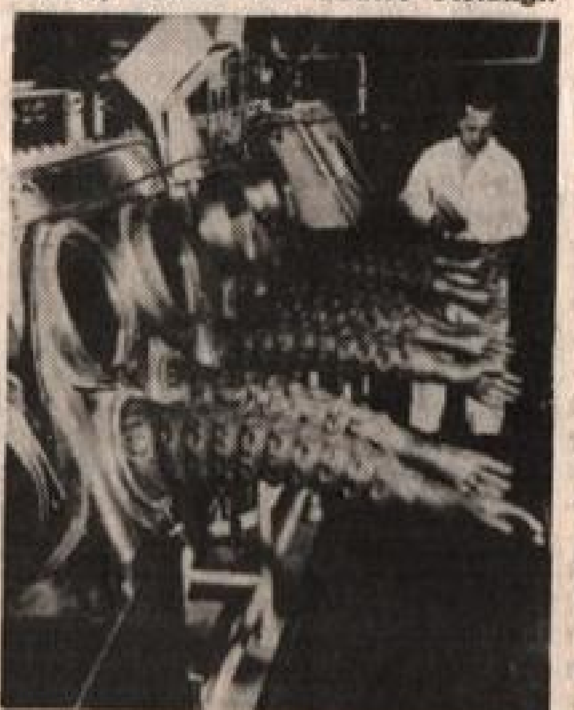
Prof. Segal ist gar nicht 86 sondern erst 76 Jahre alt. Dies und andere Aussagen

1969 den Auftrag erteilt, ein neues Virus, gegen das der menschliche Orga-

Doch aus dem Waffenlabor?

Prof. Segal ist gar nicht 86 sondern erst 76 Jahre alt. Dies und andere Aussagen über seine These, daß Aids doch aus einem US-Waffenlabor stamme, erfährt man aus seiner zweiten Stellungnahme in der taz, vom 26.3.87. (Wir berichteten im letzten AK über seine These und die Auseinandersetzung in der taz.)

Es gebe aus den letzten sechs Monaten Arbeiten aus renommierten Laboratorien, sagt Segal, die die These der Verwandschaft des Aids-Virus mit dem Visna-Virus *„in jeder Hinsicht bestätigen."* Segal hatte behauptet, daß der Aids-Virus in einem Waffenlabor und aus einer Kombination zweier Viren entstanden sei (eine Kombination aus HTLV 1 und Visna-Virus). Von allen bekannten Retroviren weise der Visna-Virus mit dem Aids-Virus die größte Verwandtschaft auf, hätten inzwischen Gallo, Gonda und andere bestätigt.


Bio-Waffen in Fort Detrick

Außerdem habe der Virologe Coffin festgestellt, daß der Teil des Aids-Virus, der eine Anlagerung an menschliche T-4-Zellen möglich mache, mit dem HTLV 1-Virus übereinstimme (der HTLV-1-Virus ist das zweite Stück der Kombination des Aids-Virus nach Segal). Der HTLV 1-Virus sei von Gallo zwar offiziell erst 1980 entdeckt worden (es gilt in der Wissenschaft das Datum der Veröffentlichung), aber bereits 1975 und 76 — ohne den Namen zu verwenden — beschrieben worden. Der Virus stand also 1977 bereits zur Verfügung (wo spätestens die Entstehung von Aids angesiedelt werden muß).

Zudem sei es nicht richtig, daß man zu dieser Zeit noch nicht die Möglichkeit zu solchen Genmanipulationen besessen habe, bereits 1971 sei die sog. Heteroduplex-Technik veröffentlicht worden. Das Pentagon habe schon 1969 den Auftrag erteilt, ein neues Virus, gegen das der menschliche Organismus keinen Abwehrapparat entwickeln könne, mit diesem Mitteln der Gentechnologie zu produzieren. Der Aidsvirus sei dann ein mißglücktes Lehrlingsstück geworden.

„Wir waren die ersten, die behaupteten, es handele sich beim AIDS-Virus um einen Visna-Virus mit einigen genetischen Abänderungen. Dieser Standpunkt wird heute von sämtlichen guten Fachleuten geteilt. Wir waren die ersten, die behauptet haben, die Geschichte mit dem grünen Affen sei ein biologischer Unfug. Dieser grüne Affe ist endgültig begraben, seitdem im Dezember vorigen Jahres selbst der amerikanische Virologe Essex persönlich zugeben mußte, daß die Mutation von einem Virus zum anderen absolut unmöglich sei." (Essex ist der „Erfinder" der Afrika-These beim Aids-Ursprung). Daß Aids nicht aus Afrika komme, sei beim Pariser Aids-Kongreß im Juni 1986 in siebzehn voneinander unabhängigen Beiträgen festgestellt worden. Der Leiter der Aids-Abteilung der Weltgesundheitsorganisation, Prof. Jonathan Mann, habe festgestellt, *„daß es keine seriösen Forschungsergebnisse gebe, wobei diese Krankheit ihren Ursprung in Afrika habe."* Allerdings zitiert Segal an anderer Stelle den neusten Gallo-Text vom Januar 1987, wo er unter anderem die Afrika-These nach wie vor verbreitet (...)

Taz-üblich kommt dann am 2.4.1987 die totale Kontraposition durch den Wiener Physiker und Universitätsdozenten Dr. Rudolf Burger zu Wort, der Segals Geschichte wiederum zu einer „Räuberpistole" erklären darf. Der richtige Hinweis, Segal liefere keinen Beweis, sondern nur Indizien, folgt noch der vernünftige Vorschlag, daß man den Aids-Virus erneut oder zum zweiten Male produzieren können müßte, wenn Segals Behauptung stimmen würde. Das Dumme dabei ist bloß, daß hier dann die Genforscher mitspielen müßten. Aber der Professor Burger ist ein aufgeklärter Mensch: Daß man nun von der „aufgeklärten Theologie" das Aids zum Aufstand der Natur gegen das sittenlose Treiben der Menschen hochstilisiere, findet er auch nicht besser als die mittelalterliche „Geißel Gottes", wenn er aber von der These hört, daß B-Waffen-Forscher zehn Jahre lang ein schmutziges Produkt vertuschen könnten, dann zieht er sich doch auf den Glauben zurück und beschwört den Aufklärungsdrang und die Wahrheitsliebe moderner Forschung.

HH

Koppeln oder abkoppeln?

Die europäische Nuklearrüstung nach Reykjavik

Der Gipfel von Reykjavik hat nicht nur kein Abrüstungsabkommen bezüglich strategischer Nuklearwaffen und Nuklearwaffen mittlerer Reichweite gebracht. Schlimmer noch: Bereits jetzt zeichnet sich ab, daß am Ende der derzeitigen Abrüstungsdiskussion mehr Nuklearwaffen disloziert sein werden, als dies zuvor der Fall war. Auf die kontraproduktive und abrüstungsfeindliche Rolle, die die BRD in Sachen Reykjavik spielte, haben wir bereits im AK 275 verwiesen. Selbst der provokative amerikanische Vorschlag einer 100 zu 100-Zwischenlösung (d.h. in Europa 100 SS-20-Sprengköpfe gegen 100 Pershing-II- und Cruise Missile-Sprengköpfe sowie jeweils 100 „Reserve"sprengköpfe in den USA bzw. Asien), der die französischen und britischen eurostrategischen Systeme, die dem NATO-Oberbefehl in Europa unterstellten U-Boot-Raketen wie die „Forward Based"-Systeme aussparte und zudem jene SS-20-Raketen, die sich gegen die Bedrohung der UdSSR aus dem asiatischen und pazifischen Raum richten gegen Pershing-II und Cruise Missiles aufrechnen wollte, ging der BRD schon zu weit.

Zur Beruhigung westeuropäischer Abkoppelungsängste haben sich die NATO-Staaten derweil darauf verständigt, abgerüstete landgestützte Mittelstreckenraketen durch die Ausstattung von 150 in Großbritannien stationierte F-111-Flugzeuge mit jeweils bis zu 10 ALCMs (Air Launched Cruise Missiles = luftgestützte Marschflugkörper) zu kompensieren.

Da die ALCMs über eine Reichweite von ca. 2.500 km verfügen, müßten die Bomber nicht in den gegnerischen Luftraum eindringen, wo sie der östlichen Luftabwehr ausgesetzt wären, um ihre Raketen auf Ziele in den drei westlichen Militärbezirken der UdSSR abzufeuern. Probleme der eurostrategischen Nuklearbomber mit der Luftabwehr des Warschauer Paktes mußten seinerzeit zur Begründung der landgestützten Mittelstreckenoption herhalten.

Gesetzt den Fall, es käme zur Abrüstung bei den landgestützten SS-20/Pershing-II/Cruise-Missile-Systemen, würde dies bedeuten, daß auf westlicher Seite mehr eurostrategische Sprengköpfe existieren würden (maximal 578 würden abgerüstet, maximal 1.500 würden dafür neu eingeführt) als zuvor. Man darf jedoch jetzt schon sein Guthaben darauf verwetten, daß nicht *ein* landgestütztes System abgeräumt wird, hingegen die Einführung von ALCMs nichtsdestotrotz erfolgt.

Die Diskussion um die Dislozierung von Bomber-gestützten Marschflugkörpern verweist auf ein immer wiederkehrendes Muster in den westlichen „Abrüstungsvorschlägen": Dieses Muster durchzieht auch die amerikanischen Vorstellungen bezüglich einer Abrüstung bei den strategischen Nuklearwaffen. Ausgespart bleiben Marschflugkörper und Bomber, also solche Sektoren der Nuklearrüstung, in denen die NATO der UdSSR qualitativ (technologisch) wie quantitativ haushoch überlegen ist. Thematisiert werden ausschließlich sogenannte ballistische Systeme (landgestützte Interkontinentalraketen und U-Boot-gestützte strategische Waffen), wobei hier das Schwergewicht auf die landgestützten Systeme gelegt wird. So sehen die amerikanischen Vorschläge für ICBMs (Intercontinental Ballistic Missiles) mit Mehrfachsprengköpfen eine gesonderte Zwischenobergrenze vor, obgleich seegestützte Systeme längst nicht minder zu zielgenauen „Counterforce"-Attacken (Angriffe gegen feindliche militärische Einrichtungen) taugen. Der Hintergrund: Die Kontinentalmacht UdSSR legt den Schwerpunkt ihrer nuklearstrategischen Rüstung auf landgestützte Systeme, die Seemacht USA auf seegestützte Systeme, die überdies den Vorteil bieten, gegenüber gegnerischen Entwaffnungsschlägen — aufgrund ihrer ständig wechselnden Positionen und schwierigeren Ortbarkeit — weniger anfällig zu sein (die strategischen Nuklearwaffen der USA sind zu 19% auf Land, zu 30% in Bombern und zu 51% in U-Booten stationiert und zu 7% in Bombern. Auffallend ist, daß fast ein Drittel der nuklearstrategischen Streitmacht der USA — die Langstreckenbomber — bei Rüstungskontroll- und Abrüstungsverhandlungen nicht thematisiert wird).

Im Bereich der strategischen Rüstung würde die Realisierung des Reaganschen Vorschlags der mittel- bis langfristigen Vernichtung aller ballistischen Raketen darauf hinauslaufen, daß die UdSSR — abgesehen von einigen Bombern mit beschränkter Einsatz- und Eindringfähigkeit — einseitig auf „Null" abrüsten müßte, während es den USA vorbehalten bliebe, mit tausenden von Marschflugkörpern und Bombern auch fortan sowjetisches Territorium zu bedrohen (dazu kämen dann noch die in Europa ausge-



Reagan und Gorbatschow in Reykjavik: No Future

sparten britischen und französischen Systeme, deren Berücksichtigung auch bei Verhandlungen über strategische Waffen nicht vorgesehen ist). Erst so wäre die Kombination von „Schild" und „Schwert" — im Sinne der Erlangung der Fähigkeit zum Erst- und Entwaffnungsschlag — denkbar ...

Neue „Nach"rüstung?

Die SPD unterstellte im Wahlkampf der Bundesregierung, sie plane eine neue „Nach"rüstung, dieses Mal bei den nuklearen Kurzstreckenraketen (gemeint sind die „Short Range Theater Nuclear Forces"/SRTNF, Systeme bis 100 km Reichweite, und die „Medium Range Theater Nuclear Forces"/MRTNF, Systeme mit Reichweiten von 100 bis 1.000 km; die dritte TNF-Kategorie sind die „Long Range Theater Nuclear Forces"/LRTNF, Systeme mit einer Reichweite von über 1.000 km, zu denen Mittelstreckenbomber, die für den europäischen Kriegsschauplatz vorgesehenen seegestützten ballistischen Raketen/SLBMs wie die landgestützten Mittelstreckenraketen SS-20, Pershing-II, Cruise Missiles zählen). Tatsächlich hatten diverse Unionspolitiker (u.a. Strauß) geäußert, daß im Falle einer „Null-Lösung" bei den landgestützten LRTNF-Waffen eine Aufrüstung bei den Systemen kurzer und kürzerer Reichweite unabdingbar würde. Begründung: Die sowjetischen SS-21, 22, 23-Raketen könnten all jene Ziele abdecken, die bislang der SS-20 vorbehalten seien. Das besondere Augenmerk gilt dem SS-22-System mit einer Reichweite von 900 bis 1.000 km. Von daher würde ein Abbau des SS-20-Arsenals an der Bedrohungssituation der BRD wenig ändern.

Im Zuge einer propagandistisch als Antwort auf die Stationierung von Pershing-II- und Cruise-Missile-Systemen ausgegebenen sowjetischen „Nach-Nach-Rüstung" werden seit einigen Jahren die älteren Waffentypen „Frog 7" (eine Rakete ohne Steuerung), „Scud-A/B" und „Scaleboard" durch die moderneren SS 21 ff.-Systeme ersetzt, die über eine größere Reichweite und Zielgenauigkeit verfügen. Nach Arkin/Fieldhouse verfügt der WVO bislang über 120 SS-21 (Reichweite 120 km, ersetzt „Frog 7" mit einer Reichweite von 120 km) mit maximal 480 Sprengköpfen, 100 SS-22 (Reichweite 900 bis 1.000 km, ersetzt „Scaleboard" mit einer Reichweite von 700 bis 900 km) mit 100 Sprengköpfen und 48 SS-23 (Reichweite 350 km, ersetzt „Scud-A/B mit einer Reichweite von 280 km) mit 48 Sprengköpfen (Arkin/Fieldhouse, „Nuclear Battlefields" — Der Atomwaffen-Report, Frankfurt a.M. 1986). Dazu führen Arkin/Fieldhouse noch 620 alte „Frog 7" und 570 „Scud-B"-Raketen mit maximal 3.620 Sprengköpfen auf.

Dieter S. Lutz und SIPRI haben derartige Zahlen stets angezweifelt und sprachen deshalb von lediglich 311 „Frog"-, 246 „Scud-A/B"- und 32 ausschließlich in der UdSSR dislozierten „Scaleboard"-Raketen. Dazu nennen sie noch ältere (1962) Marschflugkörper von Typ „Shaddock" (Reichweite 300 bis 800 km), von denen die UdSSR 100 auf Land stationiert halten soll (weitere 324 auf See, dort ausschließlich auf Seeziele gerichtet; siehe: Dieter S. Lutz, Weltkrieg wider Willen. Die Nuklearwaffen in und für Europa, Reinbek bei Hamburg 1981). Die ungleich höheren Zahlen bei Arkin/Fieldhouse (wie beim Londoner IISS und anderen NATO-freundlichen Quellen) kommen dadurch zustande, daß bestimmten sowjetischen Truppenkontingenten pauschal eine bestimmte Anzahl von Nuklearwaffen und entsprechenden Trägermitteln zugeordnet wird. Eine Berechnungsweise, die einer eingehenderen Prüfung nicht standhält und lediglich zu wüsten Vermutungen führt (siehe hierzu Lutz, a.a.O.).

Legt man die Berechnungsmethoden von SIPRI und Lutz zugrunde, so läßt sich im schlimmsten Falle von 957 „Frog"- / „Scud-A/B"- / „Scaleboard"- / „Shaddock"- / SS-21, 22, 23-Raketen sprechen. Geht man davon aus, wofür vieles spricht, daß tatsächlich ein Austausch von alten gegen neue Raketen im Verhältnis 1 : 1 stattfindet, so beträgt diese Zahl nur noch 705 (bei einem Zuwachs von 16 in der Kategorie „Scaleboard" / SS-22 und unter Berücksichtigung von 100 „Shaddock"-Raketen).

Bei der Darstellung des entsprechenden NATO-Arsenals lassen wir einmal die SRTNF-Kategorie unberücksichtigt (d.h. solche Systeme, die zur selben Kategorie wie die „Frog"-Raketen zählen). Dies auch deshalb, weil das NATO-SRTNF-Arsenal z.Zt. einem Prozeß der „Konventionalisierung" unterzogen wird (s.u.), der darauf ab-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

für den Infektionsschutz gefunden werden müssen und angemessen darüber aufgeklärt werden muß.

Welche gezielten Maßnahmen in den sog. Risikobereichen sind notwendig?

Klaus: Es gibt keine Riskogruppen. Es gibt nur Riskohandlungen, die jeder Mann und jede Frau eingehen kann. Es kann sich jeder auch schützen. Wir müssen jeden Tag über die Medien — auch wenn es langweilig wird — darauf hinweisen: Es gibt bestimmte Risiken. Und es gibt bestimmte, bekannte Möglichkeiten sich dagegen zu schützen, Kondome und Einwegspritzen.

Zur Entkriminalisierung der Junkies ist die wichtigste Forderung die Abschaffung des BTMG, des Bundes-Betäubungsmittel-Gesetzes. Nur, das sind Utopien. Wir müssen deswegen versuchen, Schritt für Schritt dem näher zu kommen: Es muß bundesweit endlich möglich werden, Einwegspritzen zu verteilen. Es gibt hier in Hamburg schon Stellen, die Spritzen abgeben. Wir können daraus erkennen, daß es einen Bedarf gibt und auch absehen, daß die damit verbundenen angeblichen Gefahren viel geringer sind als sie vorher in der Theorie diskutiert wurden.

Wir müssen die vor Jahren abgebrochene Diskussion über Substitutionsprogramme im Drogenbereich jetzt unter dem AIDS-Aspekt neu aufgreifen, sonst vergessen wir die Junkies, wie so oft. In diesen Kampagnen kreist immer alles nur darum, daß das Kondom verbreitet wird. Kondom ist aber nur eine Präventionsmöglichkeit. Im Drogenbereich gelten andere Prioritäten.

Über viele andere Bereiche haben wir noch gar nicht gesprochen. Im Knast müßten Kondome und Spritzen ausgegeben werden. Aber da gibt es reichlich Probleme. Man kann nicht einfach die Ausgabe von Kondomen oder Spritzen fordern, ohne die Strukturen im Knast zu berücksichtigen. Wenn ich dort ein Kondom anfordere, bin ich als Schwuler unten durch. Über Spritzen kann man nicht diskutieren, weil es im Knast offiziell keine Drogen gibt. Das sind alles Fragen, die weder



im Drogenbereich, noch im AIDS-Bereich zuende diskutiert sind.

Mindestens in der Vergangenheit war der Bluttransfer offenbar eine der Hauptverbreitungswege für AIDS-Infektionen. Da müßte doch auch diesbezüglich für Aufmerksamkeit und mehr Kontrolle geworben werden. Nichts dergl. geschieht.

Waltraud: Das ist nicht ganz so. Seit dem 1.10.85 werden bundesweit alle Blutspenden auf HIV-Anti-Körper untersucht. Es bleibt aber ein Restrisiko. Für Bluter, die z.B. mit dem Faktor-8-Präparat behandelt werden müssen, besteht inzwischen kaum noch ein Risiko, weil die Präparate erhitzt werden können. Dadurch wird das Virus zerstört. Es ist erwiesen, daß das Virus eine bestimmte Temperatur nicht übersteht und die Präparate können auf diese Temperaturen erhitzt werden.

Ein Restrisko gibt es noch bei Frischblut. Es gibt immer ein Restrisiko, nicht nur bei AIDS. Wir müssen hier aber die Verhältnismäßigkeit wahren. Das Restrisiko beim Autofahren oder beim Spazierengehen auf der Straße interessiert kaum jemanden ernstlich, weil wir einfach davon ausgehen, daß schon nichts passieren wird. Die Wahrscheinlichkeit, einen Unfall zu haben und dabei zu sterben, ist viel größer als die einer HIV-Infektion durch Blutspenden nach einem Unfall und sei es während oder infolge der Narkose. Hinzu kommt noch: Was bedeutet eine Infektion? Sterbe ich dann, oder kann ich dann noch Jahrzehnte leben? Das ist ja auch noch ungeklärt. Heute kennen wir Menschen, die seit dem Bekanntwerden des Virus symptomfrei leben, obwohl sie infiziert sind.

Mit dem Restrisiko, daß nicht alle Infizierten Antikörper bilden, bis zur fraglichen Blutspende gebildet haben, müssen wir leben. Für Frischblutspenden wird hier in Hamburg nur noch das Blut von Dauerspendern genommen, die seit Jahren Blut spenden und somit regelmäßigen Untersuchungen ausgesetzt sind. Spontanspenden, „weil ich mal mal eben ein paar Mark brauche", fallen aus der Frischblutspende raus. Dieses Blut wird nur zu Blutpräparaten verarbeitet und dort gibt es wegen der Erhitzung kein Risko mehr. Also, die Wahrscheinlichkeit, sich über eine Blutspende zu infizieren, ist minimal.

Chance nutzen?

Ihr seid also gegen die Kampagne, weil ihr erstens die Veränderung der Lebensweise und Sexualmoral nicht für das Hauptmittel zur Bekämpfung von AIDS haltet, weil ihr zweitens gegen Erfassung und Kriminalisierung AIDS-Infizierter und -Kranker seid, mehr noch: auf zusätzliche Entkriminalisierung setzt.

Waltraud: Wir sind nicht gegen die Kampagne. Wir hätten sie nur gern vorher diskutiert. Änderung der Lebensweise schon, aber nicht rückwärts, sondern vorwärts, d.h. offen über Partnerwechsel reden, sich das nicht verbieten lassen. Passende Gelegenheiten sollte man ruhig ergreifen.

Klaus: Ich bin auch nicht gegen eine Veränderung von Sexualverhalten. Ich meine, daß AIDS auch die Chance bietet, z. B. davon wegzukommen, als Mann einfach davon auszugehen, daß die Frau die Pille nimmt.

AIDS also doch als Chance für moralischen Wandel? — Ich bin gegen jede Funktionalisierung der Krankheit für irgendeine Art von neuer Moral, gleich von welcher Seite es definiert wird. Die Krankheit sollte als Krankheit eingedämmt werden und damit basta.

Klaus: Mir wäre es auch lieber, wenn das ohne AIDS diskutiert werden könnte. Nun ist AIDS aber da. Deshalb spreche ich in den verschiedenen Informationsveranstaltungen auch diesen Problembereich an. Schwerpunkt bleibt die Aufklärung. Wir müssen immer wieder sagen: Es gibt im Moment nur einen wirksamen Schutz: Bumsen nur noch mit Kondom, wenn ich mich nicht in einen Glaskasten einsperren lassen will.

Aber die Aufklärung muß gezielt sein, situations- und risikoorientiert. Sie muß das Risiko für die Einzelnen kalkulierbar machen.

Klaus: Riskant kann jeder Geschlechtsverkehr mit mehr als einem Partner oder einer Partnerin sein. Wenn die Möglichkeit besteht, daß Sperma über Verletzungen oder die Schleimhaut in den Blutkreislauf einer anderen Person kommt, besteht Infektionsgefahr.

Prinzipiell wohl, konkret sicher nicht immer. Keineswegs bei jedem Vögeln kommt das Virus ins Blut und keineswegs jede/r ist infiziert, schon gar nicht Jugendliche etwa, die Sexualität zum ersten mal miteinander ausprobieren. Prinzipiell besteht auch die Möglichkeit, daß jede/r sich jederzeit einen Schnupfen holt. Deswegen rennen wir doch auch nicht ständig mit Gesichtsmaske rum.

Klaus: AIDS ist kein Schnupfen.

Lassen wir den Dissens stehen. Hierüber muß ohnhin jede/r selbst entscheiden.

Wir danken euch für das Gespräch.

Fortsetzung von vorheriger Seite



zielt, selbstabschreckende Elemente aus der NATO-Bewaffnungsstruktur in Europa zu entfernen. Es ist indes ein offenes Geheimnis, daß die NATO — trotz „einseitigem Abbau" von SRTNF-Systemen (genauer: Rationalisierung des Bestands und partielle Ersetzung durch im militärischen Sinne effektivere konventionelle Gerätschaft) — hier dem Warschauer Pakt haushoch überlegen ist. So verfügt der Warschauer Pakt weder über nukleare Artillerie noch über sogenannte nukleare Sperrmittel (Atom-Minen). Ebenso unberücksichtigt bleiben die nuklearfähigen Bomber, bei denen die NATO ebenfalls über eine deutliche Überlegenheit verfügt, was im übrigen selbst von NATO-nahen „Experten" nicht bestritten wird. Es geht in diesem Artikel einzig und allein um landgestützte Raketen.

Im MRTNF-Bereich verfügte die NATO bislang über Abschußgeräte für 126 Pershin-Ia (Reichweite ca. 750 km, Stationierungsort: BRD) und 92 bis 100 „Lance"-Raketen (Reichweite: 125 km), für die 220 bzw. 692 nukleare Sprengköpfe in Europa bereit liegen. Die exakte Zahl der Raketen läßt sich schwer ausmachen und differiert von Quelle zu Quelle, was u.a. in der Fähigkeit zum Nachladen begründet liegt. Dies sowie die hohe Zahl der Sprengköpfe läßt darauf schließen, daß im Falle des Falles weit mehr Raketen zum Einsatz kommen könnten als Abschußgestelle existieren. Dazu kommen noch die französischen „Pluton"-Raketen (Reichweite 130 km), für die die französische Armee 42 Startgeräte mit Nachladekapazität unterhält (Angaben nach Arkin/Fieldhouse und Lutz). Als Modernisierungs- und Aufrüstungsmaßnahmen sind bislang bekannt:

— Die Pershing-Ia soll durch eine Pershing-Ib-Version ersetzt werden, die über eine größere Reichweite und verbesserte Zielgenauigkeit verfügt. Damit erweist sich die seinerzeitige Behauptung der Bundesregierung und der USA, für die Dislozierung der Pershing-II erfolge der Abbau der MRTNF-Waffe Pershing-Ia als Lüge. Vielmehr bleibt eine verbesserte MRTNF-Option zusätzlich zum u.a. aus der Pershing-II bestehenden LRTNF-Arsenal erhalten. Im oberen Bereich von Raketen der MRTNF-Kategorie ist die NATO somit dem Warschauer Pakt deutlich überlegen (falls ein derartiger Kräftevergleich überhaupt einen Sinn ergibt).

— Desweiteren ist ein „Lance"-Nachfolgesystem vorgesehen, das sich ebenfalls durch gesteigerte Reichweite (250 km) und verbesserte Zielgenauigkeit auszeichnet. Beide Systeme sind im übrigen bivalent, d.h. sowohl mit nuklearem wie mit konventionellem Sprengkopf armierbar.

— Der Bundeswehrplan 1987 spricht zudem noch von einem Abstandsflugkörper größerer Reichweite (400 km), den es einzuführen gelte.

— Zwischen 1981 und 1983 wurden für die „Lance"-Trägersysteme bereits ca. 380 Neutronensprengköpfe produziert, die z.Zt. noch in den USA gelagert sind. Frankreich plant ab 1992 das „Pluton"-System durch „Hadès"-Raketen zu ersetzen, die über eine Reichweite von 350 km verfügen und mit Neutronengefechtsköpfen armierbar sind.

NATO-Aufrüstung: Offensiv und „defensiv"

Allerdings wäre es zu kurz gegriffen, den Kräftevergleich auf nuklear bestückte Raketen zu reduzieren sowie „Defensivwaffen" außerhalb der Betrachtung zu lassen. Dies schon allein deshalb, weil die NATO ihrerseits bewußt die Option der „Konventionalisierung" in bestimmten Bereichen der regionalen Kriegsführung, die bislang den Nuklearwaffen überlassen waren, gewählt hat. So erfolgt z.Zt. u.a. die „Konventionalisierung" der NATO-Luftverteidigung, der bis dahin auf einem „Nike"- und „Hawk"-Raketengürtel basierte und nun durch das „Patriot"-System (das ebenfalls bivalent ist) ersetzt wird. Das „Nike"-System — als Rückgrat der Luftverteidigung — hatte den Nachteil, daß sein Einsatz bei einer Reichweite von 150 km und nuklearer Armierung zur Verwüstung des eigenen Territoriums geführt hätte, eine Eigenschaft, die nicht unbedingt zur Kriegsführung animiert. „Patriot" verfügt hingegen über eine Reichweite von 200 km und ist zudem — im Gegensatz zu „Nike" — mobil. „Patriot" soll jedoch nicht den „Nike"- / „Hawk"-Gürtel einfach nur ersetzen, sondern zur „Erweiterung der Luftverteidigung" beitragen. Darunter ist zu verstehen, daß zukünftig nicht nur gegnerische taktische Nuklearbomber, sondern auch die Bekämpfung gegnerischer Raketen zum Aufgabenfeld der Luftverteidigung gehört. Mit einem speziellen Sprengkopf ausgerüstet soll die Fähigkeit zum ATM-/ATBM-Einsatz (Anti Tactical Missile / Anti-Tactical Ballistic Missile) gewährleistet sein.

So besehen rüstet die NATO gegenüber dem Warschauer Pakt im TNF-Bereich gleich „doppelt" auf: „Offensiv" wie „defensiv". Insgesamt werden Anfang/Mitte der 90er Jahre 82 „Patriot"-Einheiten in der BRD stationiert sein. Allein die Bundeswehr wird dann etwa 2.300 „Patriot"-Flugkörper bereit halten, also mehr als fünfmal so viele Raketen wie bisher mit dem „Nike"-Systemen. Desweiteren soll in den 90er Jahren auch das „Hawk"-System ausgetauscht werden, nämlich durch ein mittleres Fla Rah-System, das Gegenstand eines europäischen Gemeinschaftsprogrammes ist.

So wenig wie die NATO-„Nach"rüstung/Modernisierung bei den MRTNF-Waffen etwas mit der sowjetischen SS-21ff.-Rüstung zu tun hat, so wenig liegt diese wiederum ausschließlich in der NATO-LRTNF-Rüstung begründet (Pershing-II, Cruise Missile). „Konventionalisierung", MRTNF- und LRTNF-Rüstung sind Bestandteil einer umfassenderen Modernisierung der NATO-Bewaffnungs- und Kriegsführungsstruktur an der „europäischen Zentralfront". Die „Konventionalisierung" betrifft das unmittelbare (frontnahe) Gefechtsfeld und die SRTNF-Kategorie (wie die untere MRTNF-Kategorie). Die Funktion jener Nuklearwaffen, die in diese Kategorie gehören, soll sich künftig darauf beschränken, den Warschauer Pakt an der Bildung von Truppenkonzentrationen (als Voraussetzung für Vorstöße auf das Territorium der NATO) zu hindern, da diese ein hervorragendes, geradezu einladendes Ziel für den Einsatz von Massenvernichtungsmitteln darstellen würden. Die nukleare Kriegsführung erfährt eine Verlagerung in die hinteren Räume gegnerischen Territoriums, was in gesteigerten Reichweiten seinen Ausdruck findet. Der Zusammenhang zwischen „Konventionalisierung" und LRTNF-Rüstung wurde bereits aus dem Text des NATO-„Doppelbeschlusses" ersichtlich. Denn dort hieß es u.a.: „Die Minister (kamen) überein, daß als integraler Bestandteil der TNF-Modernisierung so bald wie möglich 1.000 amerikanische nukleare Gefechtsköpfe aus Europa abgezogen werden. Weiterhin beschlossen die Minister, daß die 572 LRTNF-Gefechtsköpfe (d.h. die Pershing-II-, Cruise Missile-Gefechtsköpfe, Anm. dsm) innerhalb dieses verminderten Bestandes untergebracht werden sollen. Dies impliziert notwendigerweise eine Gewichtsverlagerung mit der Folge, daß die Zahl der Gefechtsköpfe von Trägersystemen anderer Typen und kürzerer Reichweite abnimmt." (zit. nach Lafontaine, Angst vor den Freunden, Reinbek bei Hamburg 1983)

Die Reaktion der UdSSR fiel eher „spiegelverkehrt" aus. Die Dislozierung von Nuklearwaffen auf den Territorien der CSSR und DDR ließ auf ein Abgehen vom einseitigen Verzicht auf den „nuklearen Ersteinsatz" schließen. Offensichtlich sollte der NATO demonstriert werden, daß es eine Illusion ist zu meinen, die „nukleare Schwelle" würde erst hinter Polen — bei Verletzung des sowjetischen „Sanktuariums" — überschritten werden.

Bleibt die Frage, warum die „neuartige Bedrohung" durch SS-21ff. erst seit dem Herbst 1986 registriert wird, obgleich diese Systeme nun schon seit einigen Jahren disloziert werden. Als die UdSSR mit der Stationierung der neuen nuklearen Kurzstreckenwaffen begann, wurde dieser Rüstungsschritt seitens der NATO eher als „Routineangelegenheit" abgetan, was im krassen Widerspruch zur grellen Interpretation der SS-20-Rüstung stand, die genau genommen auch nicht mehr war als ein Austausch veralteter (SS-4, SS-5) Systeme gegen eine moderne LRTNF-Version. Noch im „Abrüstungsbericht" 1985 der Bundesregierung wurden die SS-21ff.-Raketen als „keine neue Bedrohung für Europa" eingestuft. Tatsächlich lag es bei Aufnahme der Pershing-II und Cruise Missile-Stationierung nicht im propagandistischen Interesse der Bundesregierung, die sowjetische Umrüstung im SRTNF- /MRTNF-Bereich zu dramatisieren. Denn dies hätte jene Philosophie ad absurdum geführt, mit Hilfe derer die „Nach"rüstung seinerzeit der Öffentlichkeit verkauft wurde: durch Aufrüstung zur Abrüstung. Jede Dramatisierung hätte die Friedensbewegung hinsichtlich ihrer Behauptung bestätigt, daß der NATO-„Nach"rüstungsbeschluß keineswegs der letzte Akt des nuklearen Rüstungswettlaufs in Europa sei, sondern vielmehr dessen nächste Runde eröffne.

Es blieb bis zum Herbst 1986 der SPD vorbehalten, die sowjetische SS-21ff.-Rüstung zu thematisieren. Jene SPD, die dann im Wahlkampf der Regierung vorwarf, sie bereite eine neuerliche „Nach"rüstung vor. So äußerte Egon Bahr auf der „Wehrkunde"-Tagung 1985: „Wir können nicht an dem Punkt fortfahren, an dem wir im November 1983 in den Verhandlungen waren. Die SS-22 muß in die Verhandlungen einbezogen werden. (...) Es ist zu vermeiden, einen Fehler zum dritten Mal zu machen. Der Fehler bei SALT bestand darin, einen Freiraum für die als nicht strategisch definierten Systeme gelassen zu haben; der Fehler von INF (gemeint sind die Genfer Verhandlungen über den Abbau von Mittelstreckenwaffen, die der NATO-„Nach"rüstung vorausgingen — Anm. dsm) bestand darin, die Konzentration beider Seiten auf die Einführung von Systemen kürzerer Reichweite nicht verhindert zu haben. Wir dürfen jetzt nicht den Fehler machen, den Verhandlungsraum so zuzuschneiden, daß darunter ein neuer Freiraum oder eine neue Grauzone entsteht, auf die sich der Rüstungswettlauf konzentriert." („Europäische Wehrkunde", 3/1985)

Dies ist exakt dieselbe Logik, die bereits beim NATO-„Doppelbeschluß" Pate stand, hier nun angewandt auf den Bereich der nuklearen Kurzstreckenraketen. Nicht anders sieht die Beschlußlage des Nürnberger SPD-Parteitages aus: Dort wird im Austausch zum Aufstellungsstopp und der Rücknahme der Pershing-II und Cruise Missile-Stationierung „von der UdSSR (der) unverzügliche Abbau der im Gegenzug in der DDR und der CSSR aufgestellten Raketen und eine drastische Verminderung der SS-20 auf einen Stand von 1979" verlangt. Neue Verhandlungen gelte es „auf Waffen kurzer Reichweite" auszudehnen (ebenda). Was unterscheidet diese Formulierungen von den Einsprüchen der Bundesregierung in Sachen Reykjavik

Seit einiger Zeit macht die Behauptung von einer bevorstehenden „konventionellen Erstschlags- und Entwaffnungsschlagsfähigkeit" der UdSSR gegenüber Westeuropa (und hier insbesondere der BRD) die Runde. Es ist schon erstaunlich, wofür die sowjetischen SS 21 ff.-Systeme so alles herhalten müssen. Moskau, so ist zu vernehmen, entwickele die Fähigkeit, die „nukleare Schwelle" zu unterlaufen und mittels konventionell bestückter Raketen wesentliche militärische Einrichtungen der NATO in Westeuropa außer Gefecht zu setzen. Fortschritte bei der Zielgenauigkeit der SS-21 ff.-Raketen würden die UdSSR in die Lage versetzen, diese auch mit konventionellen Sprengköpfen auszurüsten (und dabei das gleiche militärische Ziel zu erreichen, indes ohne nukleare Eskalation, die mit dem Risiko der Selbstvernichtung belastet ist). Aus diesem Grunde bedürfe es einer Erweiterung der NATO-Luftverteidigung durch Systeme, die auch zur Abwehr von ballistischen Kurz- und Mittelstreckenraketen geeignet sind.

Von Interesse ist hier erst einmal, daß dem Warschauer Pakt etwas unterstellt wird, was die NATO mit der Annahme des „Follow on Forces Attack"-Konzeptes längst zu ihrem Programm erhoben hat. Schenkt man den westlichen Behauptungen Glauben, dann kopieren die Sowjets den „Rogers Plan" bzw. das „FOFA"-Konzept geradezu. Das geht so weit, daß den Sowjets vorgeworfen wird, konventionelle Munition zu entwickeln, die hinsichtlich ihrer Zerstörungswirkung Nuklearwaffen mit niedrigem KT-Wert gleichkomme. Diese Sorte Munition ist ein zentraler Bestandteil aller NATO-„Konventionalisierungs"pläne.

Von Interesse ist desweiteren, daß zum Zeitpunkt der Diskussion des „Rogers Planes" von ähnlichen Planungen des Warschauer Paktes überhaupt nicht die Rede war. Im Gegenteil: Der „Rogers Plan" wurde ja nicht zuletzt mit der technologischen Überlegenheit der NATO bei bestimmten Waffenkategorien begründet, die es optimal auszunutzen gelte, und zwar im Sinne der „Anhebung der Nuklearschwelle" und einer möglichst optimalen Gewährleistung des Prinzips der „Schadensbegrenzung" (für das eigene Territorium), durch einen frühzeitigen Angriff auf die Streitkräfte der „zweiten" und „dritten Staffel" des Warschauer Paktes. Dies läßt nur zwei Schlußfolgerungen zu: Entweder ziehen die Sowjets lediglich nach (mit erheblicher zeitlicher Verzögerung), oder die Behauptung von der bevorstehenden „konventionellen Erstschlagsfähigkeit" dient ausschließlich der Legitimierung eines (kostspieligen) Ausbaus der Luftverteidigung, die die NATO einer konventionellen Kriegsführungsfähigkeit (bei Einhaltung des Prinzips der Schadensbegrenzung) näher bringen soll.

Was die NATO im Rahmen des „FOFA"-Konzeptes an Tornados, Mehrfachraketenwerfern, konventionellen Marschflugkörpern und anderen Raketen, Submunition etc. anzuschaffen gedenkt, wurde im AK bereits wiederholt dargelegt. Es stellt selbst die westliche Propaganda bezüglich des angeblichen Umfangs der östlichen konventionellen Aufrüstung noch weit in den Schatten. Bezüglich der Erweiterung der Luftverteidigung sind die folgenden Systeme in der Diskussion: Daß Laserforschung nicht allein dem utopisch anmutenden Projekt einer weltraumgestützten Raketenabwehr dient, sondern auch für die irdische (und konventionelle) Kriegsführung von (zudem unmittelbarerer) Bedeutung ist, dafür stehen die deutschen Bemühungen um Laserwaffen mit kürzerer Reichweite. Für die BRD handelt es sich dabei um eine attraktive Option, würden Laserwaffen (aufgrund ihrer Geschwindigkeit wie ihres nichtnuklearen Charakters) die BRD doch einer militärischen „Verteidigung" bei Einhaltung des Prinzips der „Schadensbegrenzung" für das eigene Territorium näher bringen.

Nachdem die „Europäische Wehrkunde" zunächst über „konventionell bestückte ballistische Raketen, die hochpräzise und mit Überschallgeschwindigkeit Punktziele im Hinterland treffen" philosophiert (gemeint sind wohlgemerkt nicht die NATO-„deep strike"-Rüstungsvorhaben, sondern sowjetische Systeme), frohlockt sie wenig später: „Anwendungsstudien bei MBB, Diehl und an anderen Stellen lassen durch ‚lichtschnelle' Laserwaffen eine Umkehrung dieses Trends erwarten. Eindeutige Vorteile ergeben sich besonders im bodennahen Luftraum, wo — gelände- und geschwindigkeitsbedingt — mit sehr kurzen Vorwarn- und Bekämpfungszeiten zu rechnen ist, die bei herkömmlichen ‚langsamen' Flugabwehrwaffen zu hohen ‚Eindringquoten' führen." („Europäische Wehrkunde", 1/1986) Zweifelsohne würde die Einführung von Laserwaffen das Kriegsbild in Europa revolutionieren.

Ansonsten wird vor allem das „Patriot"-System als Waffe zur umfassenden — Flugzeuge wie Raketen betreffenden — Flugkörperabwehr gehandelt. Dem System werden große Entwicklungsmöglichkeiten attestiert. Bereits in den nächsten Jahren wird „Patriot" mit dem PAC-1-System ausgerüstet (PAC = Patriot ATM (= Anti-Tactical-Missile) Capability), das die Rakete zum „Mission Kill" gegen SS-21 und SS-23 befähigen soll. Beim „Mission Kill" detoniert der Gefechtskopf der Abfangrakete in unmittelbarer Nähe des angreifenden Flugkörpers. Dieser wird durch die von der Explosion erzeugten Druckwelle oder durch Fragmentteile von seinem Zielkurs abgebracht. Diese Bekämpfungsform erfordert eine enorme Zielgenauigkeit seitens der Abfangrakete. Anfang der 90er Jahre soll dann die Ausstattung von „Patriot" mit dem PAC-1-System erfolgen. Mit PAC-2 soll „Patriot" zum „Warhead Kill" gegen taktische Raketen — ballistische wie nichtballistische — in der Lage sein. Beim „Warhead Kill" wird ein aus Metallfragmenten oder Schwermetallpfeilen bestehender Gefechtskopf in die Anflugbahn und in die Nähe des heranrasenden Projektils zur Detonation gebracht. Der angreifende Flugkörper wird durch die hohe kinetische Energie, die beim Zusammenprall mit den Metallteilen entsteht, pulverisiert oder schwer beschädigt und damit wirkungslos. Mit einer zusätzlichen Antriebsstufe zur Geschwindigkeitssteigerung ausgestattet, soll „Patriot" gar dazu in der Lage sein, Wiedereintrittskörper der SS-20 zu bekämpfen.

dsm

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

und „Null-Lösung" bei den Mittelstreckenraketen? Sowohl die Regierung wie die SPD koppeln eine Verminderung der nuklearen Mittelstreckenraketen an eine einseitige sowjetische Abrüstung bei den nuklearen Kurzstreckenwaffen.

Wenn die Regierung nun ihrerseits den bedrohlichen Charakter der sowjetischen Nuklearrüstung unterhalb der LRTNF-Ebene entdeckt, dann hat dies folgende Gründe:

— Der Verweis darauf erlaubt es, der Bevölkerung zu erklären, warum die Bundesregierung auf einmal nicht länger an einer „Null-Lösung" bei den Mittelstreckenwaffen interessiert sein kann.

— Zugleich lassen sich mit dem Verweis auf die sowjetische SS-21ff.-Rüstung die eigenen nuklearen Modernisierungs- und Aufrüstungsanstrengungen (aber auch die konventionelle Aufrüstung, d.h. EDI etc.) legitimieren, von denen bereits oben die Rede war.

— Desweiteren erlaubt die Thematisierung der sowjetischen SS-21ff.-Rüstung, die Bevölkerung darauf einzustimmen, daß es mit der nuklearen Abrüstung so schnell nichts wird, ja gar noch eine Zunahme der nuklearen (und konventionellen) Arsenale zu erwarten steht.

Das neuerliche Auf- und Abrüstungsspiel gestaltet sich dabei wie folgt: Ein Zwischenabkommen bei den Mittelstreckenwaffen (s.o.) muß die Verpflichtung enthalten, im Anschluß daran auch über Kurzstreckenwaffen zu verhandeln. Die NATO offeriert die folgenden Möglichkeiten: Die UdSSR friert ihre Kurzstreckenrüstung ein (was sie bereits angeboten hat), dann muß jedoch dem Westen erlaubt bleiben, in diesem Bereich „nach"zurüsten um „gleich"zuziehen. Also: einseitiger Rüstungsstopp auf östlicher Seite, einseitige Aufrüstung auf Seiten des Westens. Oder: Die UdSSR reduziert ihre Kurzstreckenrüstung „auf Null", während es dem Westen vorbehalten bleibt, ein gewisses Arsenal an Kurzstreckenwaffen zu unterhalten — zwecks Kompensierung einer angeblichen konventionellen Unterlegenheit. Dies bedeutet wiederum: Eine für beide Seiten gültige „Null-Lösung" bei den nuklearen Kurzstreckenwaffen

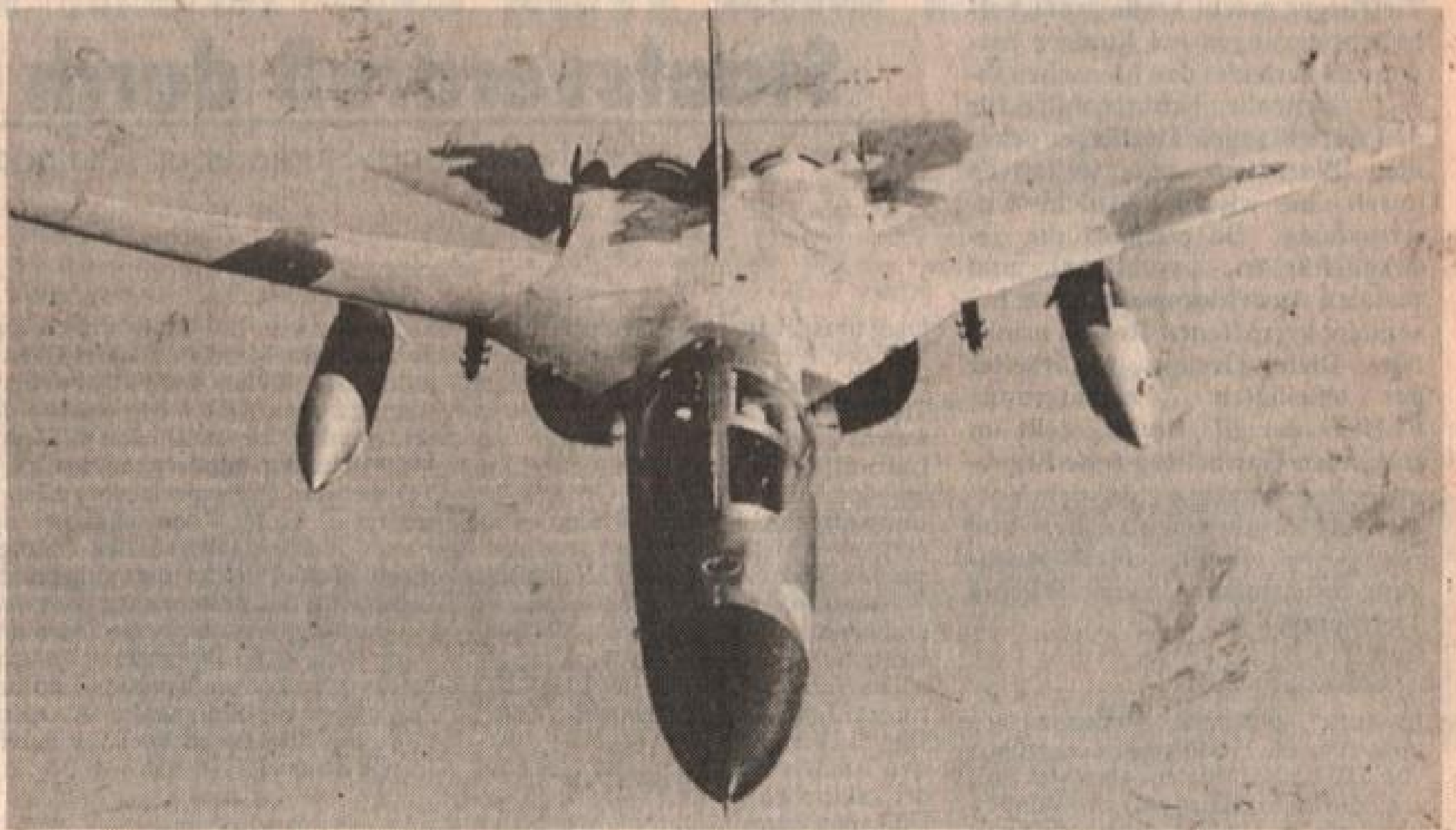
de Seiten gültige „Null-Lösung" bei den nuklearen Kurzstreckenwaffen

kommt nur unter der Voraussetzung in Betracht, daß zuvor der Warschauer Pakt einseitig konventionell abrüstet. Aus bundesrepublikanischer Sicht ist allerdings selbst dann eine nukleare „Null-Lösung" unakzeptabel (s.u.).

Die sich seit Jahren ergebnislos hinziehenden MBFR-Verhandlungen zeugen indes davon, daß die westliche und die östliche Sichtweise vom konventionellen Kräfteverhältnis in Europa nicht miteinander in Einklang zu bringen ist. Fängt man also mal an, die gesamte Abrüstungsdiskussion von der untersten Ebene an durchzuspielen, so wird schon hier deutlich, daß nach der westlichen Logik auf allen darauf aufbauenden Ebenen abrüstungspolitisch absolut nichts drin ist. Abrüstungsschritte bei den nuklearen Kurzstreckenwaffen werden von einer anderen Gestaltung des konventionellen Kräfteverhältnisses abhängig gemacht. Abrüstungsschritte bei den Mittelstreckenwaffen wiederum davon, daß zuvor bei den Kurzstreckensystemen im westlichen Sinne Klarheit herrscht. Das Ganze läßt sich natürlich auch umgekehrt durchspielen, von „oben nach unten". Tatsächlich ist diese Verknüpfung der verschiedenen Ebenen lediglich dazu angetan, jeden Abrüstungsschritt zu torpedieren, den Status Quo zu zementieren (oder aber zu eigenen Gunsten auszubauen), um zugleich — im Prinzip — abrüstungswillig zu erscheinen. Die aktuelle Abrüstungsdebatte, so wie sie im „herrschenden Block" geführt wird, läßt nur einen einzigen Schluß zu: Die BRD ist nicht daran interessiert, daß auch nur eine Nuklearwaffe weniger auf ihrem Territorium stationiert steht. In dieser Hinsicht hat die bundesrepublikanische „sicherheitspolitische Logik" zur Folge, daß Bonn Washington noch „rechts" überholt.

Die Angst der BRD vor der nuklearwaffenfreien Welt

Nichts scheint die Bundesregierung mehr zu schrecken als die Vision einer nuklearwaffenfreien Welt. Der Schweiß steht dem Kabinett auf der Stirn, wenn der „große Kommunikator" auf der anderen Seite des Atlantiks einmal wieder einen Abrüstungsvorschlag aus dem Zylinder zaubert. Daß es sich dabei in der Regel um Vorschläge handelt, die für die UdSSR völlig unakzeptabel und von daher wohl auch kaum ernst gemeint sind, tut wenig zur Sache. Denn die BRD bringen selbst solche Vorschläge insoweit in eine Bredouille, daß sie innenpolitisch Hoffnungen auf nukleare Abrüstung provozieren und zu der Annahme verleiten, die BRD käme auch ohne Nuklearwaffen aus, und außenpolitisch die BRD in eine Situation manövrieren, in der sie sich dazu genötigt sieht, ihre sicherheitspolitischen Sonderinteressen zu artikulieren. Diese stehen jedoch in einem fundamentalen Widerspruch zu einer Politik der Abrüstung und Entspannung. So hat der Gipfel von Reykjavik verdeutlicht, daß es nicht nur die USA sind, die eine Abrüstung der Militärpakte behindern.



Wodurch wird die bundesrepublikanische Furcht vor einer nuklearwaffenfreien Welt bestimmt? Die BRD frönt einer Interpretation der „flexible response" als „Kriegsverhütungsstrategie". Tatsächlich existiert für die BRD keine realistische Kriegsführungsoption, die im Rahmen eines Kosten-Nutzen-Kalküls einen Sinn macht. Dies ist in der Enge ihres Territoriums, ihrer dichten Besiedlung und ökonomischen Infrastruktur wie natürlich vor allen ihrer frontnahen Lage begründet.

Das Dilemma wird noch dadurch vergrößert, daß die Zerstörung der BRD in Laufe kriegerischer Handlungen nicht zwangsläufig zur Folge haben muß, daß auch die Territorien der anderen NATO- und Warschauer Pakt-Staaten in einem ähnlichen Ausmaß verheert werden. Dies bedeutet, daß das Resultat eines begrenzten Krieges in Europa im einseitigen Abfall der BRD in der internationalen Staatenhierarchie bestehen könnte.

Die BRD hat somit ein Interesse, einen Krieg in Europa zu verhindern. Dies heißt jedoch keineswegs, daß sie deshalb von der offensiven Instrumentarisierung militärischer Macht Abstand nimmt. Im Gegenteil. Die bundesrepublikanische Philosophie könnte man folgendermaßen skizzieren: Statt „Fortsetzung der Politik mit militärischen Mitteln" ist eine „Abdeckung der Politik mittels der Androhung militärischer Mittel" angesagt. Doch beginnt genau hier das sogenannte „Abschreckungsdilemma" der BRD: Die bloße Drohung mit militärischer Gewalt soll die UdSSR zum Wohlverhalten nötigen. Diese Drohung ist jedoch nur unter der Voraussetzung glaubwürdig, daß man willens wie in der Lage ist, bei „Versagen der Abschreckung" — d.h. wenn der Kontrahent der Drohung nicht Folge leistet — den Krieg zu führen. Dies muß vom Kontrahenten bezweifelt werden, wenn die Drohung mit der Kriegsführung letztendlich auf Selbstvernichtung (ohne Garantie der Vernichtung des Gegners, was die Sache ja noch etwas glaubwürdiger machen würde) hinausläuft.



Foto: argus

Gerade wenn vermieden werden soll, daß es zum Offenbarungseid (= Kriegsführung) in Sachen Abschreckung kommt, muß die Drohung für den Fall des „Versagens der Abschreckung" besonders massiv ausfallen, d.h. die Existenz des Kontrahenten berühren. „Massivität" unterliegt jedoch im System gegenseitig gesicherter Vernichtungsfähigkeit einem gewissen Glaubwürdigkeitsdilemma. Deshalb müssen Mechanismen konstruiert und installiert werden, die die massive Drohung nichtsdestotrotz als glaubwürdig erscheinen lassen. Zu diesen Mechanismen zählt das mit der Stationierung von Pershing-II-Raketen und Marschflugkörpern seitens der BRD verbundene Kalkül der „negativen Ankoppelung". Mit der Dislozierung dieser Systeme erfolgt die Verlagerung des nuklearen Ersteinsatzes („vorbedachte Eskalation") auf das Territorium der UdSSR.

Die „vorbedachte Eskalation" beinhaltet den selektiven nuklearen Ersteinsatz gegen das „Sanktuarium" der gegnerischen Blockführungsmacht und verfolgt so den Zweck, diese bis dicht an den Abgrund zum allgemeinen Nuklearkrieg zu führen, auf daß sie vor diesem zurückschreckt und sich auf eine Kriegsbeendigung einläßt. Innerhalb der Nuklearen Planungsgruppe der NATO ist das Wie der „vorbedachten Eskalation" ein steter Streitpunkt. Die USA würden den nuklearen Ersteinsatz lieber auf die osteuropäischen Vorfeldstaaten beschränkt sehen, da sich so die nukleare Auseinandersetzung als eventuelle Folge des Ersteinsatzes) regionalisieren und abgekoppelt vom nuklearstrategischen Arsenal der USA und vom US-Territorium führen lasse.

Aus der Sicht der BRD, die an einer schnellen Konfliktbeendigung interessiert sein muß, hat die „vorbedachte Eskalation" hingegen eine glaubwürdige Ankoppelung des nuklearstrategischen Arsenals der USA zu demonstrieren. Das Kalkül der „negativen Ankoppelung": Eine adäquate Antwort der UdSSR auf einen selektiven Nuklearwaffeneinsatz gegen ihr Territorium müßte nicht nur die Territorien der westeuropäischen NATO-Staaten einbeziehen, sondern auch das der anderen Blockführungsmacht. Denn ein Angriff auf sowjetisches Territorium fällt in die Kategorie der „strategischen Kriegsführung", ganz gleich, von welchem Ort aus dieser Angriff ge-

schen Kriegsführung", ganz gleich, von welchem Ort aus dieser Angriff ge-

startet wird. Die UdSSR muß ihre Verwundung immer auch im Verhältnis zu den USA betrachten. Eine Bedrohung der UDSSR soll somit eine Bedrohung der USA provozieren, auf daß diese wiederum die UdSSR bedroht und der BRD somit nuklearstrategisch zur Seite steht. Nichts anderes ist gemeint, wenn die „Risikogemeinschaft" NATO und die „strategische Einheit" des Bündnisses von bundesrepublikanischer Seite beschworen wird.

Damit das Kalkül der Kriegsbeendigung durch „vorbedachte Eskalation" aufgeht, muß der nukleare Ersteinsatz für den Kontrahenten erkennbar begrenzt ausfallen. Der Vorteil der neuen Mittelstreckenraketen ist diesbezüglich darin zu sehen, daß sie — aufgrund ihrer Zielgenauigkeit, Zuverlässigkeit und Eindringfähigkeit — keine Mehrfachabdeckung von Zielen notwendig machen. Ein Angriff bleibt nämlich in dem Moment nicht mehr erkennbar begrenzt, wo man 15 oder mehr Bombenangriffe tätigen muß, um sicher zu gehen, daß die gegnerische Luftabwehr überwunden und das anvisierte Ziel zerstört wird. Eine solche Form der „vorbedachten Eskalation" würde eine sowjetische Vergeltung provozieren und somit direkt in den „allgemeinen Nuklearkrieg" überleiten, den man jedoch zwar androhen, nicht hingegen praktizieren will. Die BRD muß also glaubwürdig mit dem „allgemeinen Nuklearkrieg" — d.h. nicht nur ihrer eigenen Vernichtung, sondern auch der der UdSSR — drohen und ihn zugleich verhüten können.

Das Kalkül der Kriegsbeendigung durch „vorbedachte Eskalation" — also räumliche Ausdehnung der Kriegshandlungen (bis auf das UdSSR-Territorium) und Erhöhung der Intensität der Kriegsführung (nuklearer Ersteinsatz) — bedarf jedoch noch weiterer Voraussetzungen: Die „vorbedachte Eskalation" muß aus einer Position der Stärke auf dem unmittelbaren Schlachtfeld erfolgen. Dies bedeutet, daß nicht aus einer militärischen Zwangslage heraus eskaliert werden darf, da dies die Glaubwürdigkeit der „vorbedachten Eskalation" tangieren würde. Wer aus einer militärischen Zwangslage heraus eskaliert, steht genau genommen nur noch vor den Alternativen Kapitulation oder Vernichtung. In einer solchen Situation muß der Kontrahent davon ausgehen, daß er seine militärischen Handlungen fortsetzen kann, da die andere Seite die Kapitulation der Vernichtung wahrscheinlich vorziehen würde. Dazu kommt noch die Unterscheidung zwischen einem politischen und einem operativ-militärischen Einsatz von Nuklearwaffen. Für die BRD ist nur der politische Einsatz akzeptabel (d.h. der Einsatz zum Zwecke der Kriegsbeendigung), nicht der militärische, der auf eine regionale nukleare Kriegsführung hinauslaufen würde, der die „Risikogemeinschaft" BRD-USA auflöst. Denn die USA würden voraussichtlich nur taktische Nuklearwaffen zum Einsatz bringen, um das Territorium der UdSSR wie ihr eigenes aus den Kriegshandlungen herauszuhalten.

Den Zwang zur Eskalation gilt es vielmehr an die Adresse der UdSSR zu delegieren, so daß sich diese mit der Entscheidung konfrontiert sieht, entweder die Aufforderung der NATO zur Kriegsbeendigung (zu einem für die NATO günstigen Zeitpunkt) zu befolgen, oder aber das Risiko der eigenen Vernichtung einzugehen, wobei es ihr wenig helfen würde, daß die NATO-Staaten ebenfalls den nuklearen Abgrund hinuntergehen. Dem „günstigen Zeitpunkt" dient die konventionelle Aufrüstung der NATO. Konventionelle Aufrüstung und Modernisierung der

Aufrüstung der NATO. Konventionelle Aufrüstung und Modernisierung der

Struktur des NATO-Nuklearwaffenarsenals in Europa korrespondieren also eng miteinander. Die „Anhebung der Nuklearschwelle" verfolgt den Zweck, den „nuklearen Ersteinsatz" frei von operativen Zwängen zu gestalten.

Im Falle einer Beseitigung der Nuklearwaffen in Europa entfiele das Element der „Massivität" in der Abschreckungsdrohung (im Sinne der Kriegsverhütung) wie der glaubwürdigen nuklearen Ankoppelung der USA. Was die BRD befürchtet, ist, daß die UdSSR dann nicht mehr länger bloß vor die Alternativen Kapitulation oder Vernichtung gestellt wäre, da die mit einer Kriegsführung verbundenen Risiken kalkulierbar werden würden. Zudem könnte eine ausschließlich konventionelle Kriegsführung der UdSSR erlauben, ihr Territorium aus den Kriegshandlungen weitgehend herauszuhalten, was für die BRD — als Frontstaat — nicht gilt. Für die BRD ist jedoch von existentieller Wichtigkeit, daß eine konventionelle Kriegsführung — sollte sie denn nicht zu vermeiden sein — möglichst rasch beendet wird, bevor ein Großteil des BRD-Territoriums verheert ist. Hierzu dient ja die nukleare Eskalationsandrohung. So muß die Entkoppelung der konventionellen Kriegsführung von der nuklearen und der taktisch-nuklearen Kriegsführung von der strategischen unter allen Umständen verhindert werden.

Bleibt noch die Frage, warum die BRD nicht in einem Maße konventionell aufrüstet, daß der Warschauer Pakt das BRD-Territorium nicht verletzen kann, die BRD hingegen das Warschauer-Pakt-Territorium. Eine solche Aufrüstung wäre derart kostspielig, daß sie die finanziellen Möglichkeiten der BRD weit übersteigen und den „sozialen Konsens" in der BRD sprengen würde, ohne daß der „herrschende Block" im Austausch dafür die Gewißheit hätte, jemals über eine rein konventionelle politisch offensiv instrumentarisierbare Abschreckungsoption zu verfügen.

dsm

Eine weit ausführlichere Erörterung der Ankoppelungs-/Abkoppelungsproblematik und der „sicherheitspolitischen Logik" der BRD enthält mein Buch „Die NATO — Geschichte und Strategie", das im Frühjahr im Verlag „Die Werkstatt" erscheinen wird (260 Seiten, DM 19,80) sowie die Broschüre „Die BRD in der NATO" (hrsg. von der „Dokumentationsstelle Friedens- und Sicherheitspolitik e.V.", PF 2304, 4400 Münster).

Staatsverdruß durch Überschall

Erste Regional-Studie über Tiefflugauswirkungen

Lärmterror durch militärische Tiefflieger macht krank, ruft Verhaltensstörungen bei Kindern hervor und verleidet den Menschen ihre Freizeitruhe. Schützenhilfe für den Kampf gegen Tiefflieger bekamen Betroffene und Initiativen durch eine wissenschaftliche Untersuchung, die erstmals die gesundheitlichen, psychischen und sozialen Auswirkungen in einer besonders betroffenen Region ermittelte. Dieter Oremus, Mitarbeiter der beteiligten ,,Projektgruppe FLUG'' der FU Berlin, stellt im folgenden Gastbeitrag erste Ergebnisse der Befragung in der Vorderpfalz zusammen und berichtet von einem Hearing des Verteidigungsausschusses zum Thema Tiefflieger.
Red.

Im Luftraum der BRD finden jährlich über 100.000 Tiefflüge in den Höhen von 150 bis 450 Metern statt. 60 Prozent davon entfallen auf die Bundesluftwaffe. In sieben Gebieten darf laut Truppenstatut und Zusatzabkommen bis zu 75 Meter tief geflogen werden. Diese Tiefflugübungen militärischer Strahlenflugzeuge haben zur Folge eine erhebliche Belästigung durch Lärm für zwei Drittel der in der BRD lebenden Bevölkerung.

Im April des vergangenen Jahres wurde von der Projektgruppe FLUG des Instituts für Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin in Zusammenarbeit mit der ,,IST-GmbH'', einem sozialwissenschaftlichen Institut in der Vorderpfalz, eine Befragung der Bevölkerung zu den Auswirkungen des militärischen Tiefflugbetriebes in ihrer Region durchgeführt. In diesem Gebiet, in dem offiziell Tiefflüge bis zu 150 Metern zugelassen sind, wurden vor dem Befragungsbeginn im Schnitt 53 Überflüge militärischer Strahlenflugzeuge *pro Tag* registriert. Dieser Durchschnitt sank während der Erhebung auf 18 Überflüge und stieg nach Beendigung der Untersuchung wieder auf 40 Überflüge pro Tag an.

An der Befragung nahmen 1500 Personen teil. Aus der Auswertung der erhobenen Daten wird deutlich, daß nahezu alle Befragten von dem Tiefflug-

sonen teil. Aus der Auswertung der erhobenen Daten wird deutlich, daß nahezu alle Befragten von dem Tiefflug-betrieb betroffen sind. Bei 77 Prozent ist dies ziemlich oft der Fall. Die meisten fühlen sich in ihren Lebensbereichen, besonders bei der Entspannung in der Freizeit, gestört. Sie leiden sehr stark unter der Häufigkeit , der Lautstärke und der Plötzlichkeit des seit Jahren andauernden Tiefflugbetriebs. Durch die Plötzlichkeit des Lärmpegelanstiegs erschrecken sich 81 Prozent der Befragten; rund ein Viertel von ihnen hat sich schon einmal derart erschreckt, daß sie dadurch in momentane Gefahr gerieten.

Nicht auf ihre Arbeit konzentrieren können sich 42 Prozent. Frauen, von denen der überwiegende Teil im Haushalt tätig ist, empfinden eher als Männer Angst und Bedrohung. Während der Überflüge werden bei Kindern Reaktionen wie schreien, weinen, sich verstecken oder sich zur Mutter flüchten beobachtet. Mehr als ein Viertel der Befragten glaubt, daß Kinder Verhaltensstörungen bekommen. Gesundheitliche Beeinträchtigung empfinden nur 28 Prozent, obwohl Lärmeinwirkungen in der Größenordnung von 75-99 dB(A) pro Überflug körperliche Reaktionen wie Erhöhung des Blutdrucks, Ausschüttung von Stresshormonen hervorrufen und zu Schäden im Ohr führen können.

Ein Viertel der Befragten, tendenziell Personen mit hohem Bildungsabschluß, hat sich schon einmal beschwert oder an einer Protestaktion teilgenommen. Mehr als die Hälfte vertritt die Ansicht, daß Institutionen wie Regierung und Militär nichts gegen den Tiefflugbetrieb unternehmen. Aus ihrer persönlichen Betroffenheit heraus kommen 67 Prozent zu dem Schluß, daß der Tiefflugbetrieb nur schadet oder mehr schadet als nützt, und daß die Sicherheit der BRD nicht vom Tiefflug abhängig ist. Jeder Dritte dabei sieht die Tiefflieger selber als Gefahr für die Sicherheit an. Nur eine Minderheit (11 Prozent), die sich selber kaum beeinträchtigt fühlt, glaubt an die militärische Notwendigkeit des Tiefflugs.

Knapp die Hälfte der Befragten fordert die völlige Einstellungen dieser Militärübungen; 32 Prozent sehen in der Verlagerung ins Ausland eine weitere Lösungsmöglichkeit — gegen diesen Export des Problems votieren aber 40 Prozent.

Experten-Hearing wegen der zunehmenden Proteste

Mehrere Unterschriftensammlungen, die dem Petitionsausschuß des Bundestages übergeben wurden, führten dazu, daß der Verteidigungsausschuß 1986 ein öffentliches Hearing zum Thema Tiefflug veranstaltete. Als Experten waren geladen: der Inspekteur der Luftwaffe, der Generalleutnant Eimler, der Kommandierene General des Luftwaffenkommandos Köln, Kuebert, zwei Mediziner, drei Ingenieure, ein Mitglied der Aktion Tieffluglärm Westmünsterland, zwei Bürgermeister und ein Mitarbeiter des Büros für Umweltberatung und Fluglärmanalyse.

Die Verantwortlichen der Luftwaffe trugen Teile ihrer Bedrohungsanalyse vor: Sie betrieben ständig ,,eine intensive Analyse dessen, was in Kenntnis der taktischen und technischen Möglichkeiten eines Gegners im Ernstfall von uns gekonnt werden muß''. Diese Analysen führen einerseits zur Entwicklung und Optimierung von Waffensystemen und andererseits zu Ausbildungsprogrammen für das Personal, das diese Systeme dann einsetzt.

Den Erkenntnissen zufolge haben nur ,,tief- und schnellfliegende Kampfflugzeuge'' eine ,,erfolgversprechende Chance gegenüber einem dichtgestaffelten Luftabwehrsystem'', um Ziele wie Truppenkonzentrationen, Ersatzflugplätze, Raketen- und Flugabwehrstellungen u.a. zu vernichten. Die dazu erforderlichen Waffensysteme wie z.B. der Tornado, der zusätzlich als Atomwaffenträger konzipiert wurde und speziell für den Tiefflug zwischen 30-60 Meter über Grund ausgelegt ist, wurden in den letzten Jahren beschafft.

Die Zielsetzung, die mit der Beschaffung eines solchen Waffensystems verwirklicht werden soll, wirkt sich auf die Ausbildung aus. Die Piloten müssen auf den neuen Kampfflugzeugen geschult werden, damit sie die ,,Fähigkeit zur Navigation im schnellen Tiefflug unter allen Sicht- und Wetterbedingungen'' und ,,zum Waffeneinsatz

keit zur Navigation im schnellen Tiefflug unter allen Sicht- und Wetterbedingungen'' und ,,zum Waffeneinsatz
unter den gleichen Bedingungen'' aus- und weiterbilden. In Bezug auf das Stundensoll der taktischen Flugausbildung schreibt die NATO 240 Stunden für jeden Piloten pro Jahr vor. Dank einer ,,anspruchsvollen, gestrafften Ausbildung'' konnte die Flugstundenzahl für die Bundeswehrpiloten auf 180 reduziert werden, das Minimum, das die NATO anerkennt.

Auf die Frage des Abgeordneten Gerstl, ob das Argument, im Tiefflug das gegnerische Radar zu unterfliegen, nicht hinfällig würde mit der Fähigkeit der Warschauer-Pakt-Streitkräfte, aus der Luft aufzuklären und reagieren zu können, entgegneten die Luftwaffenoffiziere ausweichend: Ihres Wissens nach könnten dies nur die amerikanischen F-15- und F-18-Jäger.

Die Auswirkung der taktischen Flugausbildung hat die Bevölkerung zu tragen. Angesichts der zunehmenden Beschwerden gegen die Willkür des Militärs vertraten die Offiziere, das alles getan würde, um dem Ruhebedürfnis des Bürgers zu entsprechen. Dies schränkten die Ingenieure von MBB und MTU allerdings ein. Sie gaben an, daß bisher nicht einmal eine Machbarkeitsstudie zur Lärmreduzierung am Triebwerk vorgelegen habe.

Als eine sich abzeichende Möglichkeit, den Tiefflugbetrieb über der Bundesrepublik zu verringern, wurde die Verlagerung eines Teils der Tiefflüge in die Türkei erwähnt.

Der Luftwaffenstützpunkt Konya in Zentralanatolien, den die Türkei quasi als Naturalzahlung für Lieferung von BRD-Waffen angeboten hatte, böte die Möglichkeit, in einem Luftraum von 280 mal 320 km Ausdehnung Kampfeinsätze im Großverband von 50 und mehr Maschinen unter Einsatz modernster Radar- und Flugabwehrsysteme zu üben. Durch den Ausbau des Stützpunkts für rund eine Milliarde Mark könnten Bundeswehr bzw. NATO mehrere Fliegen mit einer Klappe schlagen: Neben dem Export des Lärms und den unbegrenzten Übungsmöglichkeiten lockt die strategische Bedeutung des Stützpunkts, von dem aus der Bosporus, der Nahe Osten und weite Teile des Mittelmeeres kontrolliert werden können. Den USA könnte der ausgebaute Stützpunkt als Operationsbasis für die Schnelle Eingreiftruppe dienen.

Einwände gegen das Projekt haben allerdings nicht nur die Griechen, die Nachteile im Konflikt mit Zypern befürchten, sondern auch US-Experten wegen der Erdbebengefährdung des Gebiets. Nachdem es bisher auch keine Einigung über die Lockerung der türkischen Flugbestimmungen für Militärmaschinen gibt, ist es unklar, ob an der Verlagerung von Verbandsflügen in die Türkei festgehalten wird oder ob diese z.B. auch nach Labrador in Kanada verlegt werden. Dort finden bereits seit 1980 Übungsflüge der Bundeswehr in Baumwipfelhöhe statt.

Die Bundesluftwaffe legitimiert die Tiefflüge mit den hochmodernen Flugabwehr- und Radarsystemen der Warschauer-Pakt-Streitkräfte, die unterflogen werden müßten, damit der Einsatz erfolgreich durchgeführt werden könne. Doch mit der Fähigkeit der WP-Streitkräfte, ebenfalls aus der Überhöhung den Luftraum zu überwachen, wird die Notwendigkeit des Tiefflugs für Jagdbomber eingeschränkt. Erfolgreiche Tiefflugeinsätze scheinen nur noch durch Überraschungsangriffe möglich. Dies nötigt die Gegenseite, dem eigene Entwicklungen entgegenzusetzen und führt zum Anheizen des Wettrüstens.

Dieter Oremus

,,Das neue sowjetische Jagdflugzeug MiG 29 ,Fulcrum' bereitet den Luftwaffenstäben der NATO einige Sorgen. Dieser neue Typ gilt nicht nur als aerodynamisch gelungen, sondern ist auch mit seinen radargesteuerten Raketen in der Lage, tieferfliegende Ziele zu bekämpfen. Die Luftstreitkräfte der NATO stehen damit vor einer neuen Lage: In Zukunft wird die bisherige Taktik, die gegnerische Luftverteidigung durch Tiefstflug zu unterfliegen, so nicht mehr möglich sein.''

aus: FAZ vom 19.3.87

Die Projektgruppe ,,FLUG'' will am Thema Tiefflieger auch für andere Regionen der BRD weiterarbeiten. Die Studie zur Pfalz ist zu beziehen über:
Richard Stoll
Siegmundshof 2, L 107
1 Berlin 21

Eins teilt sich in zwei

· oder wie aus einem Flughafen zwei Militärbasen werden

Der scheidende hessische Ministerpräsident Holger Börner (SPD) beschimpfte sie als ,,schamlose Lügner''. Für seinen designierten Nachfolger Hans Krollmann sind es immerhin noch ,,Spinner''. Gemeint sind diejenigen, die seit dem Bau der umstrittenen Startbahn ,,18 West'' auf die militärische Nutzung dieser 4.000 Meter langen Betonpiste hinweisen. Vermutungen, Indizien und Fakten dafür haben Anti-Startbahn-Initiativen und gerade auch der KB schon seit Baubeginn 1980 veröffentlicht.



Neuen Zündstoff in die alte Diskussion brachte jetzt das Starnberger Friedens-

Neuen Zündstoff in die alte Diskussion brachte jetzt das Starnberger Friedens-institut. Das fand nämlich heraus, daß dem Frankfurter Flughafen als einzigem bundesdeutschen eine militärische Doppelfunktion zukommt. Im ,,Host Nation Support'', das infrastrukturelle Pläne für die westlichen Kriegsvorbereitungen regelt und das auch von der Bundesrepublik unterzeichnet wurde, taucht der Frankfurter Rhein-Main Flughafen gleich zweimal auf. Und zwar einmal als ,,Airport of Debarkation'', als Versorgungs- und Verstärkungsflughafen also. Dieses Geschäft betreibt bisher die US-Air Base im südlichen Teil des Frankfurter Flughafens. Zum anderen soll aber Frankfurt auch gleichzeitig ,,Main Operation Base'' — Haupt-Einsatz-Flugplatz für Kampfflugzeuge — sein. Möglich macht diese Doppelnutzung aber erst die Startbahn West. Rechtwinklig zu den beiden bereits bestehenden Rollbahnen, läßt sie den reibungslosen Doppelbetrieb zu.

In dem ,,Military Construction Appropriations 1987'' des US-Repräsentantenhauses haben der Starnberger Friedensforscher Erich Schmidt-Eenboom und der Journalist Jo Angerer auch die notwendigen baulichen Veränderungen ausfindig gemacht. Für insgesamt 22,5 Millionen Dollar sollen unter anderem entstehen:

— Ein neues Flughafengelände westlich der US-Air Base. Dieses 27.000 Quadratmeter große Gelände ist bereits von der Flughafen AG (FAG) an die Amerikaner überstellt und im Grundbuch eingetragen. Platz für zwei der 30 Phantom-Staffeln, die im Krisenfall in die Bundesrepublik verlegt werden.

— Ein neuer Tower, direkt an der Schnittstelle zwischen US-Air Base und dem zivilen Flughafen. Von hier aus kann die Startbahn West flugtechnisch überwacht werden.

— Ein neuer militärischer Passagier-Terminal.

Aber das ist noch nicht alles. Auf dem neu erworbenen US-Gelände wird eifrig gebuddelt. Weiträumig ist das Gebiet mit Maschendraht abgesperrt, gearbeitet wird nur nachts. Offizieller Grund: Giftgasfunde aus dem Ersten Weltkrieg. Diese werden zwar auch beseitigt, aber wozu eine so großflächige Absperrung? Und die Erdarbeiten sehen auch nicht gerade danach aus, als würde nach alten Granaten gesucht.

Denn die Ausgrabungen ziehen sich Kilometer weit hin. Es gibt Stapel von fabrikneuen Röhren, die in das Gelände geschafft wurden. Schmidt-Eenboom und Angerer haben sich an dieser Stelle genauer umgesehen: *,,Schließlich entdecken wir einen Metallstutzen, Betondeckel auf dem Waldboden. Zieht man eine Verbindungslinie vom Rohrlager auf dem Flughafengelände bis zu den Betondeckeln, so stellt man fest, daß diese Linie genau zu einer Pipeline führt, deren Existenz in der Bundesrepublik geheimgehalten wird''.* (in: ,,Wiener'', April '87) Es wird also nicht nur altes Kriegsmaterial entfernt, sondern gleich neues verlegt: die unterirdische NATO-Pipeline. Diese ausschließlich militärisch genutzte Kerosinleitung führt zur US-Air Base. Aber die Röhren und die Verteilerstutzen (,,Betondeckel'') zeigen, wohin die Pipeline abgezweigt wird: direkt zur Startbahn West!

Dort am Kopf der Startbahn ist ein neues US-Flugfeld geplant. Und dort können auch die F-18 Phantom-Bomber kurz vor dem Start aufgetankt werden. Hier sollen ein unterbunkertes Parkfeld für US-Flugzeuge und mehrere Versorgungsgebäude entstehen. Noch ist das Gelände in FAG-Besitz, aber der Ausbau der NATO-Pipeline zeigt eindeutig auf eine militärische Nutzung.

Damit verfügen die USA in absehbarer Zeit endlich über ihre ,,Drehscheibe'' für die Verlegung größerer militärischer Kontingente in andere Regionen der Welt. Insbesondere in den Nahen und Mittleren Osten, einerseits. Andererseits ist damit völlig klar, daß Rhein-Main mit Sicherheit zu den fünf Zielen in der Bundesrepublik gehören wird, wenn es im Spannungsfall zu einem ,,selektiven Schlag'' kommt.

Für den Sprecher der Flughafen AG, Reinhard Bölts, ist dies ,,Phantastische Spekulation''. Und in einem ,,taz''-Interview (1.4.) steht der SPD-Politiker Krollmann, der auch Vorsitzender des FAG-Aufsichtsrats ist, ,,uneingeschränkt'' zu seiner früheren Äußerung: *,,Wer den Ausbau des Frankfurter Flughafens mit einem militärischen Hintergrund verbindet, der spinnt.''* (,,Wiener'', 9.3.)

Eins ist klar. Gebaut wird zur Zeit auf dem Frankfurter Flughafen. Und genau dort, wo die US-Anlagen entstehen sollen. Für Krollmann sind dies alles zivile Projekte, denn auch die FAG wolle ein neues Terminal bauen. Als Tarnung für die militärischen Bauarbeiten sicherlich gut geeignet.

Wird die lange verdrängte Startbahn West noch einmal zum Stolperstein zwischen SPD und Grünen? Für den ehemaligen Sprecher der Mörfelden-Walldorfer Bürgerinitiative gegen die Startbahn West, den Grünen Landtagsabgeordneten Dirk Treber, ist klar: *,,In den Koalitionsverhandlungen muß alles offengelegt werden''.*

cl, Ffm

„Wir brauchen mehr als Luft und Liebe''

Erwerbslose Frauen gegen Bedürftigkeitsprüfung

Unter diesem Motto findet seit dem 1.2.87 eine Kampagne statt, mit der erwerbslose Frauen die Forderung nach einer eigenständigen Existenzabsicherung und nach Abschaffung der erniedrigenden Bedürftigkeitsprüfung bei Arbeitslosen- und Sozialhilfe vertreten. Für den 1. Juni sind bundesweit dezentrale Aktionen geplant. Vorausgegangen sind dieser Aktion ein Kongreß in Hamburg im November letzten Jahres und ein Arbeitstreffen am 31.1.87 in Oldenburg, zu dem 40 Frauen aus acht Städten gekommen waren. Die Kampagne ist als Fortführung der Aktion ,,Frauen stürmt die Arbeitsämter!'' zu verstehen, mit der erwerbslose Frauen aufgefordert wurden, aus der ,,Stillen Reserve'' herauszutreten und sich beim Arbeitsamt zu melden. Hatte schon dieser Aufruf die Unionspolitiker in Empörung versetzt, wird nun auch noch eine eigenständige Existenzabsicherung, unabhängig von Verwandten ersten Grades und von Ehegatten gefordert!

Die Aktion bezieht Frauen, die erwerbstätig sind, erwerblose Frauen, aber auch Rentnerinnen, Alleinerziehende und junge Frauen nach der Schule/Ausbildung mit ein. Es ist dabei nicht verwunderlich, daß die Initiative zu dieser Kampagne gerade von erwerbslosen Frauen aufgebracht wird. Eine eigenständige Existenzabsicherung würde die geschlechtshierarchische Arbeitsteilung im Kern angreifen. Zum einen würde sie den Zwang, die eigene Arbeitskraft unter allen Bedingungen verkaufen zu müssen (Job-Sharing, Arbeit auf Abruf, Arbeit bis zur 430,- DM Versicherungsgrenze etc.) vermindern. Zum anderen würde sich der Zwang zur unbezahlten Hausarbeit und zum Wohlverhalten in der Ehe zumindest relativieren.

Laut einer Untersuchung des DGB
arbeit und zum Wohlverhalten in der Ehe zumindest relativieren.

Laut einer Untersuchung des DGB besteht das spezifische Problem von erwerbslosen Frauen darin, daß sie weitaus länger erwerbslos sind als Männer. Das ist in diesem Zusammenhang von Bedeutung, da nach spätestens einem Jahr Erwerbslosigkeit der Anspruch auf Arbeitslosengeld erlischt und Arbeitslosenhilfe beantragt werden muß. An dieser Stelle setzt die Bedürftigkeitsprüfung ein; es werden die Einkommens- und Vermögensverhältnisse der Verwandten ersten Grades und die des Ehepartners überprüft. Von 1982-1985 hat sich die Zahl der Frauen verdreifacht, die zwei Jahre oder länger erwerbslos sind. Mehr als 30% der Frauen gingen 1985 laut IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung) gleich zu Beginn der Arbeitslosigkeit ohne Bezüge aus. Dieses erklärt sich vor allem aus der Tatsache, daß viele Frauen vor der Meldung beim Arbeitsamt (lange) nicht gearbeitet haben oder daß sie aus ,,prekären'' Arbeitsverhältnissen kommen, bei denen keine Arbeitslosenversicherung eingezahlt wurde.

Für Frauen, die zumindest noch Arbeitslosengeld beziehen konnten, versiegen oft die Quellen, wenn Arbeitslosenhilfe beantragt werden muß. Von den Personen, die an diesem Punkt von Bezügen vom Arbeitsamt ausgesperrt werden, stellen Frauen drei Viertel. Im September 1985 erhielten z.B. 79% der verheirateten erwerbslosen Frauen keine Arbeitslosenhilfe; sie wurden in erster Linie auf ihre Ehemänner verwiesen. Insgesamt erhielten nur 16% der erwerbslosen Frauen Arbeitslosenhilfe. Im Jahresdurchschnitt bekamen nur 52,1% der Frauen Leistungen vom Arbeitsamt; bei den Männern waren es (immerhin) 71,7%. (Alle Zahlen aus: DGB: Frau und Arbeit 11/12 '86).

Keine Leistungen vom Arbeitsamt zu bekommen, bedeutet für Erwerbslose keine Möglichkeit zu Weiterbildungs-, Fortbildungs- oder Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, keine Krankenversicherung und meist auch keine Dienstleistungen, da es für das Arbeitsamt wichtiger ist, ,,teure'' Erwerbslose zu vermitteln.

Waren bislang die nicht verheirateten Frauen bei der Berechtigung zur Arbeitslosenhilfe besser dran, ist durch die Novellierung des Arbeitsförderungsgesetzes seit 1.1.1986 verschärfend hinzugekommen, daß bei der Ermittlung der Bedürftigkeit der ,,eheähnliche Partner'' mit seinen Einkünften hinzugezogen wird (§ 137 Abs. 2a AFG). Nach dieser Regelung sollen Partner, die mit dem Erwerbslosen eine Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft haben, für den Erwerbslosen mit aufkommen. Die ,,Freibeträge'' belaufen sich dabei auf DM 150/Woche; jede zusätzlich verfügbare DM wird zu 100% von dem Anspruch des Erwerbslosen auf Arbeitslosenhilfe abgezogen! Die Freibeträge sind bewußt so tief angesetzt, damit möglichst viele Erwerbslose aus den Bezügen beim Arbeitsamt herausfallen. Oft bedeutet es für die Betroffenen, zum Sozialamt gehen und ,,Hilfe zum Lebenunterhalt'' beziehen zu müssen. Der Bund ist von Zahlungen entlastet, die Gemeinden sollen zahlen.

Entstanden war die Gleichstellung der ,,eheähnlichen Partner'' mit Ehepartnern, nachdem eine verheiratete Arbeitslosenhilfeempfängerin beim Bundessozialgericht eine Revision ihrer Klage erreicht hatte. Sie hatte wegen der Höhe der Arbeitslosenhilfe ihres Ehemannes kein Geld vom Arbeitsamt mehr bekommen. Das Bundesverfassungsgericht hatte auf Anfrage des Bundessozialgerichts zu prüfen, ob der § 137 AFG die Ehe in verfassungswidriger Weise diskriminieren.

Folge der Überprüfung seitens des Bundesverfassungsgerichts ist nun nicht, daß auch Ehepartner unabhängig voneinander Leistungen vom Arbeitsamt beziehen können, sondern daß — wen wundert's — auch ,,eheähnliche Partner'' zu Unterhaltsleistungen hinzugezogen werden. In verschiedenen Städten haben Arbeitsämter schon erhebliche Aktivitäten entwickelt, Erwerbslose zu Hause aufzusuchen und die Verhältnisse zu überprüfen. Besonders zynisch ist, daß es oft Arbeitslosenhaushalte trifft, bei denen dem Arbeitsamt mehrere gleiche Adressen zum Überprüfen vorliegen. Gefragt wird, ob Mahlzeiten zusammen bereitet und gegessen werden, ob die Miete von einer Person eingezahlt wird, wo die Lebensmittel aufbewahrt werden ... Es ist nämlich unerheblich, ob eine ,,innere Bindung'' oder eine ,,geschlechtliche Beziehung'' vorliegt; entscheidend ist halt die Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft.

Kriterium soll sein, ob aus ,,einem
entscheidend ist halt die Wohn- und Wirtschaftsgemeinschaft.

Kriterium soll sein, ob aus ,,einem Topf gewirtschaftet'' wird wie in einer Ehe, d.h. ob tatsächlich Geld oder geldwerte Leistungen (z.B. Kochen oder Wäsche waschen) zwischen den Partnern fließen. Auf einmal ist Hausarbeit eine geldwerte Leistung ...

Es ist also nicht so, wie es sich eine arbeitslose Frau in Oldenburg vorgestellt hatte, als sie auf einer Veranstaltung einen leitenden Angestellten des Arbeitsamtes Oldenburg fragte: ,,Wenn ich Sie jetzt küsse, sind Sie dann für mich unterhaltspflichtig?''

Auf dieser Veranstaltung mußte seitens des Arbeitsamtes zugegeben werden, daß für Erwerbslose, die auf Grund mangelnder Bedürftigkeit keine Leistungen vom Arbeitsamt beziehen, auch kein Krankenversicherungsschutz besteht. Einen Mitversicherungsanspruch — wie bei Familienangehörigen — in der Versicherung des Partners hat der Erwerbslose nicht. Auch das Sozialamt zahlt in diesen Fällen nicht, sondern beruft sich ebenfalls auf mangelnde Bedürftigkeit. Mit dieser scheinbaren Gleichstellung und de facto Benachteiligung wird ein Angriff auf Lebensformen verübt, die nicht der staatlichen Norm entsprechen. Der Erwerbslose ist darauf angewiesen, daß der Partner eine Krankenversicherung finanziert, wobei keinerlei rechtliche Verpflichtung besteht und diese Leistung somit nicht eingeklagt werden kann. Auch Uterhaltszahlungen können vom Partner nicht eingeklagt werden.

In Oldenburg gibt es ca. 100 Fälle, in denen auf der Grundlage des neuen Gesetzes verfahren wird. Das Arbeitsamt hatte mit besonderem Eifer Hausbesuche durchgeführt und nach einem internen Fragenkatalog die Verhältnisse überprüft, bis Mitte Januar vom Landesarbeitsamt Hannover die Aufforderung kam, die Schnüffelei vor Ort einzustellen, da sie unrechtmäßig sei. Erwerbslose seien lediglich dazu verpflichtet, bei Antragstellung die Fragen zur ,,eheähnlichen Gemeinschaft'' nach bestem Wissen und Gewissen zu beantworten und für Nachfragen des Arbeitsamtes offen zu sein.

In Reutlingen hatte das Arbeitsamt sogar noch vor Inkrafttreten des neuen Gesetzes einer erwerbslosen Frau die Leistungen gekürzt und als Begründung die Höhe der Arbeitslosenhilfe ihres Partners angeführt. Als die Frau später in einer anderen Stadt Arbeit fand, strich das Arbeitsamt die Arbeitslosenhilfe des Mannes vollständig, nachdem es sich vorher beim Arbeitgeber der Frau über die Höhe ihres Gehaltes erkundigt hatte. Nach einer Klage gegen diese Entscheidung wurde das Arbeitsamt vom Sozialgericht verpflichtet, die volle Arbeitslosenhilfe für den Zeitraum vor dem 1.1.86 nachzuzahlen. Für die Zeit ab 1.1.86 steht das Urteil noch aus. Es wird auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts gewartet, das vom Sozialgericht Fulda aufgefordert worden ist, die Verfassungsmäßigkeit des § 137 AFG zu prüfen. (Reutlinger Generalanzeiger, 4.2.87) Es wird auf diese Weise eine weitere staatliche Sozialpflicht privatisiert. Nach den vielen benachteiligten Ehefrauen sollen nun auch Partnerinnen aus ,,eheähnlichen Gemeinschaften'' in miese, unabgesicherte Lohnverhältnisse abgeschoben oder in die Abhängigkeit vom Partner getrieben werden. Es ist eine neue Problemgruppe unter den Erwerbslosen entstanden, indem auch nicht verheiratete Frauen aus der Arbeitslosenunterstützung gedrängt werden. Dies ist ein weiterer Schritt in der Verarmungspolitik gegenüber den Erwerbslosen, die seit Jahren andauert. Für die Unterstützung der Kampagne wurde ein Aufruf erstellt, der unter den folgenden Kontaktadressen bezogen werden kann:

EFA — Erwerbslose Frauen in Altona
Erzbergerstr. 1-3
2000 Hamburg 50

ALSO — Arbeitslosenselbsthilfe
Kaiserstr. 19
2900 Oldenburg

Arbeitslosentreff
Güntherstr. 1
3200 Hildesheim

In., Hamburg

(Bericht über die Aktion ,,Frauen stürmt die Arbeitsämter'' — AK 268, März '86)



VW: Wer den Schaden hat ...

VW: Wer den Schaden hat ...

Anläßlich des 50-millionsten Volkswagens planten die Konzernbosse dieses bundesdeutschen Renommierunternehmens eine große Feier. Sie mußte abgeblasen werden, weil die Chefetage eine Kröte zu schlucken hatte, die ihr noch immer schwer im Magen liegt: 480 Millionen DM sind in den Sand gesetzt worden — ein erkleckliches Sümmchen, wenn mensch bedenkt, daß der ausgewiesene Reingewinn des VW-Konzerns 1985 bei 596 Millionen DM lag.

Und das nicht etwa, weil das Autogeschäft schlecht läuft, vielmehr saßen die Konzernbosse ,,einem der größten Währungsschwindel der Geschichte'' (Financial Times) auf. Wie das? Jedes multinationale Unternehmen hält sich heutzutage eine Bankabteilung und handelt oder besser: spekuliert mit Devisen. Die gewaltigen Profitmassen, die auch bei VW existieren, stehen für Re-Investitionen nicht zur Verfügung, es sei denn, daß Überkapazitäten in Kauf genommen würden — aber für so dumm darf mensch die Manager nicht halten.

Und so wird halt emsig versucht, mit dem umhervagabundierendem Kapital selbst sogenannte ,,windfall profits'' herauszuschlagen, aus Spekulationsgeschäften mit Devisen, Kurs- und Zinsgewinnen, im Kauf amerikanischer Schatzbriefe usw. Bei VW ist nun ein Teilbereich dieser Geschäftspraktiken aufgeflogen, über dessen Ursachen die Bälle noch hin- und hergeschoben werden.

Fest steht, daß VW bei spekulativen Devisengeschäften hereingefallen ist. Die Verluste bei VW ergaben sich daraus, daß der Konzern sich 1985 verpflichtet hatte, einer amerikanischen Bank insgesamt 308 Millionen Dollar im DM-Kurs von 3 DM abzunehmen. Gleichfalls wollte der Konzern diese Dollars per Termingeschäft an die ungarische Nationalbank wieder zu einem etwas günstigeren Kurs verkaufen. Nach dem jetzigen Kenntnisstand existiert solch ein Geschäft mit der ungarischen Bank jedoch gar nicht — VW soll dem Schwindel eines Devisenhändlers aufgesessen sein, der den Terminkontrakt nur zum Schein abgeschlossen hat. Nun sitzt VW auf den 308 Millionen Dollar, dessen Kurs von ca. 3 DM auf inzwischen 1,80 DM gefallen ist. Der Verlust errechnet sich aus den 308 Millionen Dollar und dem Wertverfall von 1,20 DM pro Dollar, macht 308 x 1,20 = 369,6 Millionen DM. Hinzu kommen weitere Fehlspekulationen, zusammen eine knappe halbe Milliarde DM. Hintergrund dieses Geschäftes war der Verzicht seitens des VW-Konzerns, ein Warentermingeschäft abzuschließen, das in der Regel vor unberechenbaren Kursschwankungen und Währungsverlusten schützen soll. Diese Kurssicherungsgeschäfte laufen normalerweise wie folgt ab: VW erwartet — um ein fiktives Beispiel zu nehmen — in einem halben Jahr Deviseneinnahmen aus seinen Autoverkäufen aus den USA in der Größenordnung von 100 Millionen Dollar. Aus dieser Erwartung kauft VW bereits jetzt 100 Millionen Dollar zum Kurs von 1,8175 DM (= 181,75 Millionen DM). Mit einer anderen Bank wird das Termingeschäft abgeschlossen, in dem die 100 Millionen Dollar zum DM-Kurs von 1,8200 wieder verkauft werden (= 182,0 Millionen DM). Der reine Gewinn in DM beträgt also 0,25 Millionen DM, ohne daß VW real auch nur ein einziges Schräubchen verkauft hätte. Eine andere Form von Kurssicherungsgeschäften läuft wie folgt ab: ein Exporteur verkauft schon heute die aus seinem Geschäft erwarteten Dollareinnahmen (z.B. 100 Millionen) in DM. Sinkt der Dollarkurs bis zu dem Zeitpunkt, in dem der Exporteur in den Besitz der Dollareinnahmen kommt, erhält er im Tausch gegen die DM im nachhinein einen Gewinn. Der VW-Konzern hat zugegeben, im konkreten Fall kein Sicherungsgeschäft abgeschlossen zu haben. Im Prinzip läuft das Geschäft dann so ab wie beim letzten Beispiel, allerdings auf reiner Spekulationsbasis: sinkt der Dollarkurs, wird ein Gewinn eingefahren, steigt dieser, dann führt dies zu Verlusten. VW hat also die bitterböse Erfahrung machen müssen, auf die ein gewisser gebürtiger Trierer bereits im letzten Jahrhundert hinwies: das Geld als Maß der Werte ist nur *ideell* notwendig, während es als Zirkulationsmittel *reell* da sein muß, um umlaufen zu können (1. Band, 3. Kapitel des ,,Kapital''). Stockt die Zirkulation, weil das Termingeschäft mit der ungarischen Nationalbank auf einem Schwindel beruhte, dann zeigt sich sehr schnell, daß VW zwar immer noch seine Dollars zum Kurs von DM 3 hat, die reel allerdings nur DM 1,80 wert sind.

VW ist kein Einzelfall

Verlogen und provinziell zugleich verlaufen die bundesdeutschen Debatten über den VW-Reinfall. Da wird sich künstlich darüber aufgeregt, daß ein Konzern bankenähnliche Geschäfte tätigt, anstatt sich brav mit dem Verkauf von Autos zufriedenzugeben. dabei gehören solche reinen Devisen-, Kurs- und sonstige Spekulationsgeschäfte der multinationalen Konzerne zum normalen Alltagsgeschäft, das erhebliche Ausmaße angenommen hat. Allein der VW-Konzern handelt jährlich mit ca. 80-100 Mrd. DM auf den internationalen Devisenmärkten, wobei das reine Autoexportgeschäft nur rund 1% des gesamten Devisenhandelsvolumens ausmacht. Die Gewinne, die dabei erzielt werden, tauchen in keiner Bilanz auf. Es wird geschätzt, daß beispielsweise der Siemens-Konzern rund 18 Mrd. DM, Daimler-Benz rund 12 Mrd. DM Spekulationsgewinne erzielt haben. In Bankenkreisen kursiert bereits ein Witz, wobei Siemens als die zweitgrößte bundesdeutsche Bank (nach der Deutschen Bank) bezeichnet wird und sich die Mikrochip-Abteilungen nur zur Hobby-Pflege hält. Natürlich werden diese Geschäfte in den Devisenabteilungen der Konzerne in aller Stille abgewickelt; Gewinne tauchen nirgendwo auf, so daß es dem Staat schier unmöglich ist, selbst wenn er dies wollte, diese Spekulationsgewinne zu besteuern. Dabei hinken die bundesdeutschen Konzerne noch weit hinter den USA her, wo noch viel wilder herumspekuliert wird. Dort wird mit sogenannten ,,Zero-Bonds'' oder ,,Junk-Bonds'' gehandelt (Umfang: 145 Mrd. Dollar) — das sind zweifelhafte Papiere und Anleihen mit außerordentlichen hohen Zinssätzen von Schuldnern, die auf diese Weise an neues Kapital gelangen. Geht ein Schuldner konkurs, müssen diese Plunder-Anleihen von den Spekulanten in den Wind geschrieben werden.

Zweifellos handelt es sich bei der ,,Bankwerdung'' von Konzernen um eine neuere Erscheinung im real existierenden Kapitalismus. Die Ursachen liegen zum einen, so paradox dies klingen mag, in den seit Ende der sechziger/Anfang der siebziger Jahre niedrigeren industriellen Wachstumsraten. Die über-akkumulierten Profitmassen in den Konzernen werden nur noch zum Teil in die reale Kapitalakkumulation gesteckt — das Pendant dazu sind die Mitte der siebziger Jahre gewaltig angestiegenen und aufgeblähten privaten internationalen Kapitalmärkte (,,Eurodollarmarkt'') mit einem geschätzten Gesamtvolumen von 2,5 Billionen Dollar, die sich jeder nationalstaatlichen Kontrolle entziehen. Auf diesen privaten Kapitalmärkten werden täglich 200 Mrd. Dollar hin- und hergeschoben. Zum zweiten haben die Wechselkurs-Instabilitäten infolge des Übergangs zu freien Wechselkursen zugenommen. Sie sind für den einzelnen Warenexporteur unberechenbarer geworden, bieten aber gleichzeitig überhaupt erst den Reiz, mit diesen Unsicherheiten zu spekulieren. Dank der neuen Kommunikationstechnologien können heutzutage in Bruchteilen von Sekunden von jedem beliebigen Ort der Welt aus Dollarbestände in D-Mark, Pfund, Francs oder Yen getauscht und transferiert werden. VW hat also nur das praktiziert, was alle anderen Konzerne auch tun — nur ist keiner bisher so auf die Schnauze gefallen.

D./Westberlin

Bürgerrechte auf dem Pokertisch der EG

Türkischen Staatsangehörigen wird Freizügigkeit verwehrt

Seit einem halben Jahr geistern wiederholt Meldungen durch die Presse, daß seit dem 1.12.86 Türken in den ,,Genuß der vollen Freizügigkeit'' nach dem EG-Recht gelangt sind. Von panischem Entsetzen über den bevorstehenden ,,ungehinderten Zustrom'' bis zum frohlockenden ,,Die Ausländerbehörden sind laut Gesetz verpflichtet, jedem von Euch eine Aufenthaltserlaubnis zu Arbeitszwecken zu erteilen.'' (1) finden sich in diversen Kommentaren und Meldungen alle möglichen Bewertungen.

In der Tat besteht in diesem Zusammenhang auch eine gewisse Rechtsunsicherheit. Vor allem dürfte den Herrschenden in der EG aber ein Problem Kopfschmerzen bereiten, das weniger juristischer als politischer Natur ist. Die Frage nämlich wie der Türkei der Trumpf ,,Freizügigkeit'' aus der Hand zu verhandeln ist.

Allerdings scheint es übertrieben zu sein, die Probleme der Herrschenden mit der Freizügigkeit dahingehend auszulegen, daß hier eine Schwäche vorliegt, die es türkischen Staatsbürgern (Immigranten wie Asylsuchenden) ermöglicht, unter Umgehung des Ausländer- bzw. Asylverfahrensgesetzes Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis zu erlangen. Ein solcher Eindruck wurde verschiedentlich erweckt, hält aber bei eingehender Betrachtung der juristischen wie politischen Bedingungen der Überprüfung nicht stand. Den Staat zur Einhaltung seiner Gesetze zu zwingen ist sicher sinnvoll, welchen Gehalt dieses Abkommen tatsächlich hat und welche Möglichkeiten sich daraus ergeben wollen wir im Folgenden näher untersuchen.



Am 1.12.1964, kurz nach Abschluß des Anwerbeabkommens zwischen der BRD und der Türkei trat das Abkommen über die Assoziierung der Türkei mit der EWG in Kraft, das ,,später den Beitritt der Türkei zur Gemeinschaft erleichtern wird''. (2) Das Abkommen sah drei Entwicklungsphasen vor, an deren Ende die Türkei in die Lage versetzt sein sollte, alle Verpflichtungen, die sich aus dem Vertrag von Rom ergeben, zu erfüllen; insbesondere die Aufgabe jeglicher Importbeschränkungen. Die erste Phase sah ,,für die Stabilität der türkischen (Volks-)Wirtschaft eine einseitige Hilfe'' (3) vor. Sie umfaßte finanzielle und technische Hilfen. Außerdem sollte der Absatz türkischer Produkte kontingentiert zu EWG-Inlandszöllen ermöglicht werden. Gegenleistungen sollten während dieser Etappe nicht erbracht werden. In der zweiten und dritten Phase sollten Wirtschafts- und Handelsbeschränkungen schrittweise fallen und die Einbindung der Türkei in den gemeinsamen Markt herbeiführen. Die ökonomische Durchdringung des türkischen Marktes mit EG-Produkten und insbesondere die Stellung der Türkei auf den Märkten des Nahen und Mittleren Ostens waren wohl die wesentlichen Aspekte, die es für die EG verlockend erscheinen ließen, dieses Abkommen zu schließen.

Artikel 12 dieses Abkommens sieht vor, daß sich die Vertragsparteien (4) von den Artikeln 52 bis 56 und 58 des EWG-Vertrages (Römische Verträge) ,,leiten lassen'', um untereinander die Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit aufzuheben. Vom 23.11.1970, also gegen Ende der ersten Phase des Abkommens und in etwa auch zum Zeitpunkt des Anwerbestopps datiert ein Zusatzprotokoll, das Bestandteil des Abkommens ist. In seinem Artikel 36 wird die Formulierung des Abkommens präzisiert: ,,*Die Freizügigkeit der Arbeitnehmer zwischen den Mitgliedstaaten der Gemeinschaft und der Türkei wird nach den Grundsätzen des Artikels 12 des Assoziierungsabkommens zwischen dem Ende des zwölften und dem Ende des zweiundzwanzigsten Jahres nach dem Inkrafttreten des genannten Abkommens schrittweise hergestellt. Der Assoziationsrat (5) legt die hierfür erforderlichen Regeln fest.*'' (6) Die Tätigkeit des Assoziationsrates beschränkte sich auf wenige Beschlüsse. Lediglich in arbeitserlaubnisrechtlicher Sicht wurde türkischen Erwerbstätigen eine gewisse Angleichung an die Rechte der EG-Ausländer gewährt. Diese gilt allerdings erst nach vier Jahren ,,ordnungsgemäßer Beschäftigung'' und acht Jahren ,,rechtmäßigen Aufenthalts'' (7) Ansonsten bestanden die Beschlüsse des Assoziationsrates in der Bestätigung der restriktiven Praxis der EG-Mitgliedsländer in ausländerpolitischen Fragen. Seit dem Putsch 1980 tagte der Assoziationsrat nicht mehr, mit Rücksicht auf demokratische Proteste in Europa wegen der faschistischen Unterdrückung in der Türkei. Erst im September 1986 kamen die Mitglieder dieses Gremiums wieder zusammen. Tagesordnung: Freizügigkeit. Ergebnis: keins.

Erst im September 1986 kamen die Mitglieder dieses Gremiums wieder zusammen. Tagesordnung: Freizügigkeit. Ergebnis: keins.

Nur auf den ersten und juristisch ungeübten Blick scheint die Formulierung im Zusatzprotokoll klare und verbindliche Rechte ab einem bestimmten Zeitpunkt zuzusichern. Bis zum 1.12.1986, dem Ende des 22. Jahres wurde jedenfalls nichts unternommen, was der Begriff ,,Freizügigkeit'' verdiente. Juristisch bieten die Formeln des Abkommens (sich leiten zu lassen) und die des Zusatzprotokolls (nach den Grundsätzen des Art. 12) genügend Hintertürchen für Winkeladvokaten. Der größte Trumpf in Händen der EG zur Verhinderung der Durchführung der Freizügigkeit besteht in dem Zusatz, daß der Assoziationsrat die hierfür erforderlichen Regeln festlegt. ,,*Aus der Verpflichtung des Assoziationsabkommens, die Freizügigkeit der Arbeitnehmer und die Niederlassungsfreiheit schrittweise herzustellen, ergeben sich für das geltende Aufenthaltsrecht keine Vergünstigungen für türkische Staatsangehörige. Aus der Formulierung des Vertrages ergibt sich eindeutig, daß es insoweit einer Konkretisierung durch Assoziationsratsbeschlüsse bedarf, um den Vertragszweck in konkrete Einzelpflichten umzusetzen. Es handelt sich, wie der VGH Baden-Württemberg zu Recht für die Niederlassungsfreiheit ausgedrückt hat, um bloße Programmsätze, die keiner (dynamischen Auslegung) analog der Rechtsprechung des EuGH zugänglich sind, mit deren Hilfe ein erst zu erreichendes Vertragsziel bereits als verwirklicht fingiert wird. Der VGH Baden-Württemberg stellt fest: ,Die Fassung dieser Vertragsbestimmung erlaubt lediglich die Folgerung, daß es den Vertragsparteien um die künftige Verwirklichung eines Rechtszustandes geht; sie schließt aus, eine irgendwie geartete rechtliche Wirkung aus ihr abzuleiten, die auf eine Verpflichtung der Ausländerbehörde hinauslaufen könnte, in dem hier maßgeblichen Zusammenhang eine wohlwollende Prüfung vorzunehmen.*' '' (8) Ob ein derartiges Urteil einer eingehenden rechtlichen Überprüfung höherer Instanzen standhalten wird bleibt fraglich, insbesondere auch deshalb, weil mittlerweile der Termin, zu dem die Verwirklichung des oben genannten Zieles anstand, verstrichen ist. ,,*Der türkische Jurist Izettin Dogan, ein Experte im Gemeinschaftsrecht, ermunterte jetzt in der Zeitung Milliyet seine auswanderungswilligen Landsleute, den im Assoziationsvertrag zugesagten Anspruch auf Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis von den Europarichtern prüfen zu lassen. Dogan ist optimistisch, daß sich die Völkerwanderung auf dem Rechtsweg bewerkstelligen ließe: Es gibt nicht den geringsten Zweifel daran, daß man einen solchen Prozeß gewinnen würde.*'' (9) Ein solches Verfahren ist derzeit anhängig. Die Leute, die am 1.12.86 aus den Niederlanden ohne Visum in die BRD einreisen wollten und zurückgewiesen wurden, haben eine solche Klage angekündigt.

Immerhin ist der Text des Abkommens, insbesondere des Zusatzprotokolls soweit konkret gefaßt, daß sich für die EG bzw. die Mitgliedstaaten (10) Handlungspflicht ergibt. Insbesondere sind die Organe der EG (Kommission, Rat) ,,aufsichts- wie hand-

kolls soweit konkret gefaßt, daß sich für die EG bzw. die Mitgliedstaaten (10) Handlungspflicht ergibt. Insbesondere sind die Organe der EG (Kommission, Rat) ,,aufsichts- wie handlungspflichtig''. (11)

Ausführlich widmet sich die einschlägige Literatur dem Verhältnis von EG-Recht zu nationalem Recht der Mitgliedstaaten. Bedeutungsvoll ist das deshalb, weil es sich beim Assoziierungsabkommen um einen sog. gemischten zweiseitigen Vertrag handelt, d.h. auf der einen Seite die Türkei, auf der anderen die EG *und* die einzelnen Mitgliedstaaten. ,,*Es gibt daher aufgrund des Assoziationsrechts lediglich völkerrechtliche Bindungen, die den Staaten grundsätzlich auch die Freiheit lassen, sich durch Setzung innerstaatlich abweichenden Rechts vertragsbrüchig zu verhalten.*'' (12)

Zu einem anderen Ergebnis kommt Krück: ,,*Ein einzelner Mitgliedstaat kann sich zwar, z.B. innerhalb der Regelung des internen Durchführungsabkommens, an die EWG und die anderen Mitgliedstaaten wenden, er ist jedoch rechtlich nicht in der Lage, dem Assoziationspartner gegenüber einzelne Bestimmungen des Assoziierungsabkommens in Frage zu stellen, deren Neuverhandlung zu verlangen oder gar eine Kündigung auszusprechen.*'' (13)

Eine weitere Möglichkeit, den Vertrag in diesem Punkt nicht erfüllen zu müssen, liegt im Verweis auf die Nichtbeitrittserklärung der Türkei. ,,*Gerade der Zweck der Assoziierung, den türkischen Beitritt vorzubereiten, ist aber Anlaß zu Zweifeln, ob die Freizügigkeitsverpflichtungen des Abkommens nach Ablauf der Übergangszeit unverändert fortbestehen. Die Tatsache, daß 20 Jahre nach Abschluß des Abkommens der türkische Beitritt heute aus einer Reihe von wirtschaftlichen und politischen Gründen in weite Ferne gerückt ist, kann — unabhängig von möglichen weiterreichenden Folgen einer Modifizierung des Vertrags infolge Wegfall der Geschäftsgrundlage oder eines Kündigungsrechts — für den materiellen Gehalt der Freizügigkeit nicht ohne Auswirkungen bleiben.*'' (14) Allerdings räumt auch er ein, daß die Bundesregierung das Zusatzprotokoll in Kenntnis der Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt zu einem Zeitpunkt ratifizierte, als der Anwerbestop bereits beschlossene Sache war. Ein ,,Wegfall der Geschäftsgrundlage'' könne somit nicht ins Feld geführt werden. (15)

Desweiteren wird argumentiert, daß selbst für die EG-Vollmitglieder Griechenland, Spanien und Portugal in puncto Freizügigkeit Übergangsregelungen geschaffen wurden, die z.B. im Falle Griechenlands die volle EG-Freizügigkeit erst ab 1.1.1988 vorsehen.

Wir sehen, juristisch bestehen einige Möglichkeiten, die Nichteinhaltung dieses Passus zu betreiben, mindestens besteht die Möglichkeit durch Blockade des Assoziationsrates eine Entscheidung langfristig zu verzögern. Haus- und Hofjuristen sind, wie zu sehen war, damit beschäftigt, alle möglichen Auswege aus dem Dilemma zu suchen. Wenn in dieser Frage eine politische Entscheidung ausbleibt, ist es sehr fraglich ob der EuGH die anstehenden Verfahren ,,immigrantenfreundlich'' entscheiden wird. Zu erwarten ist eher, daß die Hinhaltetaktik auch von dieser

Entscheidung ausbleibt, ist es sehr fraglich ob der EuGH die anstehenden Verfahren ,,immigrantenfreundlich'' entscheiden wird. Zu erwarten ist eher, daß die Hinhaltetaktik auch von dieser Seite Unterstützung erfährt.

Problematisch ist die ganze Angelegenheit für die EG deshalb auch weniger in juristischer als in politischer Hinsicht. Soeben hat die Türkei mit den USA den Ausbau der Handelsbeziehungen beschlossen, die seit jeher bestehende Konkurrenz wird dadurch neu belebt. Zwar ist die EG mit Abstand der wichtigste Handelspartner der Türkei, die Verhältnisse waren aber auch schon einmal umgekehrt. Die Türkei pokert derzeit hauptsächlich mit ihrem Antrag auf Vollmitgliedschaft, den sie in ,,nächster Zeit'' zu stellen beabsichtige. Stellungnahmen von offizieller Seite aus den Staaten der EG sind in dieser Frage nicht erhältlich, will man sich doch die Türkei unbedingt warmhalten. Andererseits kann es eine Zustimmung zur Freizügigkeit vor allem von Seiten der BRD nicht geben, da dies der herrschenden Ausländerpolitik diametral entgegenstehen würde. Alles was durch Ausländerfeindlichkeit und Rückkehrhilfen in der letzten Zeit erreicht worden ist, inclusive der damit in der Türkei erreichten Abschreckung würde dennoch nicht verhindern, daß eine verstärkte Immigration, vor allem in die BRD erfolgen würde. Der türkische Staat nutzt die Gunst der Stunde auch innenpolitisch, kann er sich doch in dieser Frage zur Interessenvertretung des türkischen Volkes mausern. Andererseits hat Özal deutlich signalisiert, daß die Angelegenheit für ihn Verhandlungssache ist: ,,*Wenn von uns verlangt wird, auf die Freizügigkeit zu verzichten, müssen die Interessen der Türkei berücksichtigt werden.*'' (16) Ein ernstes Interesse an der Freizügigkeit besteht in der Türkei wohl nur unter den Menschen, die sich darin einen Ausweg aus Arbeitslosigkeit und Elend versprechen. Für die Regierung sind zwar die Devisen, die durch die Arbeitsemigration ins Land geholt werden eine angenehme Sache, aber angesichts der Aussichtslosigkeit, diesen Punkt durchsetzen zu können, eher nebensächlich. Außerdem ist wohl anzunehmen, daß die hohe Arbeitslosigkeit in der Türkei, verbunden mit einer äußerst scharfen Repression gegen die bereits wieder aufkommende Arbeiterklasse (17) als Reglementierungsinstrument gerade recht kommt.

Berücksichtigt wurde die Verhandelbarkeit der Freizügigkeit von Seiten der BRD durch eine sogenannte ,,Rüstungssonderhilfe'', die im Herbst letzten Jahres gewährt wurde und die Freigabe der nach dem Putsch von der EG gesperrten Türkei-Hilfe, die sich mittlerweile zu satten 1,2 Mrd DM angehäuft hat. Kleine Geschenke erhalten die Freundschaft! Özal ließ jedoch durchblicken, daß dies nicht der Preis ist, zu dem der türkischen Regierung dieses Recht abzukaufen ist. Um ihn in die Höhe zu treiben ließ er in den vergangenen Monaten wiederholt Meldungen lancieren, nach denen ein Antrag der Türkei auf Vollmitgliedschaft unmittelbar bevorstünde. ,,*Ein Antrag auf Vollmitgliedschaft in der EG, den die Türkei verschiedentlich erwogen hat, würde die Gemeinschaft, die nein sagen müßte, in eine ebenso peinliche Situation bringen wie Ankara, das sich zurückgesetzt fühlen würde. Die Europäer sind, um dies zu vermeiden, sicherlich bereit, der Türkei Unterstützung anzubieten. Wenn man sich auf eine solche Formel schnell und still einigen könnte, wäre beiden Seiten am meisten geholfen.*'' (18) Klarer noch als die FAZ formulierte Springers Hamburger Abendblatt die Interessen der EG: ,,*Die EG läßt der Türkei auf allen nur möglichen Kanälen bedeuten, daß sie den Antrag auf EG-Mitgliedschaft noch zurückhalten möge, ,daß erst einmal die Möglichkeiten des Assoziationsvertrages von 1964 voll ausgeschöpft werden' sollten. Dahinter steht die kaum verhüllte Abneigung, sich nach dem Beitritt Spaniens, Portugals und Griechenlands noch einen Kostgänger aufzuladen.*'' (19)

Trotz dieser, von allen Seiten eingestandenen Brisanz, beschloß die Außenministerkonferenz der EG auf Betreiben der BRD ein ,,Verhandlungsangebot'', das nichts weiter versucht, als die Festschreibung des Status quo. Geringfügige Erleichterungen bei der Familienzusammenführung der ersten Generation waren das einzige, was nicht am Veto der BRD scheiterte. (20)

Wie gezeigt, bestehen sowohl politische wie auch juristische Schwächen in dieser Frage. Auch die Praxis der Behörden ist von dieser Unsicherheit gekennzeichnet. So gelang es bei diversen Aktionen in Hamburg, der Ausländerbehörde unter Berufung auf das Assoziierungsabkommen eine sogenannte A4-Bescheinigung abzuringen. Dies bedeutet eine vorläufige Legalisierung des Status der Antragsteller/innen incl. der Möglichkeit eine Arbeitserlaubnis erteilt zu bekommen. Bislang ist aber über die Anträge noch nicht abschließend entschieden worden. Nach einer

der Möglichkeit eine Arbeitserlaubnis erteilt zu bekommen. Bislang ist aber über die Anträge noch nicht abschließend entschieden worden. Nach einer Weisung des Innenministeriums sind die Ausländerbehörden mittlerweile dazu übergegangen, solche Anträge überhaupt nicht mehr entgegenzunehmen. Eine juristische Auseinandersetzung über diese Praxis der Behörden steht noch aus. Ob es aber auf diesem Wege gelingen kann, z.B. für abgelehnte Asylsuchende türkischer Nationalität eine Sicherung ihres Aufenthalts zu erreichen, bleibt zweifelhaft. Wie in anderen Forderungen hängt es auch hier davon ab, in welchem Maß sich eine empörte Öffentlichkeit zur Durchsetzung dieses Rechts mobilisieren läßt. Bislang ist dies immer der Schwachpunkt unserer Aktionen gegen die herrschende Ausländergesetzgebung und ihre Durchführung gewesen. Die Verbreitung von Jubel-Optimismus (jetzt endlich die Lücke gefunden zu haben) halten wir angesichts des dargelegten Sachverhalts für unangebracht.

AG Ausländer

Anmerkungen:

1) Flugblatt der ,,Gesellschaft zur Unterstützung von Gefolterten und Verfolgten'', Hamburg 19.2.87
2) Präambel des Assoziationsvertrages s. Hans Krück in: EuR 1984 289ff
3) Muhlis Ete, Probleme der Assoziierung der Türkei mit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, München 1963
4) ,,Die Vertragsparteien kommen überein, das Assoziierungsabkommen so auszulegen, daß unter dem im Abkommen enthaltenen Wort ,Vertragsparteien' einerseits die Gemeinschaft sowie die Mitgliedstaaten oder aber entweder die Mitgliedstaaten oder die Gemeinschaft allein und andererseits die Republik Türkei zu verstehen ist. Die jeweilige Bedeutung des Wortes ergibt sich aus den in Frage stehenden Bestimmungen des Vertrages zur Gründung der Gemeinschaft. In bestimmten Fällen können mit ,Vertragsparteien' während der Übergangszeit des Vertrages zur Gründung der Gemeinschaft die Mitgliedstaaten und nach Ablauf dieser Übergangszeit die Gemeinschaft gemeint sein.'' (Anhang des Abkommens, in: Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften 1964, S. 3.700)
5) Der Assoziationsrat besteht aus je einem Vertreter der Mitgliedstaaten, der Europäischen Kommission und der Türkei. Er kann Beschlüsse nur einstimmig fällen.
6) § 12 d. Abk. s. ABl. 1964 (Anm. 4)
7) Kay Hailbronner in: EuR 1 1984, S. 69f vgl. §§ 1-3 AEVO u. § 119 AFG
8) ebenda, S. 69 (VGH BW, Urt. v. 10.5.1982 (Az. 1 S 1761/81)
9) FR, 5.12.1986
10) s. Anm. 4
11) Krück, S. 305
12) Hailbronner, S. 75
13) Krück, S. 303
14) Hailbronner, S. 73
15) ebenda, S. 79f
16) Hürriyet, 8.10.1986
17) s. AK 279, S. 27
18) FAZ, 3.12.1986
19) HA, 5.11.1986
20) FR, 5.12.1986

Arbeiterjugendzentrum geräumt — Nazizentrum geschützt

Die Bielefelder Polizei demonstriert den Rechts-Staat



Foto: Jürgen Siegmann

Am Freitag, 27.März, wurden 100 Leute im Arbeiterjugendzentrum (AJZ) in Bielefeld 6 Stunden lang festgehalten. Erst nach Feststellung ihrer Personalien und einer Durchsuchung der Räume nach „waffenähnlichen Gegenständen" wurden sie nach Mitternacht freigelassen. Als Anlaß diente die vorherige Demonstration gegen das neofaschistische Zentrum in Bielefeld. Dort finden jeden Freitag überregionale Treffen der Nationalistischen Front statt. Antifaschisten wollten dieses Treffen durch eine Blockade verhindern.

Die Blockade dauerte nicht einmal 10 Minuten, bis die Bullen aufzogen und mit dem Rücken zu den Faschisten die Demonstranten mit Prügel eindeckten und einkesselten. Zuvor waren die Faschisten schon mit Leuchtpistolen und Stahlkugeln gegen die Demonstranten vorgegangen.

Nach Beendigung der Aktion sammelten sich die Antifaschisten zur Beratung im AJZ, das nicht weit vom Zentrum der Nationalistischen Front (NF) entfernt ist. Vor dem AJZ zogen nach einer halben Stunde massive Polizeikräfte auf, weil „Beamte beobachtet hatten, daß die mit Schlaggeräten bewaffneten Demonstranten sich dorthin zurückgezogen hatten" (1). Die Faschisten blieben in ihrem Zentrum völlig unbehelligt., Inzwischen hatten sich ca. 150 Leute vor dem AJZ versammelt, um die Eingeschlossenen zu unterstützen. Die Grünen bemühten sich im Polizeipräsidium um den Abzug der Bullen. Kurz nach Mitternacht wurde die Eingangstür des AJZ aufgebrochen, die Räume wurden nach „waffenähnlichen Gegenständen" durchsucht, und die Personalien aller Anwesenden wurden aufgenommen. Einige wurden bis 4 Uhr morgens im Polizeipräsidium festgehalten, darunter ein Mitarbeiter der Antifakoordination, der als „Rädelsführer" betrachtet und mit Ermittlungen wegen „schwerem Landfriedensbruch" bedacht wird. Am Samstag fand in der Innenstadt eine spontane Protestdemonstration mit ca. 300 Leuten statt, die von einem Bullenspalier begleitet wurde.

Aufbau eines neofaschistischen Zentrums in Bielefeld

Im Februar 1986 kaufte die NF das Haus in der Bleichstrasse 143 und verlagerte damit ihr Aktionsfeld aus dem

Aufbau eines neofaschistischen Zentrums in Bielefeld

Im Februar 1986 kaufte die NF das Haus in der Bleichstrasse 143 und verlagerte damit ihr Aktionsfeld aus dem

Raum Steinhagen/Gütersloh nach Bielefeld. Die NF, die sich in der „nationalrevolutionären" Tradition der Brüder Strasser sieht und sich am Vorbild der SA orientiert, war erst am 16.11.1985 in Steinhagen gegründet worden. Mit Meinolf Schönborn wohnt jetzt auch der Generalsekretär der NF zusammen mit dem aktiven Neonazi Meinhard Elbing in der Bleichstraße. Seit dieser Zeit häufen sich Schmieraktionen gegen das IBZ, und immer wieder werden Ausländer und Besucher des benachbarten AJZ belästigt und zusammengeschlagen. (2)

Ähnlich wie die NF schien nun auch die FAP in der Lage gewesen zu sein, Geldquellen zu erschließen: FAPler hatten zusammen mit der NF einen Kotten in Steinhagen bewohnt und konnten sich nach ihrem Rauswurf ebenfalls den Kauf eines Hauses im Bielefelder Süden leisten. Hier fiel die FAP Anfang April 1986 erstmals mit einer Flugblattaktion unter dem Namen „Bürgeraktion Unsere Deutsche Zukunft" auf. Hervorgegangen war die hiesige FAP aus den Jungen Nationaldemokraten (NPD) in Gütersloh, die sich damals noch unter der Führung des jetzigen Spitzenfunktionärs der NF, Schönborn, befunden hatten. (3)

> Meinhard Elbing (geb. 1957; von 1980 bis Frühjahr 1986 Mitglied der Grünen) gehört heute zum harten Kern der NF. Bei fast allen Nazi-Aktionen wurde er von Zeugen erkannt, aber bislang nur verurteilt, weil er 1985 den Infostand der Steinhagener Friedensini überfallen hatte. Am 1.9.84 war er nach Besuch des GDS-Seminars in Bad Godesberg an der Prügelaktion gegen Bonner Punker beteiligt; er wurde freigesprochen, obwohl Zeugen ihn identifizieren konnten. Im Dezember 1985 war er Zeuge im Schönborn/Schubert-Prozeß (beide hatten einen Juso zusammengeschlagen); angeblich hatte er nichts gesehen und geriet deshalb unter Meineidverdacht, nachdem die beiden Angeklagten verurteilt worden waren. (24) Anfang November 1986 Beteiligung an Störaktionen gegen eine Veranstaltung der Arbeiterwohlfahrt und dann gegen das Antifa-Treffen der Jusos. (8) Daß Zeugen ihn erkannt hatten, blieb bislang ohne rechtliche Konsequenzen. Am 27.März vorübergehende Festnahme, weil er die Bullen mit eiger Machete angegriffen hatte. (15)
>
> Meinolf Schönborn ist Besitzer des Hauses in der Bleichstraße 143 und Generalsekretär der NF. Zuvor war er Chef der JN in Gütersloh, Mitglied im NPD-Landesvorstand und dann FAPler. (3) Dezember 1985 verurteilt, weil er mit dem ehemaligen Nazirocker Michael Schubert einen Juso zusammengeschlagen hatte. (24)

NF wird aktiv

Seit Herbst 1986 häuften sich die militanten Auftritte der Neofaschisten: nachdem Anfang November einige Neonazis (u.a. Elbing, der von Zeugen erkannt wurde) eine Diskussionsveranstaltung der Arbeiterwohlfahrt zum Ausländerwahlrecht gestört hatten (4), erreichten die neofaschistischen Aktivitäten am 8./9.11.86 zum Jahrestag

> **Bilanz der Nazi-Aktionen in Bielefeld**
>
> 18.1.85: Elbing und Giesselmann werden bei einer Schmieraktion am IBZ erkannt, beide werden freigesprochen. (17)
> 14.9.85: FAP-Büchertisch in der Innenstadt: Acht Nazis und drei Gegendemonstranten werden wegen Besitz von Waffen bzw. waffenähnlichen Gegenständen festgenommen; der Wurf eines Eies gegen die FAPler zieht ein Verfahren wegen Landfriedensbruch nach sich. (18)
> 5.10.85: Mehrere Nazis überfallen nach der Sare-Demonstration ein Studentenfest und verletzen Anwesende durch Tränengas. (16)
> 5./6.10.85: Anschläge gegen Theater und Mitarbeiter wegen Aufführung antimilitaristischer Stücke. (19)
> 25.1.87: Vier Rechtsradikale stören Wahlparty im Rathaus. (2)
> 30.1.87: Zugereiste und ca. 30 Bielefelder Nazis feiern den Jahrestag der „Machtergreifung". (2)
> 14.2.87: Im Haller Forst werden 11 Nazis nach einer Wehrsportübung festgenommen. (20)
> 14.3.87: 15 Nazis mischen sich unter eine Bauerndemo: NF und FAP verteilen als „Bauerninitiative aus Moorkirch" Flugblätter und entrollen ein Transparent („Bauerntod — Volkestod. Deutschland erwache!"), das am selben Tag auch an der Fassade des NF-Zentrums zu sehen ist. (21)

nommen. (20)
14.3.87: 15 Nazis mischen sich unter eine Bauerndemo: NF und FAP verteilen als „Bauerninitiative aus Moorkirch" Flugblätter und entrollen ein Transparent („Bauerntod — Volkestod. Deutschland erwache!"), das am selben Tag auch an der Fassade des NF-Zentrums zu sehen ist. (21)

der sog. Reichskristallnacht ihren ersten Höhepunkt. Es wird deutlich, daß sich in der Bleichstraße 143 nicht „nur" der Wohnsitz einiger Neonazis befindet, sondern daß hier ein bundesweites NF-Zentrum entstehen soll. An diesem Wochenende fand dort der sog. „Bundestag" der NF mit etwa 40 Teilnehmern statt, der das Ziel hatte, die NF als bundesweite Organisation zu konstituieren. (5) Daß sich die aus der ganzen BRD angereisten Nazis nicht nur auf organisatorische Fragen beschränkten, zeigt die bislang einzigartige Bilanz dieses Wochenendes:

— Auf dem jüdischen Friedhof in Bielefeld wurden 47 Grabsteine beschmiert. (Bereits am 1.8.1986 war gleiches auf dem jüdischen Friedhof in Werther geschehen) (6). Einige Tage später wurde ein 17-jähriger Schüler verhaftet, der sich natürlich als Einzeltäter bezeichnet. Anfang Februar 1987 schloß sich das Gericht dieser Ansicht an: es habe sich um einen Einzeltäter gehandelt, der — im August 1986 aus der FAP ausgeschlossen — sich so die Gunst der NF habe erwerben wollen. (7)

— Bei der Heinrich-Heine-Buchhandlung, dem Dritte-Welt-Haus und dem „Löwenzahn" wurden die Scheiben eingeworfen. (8)

— In Gütersloh überfielen 15-20 Nazis (darunter erneut Elbing, der wieder von Zeugen erkannt wurde) ein Antifa-Treffen der Jusos und verletzten 3 Teilnehmer mit Tränengas. Die Polizei blieb untätig. (8)

Antifa-Aktivitäten

Für die antifaschistische Arbeit in Bielefeld rückte von nun an das Haus in der Bleichstraße 143 in den Mittelpunkt: „Anwohner der Bleichstraße und andere betroffene Bürger" fordern ein sofortiges Verbot aller neofaschistischen Organisationen und die sofortige Auflösung des NF-Zentrums in der Bleichstraße. Als erste Protestaktion in der Bleichstraße fand am 18.11.86 eine von den Jusos angemeldete Kundgebung statt, an der mehrere hundert Menschen teilnahmen und in deren Verlauf einige Scheiben des NF-Zentrums zu Bruch gingen. (9) Gut zwei Wochen später, am 5.12.86 nahmen etwa 1500 Menschen an der bis heute größten Bielefelder Demo gegen das NF-Zentrum teil, zu der 60 Organisationen aufgerufen hatten. Seit Dezember 1986 beobachtet die Nachbarschaftsini, deren Mitglieder jetzt immer wieder mit Morddrohungen belästigt werden, eine verstärkte Propagandaarbeit der NF in der Bleichstraße und Umgebung. Dabei findet neben Flugblättern auch die ehemalige JN-Zeitung „Klartext" Verwendung. (10) Besucher des NF-Zentrums, die angeworben werden sollten, berichten hinterher, daß es sich um ein gut ausgerüstetes Schulungszentrum mit Versammlungssaal, Rednerpult, Video- und Stereoanlage handelt.

Nachdem sich der Rat der Stadt Bielefeld am 26.2. geweigert hatte, ein sofortiges Versammlungsverbot gegen die NF zu erlassen (11), versuchten am 6.März 150-200 Antifaschisten eine Blockade der Bleichstraße, um die dort freitags regelmäßig stattfindenden Treffen mit Neuangeworbenen und NF-Sympathisanten zu verhindern. Entgegen vorherigen Absprachen warfen einige Blockierer die Scheiben des NF-Zentrums ein, so daß ein Teil der Anwesenden aus Angst vor Bullenübergriffen die Bleichstraße vorzeitig verließ. (12) Im Anschluß an diese Aktion zerstörten Nazis beim Sprecher der Nachbarschaftsini die Scheiben. (13) Die nächste Blockade der Bleichstraße sollte dann am 27.März stattfinden.

„Der Feind steht links"

Anlaß zum längst überfälligen Wechsel auf die zweite taktische Variante bot sich nach der Atommüllkonferenz in Bielefeld am 21./22.2.: Als die Grünen am 26.2. im Stadtrat eine Strafanzeige gegen Eigentümer und Bewohner des NF-Zentrums, ein Verbot der NF durch die Landesregierung und ein sofortiges Versammlungsverbot gegen die NF forderten konterten CDU und FDP, die Grünen hätten die Linksradikalen nach Bielefeld geholt. Nicht nur das CDU-nahe „Westfalenblatt" schloß sich erwartungsgemäß an, son-

gegen Eigentümer und Bewohner des NF-Zentrums, ein Verbot der NF durch die Landesregierung und ein sofortiges Versammlungsverbot gegen die NF forderten konterten CDU und FDP, die Grünen hätten die Linksradikalen nach Bielefeld geholt. Nicht nur das CDU-nahe „Westfalenblatt" schloß sich erwartungsgemäß an, son-

dern in leicht modifizierter Form auch die stärker sozialdemokratisch orientierte „Neue Westfälische": „Es wäre

> Nach Polizeiangaben existieren zur Zeit (Stand Dez.86) vier rechtsextreme Organisationen in Bielefeld:
> — Die FAP mit 15 Mitgliedern sei für die meisten Klebezettel und Wandschmierereien verantwortlich.
> — Die NF habe acht Mitglieder unter der Führung des Generalsekretärs Schönborn.
> — Die HNG („Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e.V.") mit drei Mitgliedern, darunter die erste Vorsitzende Christa Görth.
> — Die NPD mit 25 Mitgliedern, deren Jugendorganisation JN allerdings in die NF aufgegangen sei. (22)

schon gut, ...wenn im Rat der Stadt gelegentlich sehr deutlich gemacht würde, daß alle Fraktionen den Extremismus von rechts und links gleichermaßen ablehnen ... Wer gegen die eine Bedrohung ist, muß auch gegen die andere sein. Und Faschismus gibt es nicht nur rechts, sondern auch links...". (14) Überraschenderweise (?) hatte der Wechsel auf die Totalitarismustheorie und der in diesem Zusammenhang erhobene Vorwurf des Linksfaschismus Wirkung bis in Teile der antifaschistischen Bewegung hinein. Platten Linksfaschismusvorwürfen darf sich ein sich halbalternativ dünkendes Stadtblatt zwar nicht anschließen, doch aus der internen Kritik innerhalb der Autonomen (das Einwerfen von Scheiben bei dem Blockadeversuch am 6.3. verstieß gegen vorherige Absprachen) wurde eine Kritik an Gewaltanwendung gegen Faschos schlechthin und damit eine Distanzierung von den Autonomen: Assoziationen zu den Straßenkämpfen in der Endphase der Weimarer Republik wurden beschworen, und die Autonomen wurden gewarnt: „Straßenschlachten und kaputte Fensterscheiben liegen nicht unbedingt im Kalkül der Neonazis, wohl aber in ihrem Interesse. Sie bringen...einen satten Attraktivitätsgewinn. Und Blockaden und Steinwürfe ...fördern diesen Effekt. (13)

Nachbarschaftsinitiative geht auf Distanz

Einen Tag vor der großen Bullenaktion gegen das AJZ wich auch ein Teil des antifaschistischen Spektrums vor der rechten Hetzkampagne zurück. Während eines Podiumsgesprächs der Nachbarschaftsini mit Vertretern der Polizei distanzierte sich Pfarrer Schroeder (Nachbarschaftsini) entschieden von Farbbeutel- und Steinwürfen gegen die Fassade (!) des NF-Zentrums: „Es gibt auch faschistisches Handeln, das aus einer genz anderen Ecke kommt". Die Bullen selber waren auf dem Podium mit Polizeioberrat Begemann vertreten, der einen Tag später den Einsatz gegen das AJZ mitzuverantworten hatte: „Wir versuchen sicherzustellen, daß sich jedermann frei versammeln kann ... Wir schützen die Rechtsordnung ... Niemand könne verlangen, daß die Polizei rechtswidrig in das Haus von Schönborn eindringe". (1) Er und seine Mannen würden fürchterlich leiden, wenn gegen sie der Vorwurf erhoben wird, sie schützten die Faschisten. Das letzte Wort hatte der SPDler Klösel (er durfte als Betroffener auftreten): „Wir lassen ... nicht zu, daß die Polizei, die wir alle brauchen, pauschal verurteilt wird". (1) Angesichts der Vorabdistanzierung des gemäßigten und sozialdemokratisch orientierten Spektrums und der damit verbundenen Isolierung der Autonomen, dürfte die Polizei wohl gehofft haben, daß Belagerung und Stürmung des AJZ zu diesem Zeit-

sen ... nicht zu, daß die Polizei, die wir alle brauchen, pauschal verurteilt wird". (1) Angesichts der Vorabdistanzierung des gemäßigten und sozialdemokratisch orientierten Spektrums und der damit verbundenen Isolierung der Autonomen, dürfte die Polizei wohl gehofft haben, daß Belagerung und Stürmung des AJZ zu diesem Zeit-

punkt verhältnismäßig wenig öffentlichen Protest provozieren würden. So kritisierte denn auch die VNW nicht den Schlag gegen das AJZ, sondern nur, daß nicht auch gleichzeitig das NF-Zentrum durchsucht worden war — wobei der Linksextremismus der Hauptfeind bleibt: „*Die unbelehrbaren Neonazis ... wurden wieder einmal durch massive Mithilfe chaotischer Linksextremisten aufgewertet. Und weil sie* (die Nazis) *sich ... ungestraft in Szene setzen durften, gewann der harte Kern der sogenannten Antifaschisten, denen es nur auf Krawall ... ankommt, weiter Argumente zur Beeinflußung junger Menschen, die nicht begreifen, wohin dies alles führen wird*". (15) „Staat und Faschos Hand in Hand brechen linken Widerstand" schrieben Bielefelder Neonazis nach der Ermordung von Günter Sare. (16) Auch in Bielefeld sind die Faschos mit dieser Bündnispolitik zur Zeit sehr erfolgreich.

Stellungnahmen zum Polizeieinsatz

Die SPD kann nach vorliegenden Presseberichten nicht nachvollziehen, weshalb zwar das AJZ, aber nicht das Zentrum der NF durchsucht wurde. Sie fordert von der Staatsanwaltschaft eine Begründung und will den Innenminister und den Justizminister auf die Ereignisse ansprechen. Die CDU stellt sich voll hinter den Polizeieinsatz. Die FDP erklärte: „Wenn es zutrifft, daß die Polizei auch von Bewohnern des Hauses Bleichstraße (NF) angegriffen wurde, dann wäre sicherlich auch eine Feststellung der Personalien dieser Leute angebracht gewesen". (25)

Allein die Grünen stellen s ch klar auf die Seite des AJZ: Sie ford :rn den Rücktritt des stellvertretenden ·'olizeipräsidenten, die sofortige Schl eßung des NF-Zentrums und keine w iteren Aktionen gegen das AJZ. Hoffe ı wir, daß es ihnen gelingt, mit parlame ıtarischen Aktionen die SPD in die P 'licht zu nehmen, um auf dieser Ebene ·iner weiteren Isolierung des AJZ vorzubeugen. Aber auch im außerparlamentarischen Bereich ist ein Zusammenrücken angesagt. Letztlich hat es sich auch in anderen Politikbereichen gezeigt, daß direkte Aktionen dazu beitragen, ein Thema in die öffentliche Diskussion zu bringen.

> **Querverbindungen**
>
> Kontakte zu Organisationen am rechten Rand der CDU werden zwar bisweilen sichtbar, so z.B. am 1.9.84 bei der Prügelaktion in Bonn, an der auch GDSler aus Bielefeld (Elbing und Schnelle) beteiligt waren. Auffälliger sind jedoch ohne Zweifel Verbindungen zwischen Bielefelder Nazis und Michael Kühnen und seiner verbotenen ANS/NA. Daß die FAP nach dem Verbot der ANS/NA von Kühnens Anhängern unterwandert wurde, läßt sich mittlerweile sogar im Verfassungsschutzbericht 1985 nachlesen. Auch zwischen NFlern und Kühnen existieren Verbindungen: so vereinbarte der jetzige NF-Generalsekretär Schönborn bereits 1983, als er noch JN-Chef in Gütersloh war, eine enge Koordination mit der ANS/NA. (3) Kühnen selbst konnte im November 1984 unbehelligt an einer Mitgliederversammlung der HNG in Bielefeld teilnehmen. (5) Heute kümmert sich diese HNG, deren erste Vorsitzende Christa Görth aus Bielefeld kommt, als „rechte Knasthilfe" vor allem um die Betreuung Kühnens. (22)

KB Bielefeld

Anmerkungen:
1) Neue Westfälische, 28.3.87
2) NW, 15.11.86; Stadtblatt, 5.2.87
3) NW, 3.4.86
4) StaBla, 27.11.86
5) NW, 13.11.86

bringen.

KB Bielefeld

Anmerkungen:
1) Neue Westfälische, 28.3.87
2) NW, 15.11.86; Stadtblatt, 5.2.87
3) NW, 3.4.86
4) StaBla, 27.11.86
5) NW, 13.11.86

6) StaBla, 14.8.86
7) NW, 14.11.86; Westfalenblatt, 10.2.87
8) StaBla, 13.11.86; NW, 10.11.86
9) NW, 19.11.86
10) StaBla, 22.1.87
11) NW, 27.2.87
12) NW, 7./14.3.87
13) StaBla, 19.3.87
14) NW, 28.2.87
15) NW, 30.3.87
16) NW, 7.10.85
17) Haller Kreisblatt, 17.10.85
18) StaBla, 19.9.85
19) NW, 9.10.85
20) HK, 16.2.87
21) NW, 26.3.87
22) NW, 22.12.86
23) AK 273
24) NW, 5.12.85; NW, 18.10.86
25) NW, 31.3.87

Antifa-Konferenz in NRW

Zu einer landesweiten Konferenz der antifaschistischen Initiativen und Organisationen laden die Antifaschistischen Arbeitskreise Bonn/Rhein-Sieg und Bielefeld ein.

In 15 verschiedenen Arbeitsgruppen soll getagt werden — u.a. zu Formierungsbewegungen bei den Neonazis, zum aktuellen Historikerstreit, zum Revanchismus, den neuen Sicherheitsgesetzen, zu konkreter Antifa-Arbeit in Jugendprojekten, in der Erziehung und in derKommualpolitik.

Am 9. und 10. Mai 1987 in St. Augustin bei Bonn, Hauptschule St. Augustin-Menden, Siegstraße.

Die Konferenz beginnt am 9. Mai um 10 Uhr mit einer Demonstration.
Auskünfte und Kontakt:
Hartmut Meyer, ASTA der Uni Bonn, Nassestraße 11, 5300 Bonn 1, Tel. 0228/737036

Wahlkampf von rechtsaußen

Frey und NPD proben Einigkeit

Bereits vor der Bundestagswahl wurde in den Ideologie-Zirkeln des bundesdeutschen Rechtsextremisten vorausgedacht: „*Es ist schon mehr als peinlich, wenn die CDU (...) ‚Weiter so, Deutschland!' plakatiert: ein Schlag ins Gesicht jener Wähler, die lange Zeit glaubten, mit der Wahl der Union als dem kleineren Übel nationalpolitisch etwas bewirken zu können. (...) Es kann also gar keinen Zweifel geben, daß (...) sich rechts eine eigenständige Kraft etablieren kann. Noch sind wir nicht so weit (...).*" Soweit Peter Dehoust, Herausgeber von „Nation Europa" (NE 1/87, S. 3/4). Gefordert wird deshalb „Nationale Solidarität", was zunächst einmal zu verstehen ist als Appell, die eigenen Reihen fest zu schließen: „*Wo aber bleibt die deutsche Bewegung, die den Fortbestand und die Identitätswahrung des eigenen Volkes in den Mittelpunkt stellt und alle Kräfte darauf bündelt? Stattdessen erleben und erleiden wir in diesen Tagen kleinkarierten Streit, wo es eigentlich gilt, alles Trennende zurückzustellen (...).*" (NE 12/86)

Sowas verhallt nicht ungehört bzw. wird nicht ins Blaue hinein formuliert. Seit Anfang des Jahres bemüht sich das rechtsextreme und neonazistische Lager um Reorganisation. Der relative Erfolg der NPD bei der Bundestagswahl diente als Indiz dafür, daß die „Chancen der deutschen Rechten" tatsächlich nicht schlecht stünden (Hans-Joachim Richardt in Freys „National-Zeitung", NZ, 20.2.87). Zentrale Kräfte dieses Prozesses sind, abgesehen von der NPD und ihrem spezifischen Umfeld, die Organisationen und der Verlagsapparat des Dr. Gerhard Frey: „National-Zeitung", „Deutscher Anzeiger", „Deutsche Wochenzeitung", „Deutsche Volksunion" (DVU), „Wiking Jugend", „Deutscher Block" etc.pp. Nach Jahren größerer Distanz geht die Frey-Truppe nunmehr im Verband mit der NPD daran, die Zeichen der Zeit auszutesten (Eigenjargon: „*Eine wirkliche Wende erzwingen*").

Im wesentlichen läuft ihre Einschätzung der Lage darauf hinaus, daß „spätestens seit 1985/86 (...) der Lack

Im wesentlichen läuft ihre Einschätzung der Lage darauf hinaus, daß „spätestens seit 1985/86 (...) der Lack wieder vom ‚kleineren Übel' " (d.h. CDU/CSU) ab sei, weil die einst „vollmundig versprochene politische ‚Wende' lediglich auf Teilbereiche von Wirtschafts- und Finanzfragen" beschränkt geblieben sei: „*Ungezählte Wähler sind seither von den beiden großen sogenannten Volksparteien enttäuscht abgefallen (...).*" (NZ, s.o.)

Seitdem lautet die Parole: „Schritte zur Einigkeit", „die Rechten auf dem Weg zur Einheit", „Einigkeit macht stark" u.ä. — und die konkret-organisatorischen Schritte blieben nicht aus:

Annäherung zwischen Frey und der NPD

— Vor der Bundestagswahl propagierte Frey eine neugegründete **„Deutsche Volksliste"** als „*rechte Alternative*" und „*Formation neuer Art, die auch an Wahlen teilnimmt, jedoch keine Partei im herkömmlichen Sinne ist*".

— Mitte Februar erklärte der NPD-Parteivorstand, bei der Bremer Bürgerschaftswahl werde es „in gemeinsamer Formation" ein Zusammengehen von NPD und „Deutscher Volksliste" geben.

— Umgekehrt versicherte Freys „Volksliste", sie werde die NPD bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg unterstützen. Frey und NPD-Chef Mußgnug waren sich einig, „die Kooperation (sei) Grundlage künftigen Erfolgs" (NZ, 13.2.87).

— Ende Februar ging ein „Gründungsausschuß" für die neue „Wahlvereinigung" ans Werk: Personal, Satzung, Programm und Name des Verbandes standen zur Debatte. Freys „National-Zeitung" wußte bereits am 6.3. zu melden: „*Die Rechten einigen sich*".

— Am 5./6. März wurde die neue Wahlorganisation dann in München aus der Taufe gehoben: **„Deutsche Volksunion — Liste D"**. Bereits vor der offiziellen Gründung haben angeblich über 3.000 Mitgliedsanwärter Schlange gestanden (NZ, 27.2.87). Die neue „*Sammlung der Nationalen und Deutschbewußten*" will erklärtermaßen erstmalig bei der Wahl in Bremen antreten (Sept. 87); zuvor posiert bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz (17.5.87) die NPD allein, aber mit Unterstützung der Frey-Gruppe; ebenso in Baden-Württemberg im Frühjahr 88.

Ob bzw. in welchem Gewand ‚die Rechten' bei den Wahlen in Hessen und Hamburg antreten werden, ist bislang noch offen. Wie immer: „*Das unglückselige Gegen- oder Nebeneinander im nationalen Lager soll der Vergangenheit angehören. Die künftige Strategie lautet: Einigkeit macht stark!*" (NZ, 6.3.87)

DVU in neuer Aufmachung

Das „deutschbewußte" Personal, mit dem die „Liste D" aufwartet, ist nicht gerade überraschend:

— Parteivorsitzender ist **Frey** selbst; Stellvertreter der DVU-Aktivist und Rechtsanwalt **Fritz v. Randow** (Hamburg), der sich erst jüngst mit einem Buch über die Weizsäcker-Familie („Die Wahrheit über den Bundespräsidenten") Freys dickes Extra-Lob eingeheimst hat.

— Den weiteren Vorstand bilden **Bernhard Steidle** (Vorsitzender einer „Aktion Deutsche Einheit", seit langem Mitglied im „Beirat" der Rassistenzeitschrift „Neue Anthropologie" und unlängst Mitinitiator der Frey-Aktion „Initiative für Ausländerbegrenzung"); **Bruno Wetzel** (langjähriger Presseverantwortlicher Freys) und **Horst Tüttelmann**.

— Parteischiedsrichter sind **Heino Brandt, Andreas Behrens** und **Rolf Schiebler** (Verfasser eines Werks „4.000 Jahre Geschichte" aus „deutsch-germanischer" Sicht).

— Rechnungsprüfer ist der Ex-NPDler und DVU-Altaktivist **Karl Weinrebe.** (NZ, 13.3.87)

Als spezielle NPD-Kontaktleute, die — abgesehen von Mußgnug — den Gesamtplan mit Frey ausgehandelt haben, waren in München Generalsekretär **Walter Seetzen** und Präsidiumsmitglied **Karlheinz Vorsatz** (Chefredakteur der NPD-Zeitung „Deutsche Stimme") zur Stelle.

Unter den Gründungsmitgliedern sind weiterhin besonders beachtenswert (siehe NZ 27.2.87 und 6.3.87):

— **Richard Etzel** (Vorsitzender des zum Frey-Zirkel zählenden „Deutschen Blocks");

— **Wolfgang Juchem** (geb. 1940), der 1977 eine „Friedensaktion Wiedervereinigung" aus der Taufe hob, um aktiv „den deutschfeindlichen Diffamierungskampagnen" entgegenzutreten;

— der mit allen rechtsextremen Wassern gewaschene **Berthold Rubin** (geb. 1911), Frey-Kumpan mindestens seit 1963; 1964 an der NPD-Gründung beteiligt und später immer wieder durch aktionistische Eskapaden auffallend (vorgetäuschte Selbstentführung, Fallschirmabsprung für Rudolf Heß);

— **Georg J. Schilling-Werra** („*nahm am 17. Juni 1953 am Volksaufstand in Mitteldeutschland teil*") scharte im Oktober 86 eine „Patriotische Sammlung" um sich, um eine „Wiedervereinigungspartei" aufzubauen;

— **Bruno Schemeit** (geb. 1919) bringt einen im Ruhrgebiet angesiedelten „Deutschen Freundeskreis" in die „Deutsche Volksunion — Liste D" ein;

— nicht zuletzt gehört **Hans-Joachim Richard** zu den Gründern der neuen Frey-Partei. Richard pflegt seit langem Kontakte zu allen Sektoren der rechtsbraunen Szene; er gehört zur Kernmannschaft der „Deutschen Wochenzeitung" (die bis zur Einverleibung in den Frey-Konzern 1981 eher NPD-orientiert war).

Die einzige Alternative

Unzählige, von den alten Parteien enttäuschte Deutsche, suchen nach einer freiheitlichen Alternative, die ihnen politische Heimat gibt. Ab jetzt bietet sich die DEUTSCHE VOLKSUNION – Liste D als politische Heimat an.

Das machte am Wochenende auf einer Pressekonferenz der in geheimer Wahl von der Gründungsversammlung der neuen Wahlvereinigung der Rechten bei einer Enthaltung zum Parteivorsitzenden bestimmte Dr. Gerhard Frey, der Verleger der Deutschen National-Zeitung, des Deutschen Anzeigers und der Deutschen Wochen-Zeitung, in seinen wohldurchdachten, politisch klaren und ausgewogenen Ausführungen überzeugend deutlich. Dr. Frey ging davon aus, daß die von den Parteien der Mitte vor vier Jahren angekündigte „Wende" in der deutschen Politik ausgeblieben ist. Dabei geht es sowohl um die unentschuldbaren Versäumnisse der gegenwärtigen Regierungsparteien im nationalpolitischen Raum, wie um den erschreckenden Verfall der inneren Ordnung unseres Staates.

Antideutsche Außenpolitik

Hierunter fällt der erklärte Verzicht der Parteien der politischen „Mitte" auf die Wiederherstellung eines deutschen Nationalstaates, während überall in der Welt, genau umgekehrt, die Idee der Nationalstaaten immer größeres Gewicht erhalten hat. Die Bonner Außenpolitik hat alles versäumt, die ungelöste deutsche Frage ständig ins Gespräch zu

in der Welt, genau umgekehrt, die Idee der Nationalstaaten immer größeres Gewicht erhalten hat. Die Bonner Außenpolitik hat alles versäumt, die ungelöste deutsche Frage ständig ins Gespräch zu bringen und auf die Tagesordnung der Weltpolitik zu setzen. Man maßt sich an, fortdauernd über alle möglichen Krisen in der Welt mitzureden – sei es nun Nikaragua oder Chile, Korea oder Südafrika – nicht aber über das mehrfach durch fremde Gewalt geteilte Deutschland im geteilten Europa zu sprechen. Man beschwört zwar ständig den Frieden, doch kann man nicht begreifen, daß dieser nicht nur von der Zahl und Gewalt der Waffen abhängig ist, sondern letztlich von der Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands.

Mit Nachdruck prangerte Dr. Gerhard Frey den von den Mitte- und Linksparteien bewußt herbeigeführten Verlust des Nationalgefühls, des Nationalbewußtseins und des Selbstbehauptungswillens in weiten Teilen des deutschen Volkes, namentlich in der Bundesrepublik, an. Diese geistige Demontage kreidete Dr. Frey in überzeugenden Worten den heutigen christlich-liberalen Regierungsparteien an, die auch im Moralischen und Sittlichen versagt haben. Wenn es in unserem Staat keine Regierung, keine Parlamentsfraktion und kein einziges Bundesland gäbe, die den Schutz des ungeborenen Lebens zu gewährleisten und der schändlichen Abtreibung von jährlich über 200 000 jungen Leben „aus sozialen Gründen" ein Ende machen, dann müsse gefragt werden, welches Recht diese sich herausnehmen, ihre Politik noch als „christlich" auszugeben und sich auch so zu nennen.

Kampf der Überfremdung

Gleiches gilt für die zunehmende Überfremdung des deutschen Volkes in der Bundesrepublik, wo nichts getan werde, um dieser Einhalt zu gebieten. Immer mehr Ausländer aus fremden Lebens- und Kulturräumen und gleichzeitige Vernichtung von ungeborenen Leben sei eine Schreckensbilanz, die unentschuldbar ist. Die DEUTSCHE VOLKSUNION – Liste D stelle deshalb die Forderungen „Deutschland soll deutsch bleiben" und „Deutschland zuerst" an den Anfang ihres politischen Programms. „Wir respektieren alle Völker und reichen den Menschen jedes Volkstums die Hand", schloß Dr. Frey diesen Teil seiner Ausführungen.

Die Forderung auf „Gleichberechtigung für Deutschland", auf „Überleben des Deutschen Volkes", eine familien- und kinderfreundliche Steuer- und Abgabenpolitik, bessere Gesundheitsvorsorge und eine wirkungsvollere Seuchenbekämpfung, einschließlich einer Meldepflicht für Aids, sind Programmpunkte, die sich folgerichtig den vorausgegangenen Grundforderungen anschließen.

Weitere Zielvorstellungen der DEUTSCHEN VOLKSUNION – Liste D sind die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen, die Erhaltung einer bäuerlichen Landwirtschaft, die Sicherung der Renten, der Schutz vor Kriminellen, ein verstärkter Umwelt-, Natur- und Tierschutz und die Einschränkung einer übermächtig gewordenen Bürokratie, die den Bürger gängelt.

Die unmittelbare Wahl der Verwaltungs- und Programmbeiräte bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sowie der Aufsichtsorgane der privaten Sender sollten durchgesetzt und eingeführt werden, um zu gewährleisten, daß Funk und Fernsehen in der Bundesrepublik Deutschland sich an den deutschen Lebensinteressen orientieren und mehr auf das sittliche und moralische Empfinden der Volksmehrheit Rücksicht nehmen.

Das Programm der „Liste D" lt. „Deutscher Anzeiger", 13.3.87

Ein Herz und eine Seele

Ein Herz und eine Seele

Insgesamt dürften die „neuen" bzw. bislang weniger bekannten Gestalten in dieser Sammlung kaum entscheidend zuungunsten Freys ins Gewicht fallen. Soll heißen: Der neue Verband ist im wesentlichen eine Transformation des alten DVU-Zirkels. Daß sich Frey jetzt so weit ins parlamentarisch-politische Rampenlicht wagt, ist deshalb wohl — abgesehen von der Gesamteinschätzung der Aktions- und insbesondere Wahlchancen für „die Rechte" — vor allem auf die mit der NPD ausgekungelte Kooperation zurückzuführen. Bei deren Gründung 1964 nicht mit von der Partie und auch später eher in frostiger Distanz (der damalige NPD-Chef v. Thadden 1969 über Frey, der für die NPD kandidieren wollte: „*Auf diesen Sargnagel lege ich keinen Wert*", nach „Spiegel" 25.1.71), gründete Frey 1971 nach dem Niedergang der NPD seine Auffangorganisation „Deutsche Volksunion".

1974/75 rückte Frey der dahinsiechenden NPD — mit neuem Vorsitzenen Mußgnug — wieder näher. Die schon damals vereinbarte „*Zusammenarbeit aller verfassungstreuen gesinnungsverwandten Kräfte*" zerplatzte aber schnell, als das Neu-NPD-Mitglied Frey nicht den stellvertretenden Parteivorsitz erhielt. 1976 war Freys Lust auf die NPD endgültig vorbei (siehe hierzu: „Wie kriminell ist die NPD?", buntbuch, 1980, S. 23/24).

Seitdem hat Frey seine DVU — mit den angeschlossenen Gruppen — gepflegt und seinen publizistischen Propagandaapparat, mittlerweile um die „Deutsche Wochenzeitung" verstärkt, munter laufen lassen (Wochenauflage ca. 150.000 Exemplare). Mit seiner Hilfe wurden verschiedene Aktionen, wie die erwähnte „Initiative für Ausländerbegrenzung", durchgespielt.

Konkurrenz am rechten Rand

Argwöhnisch beobachtet und dementsprechend behandelt werden etwaige Konkurrenten, die sich sonst noch auf der rechtsextremen Szene tummeln mögen. Schließlich geht es um jede Stimme, die der CDU/CSU entrissen oder sonstwie mobilisiert werden kann. Denn die vieldeutigen Prophezeiungen, die im rechtsextremen Zirkelwesen gehandelt werden, sind natürlich zuallererst handfeste Zweckpropaganda: So weiß NE-Herausgeber Dehoust seinen Lesern von einer Noelle-Neumann-Analyse zu berichten, wonach seit 1979 „das rechte Potential sich von 30% auf 36% vergrößert hat." (NE, 1/87, S.3)

Schon etwas bescheidener versichert H-J. Richard in Freys „National-Zeitung" (20.2.87), daß die „rechts- und rechtgesinnten Deutschen" von Demoskopen „übereinstimmend auf etwa 20%" geschätzt würden. Mit Blick auf Bremen heißt es dann gar nur noch: „*Nach demoskopischen Voruntersuchungen begrüßen mehr als 10% der wahlberechtigten Bremer eine nationale Wahlformation.*" (NZ, 13.2.87) Immerhin noch ein beachtlicher Abstand zu den 0,6% der NPD bei den Bundestagswahlen ...

Die Republikaner

Schärfster Konkurrenzverband sind offensichtlich die „Republikaner" des CSU-Abtrünnigen Schönhuber, die in Bayern auf bemerkenswerte 3 Prozent kamen (Landtagswahl). Freilich ist die Situation in Teilen der „Republikaner" desolat. So konnte aufgrund innerparteilicher Differenzen und Abspaltungen kein Rechenschaftsbericht des Landesverbandes Baden-Württemberg für 1985 vorgelegt werden. Süffisant zählt Freys „National-Zeitung" (9.1.) auf: „*Jetzt hat der Münchner Rechtsanwalt Dieter Berger, bislang stellvertretender Bundesvorsitzender der Gruppierung, sämtliche Parteiämter niedergelegt. Die ‚Republikaner' verlassen haben bereits deren Gründer und einstige Parteivorsitzende Franz Handlos, der einstige stellvertretende Vorsitzende und Bundestagsabgeordnete Ekkehard Voigt, die ehemals zweite Vorsitzende Riffert und zahlreiche weitere Funktionsträger.*"

Fortsetzung nächste Seite



Mußgnug und Frey im „Deutschen Anzeiger" unter den Versprechen: „Die Rechten auf dem Weg zur Einheit."

Die NPD und ihr Geld

Am 25. Januar erreichte die Bundes-NPD mit 0,6 Prozent nicht nur eine Verdreifachung ihres Stimmanteils (siehe dazu im einzelnen AK 279, S. 11), sondern übersprang zugleich die Marke (0,5%), ab der Anspruch auf Wahlkampfkostenerstattung besteht. Damit fließen jetzt erstmals wieder Steuergelder in die NPD-Kassen: der silberne Streif am Horizont ...

Ihre chronische Schuldenlast hätte bislang allemal gereicht, der Rechtsextremisten-Partei auf Bundes- wie Länderebene den finanziellen, d.h. organisatorischen Garaus zu machen. Überlebt hat sie ihre ökonomische Dauermisere lediglich dank dem Entgegenkommen der betreffenden Landes- und Bundesregierungen: Schulden wurden immer wieder gestundet, langfristige Rückzahlungsbedingungen wurden eingeräumt, oder es wurde — so 1972 in Baden-Württemberg — vollends auf die Schuldeneintreibung verzichtet. Hier schien, was unter üblichen bürgerlichen

— vollends auf die Schuldeneintreibung verzichtet. Hier schien, was unter üblichen bürgerlichen Geschäftsbedingungen undenkbar ist, möglich zu sein: Der Landtags präsident (CDU) bescheinigte der NPD schriftlich, daß 98.000 Mark Schulden einfach „auf Dauer niedergeschlagen" würden. Zuvor hatte die NPD allerdings zugunsten der CDU auf eine Teilnahme am Landtagswahlkampf verzichtet ...

Mit der veränderten Finanzperspektive der NPD seit der Bundestagswahl 87 schien es dem jetzigen Landtagspräsidenten an der Zeit, die alten Schulden nun doch anzumahnen. NPD-Landesvorsitzender Schützinger holte jedoch nur ganz cool den Brief des Partei- und Amtskollegen von 1972 heraus („auf Dauer niedergeschlagen"); im übrigen, ließ der NPD-Mann wissen, gehöre „deutsches Geld" ohnehin nur in die Hände „nationaler Deutscher" und nicht in die derer, die Steuergelder „*für Entwicklungshilfe und sogenannte Asylanten verschwenden*" (taz, 28.2.87).

Die Bundes-NPD stand seit 1972 mit rund 1,9 Millionen Mark zuviel erhaltener Wahlkampf-Vorausgelder in der Kreide; bis 1980 (Bundestagswahl) wurde der größte Restbatzen zinslos gestundet: 750.000 Mark. 1980 fiel die NPD aber noch weiter, auf 0,2%, zurück. Steuergeld war also nicht in Aussicht. Und was passierte mit den Schulden ..?

Oder Bayern: Der Landesverband hatte 1978 noch ca. 70.000 Mark Wahlkampf-Vorausgeld zurückzuzahlen. Oder Nordrhein-Westfalen: Der NPD wurde dort zugestanden, rund 150.000 Mark in 750 Mark-Raten abzuzahlen — bis ins Jahr 1994 hinein. (Zahlen nach: Wie kriminell ist die NPD?, buntbuch, 1980, S. 118/9)

Die neuesten offiziellen Angaben sind dem seit Januar 87 vorliegenden Rechenschaftsbericht für 1985 zu entnehmen (Bundestagsdrucksache 10/6803): Danach sind die Einnahmen/Ausgaben-Bilanzen sowohl des Parteivorstands wie der Landesverbände Ham-

die Einnahmen/Ausgaben-Bilanzen sowohl des Parteivorstands wie der Landesverbände Ham-burg, Hessen und Saar negativ. Die Gesamtpartei steht somit mit ca. 450.000 Mark in den roten Zahlen. Die Vermögenslage ist demgegenüber angeblich ausgeglichen (880.000 Mark plus); nur der Landesverband Schleswig-Holstein weist 17.800 Mark Schulden aus.

Wie die Partei die bei den letzten Landtags- bzw. Kommunalwahlen an der Saar und in Hessen gemachten Schulden begleichen will, ist aus all dem nicht ersichtlich (insgesamt ein Minus von 236.000 Mark). Es sei denn, jenes „deutsche Geld in nationalen Händen", also Steuergeld, hilft hier aus, oder die finanzielle Großherzigkeit von Bundes- und Landesregierungen wird weitergeführt. Und die werden sich schon was dabei denken ...

Eigentore im Kampf gegen die WAA


Foto: argus

Mit einem mittelschweren Fiasko endete am 28.3.87 in Schwandorf das bundesweite Vorbereitungstreffen für die Wackersdorf-Aktionen im Herbst. Auftakt der Versammlung war die Überraschende Mitteilung einer Sprecherin der BI Schwandorf, wonach man im BI-Vorstand mehrheitlich von der bisherigen Planung abgerückt sei und eine Großdemo statt in Wackersdorf nunmehr im ca. 40 Kilometer entfernten Amberg durchführen wolle. Damit war nicht nur der Beschluß der Bielefelder Atommüllkonferenz (vgl. AK 280) über den Haufen geworfen, der eine Großdemo am Baugelände der WAA und in Zusammenhang damit Blockaden und sonstige Aktionen vorgesehen hatte. Zur Vorbereitung auf diese Konferenz hatten auf einem Strategietreffen am 16.3.87 ebenfalls alle relevanten BIs der Oberpfalz einen 6-Punkte-Vorschlag für die herbstlichen Aktionstage einvernehmlich ausgearbeitet, in dem es u.a. hieß: ,,*Die Großdemonstration bildet den Abschluß der Aktionstage … Die Kundgebung findet in Wackersdorf statt mit anschließender Demonstration zum Bauzaun. Die Aktionen dürfen sich nicht gegen die Bevölkerung richten. Auf die Vermittelbarkeit muß geachtet werden.*'' Es sollte einen gemeinsamen Aufruf zu Aktionstagen und Großdemo geben und ein Arbeitskreis zur Demovorbereitung installiert werden.

mo geben und ein Arbeitskreis zur Demovorbereitung installiert werden.

Die Überraschung des 28.3. war perfekt, als sich nicht gemäßigte Kräfte, sondern Autonome aus Westberlin stolz als Urheber des plötzlichen Mei-

sondern Autonome aus Westberlin stolz als Urheber des plötzlichen Mei-

nungsumschwungs präsentierten, den sie und andere autonome Gruppen im Rahmen eines ,,Städtepartnerschaftstreffens'' mit BI-Vertretern erzielt hätten. In der Debatte zeigte sich schnell, daß der Amberg-Vorschlag innerhalb der Schwandorfer BI und in dieser Form selbst bei der BI Amberg völlig undiskutiert war. Es zeigte sich weiter, daß er von Vertretern total entgegengesetzter Interessen präferiert wird: Zum einen diejenigen, die in Amberg die Verantwortlichen ,,direkt mit unserem Widerstand konfrontieren'' wollen. Zum anderen die sozialdemokratisch beeinflußte Amberger BI, die zusammen mit gemäßigten Teilen der Schwandorf-BI generell vom WAA-Bauplatz wegorientieren will. So scheint es innerhalb der Schwandorfer BI und der Anti-AKW-Bewegung eine tragfähige Basis für die Herbst-Großaktionen zur Zeit nicht zu geben. Ein kleiner Teil der etwa 80 BI-Vertreter/innen lehnte den Amberg-Vorschlag strikt ab. Einige BIs (u.a. Bielefeld, Bonn, Kassel, Köln, München) wollten sich diesbezüglich nicht festlegen. Die Vertreter/innen der mit Abstand lautstärksten Fraktion der Autonomen (u.a. Westberlin, Freiburg, Münster) argumentierten nach dem Motto Amberg oder gar nichts.

Mit dem ergebnislosen Abbruch der Schwandorfer Konferenz dürften die geplanten Wackersdorf-Aktionen in ziemliche Ferne gerückt sein. Oder nicht? Am 11./12.4. will sich das Autonome Spektrum zu einem internen Meinungsaustausch in Frankfurt versammeln. Für den 9.5.87 will die BI Schwandorf zu einem zu einem bundesweiten Anti-AKW-Treffen einladen, um bereits am 10.5. mit anderen Bewegungen über eine Unterstützung des Gesamtkonzeptes zu verhandeln. Bis Mite April will die Schwandorfer BI eine Mitglieder-Umfrage über den Demonstrationsort abgeschlossen haben — die Ortsgruppe Schwandorf hat sich dem Vernehmen nach bereits für Wackersdorf entschieden. Entscheidend bleiben jedoch die hinter der Alternative Amberg-Wackersdorf stehenden Differenzen. Da kommt bei dem Gedanken, daß ein größerer Konflikt mit dem Freistaat auf wackliger Grundlage laufen könnte, kein gutes Gefühl auf. Deshalb: Lieber jetzt streiten, als hinterher alt ausssehen …

Qualität statt Quantität?

Die folgende Kritik beschäftigt sich mit nur einem Flügel des weitgefächerten Autonomen Spektrums. Wir wollen ihn im Folgenden einfachheitshalber als ,,Amberg-Fraktion'' bezeichnen.

Für diese Fraktion gilt der Vorschlag einer Massenmobilisierung nach Wackersdorf — ob mit oder ohne Vorfeld-Blockaden — per se als ,,politischer Rückschritt'' und wird entsprechend heftig bekämpft. Gefordert wird stattdessen ein ,,offensives Aktionskonzept'', um den Alltag der Großbaustelle WAA zu durchbrechen und zugestanden wird bestenfalls eine ,,Groß''demo in Amberg mit Ansatzpunkten für direkten Widerstand (Knast, Baufirmen etc.). Im Widerstand gegen Wackersdorf komme es heute eben mehr auf die Qualität als auf die Quantität an — so die Kurzformel der Amberg-Fraktion. Problema-

auf die Quantität an — so die Kurzformel der Amberg-Fraktion. Problema-

tisch wird es, wenn jemand fragt, was ,,höhere Qualität'' eigentlich bedeutet. Mißt sich die Qualität eines Widerstandes an der Höhe des erzielten Sachschadens? Oder an den Knastandrohungen und Steckbriefen der Gegenseite?

Daß mensch schön danebenliegen kann, wenn ,,höhere Qualitäten'' im Widerstand nach Lust und Laune ausprobiert werden, zeigen Anschläge auf beliebige Bundesbahn-Einrichtungen, die bisher ohne großen Widerspruch AKW-Gegnern zugeschoben wurden. Anders als beim Widerstand gegen Munitionszüge und Atommülltransporte können derartige Anschläge ein politisches Anliegen innerhalb der Bevölkerung nur diskreditieren. Sie schmecken mehr nach Provokation als nach sozialem Widerstand.

Zurück zur Amberg-Fraktion, die eine Großdemonstration gegen ,,direkten'' Widerstand ausspielen will und mit dieser falschen Gegenüberstellung alle Erfahrungen der Anti-AKW-Bewegung über Bord wirft:

1. Ohne die Legitimität von Anschlägen gegen die WAA-Infrastruktur in frage stellen zu wollen: In Sachen Atom- und Plutoniumwirtschaft gibt es für die Herrschaden keine materielle sondern allenfalls eine politische Schmerzgrenze. Nicht der Sachschaden bedeutet für diese Leute eine Gefahr, sondern die Veränderung in den Köpfen, also der massenhafte Bruch mit Staat und Gesetz, Obrigkeit und Kirche.
2. Die Orientierung Qualität statt Quantität ist vor dem Hintergrund verschärfter staatlicher Repression besonders abenteuerlich: Die letzten Blockade-Aktionen in der Oberpfalz spielten sich überwiegend als Katz- und Maus-Spiel mit der Polizei ab und führten zu über 500 Festnahmen. Wer als Konsequenz daraus den Muskelprotz markieren und die nächsten Blockaden ,,entschlossener'' statt ,,massenhafter'', d.h. politisch abgesicherter machen will, verhält sich kurzsichtig und wird eine Verbreiterung der Kämpfe gegen die WAA nicht fördern sondern eher behindern.
3. Je unrealistischer und hilfloser der linke Flügel der Anti-AKW-Bewegung agiert, desto realistischer und hilfreicher werden der Masse der WAA-Gegner die Angebote erscheinen, die die SPD und sonstige bürgerliche Verbände ihnen bieten. Das läuft im Ergebnis darauf hinaus, daß es weiterhin — weit weg vom Bauzaun — recht harmlose und betont gewaltfreie Anti-WAA-Festivals mit 100.000 Teilnehmern auf der einen Seite und Kleingruppenaktionen im Schatten der Polizeihubschrauber mit max. 1.000 Teilnehmern auf der anderen Seite geben wird. Beides ist für die bayerischen Machthaber vielleicht lästig, aber nicht wirklich unangenehm. Die vermutlich entscheidende Voraussetzung für die Verhinderung der WAA besteht aber gerade darin, das bayerische Machtgefüge, den urbayerischen Obrigkeitsstaat (,,Kaiser, König, Adolf, Franz Josef'' — das hat der Kreuzeder gut gesagt) nachhaltig zu erschüttern. Das kann aber nur gelingen, wenn der linke Flügel der Anti-WAA-Bewegung eine radikale Aktion nicht gegen größtmögliche Mobilisierungsanstrengungen ausspielt, sondern beides kombiniert.

Weg vom Bauzaun — hin zur Infrastruktur?

Weg vom Bauzaun — hin zur Infrastruktur?

So lautet die zentrale Orientierung der Amberg-Fraktion bei den Autonomen. Man will ,,*den Widerstand weg vom Bauzaun, weg von der vorprogrammierten Bullenrepression in die gesamte Region tragen. Dadurch sollen die inhaltlichen Zusammenhänge (Zulieferfirmen, Kapital, Justiz …) aufgezeigt werden und dem entsprechende Widerstandsformen entwickelt und umgesetzt werden*'' (aus einem Diskussionspapier des Anti-AKW-Plenum Freiburg). Hier ist zunächst anzumerken, daß die Parole ,,Weg vom Bauzaun'' ein prioritäres Ziel der bayerischen Reaktionäre exakt umschreibt. Um dieses Ziel zu erreichen, veranstaltet der bayerische Staat Giftgasorgien am Bauzaun, werden Trockengräben, zusätzliche Rodungsflächen und Zaunverstärkungen installiert und last not least zwei Bundeskonferenzen der Anti-AKW-Bewegung verboten. Spätestens seit den Pfingst-Zusammenstößen gehört die Parole ,,Weg vom Bauzaun'' auch zum Standard-Repertoire aller gemäßigten WAA-Gegner: ob BN, ob SPD, ob Grüne oder die BI Amberg.

Zusätzlich steckt die spontane Abneigung gegen weitere Bauplatz-Demos Tausenden von AKW-Gegnern in den Knochen, die verständlicherweise keine Lust haben, sich erneut von CS-Gas einnebeln oder vom BGS festnehmen zu lassen. Es gäbe keinen größeren Fehler, als diese Stimmung zu ignorieren, herunterzuspielen oder gar als ,,Feigheit'' zu verspotten.

Nur ist es einfach Falschmünzerei, wenn der Eindruck erweckt wird, bei ,,Infrastruktur''-Aktionen in der Oberpfalz sei mit weniger Repression zu rechnen. Der Konfrontation mit dem bayerischen Staat kann überhaupt nur ausweichen, wer sich auf einen sozialdemokratischen Protest beschränken will oder aber mit superschnellen Turnschuhen ausgestattet ist — eine Möglichkeit, die für Individuen, nicht aber für eine Masse von Demonstranten gegeben ist. Mit anderen Worten: Der Konfrontation mit dem bayerischen Staat ausweichen zu wollen, läuft letztlich darauf hinaus, die WAA hinzunehmen.

Stattdessen müssen die nächsten Großaktionen in Wackersdorf so vorbereitet werden, daß die Zahl der Verletzungen und Verhaftungen minimiert und die politische Wirksamkeit der Aktion maximiert wird. Dabei sollten wir die Möglichkeiten der Gegenseite nicht unter- aber eben auch nicht überschätzen. Wer von uns hätte denn bei Jahresbeginn darauf gewettet, daß es gelingen kann, gegen den Willen Münchens eine Anti-AKW-BUKO in Nürnberg durchzusetzen?

Ob der bei vielen schon verinnerlichte Horror bei einer Demonstration zum Bauplatz Wirklichkeit wird (also z.B. CS-Gas zum Einsatz kommt), ist abhängig von den politischen Rahmenbedingungen der Aktion: Anzahl der Teilnehmer, Geschlossenheit des Demo-Zuges, Ausmaß der Öffentlichkeitsarbeit, Bündnisbreite, Stand der ärztlichen Aufklärung und der öffentlichen Ächtung von CS-Gas usw. usf. Bei der Alternative Amberg oder Wackersdorf geht es um die Frage, ob wir uns mit den von Strauß rings um den Bauzaun geschaffenen Zuständen

wir uns mit den von Strauß rings um den Bauzaun geschaffenen Zuständen

abfinden, was z.B. auch bedeutet, die Kampagne gegen CS/CN-Gaseinsätze zurückzustufen, oder ob wir in einer hochpolitischen Aktion genau diesen Zuständen die Stirn bieten, sie verhindern wollen. Die Losung ,,Weg vom Bauzaun'' lebt u.E. von der Hoffnung, dem Problem des bayerischen Atomstaates ausweichen zu können. Es ist eine Losung, die von der Anti-AKW-Bewegung sondern von Strauß und seiner Bauzaunpolitik diktiert wurde.

Hanau — Nürnberg — Wackersdorf

Ein Beispiel für selbstbewußte, eigenständige Politik war die Durchsetzung der letzten Anti-AKW-BUKO in Nürnberg, die dem linken Flügel der Anti-AKW-Bewegung bundesweit Anerkennung und Respekt verschafft hat. Dort hat es sich gezeigt, daß es möglich ist, eine Bündnispolitik zu betreiben und dennoch am entscheidenden Punkt (Zurückweisung aller Auflagen) hart zu bleiben. Dort hat die Anti-AKW-Bewegung (wie übrigens zuvor in Hanau) gezeigt, daß eine offensive Politik durchgesetzt werden kann, ohne die eigenen Leute unnötig in Gefahr zu bringen. An einer Politik diesen Stils ist seit Brokdorf 1977 mit schöner Regelmäßigkeit auch der KB beteiligt.

Es ist keine Diffamierung sondern ausgesprochen schmeichelhaft, wenn Aktionen wie die Hanau-Demo, die Nürnberg-BUKO oder der Wackersdorf-Großdemo-Vorschlag neuerdings auch dann mit dem KB in Verbindung gebracht werden, wenn diese vom KB nicht initiiert sondern lediglich unterstützt wurden. (Und es gehört zu den schwer verständlichen Erscheinungen der Szene, daß in Teilen des autonomen Spektrums ausgerechnet an den Beispielen Hanau, Nürnberg und Wackersdorf in den letzten Wochen eine Stimmungsmache gegen den KB versucht wird.)

Wir gehen davon aus, daß eine erfolgreiche Großdemonstraion in Wackersdorf voraussetzt, daß sich die beteiligten Gruppen nicht destruktiv zusammenfinden sondern wissen, was sie gemeinsam wollen. U.E. kann es momentan nicht darum gehen, den Erfolg der Großaktionen in der Oberpfalz am Sachschaden zu messen, sondern daran, ob es gelingt, die Entschlossenheit des bundesweiten Anti-WAA-Widerstandes zu demonstrieren sowie den Willen, sich weder spalten noch in die Resignation treiben zu lassen. Anders als im Fall der Hanau-Demo würde sich eine Wackersdorf-Großaktion gegen ein Staatskabinett richten, das zur Durchsetzung seiner Interessen auch faschistoide Pläne in Betracht zieht (vgl. die Forderung von CSU-Zimmermann nach Vorbeugehaft für mehrere tausend Autonome im Vorfeld künftiger Großaktionen) und die bayerischen Verhältnisse auf Bundesebene durchzusetzen sucht. Ganz unnötig also, sich darüber Sorgen zu machen, eine Großdemo in Wackersdorf könne als ,,Latschdemo'' sozialdemokratisch versanden …

ms, Bonn

Fortsetzung von vorheriger Seite

Am 16.1. zählt das Frey-Blatt drei weitere prominente ,,Republikaner'' auf, die von ihren Ämtern zurück- bzw. aus der Partei austraten. Die von Frey propagierte Linie, Schönhuber persönlich als ,,unechten'' Rechten anzugeifern (weil er früher angeblich linken Journalismus betrieben habe), ist dabei scheinbar die vorherrschende Front, an der sich die ,,Republikaner''-Geister scheiden. Tatsächlich geht es darum, den Rechtsextremen klarzumachen, daß sie sich nirgendwo als in der Frey-Partei bzw. NPD heimisch zu fühlen haben. Dementsprechend werden auch die Bremer ,,Republikaner'', die zur Zeit mit zwei Ex-CDU-Abgeordneten im Landesparlament vertreten sind und sich bei den anstehenden Wahlen gute Chancen einräumen, zu ganz üblen, nämlich ,,pro SPD''-Gesellen erklärt (weil sie einem SPD-Antrag gegen das Regime in Südafrika zugestimmt haben) (NZ, 20.3.87).

Außer in Bremen wollten die ,,Republikaner'' bei der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz antreten; inzwischen beschlossen sowohl Bundes- als auch Landesvorstand, die Teilnahme abzublasen (,,*mit der Begründung, daß einer der Kandidaten eine Vorstrafe verschwiegen habe*'', taz 17.3.87). Dem Frey-Verband bzw. der NPD ist das natürlich ganz recht: ,,*Die Mitglieder und Freunde der ‚Republikaner' sollten erkennen, daß sie mit Schönhuber auf dem falschen Dampfer sitzen. Die Nationaldemokraten werden am 17. Mai als Partei der Nationalen Rechten und Deutschbewußten auf dem Stimmzettel stehen.*'' (NPD-Landesvorsitzender Karlheinz Pfirrmann, NZ 13.3.87.)

ÖDP und ‚Patrioten''

Im übrigen stehen höchstens noch zwei andere Konkurrenzgruppen zur Debatte: ,,*Als nennenswerte Größe kommt noch die ÖDP in Betracht*'', findet Freys NZ nach der Bundestagswahl, hat das Propagandarezept gegen diese Rechtsökologen des Ex-CDU-Mannes Gruhl aber schon fertig: Dessen ,,*Stimmverhalten während seiner Zeit als Bundestagsabgeordneter (1969-80)*'' zeige, daß er sich ,,*gewiß nicht von rechten Erwägungen leiten ließ. (…) Gruhls ÖDP erscheint vor diesem Hintergrund für Nationalgesinnte (…) nicht wählbar.*'' (NZ, 23.1.87)

Zur Abschreckung gegen den EAP-Tarnverein ,,Patrioten für Deutschland'' schließlich verläßt sich Frey voll und ganz auf die gängigen Versionen, die den amerikanischen ,,Führer'' Marcus alias LaRouche als Ex-Trotzkisten und Linksradikalen entlarvt. ,,*Für rechte und nationalgesinnte Deutsche jedenfalls ist eine solche dubiose Vereinigung nicht wählbar.*'' (NZ, 16.1.87) Dies ins Ohr des prospektiven Wahlvolks der ,,Liste D''/NPD, denn immerhin erhielten die ,,Patrioten'' bei der letzten Landtagswahl in Niedersachsen 0,3 Prozent …

R., Antifa-Kommission, Hamburg

Irland: Der Tod einer Guerilla

Eine blutige — genauer blutrünstige Fehde schockiert derzeit die republikanischen Sympathisantenschaft Irlands. Die Irish National Liberation Army (INLA), einst nach der Provisional IRA die bedeutendste Organisation des radikalrepublikanischen und antibritischen Widerstandes, durchlebt die letzte Phase ihrer Existenz. Nicht weniger als 12 Todesopfer forderte bislang der interne Disput, bei dem es vorgeblich um die Frage „Auflösung oder Nichtauflösung" geht. Jenseits der spektakulären Schlagzeilen, die aktuell die irische wie die hiesige Presseberichterstattung bestimmen, ist es lehrreich, sich mit den Ursachen des Niedergangs der INLA — insbesondere in dieser unrühmlichen Form — zu befassen.

Die blutige Geburt der INLA

Entgegen einer weit verbreiteten Behauptung handelte es sich seinerzeit bei der INLA nicht um eine Abspaltung von den „Provos", sondern von der „Official IRA". Als die „Officials" 1972 den bewaffneten Kampf in Nordirland einstellten, der abgesehen von einer Phase nach dem „bloody sunday" ohnehin fast ausschließlich aus sporadischen und defensiven Operationen bestand (die Hauptlast des bewaffneten Widerstandes trugen die „Provos"), folgten nicht alle „Volunteers" der Dubliner Führung. Innerhalb der „Officials" gab es zu dieser Zeit noch eine Reihe von Leuten, die militärische Aktionen im „Norden" für richtig hielten und den bewaffneten Kampf nicht im Widerspruch zu sozialistischer Politik und Agitation sahen. Von den „Provos" trennte diese Fraktion indes deren politische Reduzierung auf einen antiimperialistischen Nationalismus. Aus dieser Auseinandersetzung ging die Irish Republican Socialist Party und mit ihr der militärische Arm INLA

„Provos" trennte diese Fraktion indes deren politische Reduzierung auf einen antiimperialistischen Nationalismus. Aus dieser Auseinandersetzung ging die Irish Republican Socialist Party und mit ihr der militärische Arm INLA

hervor. Die Geburt der neuen Formation verlief blutig. Auf Jahre hinaus sollte die INLA primär damit beschäftigt sein, sich mörderischer Attacken der „Officials" wie des britischen Geheimdienstes zu erwehren. Es war ganz offensichtlich die Absicht der „Officials", das Entstehen der Konkurrenzorganisation im Keime zu ersticken, wobei ihnen die physische Liquidierung als das geeignete Mittel erschien. Aber auch von staatlicher Seite waren IRSP und INLA einem besonderen Ausmaß von Repression ausgesetzt. In der Verbindung von militantem Nationalismus/Republikanismus und Sozialismus wurde — nicht zuletzt von der Dubliner Regierung — eine bedrohliche Herausforderung erblickt, perspektivisch betrachtet vielleicht gar bedrohlicher als das Agieren der „Provos". Der Anführer jener Fraktion, die den „Officials" den Rücken kehrte, war Seamus Costello, vormals Operationschef der „Officials". Als sich die IRA Ende der 60er Jahre in „Officials" und „Provos" spaltete, folgte Costello zunächst dem Cathal Goulding-Flügel, da dieser eine stärkere sozialistische Orientierung des Republikanismus, seine Politisierung wie die Abkehr vom „Absentismus" (= Nichteinnahme von Parlamentssitzen) forderte. Doch hinsichtlich des „Nordens" bezog Costello eine andere Position als Goulding. Er betrachtete den „Norden" — wie die „Provos" — als sektiererischen Staat, er seinen Charakter mit Waffengewalt aufrechterhalten würde, folglich militärisch zu bekämpfen sein. Im Armeerat der „Officials" unterstützte Costello die Forderungen nordirischer „Volunteers" nach mehr Waffen und einem stärkeren militärischen Engagement. Er widersetzte sich dem Bemühen Gouldings und anderer um einen schrittweisen Rückzug aus den militärischen Auseinandersetzungen im „Norden". Obgleich es Versuche alter Freunde bei den „Provos" gab, ihn und seine Anhängerschaft innerhalb der „Officials" für die „Peoples Army" — wie die „Provos" im Volksmund hießen — zu gewinnen, bestand Costello auf den Aufbau einer weiteren republikanischen Formation. Es entsprach Costellos Absicht, soziale Fragen mit der Frage der nationalen Emanzipation enger zu verknüpfen, militanten Nationalismus/Republikanismus und politischen Sozialismus in einer Organisation miteinander zu verbinden. Er anerkannte zwar die militärische Kraft und Bedeutung der „Provos", lehnte sie jedoch für sich selbst als Alternative zu den „Offizials" ab, da bei ihnen das sozialistische und politische Element unterentwickelt sei. Seine neue Organisation sollte zum Kristallisationspunkt für militante „Officials", die das militärische Disengagement der Dubliner Führung kritisierten, wie für linke „Provos", die das fehlende politische und sozialistische Element in der Ausrichtung ihrer Organisation bemängelten, avancieren. Bekannte irische Sozialisten/Sozialistinnen wie Bernadette Devlin-McAliskey fühlten sich vorübergehend von der neuen sozialistisch-republikanischen Formation angezogen. Auch der KB, der sich damals mit den „Provos" nicht so recht anfreunden mochte, zeigte sich von Costellos Experiment beeindruckt.

Bezüglich einer Erklärung für die aktuellen Ereignisse mag — was die frühe Geschichte von IRSP/INLA anbelangt — von Bedeutung sein:

— Die gewaltsame Geburt der Organisation bzw. der enorme — mehrseitige — Druck, der auf sie ausgeübt wurde. Dies dürfte zur Militarisierung (bis Brutalisierung) von IRSP/INLA mit beigetragen haben.

— Ein gewisser Hang zum Sektierertum wie zur reinen politischen Lehre, der insbesondere in der Ablehnung einer Integration in die „Provos" seinen Ausdruck fand. Innerhalb der „Provos" existierte schon damals eine radikal-sozialistische Fraktion (vor allem in Derry und Belfast), die im Gegensatz zu einer Strategie, die die Separierung der Linken von der sozial stark verankerten nationalistischen Guerilla intendierte, die schrittweise Transformation derselben zu einer republikanisch-sozialistischen anstrebte. Noch heute propagiert die linke IRA/Sinn Féin-Führung des Konzept einer heterogenen Befreiungsbewegung (nach dem Vorbild entsprechender Bewegungen in der Dritten Welt), in der sich alle ideologischen Stränge des irischen Republikanismus und des anti-britischen Widerstandes wiederfinden.

dem Vorbild entsprechender Bewegungen in der Dritten Welt), in der sich alle ideologischen Stränge des irischen Republikanismus und des anti-britischen Widerstandes wiederfinden.

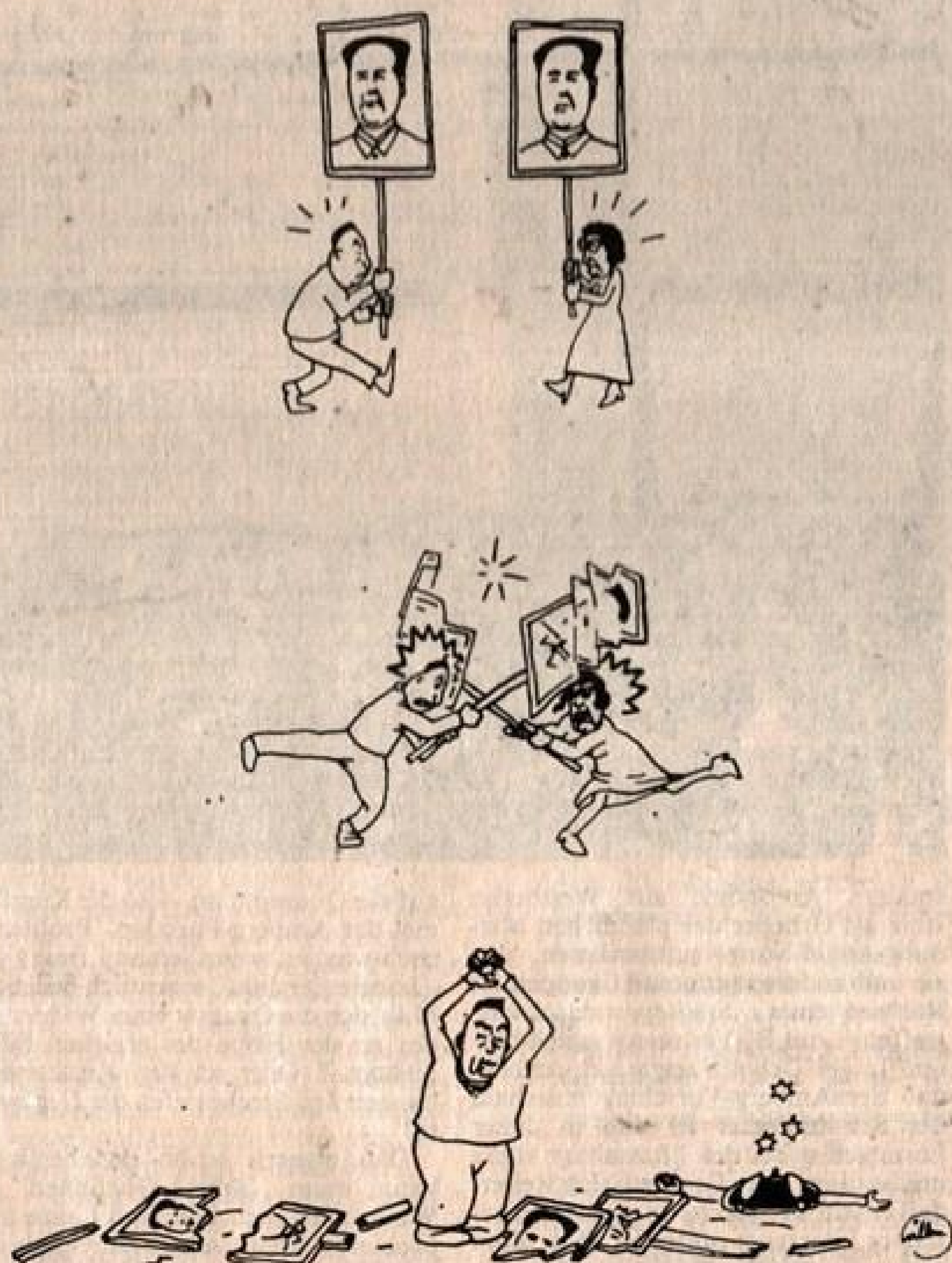
Der Hungerstreik als Wendepunkt in der jüngeren republikanischen Geschichte

IRSP/INLA konnten sich hinsichtlich Verankerung in der Bevölkerung und militärischen Fähigkeiten zu keinem Zeitpunkt mit den „Provos" messen. Dennoch handelte es sich bei ihnen keineswegs um bedeutungslose Organisationen, und die politischen Defizite der „Provos" schienen dem Projekt zunächst eine gewisse Existenzberechtigung zu geben. Die IRSP gewann bei den nordirischen Kommunalwahlen von 1981 Sitze im Belfaster Stadtparlament (nicht zuletzt deshalb, weil die „Provos" seinerzeit noch nicht kandidierten), und auch im „Süden" verfügte sie über einige politische Bastionen, die sich in parlamentarischer Präsenz niederschlugen (Bray, Limerick). Die INLA zählte die Belfaster Bezirke Divis und Markets sowie Derry-Stadt zu ihren militärischen Basen. Divis wurde zeitweise als „Planet der IRSP" bezeichnet. Über die irische Insel hinaus wurde sie bekannt durch den spektakulären und erfolgreichen Anschlag auf Airey Neave (März 1979), den Nordirlandminister in Thatchers „Schattenkabinett", der einen brutalen Repressionskurs für Nordirland angekündigt hatte.

Der ursprünglichen Intention zum Trotz gelang es IRSP/INLA allerdings nicht, zum Kristallisationspunkt für den sozialistischen Republikanismus zu avancieren. So besehen war das Projekt Costellos bereits frühzeitig gescheitert.

Mit dem „großen Hungerstreik" von 1981 (sieben IRA- und drei INLA-Gefangene hungerten sich im Kampf für den politischen Status zu Tode) geriet die INLA wieder einmal in Bedrängnis. Die Politisierung und Linksentwicklung der „Provos" erfuhr einen kräftigen Schub, der IRSP/INLA zwangsläufig vor arge Legitimationsprobleme stellte. Eigentlich war nun der Zeitpunkt gekommen, das Experiment einer eigenständigen sozialistisch-republikanischen Organisation zu beenden, um den personellen und materiellen Bestand in die „Provos" zu überführen.

Schließlich waren die wesentlichen Kritiken an den „Provos", die die eigenständige Existenz begründeten,



Karikatur Willem — aus: De Nieuwe Linie, 29.6.77

hinfällig geworden. Doch verbat dies die innere Logik der Organisation. Im nordirischen Dschungel ist die Gefahr, daß eine militärische Organisation zum puren Selbstzweck verkommt, schon

hinfällig geworden. Doch verbat dies die innere Logik der Organisation. Im nordirischen Dschungel ist die Gefahr, daß eine militärische Organisation zum puren Selbstzweck verkommt, schon

aus ökonomischen Gründen zweifelsohne groß. Die letzte Chance, als positiver (und zeitweilig vielleicht auch notwendiger) Beitrag in die Geschichte von Republikanismus und Sozialismus einzugehen, wurde vertan.

Politisch ging es nun stetig bergab mit der INLA. Auf die zunehmenden Legitimationsschwierigkeiten gegenüber den „Provos" reagierten IRSP/INLA mit einem hundertprozentigen Kurswechsel. Papiere kursierten nun in der Organisation, in denen ein strikter und extrem orthodoxer „ML"-Kurs stalinistischer Provenienz propagiert wurde. Wohl weniger aus theoretischer Einsicht und Erkenntnis heraus denn um der puren Abgrenzung gegenüber den „Provos" willen. Die ganze Legitimation von IRSP/INLA sollte nun darin bestehen, genau das Gegenteil von dem zu tun und zu propagieren, was gerade der Linie der „Provos" entsprach. Hatten IRSP/INLA die „Provos" jahrelang ob ihrer politischen Enthaltsamkeit, ihrer Nichtteilnahme an Wahlen, ihres unpolitischen „Absentismus"-Prinzips kritisiert (die IRSP nahm gewonnene Parlamentsmandate ein), so wurde nun der neue „Provo"-Kurs „by bullet and ballot" (mit Gewehrkugel und Stimmzettel) zum Hauptgegenstand ihrer Polemik. Überdachten die „Provos" in West Belfast — wo sie auch die Funktion der Polizei ausüben — ihre Politik der drastischen Bestrafung „antisozialer Elemente" (Stichwort Knieschuß), profilierte sich die INLA einige Tage später als die harte „law and order"-Truppe, bereit, ein eventuell entstehendes ordnungspolitisches Vakuum umgehend zu füllen. Auch in militärischer Hinsicht wurde die INLA immer fragwürdiger: Im Dezember 1982 unternahm die Organisation einen Bombenanschlag gegen eine Diskothek in Ballykelly, die gewöhnlich von britischen Soldaten besucht wurde. 17 Menschen kamen dabei ums Leben, darunter 11 Soldaten. Die restlichen 6 Todesopfer waren Zivilisten. Der Disco-Pub in Ballykelly stand auch auf einer IRA-Liste möglicher Anschlagsziele. Das Ziel schien geeignet, da es sich einerseits um ein ziviles, weitgehend ungeschütztes („weiches") handelte, andererseits bekannt war, daß sich hier zahlreiche Soldaten aufhielten. Doch die IRA nahm von einem Anschlag auf den Pub Abstand, nachdem sich herausgestellt hatte, daß Zivilisten unvermeidlich Schaden nehmen müßten.

Der Anschlag war jedoch noch aus einem ganz anderen Grunde fragwürdig: Es drängte sich der Verdacht auf, daß

listen unvermeidlich Schaden nehmen müßten.
Der Anschlag war jedoch noch aus einem ganz anderen Grunde fragwürdig: Es drängte sich der Verdacht auf, daß

die INLA auf diese Weise die Londoner „Friedensgespräche" zwischen den „Provo"-Führern Adams, Morrison, McGuiness und der Labour-Linken torpedieren wollte und zu demonstrieren gedachte, daß in Nordirland neben den „Provos" auch noch die INLA existiere. Der Anschlag geriet so zum Ausdruck bewegungsinterner Eifersüchtelei. Möglicherweise befürchtete die INLA-Führung, daß die „Provo"-Diplomatie mittelfristig in irgendeine Form von Abkommen und politischer Lösung münden könnte, unter Aussparung ihrer Fraktion. Die Politisierung der „Provos" lag nicht zuletzt in der (neuen) Einschätzung begründet, daß der Krieg noch sehr lange dauern könnte und mit militärischen Mitteln allein nicht zu gewinnen sei.

Teile der INLA sanken zunehmend auf das Niveau einer kriminellen Gang herab. Militärische Aktionen reduzierten sich weitgehend auf Maßnahmen zur Geldbeschaffung, wobei zuweilen auch schon mal in das Gehege der „Provos" eingedrungen wurde. Die „Provos" warfen der INLA-Führung vor, daß Mitglieder ihrer Organisation in kriminelle Aktivitäten in West Belfast verwickelt seien. Dies mußte zu Reibereien mit der für West Belfast hauptsächlich verantwortlichen Ordnungsmacht — der IRA — führen. Zudem sah die IRA durch die Entwicklung und die Machenschaften der INLA die Sache des radikalen Republikanismus diskreditiert.

Die Linksentwicklung der „Provos" wie die Unfähigkeit, sich dieser gegenüber adäquat zu verhalten, forcierte die politische Auszehrung der IRSP/INLA. Die politisch klügeren Köpfe verließen die Organisation nach und nach und auf individuellem Wege, um sich den „Provos" anzuschließen, oder aber zumindest eine engere Zusammenarbeit mit diesen zu suchen. Hierzu zählten u.a. Naomi Brennan, die ehemalige Vorsitzende der IRSP, und Nicky Kelly, der in der Republik Irland jahrelang für einen Überfall auf einen Postzug einsaß, den die „Provos" — und nicht wie damals vermutet die INLA — begangen hatten. Auch prominente INLA-Gefangene konvertierten zu den „Provos".

Hiermit sind zwei weitere Bestimmungsfaktoren für die aktuelle Situation benannt: Linksentwicklung der „Provos" und eine politische Auszehrung, die ermöglichte, daß das militärische Denken Überhand gewann. Der Prozeß der politischen Auszehrung setzte allerdings schon weit früher ein: 1977 wurde Seamus Costello von der „Official IRA" (die nur noch zum Zwecke der Geldbeschaffung für die Wahlkämpfe der biederen, sozialdemokratischen Workers Party und zur Liquidierung abtrünniger Kampfgefährten existierte) ermordet, womit IRSP/INLA ihren führenden politischen Denker verlor. Weitere politische Köpfe wurden Opfer protestantischer/loyalistischer Todesschwadrone oder des britischen Geheimdienstes (Miriam Daily, Ronnie Bunting, Joe Little). Der Ausrottungsfeldzug gegen die politische Etage von IRSP/INLA zeigt somit nun verspätete Wirkung. Ohne diesen Ausrottungsfeldzug — vorgetragen von der britischen Armee (SAS) und den teilweise in Auftragsarbeit handelnden Todesschwadronen — ist das, was sich aktuell ereignet, nicht zu begreifen. Leute wie Costello, Bunting und Daily wären sicherlich zu einem anderen — politischeren — Umgehen mit der Krise von IRSP und INLA fähig gewesen.

Der Druck, der von der Linksentwicklung der „Provos" ausging, war indessen nicht der einzige Grund für den Niedergang. Nach dem Hungerstreik verzeichneten sowohl die „Provos" wie die INLA einen enormen Zulauf an Jugendlichen, die sich der republikanischen Guerilla anschließen wollten. Die „Provos" hielten nichtsdestotrotz an ihren rigiden Aufnahmekriterien fest. Auch fortan hatte der potentielle Rekrut diverse Vorfeldorganisationen, politische Schulungen und Überprüfungen zu durchlaufen. Eine personelle Ausweitung der IRA machte zudem wenig Sinn, da für den Krieg, wie ihn die „Provos" führten, nicht mehr „Volunteers" benötigt wurden als bereits aktiv waren. Für weit wichtiger wurde erachtet, ein „Sammelbecken" zu organisieren, aus dem man für den Fall größerer Verhaftungs- und Aushebungsaktionen der Gegenseite rekrutieren könnte, um entstandene Lücken umgehend zu schließen (als, eine Art „Provo-Reserve").

Anders verhielt sich die INLA: Als kleinere Guerillaformation erblickte

Aushebungsaktionen der Gegenseite rekrutieren könnte, um entstandene Lücken umgehend zu schließen (als, eine Art „Provo-Reserve").
Anders verhielt sich die INLA: Als kleinere Guerillaformation erblickte

sie wohl die einmalige Chance, binnen eines kurzen Zeitraumes die Organisation und ihre Kriegsfähigkeit erheblich auszubauen und die Kluft zu den „Provos" zu verringern. Dies sollte sich fürchterlich rächen. Denn auf dem Rücken politisch unerfahrener Jugendlicher zog der Geheimdienst in die Organisation ein. Die berüchtigten „Supergrass"-Prozesse, in denen ehemalige republikanische „Volunteers" für eine neue Identität und Haftreduzierung gegen ihre einstigen Kampfgefährten aussagten, tangierten die INLA ungleich mehr als die „Provos". Die„Supergrass"-Verfahren trafen die INLA ins Mark und dürften zum Zerfall wie zur politischen Verwirrung erheblich beigetragen haben.

Kopfschütteln und Entsezen

Die derzeitige Situation gestaltet sich wie folgt: Die INLA ist bereits seit einiger Zeit in vier Fraktionen gespalten, wobei sich mittlerweile drei von diesen zusammengetan haben, um gegen die übrig bleibende vierte gemeinsam vorzugehen. Während die „Dreier-Front" unter dem Etikett INLA-Army Council firmiert, bezeichnet sich die vierte Gruppierung als INLA-General Headquarter. Gegenüber der Öffentlichkeit behauptet die Army Council-Fraktion, ihr gehe es um die Auflösung der INLA und die Überführung von deren Waffen und Personal in die „Provos". Die GHQ-Fraktion widersetze sich dem Auflösungsbeschluß und sei zudem zu einer kriminelen Gang degeneriert. Von daher sehe man sich gezwungen, ihrer Existenz mit Gewalt ein Ende zu bereiten. Von den „Provos" wird diese Konfliktinterpretation jedoch angezweifelt, ganz abgesehen davon, daß keine der Gruppierungen in der eigenen Organisation erwünscht ist. Nach „Provo"-Darstellung beabsichtige die Army Council-Fraktion keinesfalls ihre ersatzlose Auflösung. Vielmehr sei davon auszugehen, daß die blutige Fehde der Geburt einer neuen Organisation diene. Tatsächlich halten sich Gerüchte, daß die „Auflöser"-Fraktion die Gründung einer „supermarxistischen" — nach Abgrenzung gegenüber den „Provos" ringenden — Formation

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

vorbereite. Wenn die Army Council-Fraktion tatsächlich beabsichtigen würde, die INLA-Strukturen aufzulösen, um den „Provos" beizutreten: was wäre dann naheliegender, als schlicht die Waffen zu übergeben und so zu verfahren? Warum erst noch das Gemetzel mit der auflösungsunwilligen Fraktion? Schließlich haben die „Provos" niemals von ihr verlangt, zunächst der konkurrierenden Fraktion den Garaus zu machen.

Die Brutalität, mit der die Fehde ausgetragen wird, kennt scheinbar keine Grenzen mehr: zerschossene Finger, Folter vor der Exekutierung etc. Wo derart undurchschaubare, teilweise auch persönlich bestimmte Auseinandersetzungen toben, da fühlen sich gewöhnlich Trittbrettfahrer angezogen. So geht der Mord an Mary McClinchey nicht auf das Konto einer der INLA-Fraktionen, sondern einer anderen Personengruppe, die offensichtlich die Situation für günstig hielt, um eine ältere offene Rechnung zu begleichen. Verübt in der Anonymität der allgemeinen Verwirrung. Die politischeren IRSP- und INLA-Anhänger haben sich von der Auseinandersetzung längst abgewandt. Die ansonsten allgegenwärtigen „Sicherheitskräfte" schauen dem Treiben tatenlos zu, beschränken sich auf das Registrieren der Toten. Gäbe es nicht so viele immanente Bestimmungsfaktoren für die blutige Fehde, man müßte annehmen, die ganze Angelegenheit sei eine Kreation des britischen Geheimdienstes. Daß dieser in irgendeiner Weise mitmengt, kann nicht ausgeschlossen werden.

Sinn Féin und die IRA zeigen sich gegenüber den Ereignissen entsetzt bis ratlos. Das relativ schlechte Abschneiden Sinn Féins bei den südirischen Wahlen dürfte auch in der INLA-Fehde, die aktuell alles andere, was sich im „Norden" ereignet, überschattet, begründet sein. Besser läßt sich der Republikanismus nicht diskreditieren. Die „Provos" haben die INLA-Fraktionen wiederholt aufgefordert, die Fehde zu beenden und sich vollständig aufzulösen. Anfang März richtete Gerry Adams, Sinn Féin-Präsident und Unterhausabgeordneter, offene Briefe an beide Fraktionen. An die Adresse der Nichtauflöser (GHQ) gerichtet, äußerte Adams u.a.: „*Die republikanische Bewegung unterstützt das Recht von Individuen, sich zu versammeln und politisch zu organisieren. Jedoch gibt es in der nationalistischen Gemeinschaft keinen Platz für eine andere bewaffnete Gruppe, die — abgesehen davon, daß sie unfähig ist, jemals die Kapazität der IRA zu erlangen — unvermeidlich erneut in internen Auseinandersetzungen versinken würde. Eine Erklärung der Auflösung würde sicherlich den Effekt haben, den Druck auf die unschuldigen und gepeinigten Familien zu vermindern* (gemeint sind die Angehörigen der in die Auseinandersetzung Involvierten, die ebenfalls Morddrohungen ausgesetzt sind — Anm. AK). *Die nationalistische Gemeinschaft wäre erleichtert, eine derartige Erklärung zu hören. Jeder Person oder Organisation, die einen solchen Waffenstillstand ignoriert und die Fehde fortsetzt, wäre die totale Ablehnung durch die nationalistische Gemeinschaft garantiert.*" Der Fraktion der „Auflöser" schrieb Adams u.a.: „*Ihr habt erklärt, daß ihr nach einer Auflösung eure Waffen der IRA auszuhändigen gedenkt. Weder ich noch irgendein anderer Republikaner glaubt auch nur ein Wort davon. Was zur Zeit stattfindet, ist ein Machtkampf, an dessen Ende der Name INLA vielleicht verschwinden mag, aber das Personal und die Waffen sich unter neuem Etikett reorganisieren. Ich, wie viele andere Leute, können keinen Unterschied zwischen euren Aktivitäten und dem Tun der von euch verurteilten Fraktion erblicken.*" Und an beide Fraktionen gerichtet: „*Um nicht mißverstanden zu werden: Es ist klar, daß beide Seiten aufgehört haben, im antiimperialistischen Kampf eine Rolle zu spielen*" („AN PHOBLACHT/Republican News", 5.3.1987).

Bislang hat keine der Fraktionen den Aufforderungen der „Provos" Folge geleistet. Das Problem der „Provos" (neben der Diskreditierung des radikalen Republikanismus) besteht darin, daß diese blutige Fehde für sie als Ordnungsmacht in den nationalistischen/katholischen Ghettos eine Herausforderung darstellt, die auf die Dauer nicht unbeantwortet bleiben kann. Je länger die blutige Fehde andauert, desto stärker wird der Druck auf die „Provos", dem blutigen Spuk ein Ende zu bereiten. Der an beide Fraktionen gerichtete Satz von Adams mag die Möglichkeit andeuten, daß den INLA-Fraktionen in Zukunft durch die IRA dieselbe Behandlung wie anderen kriminellen Banden in West Belfast zuteil werden könnte.

Die INLA ist ein Beispiel dafür, wie die interne Entwicklung einer Guerilla durch systematische Liquidierung ihrer politischen Köpfe im herrschenden Sinne beeinflußt werden kann. Ab einem bestimmten Punkt ist eine solche Organisation nicht nur ihrer politischen Kapazitäten verlustig geworden, sondern beginnt auch, die Brutalität der Gegenseite zu rezipieren. Es vollzieht sich eine Brutalisierung und Militarisierung des (so weit noch vorhandenen) politischen Denkens, das Denken in militärischen Kategorien beginnt ein Eigenleben anzunehmen. Forciert wird diese Entwicklung noch durch subjektives Fehlverhalten in zugegeben komplizierten Situationen. Doch je komplizierter sich die Situation gestaltet, desto mehr wird jenes politische Denken verlangt, das indessen durch den physischen Ausrottungsfeldzug der Gegenseite hinsichtlich seiner Kapazität reduziert wurde. Irgendwann droht die Guerilla dann auf das Niveau einer Gang herabzusinken, deren revolutionärer Inhalt einzig und allein noch im Besitz von Waffen besteht (sofern man den puren Besitz von Waffen als solchen bezeichnen will). Die Logik, die mittlerweile die Oberhand gewonnen hat, verbietet es ihr, das Problem selbst — durch Auflösung und Repolitisierung — zu lösen. Diejenigen, die nun in Irland für die blutige Fehde verantwortlich zeichnen, sind sowohl als Täter (im Sinne bewußt handelnder Subjekte) wie aber auch als Opfer zu betrachten. Opfer einer gesellschaftlichen Realität, die durch die Brutalität des imperialistischen Gewaltapparates gekennzeichnet ist. In kaum einer anderen Gesellschaft spielt Gewalt im alltäglichen Leben eine derartige Rolle wie in Nordirland. Und kaum ein Volk hat die imperialistische Gewalt — in seiner strukturellen wie direkten, physischen Form — in einem Ausmaß zu spüren bekommen, wie das irische. Eine Gewalt, die bisweilen auch die Züge derjenigen, die eigentlich für die Befreiung von der Gewalt kämpfen, entmenschlicht und bis zur Unkenntlichkeit verzerrt hat.

Doch wäre es verfehlt, das, was sich aktuell in Irland an blutigen Szenen abspielt, als „typisch irisch" zu denunzieren. Im Nahen Osten und in Mittelamerika erleben wir durchaus verwandte Phänomene mit teilweise verwandten Ursachen. Gerade weil wir an der Einschätzung festhalten, daß es zur Beseitigung der herrschenden Gewalt emanzipatorischer, revolutionärer Gegengewalt bedarf (was wir eher als notwendiges Übel denn als Tugend betrachten), haben wir uns mit diesen Phänomenen und ihren Ursachen auseinanderzusetzen.

dsm

Zur Frühjahrsoffensive der PKK gegen andere kurdische Organisationen

Wer geglaubt hat, angesichts der Verschärfung des Krieges der türkischen Armee gegen das kurdische Volk, der Bombardierung kurdischer Siedlungen im Irak und der massenhaften Zwangsumsiedlungen von Kurden in der Türkei könnte sich das Verhältnis der kurdischen Arbeiterpartei PKK zu den anderen türkischen und kurdischen Oppositionsgruppen beruhigen oder normalisieren, der wurde bitter enttäuscht. Ein Toter, mehrere Schwerverletzte, ausgebrannte Vereinslokale, Bombendrohungen gegen Newrozfeste mit mehreren tausend Besuchern und mindestens achtzehn verhaftete Kurden — dies ist die bisherige Bilanz einer Serie von der PKK ausgelöster Aggressionen gegen andere kurdische und türkische Organisationen in der BRD und den Niederlanden.

— Am 21.2.1987 versuchten PKK-Anhänger auf einer Newroz-Veranstaltung der kurdischen Organisation KKDK in Bremen, ihre eigenen Schriften und Flugblätter zu verteilen. Als ihnen dies verwehrt wurde und sie aufgefordert wurden, dies außerhalb der Veranstaltungsräume zu tun, begannen sie, die Veranstaltung durch Sprechchöre zu stören. Daraufhin wurden die PKK-Anhänger vor die Tür gesetzt.
— Am 28.2. sollte in Hannover ein Seminar der revisionistischen Organisationen FIDEF und KKDK über die politische Situation in Türkisch-Kurdistan stattfinden. Auf dem Seminar erschienen PKK-Anhänger, die den Veranstaltern das Recht absprachen, ein solches Seminar durchzuführen und die mit dieser Begründung eine Schlägerei vom Zaun brachen. Einer der Anwesenden wurde dabei durch Messerstiche schwer verletzt.
— Am 7.3. kam es zu dem bisher schwersten Vorfall beim Newrozfest der kurdischen Organisation KOMKAR in München: Nach Darstellung der KOMKAR wurden ihre Mitglieder während der Vorbereitung ihres Festes von ca. 20-25 PKK-Anhängern mit Knüppeln, Eisenketten, Tränengas und Messern angegriffen. Im Verlauf der Auseinandersetzung hätten die Angreifer auch geschossen, aber ein eigenes Mitglied getroffen. Der angeschossene Kurde Ahmet Aydin starb noch am Ort der Veranstaltung. Außerdem wurden mehrere KOMKAR-Mitglieder durch Messerstiche z.T. schwer verletzt. Nach Darstellung der PKK ging der Münchener Vorfall umgekehrt von einem Angriff durch KOMKAR-Mitglieder auf Flugblattverteiler des PKK aus. Auch Ahmet Aydin sei von KOMKAR-Anhängern erschossen worden. Von der PKK wurde allerdings bisher nicht bestritten, daß sich ihre Anhänger gewaltsam Zutritt zu dem Newrozfest verschaffen wollten und sich dabei mit den Ordnern am Eingang anlegten.

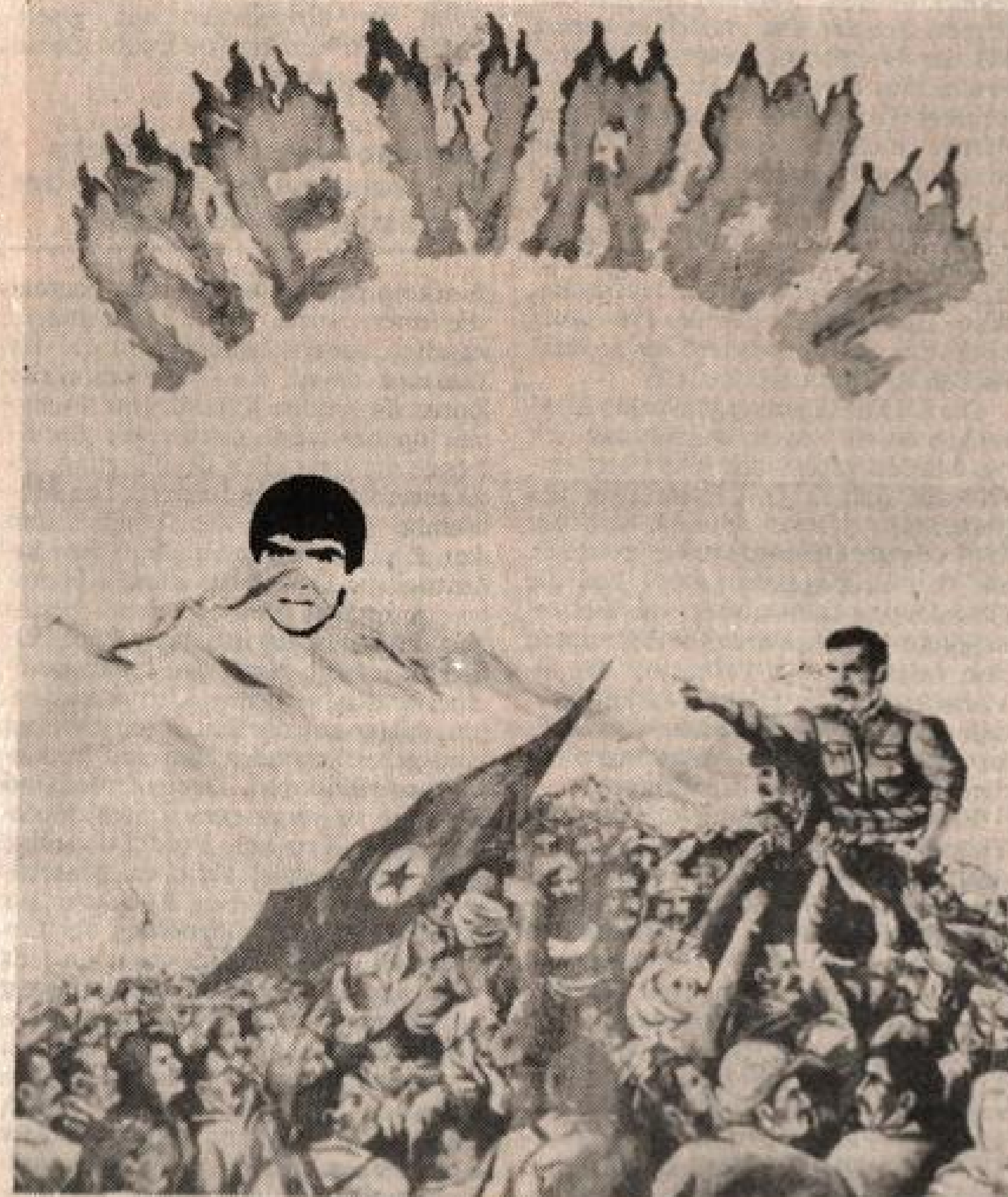
In den folgenden Tagen wurden von der Polizei insgesamt vierzehn Kurden verhaftet, darunter zwei Vorstandsmitglieder der KOMKAR, deren Verhaftung direkt vor einer am 13.3. geplanten Pressekonferenz der KOMKAR erfolgte. (1)

— Ebenfalls am 7.3. erschienen auf einem Kongreß der türkischen Organisation Isci Gerceği in Duisburg PKK-Anhänger. Sie griffen dort anwesende Mitglieder der türkischen Gruppe Göcmen an, wurden dann aber aus den Räumen vertrieben.
— Am 14.3. soll laut KOMKAR in Bielefeld ein Newrozfest einer anderen, nicht genannten kurdischen Organisation ebenfalls von PKK-Anhängern überfallen worden sein. Auch dort seien angeblich Schüsse gefallen. (2)
— Am 15.3. gab es in der niederländischen Stadt Deventer am Eingang zum Newrozfest eines kurdischen Vereins drei Schwerverletzte, als sich mehrere Kurden, denen der Eintritt verwehrt wurde, den Weg freischießen wollten. Von den Tätern wird ebenfalls vermutet, daß sie Anhänger der PKK sind. Die niederländische Polizei verhaftete am selben Abend vier Kurden. (3)

Parallel zu diesen Auseinandersetzungen gab es eine Serie von Anschlägen auf Vereinsräume der KOMKAR:
— Am Abend des 13.3. gab es Brandanschläge auf die KOMKAR-Zentrale in Köln und deren Münchener Verein, zur gleichen Zeit wurden die Fensterscheiben des Duisburger KOMKAR-Vereins zerschlagen.
— Am 14.3. erfolgte ein Brandanschlag auf den Nürnberger KOMKAR-Verein, und
— am Abend des 24.3. brannten die KOMKAR-Vereinsräume in Hamburg nach einer Brandstiftung vollständig aus. (4)

Es ist nicht ersichtlich, aus welchem aktuellen Anlaß es zu diesen Gewalttätigkeiten gekommen ist. Vielmehr muß der Grund darin gesucht werden, daß nach der politischen Linie der PKK der Befreiungskampf des kurdischen Volkes allein durch die PKK und ihren bewaffneten Arm ERNK vertreten werden darf. Jegliche Kritik oder abweichende Perspektive bezüglich des Kampfes in Türkisch-Kurdistan wird als Liquidatorentum, Verrat und Kollaboration mit dem türkischen Kolonialismus diffamiert. Entsprechend sind nach übereinstimmenden Berichten verschiedener türkischer und kurdischer Organisationen PKK-Anhänger auf den verschiedenen Veranstaltungen erschienen, um den Alleinvertretungsanspruch der PKK auch handgreiflich durchzusetzen.

Dabei geht es auch darum, anderen kurdischen Organisationen unmöglich zu machen, ihre Anhängerschaft in Westeuropa zu organisieren. Zu den Newrozfesten können kurdische Vereine traditionell große saalfüllende Veranstaltungen mit tausenden Teilnehmern, v.a. kurdischen Arbeitsemigranten und Asylbewerbern, durchführen. Der Versuch, diese Feste von anderen Gruppen zu stören oder umzufunktionieren, zielt also durchaus auf eine zentrale (und finanziell einträgliche) Aktivität der politischen Konkurrenz. Weil dies den Angreifenden mit Sicherheit bewußt ist, sprechen die Ereignisse für eine beabsichtigte Eskalation der Auseinandersetzung durch die PKK. Dies wird auch durch die Tatsache deutlich, daß mit der Ausnahme einer anonymen Bombendrohung gegen das Newrozfest der PKK in Hamburg am 21.3. bisher nur Provokationen und Angriffe gegen Veranstaltungen von Organisationen geschahen, die von der PKK offen angefeindet werden.



Die PKK feiert NEWROZ als Fest gegen „Verrat, die Kapitulation, Kollaboration und Knechtschaft" (Aufruf zum Newroz-Fest 1987). Da sich die PKK gleichzeitig als einzig legitime Vertretung des kurdischen Volkes begreift, andere linke Organisationen des Verrats bezichtigt, spricht sie diesen auch das Recht ab, Veranstaltungen anläßlich dieses Tages durchzuführen.

Daß die PKK zum wiederholten Mal anderen linken Organisationen aus der Türkei und Kurdistan das Existenzrecht abspricht und dazu aufruft, im „aktiven Kampf" gegen sie vorzugehen, womit unabweisbar über die politische Auseinandersetzung hinaus auch Gewaltanwendung gemeint und legitimiert ist, zeigt sich in einem Flugblatt, das die Europavertretung der ERNK am 10.3.1987 in deutscher Sprache veröffentlichte. Darin wird KOMKAR die Schuld am Tod des in München erschossenen Ahmet Aydin gegeben. Weiter heißt es:

„*Diese verräterischen und dienerhaften Kreise, die keinerlei Verbindung mit dem kurdischen Volk unterhalten und damit beschäftigt sind, ihr persönliches Leben und familiären Interessen zu organisieren, vertreten unser Volk nicht. Vertreter des kurdischen Volkes können nur diejenigen sein, die für die Sache des Volkes in den Bergen Kurdistans kämpfen und diesem Kampf auch hier ihre Unterstützung gewähren. Diejenigen Kreise, die sich jedoch unserem legitimen Kampf entgegenstellen, sind die zur Nicht-Existenz verurteilten kollaborierenden, dienerhaften und reaktionären Kreise. (...) Dieser Angriff* (der Vorfall in München, d. Red.) *richtet sich nicht nur gegen unser Volk, er richtet sich gleichzeitig gegen die in Freiheit und Unabhängigkeit leben wollende Menschheit.*

Erkennen wir diese, die fortschrittlichen Menschheit bedrohende politische Leiche, den die Reaktion in sich tragenden Körper, den von Seiten der sich ‚Özürlük Yolu' bezeichnenden Kraft angeführten verräterischen und dienerhaften Block, die kurdische Kollaboration und diese Mörder! Nehmen wir Abstand von den mit Irrtümern behafteten Haltungen in den mit diesen Kreisen eingegangenen Beziehungen. Isolieren und stellen wir diese Kräfte bloß. Die den demokratischen Traditionen verbundenen fortschrittlichen Kräfte in Europa müssen gut begreifen, daß der einzelne Weg der Solidarität in der Unterstützung des Unabhängigkeits- und Freiheitskampfes des kurdischen Volkes liegt! Leisten wir einen aktiven Kampf gegen die Angriffe und Komplotte der das kurdische Volk massakrierenden barbarischen Kolonialisten und deren Kollaborateure!"

Das Flugblatt der ERNK schließt mit mehreren Forderungen und Aufrufen, bei denen es u.a. heißt: „Nieder mit dem faschistischen türkischen Kolonialismus und den verräterischen und dienerhaften Kreisen!" Auf Plakaten der PKK in türkischer Sprache heißt es, Akmet Aydin sei „von einer Feindesbande aus einer Zusammenarbeit von faschistischen türkischen Kolonialisten und Imperialisten" ermordet worden. (5)

Die gegenwärtige „Frühjahrsoffensive" der PKK in Westeuropa und ihre Legitimation als Kampf gegen angebliche Verräter und Kollaborateure hat wieder eine Situation hergestellt, die wie geschaffen ist für jede denkbare Geheimdienstoperation gegen die Opposition der türkischen Diktatur. So ist gerade für die Kette der Brandstiftungen in KOMKAR-Vereinen sowohl eine Urheberschaft durch die PKK selber denkbar wie auch eine Aktion durch Dritte, die die politische Linie der PKK zur weiteren Eskalation und Selbstzerfleischung der türkischen und kurdischen Linken ausnutzen wollen.

Es muß eine der vordringlichsten Aufgaben der kurdischen Widerstandsorganisationen im Ausland sein, den Vernichtungsfeldzug der türkischen Diktatur gegen das kurdische Volk an die westeuropäische Öffentlichkeit zu bringen und speziell die BRD als eine Hauptstütze dieses Regimes anzuklagen. Provokationen und Angriffe, die von dieser Aufgabe ablenken und den Befreiungskampf des kurdischen Volkes auch in Mißkredit bringen können, nützen objektiv dem türkischen Staat. Gerade die PKK, die konkurrierende linke Organisationen in eine Reihe mit dem Feind stellt, sollte diese Folgen bedenken.

Anmerkungen:
1. Die Zahl von 14 Verhaftungen ergibt sich aus Pressemeldungen der TAZ vom 12.3.87 und der am 13.3. erfolgten Verhaftung von drei weiteren KOMKAR-Mitgliedern.
2. Erklärung der KOMKAR vom 16.3.87
3. TAZ 17.3.87 und niederländische Zeitungsberichte
4. TAZ Hamburg 27.3.87 und Anm. 2
5. TAZ 19.3.87

Über die historischen Ursprünge des deutschen Faschismus

von Klaus Aresti(AzD)

„Faschisierung" — soll das das erste und letzte Wort der bundesrepublikanischen Linken bleiben? Inzwischen hat sich die Diskussion darüber wieder einmal zugespitzt. Auf dem Kongreß der revolutionären Sozialisten am 2.12.1986 in Köln bekam der aufmerksame Zuhörer gleich ein halbes Dutzend verschiedener Argumentationsmuster zu hören. Da wurde etwas von schon immer vorhandenen faschistischen Zuständen in den Betrieben phantasiert, andere entdeckten den Faschismus gar im Grundgesetz, das wieder andere für einen Kampf gegen den Faschismus in Form diverser Sekten nutzen wollten. „Realpolitiker" sahen den Faschismus nur in Gestalt einzelner Ideologen, andere wiederum schon eingedrungen in die bürgerlichen Parteien. Doch sei's drum, egal wie, die große Mehrheit fand sich für eine antifaschistische Politik mit vielen „weg mits" aber wenig Klarheit über *Stellenwert* und *Adressat* einer solchen Politik. Die Verwirrung bei den bisher üblichen Begründungsansätzen hat also nicht ab — sondern zugenommen. Bisher wechselten sich, und das seit zwanzig Jahren, im wesentlichen zwei Muster ab, der Verweis auf die Zunahme staatlicher Repressionsmöglichkeiten auf der einen und besonders seit Mitte der siebziger Jahre, der platte Analogieschluß auf der anderen Seite. Auf den ersteren Begründungszusammenhang wurde schon eingegangen (1). Hier soll mehr die zweite Seite der Medaille behandelt werden.

Gern und häufig werden die drei Jahre von 1930 bis 1933 mit dem Jahrzeht 1975 bis 1986 verglichen. Die Weltwirtschaftskrise hie steht der Rezession dort gegenüber, die 6 Millionen Arbeitslosen von damals sind gleich den 2,5 Millionen von heute, Brünningsche Notverordnungen auf der einen, Kohl-Blümsche Sozialstaatskürzungen auf der anderen Seite. Zerschlagung der

2,5 Millionen von heute, Brünningsche Notverordnungen auf der einen, Kohl-Blümsche Sozialstaatskürzungen auf der anderen Seite. Zerschlagung der

Gewerkschaften am 2.Mai 1933 entspricht so dem Erlaß des § 116 AFG vom März 1986. Hieß es damals „Juda verrecke" so heute „Türken raus" und schließlich damals NSDAP und heute? ... über das heute streiten sich noch die Geister. Wie im Bäckerladen zwischen Kaffeestückchen, kann man zwischen konservativ-faschistischen Ideologen, Neonazis, dem rechten Rand der bürgerlichen Parteien oder ihrer Gesamtheit auswählen und sie als Pendant zur NSDAP einsetzen.

Bei näherem Hinsehen, bezieht der Faschisierungsvorwurf seine Konitunität allerdings weniger aus einer den Erscheinungen der heutigen Gesellschaft abgeleiteten Analyse als aus theoretischen Konzepten, die der heutigen Wirklichkeit kritik- und kenntnislos übergestülpt werden.

Innerhalb der revolutionären Linken, wie überhaupt innerhalb der Linken, sind es vor allem zwei Konzepte, die nebeneinander, aber auch vermischt, immer wieder als theoretische Grundlagen für den werdenden, beginnenden oder bereits existierenden Faschismus in der BRD angeführt werden: Die Theorie vom staatsmonopolistischen Kapitalismus und die Kritische Theorie.

Beide haben trotz zahlreicher Widersprüche eine ganze Reihe von gemeinsamen Grundvorstellungen. Beide vertreten, daß die Durchsetzung des Kapitalismus in Deutschland schon im 19. Jahrhundert im wesentlichen abgeschlossen war, ja daß er bereits an immante, ihm eigene Grenzen gestoßen und in die Phase der allgemeinen Krise geraten sei. Beide teilen die Position, daß der Kapitalismus durch den Konzentrationsprozeß der Produktion in einen neuen Typ von Kapitalismus verwandelt wurde, den Monopol-, Spät- oder Trustkapitalismus. Beide gehen davon aus, daß diesem Stadium des Kapitalismus wesentliche Grundgesetze bürgerlich-liberaler Wirtschaftsauffassung fehlen würden, daß der freie Markt durch die Eingriffe des Staats bis hin zum planenden Staatskapitalismus ersetzt worden sei. Beide erklären, daß diesem neuen Stadium ein neuer Überbau entspreche, daß die bürgerliche Republik ausgedient habe und an ihre Stelle die Monopole sich den Staat direkt unterordenen oder die Herrschaft der Bürokraten aus Staat, Trusts und Parteien trete. Beide sehen diese Herausbildung eines neuen Überbaus als eine sich schon im 19. Jahrhundert abzeichenende Metamorphose des Staats, die unter dem Druck der letzten Krise 1929 ihre Vollendung im faschistischen Staat fand.

Beide gehen also von entwickelten, ja übergreifenden Klassenverhältnissen aus, einer Gesellschaft, in der die Arbeiter die überwiegenden Mehrheit einnehmen würden. Diese Sicht wurde von Klassenanalysen beider Richtungen gestützt. Arthur Rosenberg ging z.B. von einer Gesellschaft aus, die in 72% Arbeitnehmer und nur 28% Besitzende gespalten sei: 14,5 Mil. Arbeiter, 5,5 Millionen Angestellte und Beamte, 5,5 Millionen Selbstständige, 5,5 Mil. Mithelfende und 5,0 Mil. Hausangestellte und Berufslose (2). Gerechterweise muß man sagen, daß er von den 72% Arbeitnehmern nur 32% als Fabrikarbeiter betrachtete. Dennoch subsumiert Rosenberg die Mehrheit von Angestellten, Beamten, Landarbeitern und Gesellen unter einen einzigen Begriff. Ganz ähnlich verfährt Jürgen Kuczynski. Auch er kommt zu einer Arbeitermehrheit, indem er Arbeiter, Gesellen, Landarbeiter und Angestellte einfach addiert (3). Danach hätten 16,2 Mil. Arbeiter und 5,5 Mil. Angestellte mit 21,7 Mil. ca. 2/3 aller Beschäftigten ausgemacht. Auf der anderen Seite hätten 5,5 Mil. Mithelfende und 5,1 Mil. Selbstständige, zusammen 10,6 Mil. der erwerbstätigen Bevölkerung gestanden (4). Diese Interpretation sieht großzügig über das konkrete ökonomische, vor allem aber über das politisch-ideologische Gesicht der damaligen Klassen hinweg. Es kann nicht erklärt werden, warum entgegen den Ergebnissen der Analyse sich immerhin 1/3 der Bevölkerung explizit für den Faschismus entschied, warum sich ein weiteres Drittel für die bürgerlichen Parteien aussprach und nur 1/3 für die sozialdemokratisch/kommunistische Arbeiterbewegung, wovon wiederum gut die Hälfte mit der Aufhebung des

Privateigentums und mit einer sozialistischen Politik nichts am Hut hatte. Also zum Schluß gerade 1/6 übrig blieb, das sich konsequent zur proletarischen Revolution bekannte.

Privateigentums und mit einer sozialistischen Politik nichts am Hut hatte. Also zum Schluß gerade 1/6 übrig blieb, das sich konsequent zur proletarischen Revolution bekannte.

Die Schlußfolgerung, die beide Richtungen daraus zogen, lautete, daß sich die Massen *gegen* ihre Interessen entschieden hätten. Die Theoretiker des Stamokap sprechen einfach von der Wirkung der Demagogie. Sie verweisen auf den Propagandaapparat und die Geldzahlung Industrieller, die dies ermöglicht haben sollen. Sie behaupten also entgegen allen Prinzipien des historischen Materialismus idealistisch, daß allein die Wiederholung von Ideen ausreichend sei, solche Wirkungen wie den Faschismus hervorzubringen.

Etwas subtiler verfährt die Kritische Theorie. Sie führt je nach Autor und je nach Entstehungszeit verschiedene Erklärungen an: Der Schein oder kapitalistischen Warenwelt, die Fetischismen der kapitalistischen Produktionsweise verhinderten eine Einsicht in das Wesen des Kapitalismus und damit auch in die eigenen Interessen. Oder im Kontext sozialpsychologischer Analysen wurde auf das Vorhandensein autoritärer Familienstrukturen verwiesen. Sie hätten nur seelisch und psychologisch deformierte Individuen hervorgebracht, wohlvorbereitet von einem autoritären Staat geführt zu werden. Auch tauchte, besonders am Anfang der Hinweis auf, daß die Massen in der Weimarer Republik durch sozialpolitische Maßnahmen pazifiziert und an den Staat gekettet worden seien. Aus all diesen Gründen und noch einer ganzen Reihe von ergänzenden Momenten sei es einer machtbewußten Elite ein leichtes gewesen, die Massen gegen deren Interessen zu beherrschen.

Das Problem dieses Ansatzes war, daß er in seiner Abstraktheit für alle Länder galt, in denen auch nur annähernd kapitalistische Strukturen vorkamen. Die Kritische Theorie konnte nicht erklären, warum sich der Faschismus auf bestimmte Länder beschränkte. Sie trat die Flucht nach vorne an und zog daraus die Konsequenz, daß auf der ganzen Welt, in allen Ländern, der autoritäre Staat gesiegt habe. Die kritischen Theoretiker dehnten die Vorwürfe gegenüber dem Faschismus auf *alle* bürgerlichen Demokratien und auf die sozialistischen Staatsbürokratien aus. Überall sahen sie nur noch spätkapitalistische Staaten mit modifizierten Herrschaftsmitteln. Das Wesen des Faschismus wurde auf Repression reduziert, der deutsch-italienische Faschismus zur *Vorform* der spätkapitalistischen Staaten bagatellisiert. Mit einer marxistischen Klassenanalyse



Zwischen 1930 und 1932 stieg die Zahl der Arbeitslosen auf sechs Millionen

und Staatstheorie hatten diese gleichmacherischen ideologischen Konstruktionen nichts mehr gemein.

Die traditionellen theoretischen Konzepte sind insofern mehr Stütze und Korsett einmal gewonnener Positionen als schlüssige Erklärung für die damaligen Geschehnisse. Den Ereignissen selbst ist nur konkret und über die Geschichte beizukommen. Das Phänomen des Faschismus auf dem Weg zur Macht soll deshalb vor dem Hintergrund der historischen und gesellschaftlichen Verhältnisse Deutschlands betrachtet werden.

Das ideologische, politische und soziologische Gesicht der faschistischen Bewegung

Die faschistische Ideologie war geprägt von einer ganzen Reihe rückwärtsgewandter weltanschaulicher Ideen. Im Zentrum stand die kleinbürgerliche

Die faschistische Ideologie war geprägt von einer ganzen Reihe rückwärtsgewandter weltanschaulicher Ideen. Im Zentrum stand die kleinbürgerliche

Kritik am großen Kapital. Das anonyme Finanzkapital zwinge alle Berufstände der deutschen Bevölkerung unter seine Knute, den Bauern , den Mittelstand aber auch die Arbeiter und den ehrlich schaffenden deutschen Industriellen. Gegenüber diesem liberalen, jüdischen, marxistischen, westlichen und bolschewistischen Chaos verherrlichten die Nazis den handwerklichen und bäuerlichen Kleinproduzenten, später auf die Spitze getrieben im landverherrlichenden Blut-und Boden-Mythos (Blubopo). Dementsprechend betonten sie vergangene Zeiten, in denen dieser Typ von Produktion eine große Rolle gespielt hatte, das Mittelalter. Sie traten für eine Rückkehr zur berufsständischen Gliederung der Gesellschaft, dem Ständestaat ein. Er sollte von einer über den kastenförmig aufgebauten Machtstrukturen stehenden Persönlichkeit geführt werden. Die Monarchie, die diesen Staatstypus eigentlich verkörpert, wurde abgelehnt, nicht aufgrund grundsätzlicher Erwägungen wie die Liberalen, sondern, weil sie in den letzten Jahrhunderten dem Ideal nicht mehr so recht entsprochen hatte. Eingegliedert in diesen Rahmen folgte die rassentheoretische Begründung für ein besonderes Lebensrecht der Deutschen gegenüber anderen Völkern (Juden und Slawen). Sie sollten einer territorialen Expansion weichen und Platz machen für das Bedürfnis der deutschen Bevölkerung nach Raum zur Siedlung. Die außenpolitische Fessel für eine solche Politik, der Vertrag von Versailles, sollte überwunden werden. Auf diesem Boden übten sie Kritik am Liberalismus, der ein auf Markt und Produktion ausgerichtetes Profitstreben im Interesse des Kapitals verkörperte und am Marxismus, der an den Interessen der internationalen Arbeiterklasse orientiert war.

Mit dieser Ideologie waren schon zeitgenössische Kritiker nicht zurechtgekommen. Bloch beschrieb in seiner These von der Ungleichzeitigkeit der Republik zwar treffend das Phänomen von rückwärtsgewandter Ideologie in einem Land mit hochmoderner Industrie. Eine Erklärung für diesen Umstand konnte er allerdings nicht geben. Letztendlich behalf er sich damit, dies als ein Phänomen des sterbenden Kapitalismus aufzufassen.

Das ideologische Konzept des Faschismus fand seinen Niederschlag im Parteiprogramm der NSDAP. Dieses Programm vereinigte nicht einfach ein heterogenes Mischmasch der unterschiedlichsten Forderungen, auf die jeder sich hätte beziehen können, sondern war explizit ausgerichtet. So forderte es, gegen die Arbeiterklasse gerichtet, die Zerschlagung ihrer politischen Organisationen und die Ausrottung ihrer Ideologie, des Marxismus. Auch die Ideologie der Bourgeoisie, der Liberalismus, sollte bekämpft werden. Die Programmpunkte 11, 12 und 13 fordern gegen die Kapitalisten die Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens, die Einziehung aller Kriegsgewinne und die Verstaatlichung bereits vergesellschafteter Betriebe, gemeint waren Aktiengesellschaften.

Auch gegen die Großgrundbesitzer enthielt das Programm Forderungen: „Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeldlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke"(5). Für den

„Wir fordern eine unseren nationalen Bedürfnissen angepaßte Bodenreform, Schaffung eines Gesetzes zur unentgeldlichen Enteignung von Boden für gemeinnützige Zwecke"(5). Für den

Mittelstand, Handwerk und Kleinhandel dagegen forderten die Programmpunkte 16 und 25 die Schaffung eines gesunden Mittelstands, die Kommunalisierung der großen Warenhäuser und ein Monopol des Kleingewerbes auf Staatsaufträge sowie Kampf gegen den Wucher. Für die Bauern wurde in Punkt 17 die Brechung der Zinsknechtschaft, eine Bodenreform und die Verhinderung der Bodenspekulation gefordert. Dem neuen Mittelstand, den Angestellten wurden immerhin in den Programmpunkten 14, 15 und 18 eine Gewinnbeteiligung an Großbetrieben, der Ausbau der Altersversorgung und die Verstaatlichung der Trusts angeboten, da sie in diesem Falle der alten Forderung der Angestelltenverbände nach Gleichstellung mit den Beamten im Staat einen großen Schritt näher gekommen wären. Den bäuerlichen und kleinbürgerlichen Klassen sollte auch der Aufbau eines ständisch gegliederten Staats zugute kommen. So forderte Programmpunkt 25: „Die Bildung von Stände- und Berufskammern zur Durchführung der vom Reich erlassenen Rahmengesetze in den einzelnen Bundesstaaten"(6). Zum Schluß sei noch auf das Expansionsprogramm der Faschisten verwiesen. Die Eroberung im Osten sollte vor allem der Schaffung von Siedlungsraum zum Zwecke der Ansiedlung von Bauern und Kleinproduzenten dienen. So heißt es im Punkt 3: „Wir fordern Land und Boden zur Ernährung unseres Volkes und Ansiedlung des Bevölkerungsüberschußes"(7).

Dieser Ausrichtung des Programms entsprach die Mitgliederstruktur der NSDAP. Im Jahre 1930 waren allein die Arbeiter im Vergleich zu ihrem Anteil in der Bevölkerung unterrepräsentiert (60%). Alle anderen Schichten waren deutlich überrepräsentiert: Angestellte (213,5%); Selbstständige (230%), Beamte (162,7%) und Bauern (132%)(8). Über das Wahlverhalten gibt es nur stichpunktartige Analysen, da die Demoskopie noch wenig entwickelt war. Aber auch diese weisen auf das gleiche soziologische Potential hin (9).

D.h. es gab eine *Übereinstimmung* von Ideologie, Programmatik, Mitglieder- und Wählerpotential. Wie erklärt sich diese Identität auf der einen Seite mit den Verteilungen der Massen in den klassenanalytischen Vorstellungen von Stamokap und Kritischer Theorie auf der anderen Seite? Ohne einer Klassenanalyse vorgreifen zu wollen, sei auf einige Zahlen verwiesen. Nach der Statistik des Deutschen Reiches waren 1925 fast 10 Millionen in der Landwirtschaft tätig. Dem standen 11,6 Millionen Arbeiter in Industrie, Handwerk und Handel gegenüber. Weiterhin gab es ca. 3 Millionen Selbstständige in Handwerk und Kleinhandel, 5,2 Millionen Angestellte und Beamte und 1,4 Millionen Beschäftigte in Häuslichen Diensten (10). Es standen also ca. 20 Millionen aus bäuerlichen, kleinbürgerlichen und mittelständischen Schichten ca. 12 Millionen Arbeitern gegenüber. Über die genaue Zuordnung der 2,6 Millionen Landarbeiter und der 2,5 Millionen Angestellten in Industrie und Handel sowie der Beschäftigten in Kleinstbetrieben mit bis zu 5 oder 10 Beschäftigten mag eine zukünftige Klassenanalyse streiten. Sie wird nicht allein und nicht vor allem das Kriterium der Lohnabhängigkeit abzuwägen haben, sondern neben dem konkreten ökonomischen auch das politische und ideologische Gesicht der einzelnen Klassen und Schichten berücksichtigen müssen. Bei aller Vorsicht ist es sicher nicht vermessen, davon auszugehen, daß die Hälfte aller Erwerbstätigen nicht oder nicht direkt einer kapitalistischen Ausbeutung unterlag, dementsprechend bewußtseinsmäßig kaum für sozialistische Vorstellungen zu begeistern war.

Zu einem ähnlichen Ergebnis kam 1932 Theodor Geiger. Er ging von ungefähr 1% Kapitalisten, 32% mittleren und kleinen Besitzern in Stadt und Land, 16% Angestellten in Industrie und Hauswirtschaft und 51% Lohnbesitzern und proletaroiden Existenzen (verarmte Handwerker) aus (11).

Diese Zahlen erklären zumindest das gesellschaftliche Potential für die faschistische Massenbewegung. Es stand für Ideologie, Programmatik, Mitglieder- wie Wählerpotential der NSDAP ein ausreichend starker Block an kleinbürgerlichen, bäuerlichen und mittelständischen Klassen außerhalb des kapitalistischen Grundwiderspruchs zur Verfügung. Damit werfen sich vor allem zwei Fragen auf: Woher kamen dieser mittelständische Block im deutschen Sozialgefüge und wie hatten sich diese Klassen bisher politisch verhalten?

Kapitalisierung und konservative Sammlungsbewegung

Kapitalisierung und konservative Sammlungsbewegung

Wenn man ins Jahr 1848 zurückblickt, dann findet man die Massen der Kleinproduzenten, soweit sie politisch präsent waren, auf der Seite der Revolution. Wie 1789 in Frankreich gehörten Bauern und städtisches Kleinbürgertum zu den Kernschichten der Demokratie. Ihre Intererssen trafen sich mit denen der Bourgeoisie im antifeudalen Kampf: Befreiung des Bodens von feudalen Lasten und Abhängigkeiten, Befreiung der Stadt von der Oberherrschaft des Adels und Abschüttelung wirtschaftspolitischer Bevormundungen durch lokale und landesherrliche Aristokratien. Bekanntlich scheiterte die bürgerliche Revolution in Deutschland. Weniger bekannt ist, daß auch ein zweiter Anlauf der deutschen Bourgeoisie in den Jahren 1863 bis 1866, politische Mitspracherechte durchzusetzen, scheiterte. Bei dieser liberalen Sammlungsbewegung der sechziger Jahre, getragen von einem Bündnis aus Arbeitern, Kleinbürgern und Bourgeoisie, fehlten bereits die Bauern. Sie waren unterdessen unter Kontrolle der Junker mit der Ablösung ihrer feudalen Abhängigkeit beschäftigt. Nicht durch den politischen Kampf der Bourgeoisie erhielt also der deutsche Bauer Eigentumsrechte an Grund und Boden, sondern durch die finanzielle Abrechnung mit seinem Junker. Unter diesem Vorzeichen begann der politische Wandel auf dem Land. Die Gegnerschaft beider Klassen in der Revolution von 1848 kehrte sich in den siebziger Jahren um in eine Siegeszug der Konservativen auf dem Land.

Statt erweiteter politischer Mitsprache erhielt die deutsche Bourgeoisie im Kaiserreich den nationalen Markt. Zwar gab es ein nationales Parlament mit liberaler Mehrheit, doch war der Reichstag machtlos. Er setzte nicht die Regierung ein, hatte kein Recht, Verträge gegenzuzeichnen; der Militärapparat entzog sich weitgehend seiner Kontrolle. Demgegenüber verfügten die alten feudalen Machthaber nach wie vor über alle Machtmittel des Staats. Der Kaiser setzte die Regierung ein, das Offizierskorps war Domäne der ostelbischen Junker, genauso wie die obere staatliche Bürokratie. Der Reichstag besaß nur das Recht zur Gesetztesinitiative, war hier aber durch den Bundesrat, ein Gremium der Fürsten- und Königshäuser, blockiert. Er hatte außerdem das Recht auf Bud-

Fortsetzung nächste Seite

Völkermord an den Armeniern

Die Schwierigkeiten der Gegenwart mit der Vergangenheit



Als Sanitäter erlebte Wegner, wie die Türken im Ersten Weltkrieg das armenische Volk ausrotteten

Fortsetzung von vorheriger Seite

getbewilligung; um hier zwecks Durchsetzung politischer Reformen ebenfalls blockadefähig zu sein, bedurften die bürgerlichen Parteien aber der Mehrheit. Mit anderen Worten, die Bourgeoisie hatte nicht die Entscheidungsgewalt über den innen- wie außenpolitischen Weg des Staats. Sie hatte vorläufig Einfluß über ihr ökonomisches Gewicht und über die Mehrheit liberaler Parteien im Reichstag.

Aufgrund *gemeinsamer* Interessen von Bourgeoisie und Junkerklasse waren Liberale in den ersten fünf Jahren des Kaiserreichs entscheidend an der Ausformulierung einer liberalen Wirtschaftsverfassung (Reichsgewerbeordung (RGO)) beteiligt. Strategisch baute die deutsche Bourgeoisie auf die Steigerung ihres ökonomischen Gewichts, sprich Ausdehnung des kapitalistischen Sektors in der Wirtschaft, um darauf gestützt schrittweise politische Reformen zu ihren Gunsten durchzusetzen, bis eines Tages das Ziel der politischen Hegemonie erreicht sei. Paradoxerweise ging diese Rechnung nur halb auf.

Unbestreitbar entwickelte sich das ökonomische Rückrat der Bourgeoisie, die Fabrik. 1875 gab es kaum 2 Millionen Fabrikarbeiter unter 19 Millionen Erwerbstätigen. 1907 waren es immerhin 5-6 von 24 Millionen. D.h. der Anteil der Fabrikarbeiter vergrößerte sich von 1/10 auf 1/4. Auch beim Anteil an der jährlichen Wertschöpfung gab es eine Steigerung. 1875 standen 6,5 Mrd. RM in der Landwirtschaft nur 5,4 Mrd. RM in Industrie und Handwerk gegenüber. 1907 glich die Industrie aus. Jetzt standen 10,1 Mrd. 15,6 Mrd. RM gegenüber, inclusive dem Wertprodukt des Handwerks.

Der ökonomische Machtgewinn ging aber einher mit einem politischen Machtverlust im Parlament. Entscheidenden Einfluß auf die Neugestaltung der politischen Bühne im Reichstag hatte der Gründerkrach von 1873, der ab 1876 auch auf die Landwirtschaft übergriff und bis 1895 eine Phase verlangsamter Konjunktur einleitete. In diesen zwanzig Jahren rächte sich die fehlende politische Machtposition der deutschen Bourgeoisie. Erst jetzt, beim Aufbrechen der ökonomischen Interessengegensätze zwischen Bourgeoisie und Junkertum, zeigte sich, wer die Hegemonie im Staat innehatte. Ab 1878 wurde, abgesegnet durch das Votum des Reichstages, immer gegen die Interessen eines Großteils der deutschen Bourgeoisie entschieden. Kern-

punkt der neuen antiliberalen Wirt-
tum des Reichstages, immer gegen die Interessen eines Großteils der deutschen Bourgeoisie entschieden. Kern-

punkt der neuen antiliberalen Wirtschaftspolitik waren Schutzzölle. Dabei handelte es sich nicht primär um Schutzzölle zum Schutz der deutschen Industrie vor der Konkurrenz aus dem Ausland. Es waren nicht Schutzzölle auf Fertigwaren, wie sie List in den zwanziger und dreißiger Jahren gefordert hatte und wie die vom Deutschen Zollverein erhoben worden waren, sondern Schutzzölle, bezogen auf die Sonderinteressen der Agrarier, speziell der ostelbischen Rittergutsbesitzer einerseits und auf die Sonderinteressen der eisen- und stahlerzeugenden Industrie andererseits. Das führte zur Verteuerung der Lebensmittel (Getreide) und damit des Werts der Ware Arbeitskraft und zur Verteuerung des wichtigsten Rohstoffs der Industrialisierung, Roheisen. Weiterhin stärkte diese Schutzzollpolitik vor allem den politischen Gegner der Bourgeoisie, die Großagrarier und war in deren Interesse gegen den Getreideexporteur Rußland gerichtet. Dies führte Ende der achtziger, Anfang der neunziger Jahre zur außenpolitischen Verfeindung beider Länder (1892-94 Militärkonvention Rußland-Frankreich) und zum Verlust des russischen Kapital- und Industrieanlagenmarkts, zuvor fest in der Hand der deutschen Bourgeoisie, an die französische Bourgeoisie.

Die Schutzzollpolitik war keine zufällige Laune der Bismarckregierung, sondern Ausdruck eines grundsätzlichen Umschwungs im politischen Klima des Deutschen Kaiserreichs. Waren die vierziger und sechziger Jahre des 19. Jahrhunderts von demokratischen Volks- und liberalen Sammlungsbewegungen geprägt, so prägten ab den achtziger Jahren für Jahrzehnte die Konservativen, die Parteien der Großagrarier, das politische Gesicht Deutschlands. Ihre politischen Programme waren Kristallisationspunkte für eine Sammlungsbewegung von rechts: Abbruch der Liberalisierung von Staat und Gesellschaft (Obrigkeitsstaat), Revision der liberalen Wirtschaftsverfassung (RGO), Aufbau einer geordneten ständischen Wirtschaft mit Staatsintervention zu Lasten des industriellen Sektors (Besteuerung) und zugunsten der von der Industrie bedrohten Schichten des Kleinbürgertums und der Landwirtschaft (Einschränkung der Gewerbefreiheit und der Freizügigkeit, Subventionen). Dazu kam nationaler Chauvinismus und Antisemitismus als Sozialismus für die Bauern und das Kleinbürgertum. Diesem Programm konnten sich die bäuerlichen Massen des Landes und das städtische Kleinbürgetum ohne Mühe anschließen. Schon in den siebziger Jahren gewannen die Konservativen, getragen vom Zuspruch der Bauern auf dem Land, an Einfluß im Reichstag. In den neuziger Jahren formierte sich eine junkerlich-bäuerliche und mittelständische Massenbewegung, das sogenannte „Kartell der schaffenden Stände". Es war getragen von einer breiten Verbandsbewegung dieser Schichten. Massenorganisationen wie der Bund deutscher Landwirte forderten ganz im Sinne der konservativen Programmatik: Revision der Gewerbeordnung von 1871, Bestrafung des Kontraktbruchs bei Landarbeitern, steuerpolitische Schutzmaßnahmen gegen die Steuerflucht der Industrie, Garantie von Höchstpreisen und eine starke Hand des Staates gegen die Konkurrenz aus dem Ausland. Ähnliche Forderungen stellten die Verbände des Handwerks und des Kleinhandels auf: es sei die Pflicht des Staats, den gewerblichen Mittelstand vor standesfremder Konkurrenz zu schützen. Sie forderten Wiederherstellung der Zünfte, Revision der Gewerbeordnung, Zwangsinnungen und Handwerkskammern, Einschränkung der Konsumgenossenschaften, Warenhaussteuer für große Warenhäuser, Einführung des Großen Befähigungsnachweises. Auch hier wurde Antisemitismus ein gemeinsamer Nenner für Ressentiments gegen Liberale, Banken und Juden.

Dieses Klassenbündnis bestand nicht nur ideologisch: es brachte für alle Beteiligte direkte materielle Vorteile: den Junkern die Subvention ihrer maroden Landwirtschaft (kein Zwang zu Investitionen durch die Getreideschutzzölle), den Bauern ebenfalls Schutzzölle und Steuerentlastungen, dem Kleinbürgertum Revisionen der Gewerbeordnung und Warenhaussteuern, den kleinen Befähigungsnachweis und über die lokalen Handwerkskammern die Möglichkeit zur Einrichtung von (fakultaiven) Zwangsinnungen.

Der programmatischen Richtung dieses Bündnisses konnten sich nur noch Teile der Bourgeoisie anschließen, und zwar jene Teile, die versuchten, dem Druck der ausländischen Konkurrenz durch Protektionismus zu entfliehen. Das war vor allem die eisenerzeugende Industrie. Die Eisen- und Stahlerzeugung sollte durch Höchstpreise auf dem Binnenmarkt stabili-

siert werden, um so, gestützt durch
nerzeugende Industrie. Die Eisen- und Stahlerzeugung sollte durch Höchstpreise auf dem Binnenmarkt stabili-

siert werden, um so, gestützt durch Dumpingpreise, auf dem Weltmarkt vorzudringen. Dieser Teil der Bourgeoisie trennte sich 1878 politisch vom Lager der bürgerlichen Parteien. So profitierte die Schwerindustrie ihrerseits von dem Verrat an den hegemonialen Interessen der Bourgeoisie und der Unterordnung unter die junkerliche Vorherrschaft. Sie bekam entgegen den Interessen der anderen Kapitalisten Schutzzölle auf Eisen, den Flottenbau und die Begrenzung der Koalitionsfreiheit der Arbeiter.

Mit den wirtschaftspolitischen Erfolgen der Kleinproduzenten und Großagrarier schmolzen die Massenbasen der liberal-bürgerlichen Parteien, während die der Konservativen immer stabiler wurden. Der Rest der Bourgeoisie wurde in die Opposition gedrängt. Damit waren für sie die politischen Entscheidungsgremien in weite Ferne gerückt, der Traum von einer allmählichen Reformierung der politischen Struktur Deutschlands zu ihren Gunsten voerst ausgeträumt. Der Liberalismus war zu einem höchst krisengeschüttelten Gebilde geworden. Das politische Gesicht des Kaiserreiches wurde von einem Klassenbündnis unter der Hegemonie der Junker geprägt (junkerlich-bourgeoiser Imperialismus).

Die Ideologien und programmamtischen Positionen der Konservativen strahlten auch auf die neuentstehende Schicht der Angestellten aus. Sie als Lohnabhängige, wenn auch mit einigen Privilegien versehen, fanden keine politische und ideologische Anbindung an die Sozialdemokratie und an die Gewerkschaften. Getragen von den weitverbreiteten mittelständischen Wertvorstellungen versuchten sie ihre Privilegien in Richtung auf einen neuen Stand, ähnlich dem der Beamten, auszubauen. Das waren jedenfalls die Zielvorstellungen der Privatbeamtenvereine und des Handlungsgehilfenverbandes. 1911 glückte ihnen mit der eigenständigen Rentenversicherung ein Schritt in diese Richtung. Auch bei ihnen herrschten konservative Vorstellungen vor: Nationalismus, Staatsgläubigkeit, mittelständische Ideale, Antisemitismus usw.

Der 2. Teil folgt im nächsten „Arbeiterkampf"

Am 25. Februar beriet die Politische Kommission des Europaparlamentes erneut über die „armenische Frage". In westdeutschen Zeitungen ist meines Wissens nicht eine Zeile über die heftigen Auseinandersetzungen darum und das erbärmliche Ergebnis erschienen. In der verabschiedeten Resolution ist, statt von Völkermord, von Ungerechtigkeiten die Rede, die im Osmanischen Reich 1915 bis 1918 den Armeniern widerfuhren. Zweiundsiebzig Jahre nach Beginn des Völkermordes an etwa 1,5 Millionen Armeniern ist es beschämenderweise immer noch nicht möglich, eine offizielle Anerkennung durch das Europaparlament zu erreichen. Seit Jahren schon scheitern alle Versuche an dem bis zu Drohungen reichenden Druck der Türkei.

Die türkische Regierung oder Junta akzeptierte den Beschluß. Unter den gegebenen Umständen sei es das beste, was man erwarten könne, hielt sie der Opposition entgegen, der selbst dieser laue Beschluß und dessen Akzeptierung schon zuviel ist. Wie sich die türkische Linke dazu stellt, ist mir nicht bekannt.

Es ist übrigens zu vermuten, daß der Vorschlag, von Ungerechtigkeiten statt von Völkermord zu sprechen, von ei-

bekannt.
Es ist übrigens zu vermuten, daß der Vorschlag, von Ungerechtigkeiten statt von Völkermord zu sprechen, von ei-

nem SPD-Abgeordneten gemacht wurde. (Das rechte türkische Blatt „Hürriyet" als Informationsquelle dazu ist natürlich nicht ausreichend.)

Die Resolution wird auf der Vollversammlung des Europaparlamentes im April in Straßbourg zur Diskussion stehen. Nach den bisherigen Erfahrungen ist nicht zu vermuten, daß dort ein besserer Beschluß gefaßt wird.

Nun läßt die bundesdeutsche „Vergangenheitsbewältigung" gewiß einiges zu wünschen übrig, aber immerhin werden die Verbrechen des Faschismus, die Ausrottung der Juden, nicht rundweg abgeleugnet. Das aber ist in der Türkei der Fall. Was bisher auch von der „kritischen Öffentlichkeit" kaum genügend beachtet wird, ist die Kontinuität des Verschweigens und der Rücksichtnahme auf die Türkei seit dem Beschluß des wilhelminischen Deutschland, Berichte über den Völkermord an den Armeniern nicht zuzulassen, um die freundschaftlichen Beziehungen zur Türkei nicht zu gefährden. Und nicht nur dadurch besteht eine Mitverantwortung.

Daß das Schweigen im bundesdeutschen „Blätterwald" nicht von ungefähr kommt, zeigten u.a. die wilden Reaktionen des türkischen Konsulats auf die Bremer Konferenz „Genozid und Holocaust", 19. bis 24. April 1985, die zum Gedenken anläßlich der 70. Wiederkehr des Völkermordes an den Armeniern in der Türkei stattfand. Der Bildungssenator Bremens zog damals aufgrund des Protestes des Konsulats eine Broschüre zu dem Kongreß zurück. Auch der Bericht der „taz" vom 22.5.85 gehört hierher, daß eine Sendung des RIAS-Bildungsprogrammes mit dem Titel „Der geleugnete Völkermord — Schicksal der Armenier 1915" gegen den Widerstand der Redaktion und des Intendanten abgesetzt wurde. Die Proteste des türkischen Konsulats veranlaßten die US-Aufsichtsorgane des RIAS, dem Sender die Ausstrahlung des Beitrages zu untersagen. Der Westen weiß, was er seinem NATO-Partner schuldig ist. Daß Informationen über diesen Völkermord weiterhin nicht gern in der Öffentlichkeit gesehen sind, zeigt ein Beispiel aus dem Herbst letzten Jahres. Aus einer Ausstellung zum 100. Geburtstag Armin T. Wegners, der als einer der wenigen Deutschen engagiert gegen das den Armeniern angetane Leid eintrat, sollten ausgerechnet die Plakate entfernt werden, die sich auf den Völkermord bezogen. Subjektive Meinungsäußerungen zur Tagespolitik seien in einer Ausstellung über Wegners Leben und Werk fehl am Platze.

Vergangenheitsüberwältigung in der Türkei

In der Türkei wurde vor einigen Jahren damit begonnen, vom wütenden Ableugnen zum Auf-den-Kopf-Stellen der Geschichte überzugehen. Seitdem sind sie sehr fleißig im Auffinden von Massengräbern, die einen Völkermord der Armenier an den Türken (!) beweisen sollen. Dabei wird sich um „Nebensachen" nicht gekümmert wie die, daß in einem Gebiet, wo sich 1918 solch ein Massenmord ereignet haben soll, schon lange keine Armenier mehr befanden, weil sie getötet oder vertrieben worden waren. Für diese grandiose Lüge und Verhöhnung der Opfer wurde dann im Juli 1986 auch noch ein Denkmal aufgestellt. Staatspräsident Evren sprach zur Einweihung die Hoffnung aus, daß weitere folgen werden, um „die Erinnerung an die Greueltaten der Armenier" zu verewigen.

Es geht bei der fast täglichen rassisti-
aus, daß weitere folgen werden, um „die Erinnerung an die Greueltaten der Armenier" zu verewigen.

Es geht bei der fast täglichen rassistischen Hetze gegen Armenier und andere Minderheiten (die Kurden sind in ähnlicher Lage wie Anfang der Jahrhunderwende die Armenier) nicht nur um Vergangenheit. Die wenigen in der Türkei verbliebenen Armenier können nur unter Repressalien ihre Kultur bewahren. Außerdem übt die Türkei Druck auf die Nachbarstaaten aus, die dorthin geflohenen Armenier zu verfolgen (so z.B. auf den Iran und Libanon mit Erfolg).

In der Türkei wurde vor einigen Monaten eine Serie in zehn Teilen gezeigt, die als Beispiel vielleicht gut einmal genauer zu betrachten ist, zumal dieses Glanzstück als Videokassette auch in bundesrepublikanischen Läden ausliegt.

Im Mittelpunkt der Serie steht der „Prozeß Talaat Pascha", der am 2. und 3. Juni 1921 in Berlin gegen den armenischen Studenten Soromon Tehlerjan geführt wurde. Talaat Pascha war als Innenminister hauptverantwortlich für die jungtürkische Ausrottungspolitik, der zwischen 1915 und 1918 anderthalb Millionen armenische Menschen zum Opfer fielen. Tehlerjan hatte bei den von Talaat angeordneten Todesmärschen seine gesamte Familie verloren. Am 15. März 1921 erschoß er in Berlin-Charlottenburg Talaat Pascha. Selten genug, daß ein tausendfacher Mörder nicht alt und grau und in Ehren im seligen Alter entschläft!

Merkwürdigerweise wurde Tehlerjan freigesprochen. Mag sein, daß das an dem lag, was von der Revolution 1918 zu der Zeit in Berlin noch übrig geblieben was.

Nun zu dem Film. Die Schilderung entnehme ich einem Artikel aus der in Paris erscheinenden armenischen Zeitung „Achkhar" („Welt"), den ein Freund für mich übersetzte. Es geht mir nicht darum, den ganzen Film zu schildern, sondern darum, in einigen Bildern die Haltung zu zeigen, die darin zum Ausdruck kommt.

„James Bond in Berlin"

„Die Türkei hat mit großer Reklame kundgetan, daß sie einen antiarmenischen Film vorbereitete." (Es folgt der Vergleich des Filmes mit einer schweren Geburt.) *„Geburtshilfe: 335 Millionen Pfund — 1 Million DM: Die heilige Mission: daß es keinen Völkermord an den Armeniern gab. Das soll Europäern, Amerikanern wie Armeniern selbst bewiesen werden. Die zehn Teile der Serie ließen die Türken zehn Abende wie angenagelt auf ihren Stühlen sitzen. Danach waren sie zehnfach verärgert, weil sie keine Beweis fanden, daß der Völkermord nicht stattfand."* (Der Film wurde durchaus nicht nur begeistert aufgenommen. Türkischen Rechten war er nicht rechts genug, sie nannten ihn oberflächlich. Von Kritik türkischer Linker ist mir wiederum nichts bekannt.) *„Berlin 1921. Eine der zentralen Fragen des Films dreht sich um die Geschichte der Dokumente über den Völkermord. Diese befinden sich erstmal in der Obhut der Türken, dann gehen sie in die Hände des deutschen Staatsanwaltes über. Die Armenier wollen sie auf jeden Fall an sich nehmen. In der Nacht dringen sie vermummt in die Wohnung des Staatsanwaltes ein. Durch einen falschen Schritt verraten sie sich. Die Frau des Staatsanwaltes erwacht, wird niedergestreckt — und die armenischen Jungs suchen das Weite. Trotz allem finden sie noch Zeit, den Hund des Hauses zu töten und die Hundeleiche in das Bett des Sohnes zu legen." (...) „Der Film erreicht gegen Ende seinen Höhe-*

sie noch Zeit, den Hund des Hauses zu töten und die Hundeleiche in das Bett des Sohnes zu legen." (...) „Der Film erreicht gegen Ende seinen Höhe-

punkt, coup de theatre: Tehlerjan, dessen Familie und Eltern bei dem Völkermord umkamen, umarmt seine Mutter (sie soll also nicht gestorben sein; es waren die Armenier, die ein solches Spiel getrieben haben, mit der Absicht, die Welt mit der Geschichte eines angeblichen Völkermordes zu täuschen). *Die Türkei weiß also nicht nur zu töten, sondern ihren Opfern auch im erforderlichen Moment die Auferstehung zu gestatten."* Es wurde in dem Film dazu noch der Eindruck erweckt, Armenier wären in ihrem Bestreben, einen Völkermord vorzutäuschen, so weit gegangen, eigene Landsleute zu töten. Am Rande liefen dann so plumpe Geschichten wie die, daß ein deutscher Professor bestochen werden soll, im Prozeß für Tehlerjan auszusagen, wobei ihm im Gesprächsverlauf dann folgende Worte in den Mund gelegt werden: *„Ach so, ich dachte schon, ich sollte ein Buch über die armenische Geschichte schreiben, aber die Armenier haben doch gar keine Geschichte."*

Es kann hier natürlich nicht darum gehen, einem „fortschrittlichen" Rassismus das Wort zu reden („der Türke und seine Verbrechen an den Armeniern"), was ja nur zu gut ins rechte Weltbild paßte. Ein weiteres Leugnen und Verschweigen allerdings kann nur neues Leid verursachen und tut es auch bereits. Was, im Vergleich, unsere eigene Geschichte angeht, so ist es doch wohl offensichtlich, worauf diejenigen hinaus wollen, die von der „Auschwitzlüge" sprechen oder wozu das dient, wenn „wir" endlich aus dem Schatten der Geschichte heraustreten sollen. Parallelen gibt es also schon, wenn es hier auch versteckter läuft (zum Teil durch „Anerkennung der Schuld" gelungen ist, die alten Leute ins angeblich neue System mit hinüberzuretten). Uns kann doch wohl kaum an dem „aufrechten Gang" des Deutschen liegen, den etwa Strauß im Sinn hat, auch wenn dieser Deutsche nicht mehr die Hand hebt wie einst.

Der Deutsche, der Türke — es wäre an der Zeit, tiefere Fragen zu stellen und, mag das auch weit entfernt sein, eine solche Vergangenheitsbewältigung zu betreiben, daß diese blutige Geschichte der Unterdrückung wirklich Vergangenheit bleibt.

Jens-Uwe

Veränderungen im sowjetischen Überbau

Ein Nachrichtenüberblick

In seiner Rede vor dem Januar-Plenum des ZK der KPdSU hat Gorbatschow der Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft einen hohen Stellenwert bei der Umgestaltung zugewiesen: „Nur bei konsequenter Enktwicklung der demokratischen Formen, die dem Sozialismus eigen sind, und bei Erweiterung der Selbstverwaltung sind bei uns Forschritte in ... allen Sphären des gesellschaftlichen Lebens möglich"(1). Noch so viele Willensbekundungen des Generalsekretärs liefern jedoch zunächst keinen Beleg für die realen Prozesse der Veränderung in der Sowjetunion. Um diese Lücke ein wenig zu schließen, habe ich mich um eine Zusammenfassung der deutschsprachigen Informationen und Nachrichten über Debatten und personelle Verschiebungen im Überbau der UdSSR bemüht.



Film, Theater, Literatur

Damals noch überraschend, wurde im Mai 1986 auf der Versammlung des Verbandes der Filmschaffenden der Regisseur Elem Klimow zum neuen ersten Sekretär gewählt. Der Kongress verlief derart turbulent, daß der Filmminister Jermasch am Reden gehindert wurde. Jermasch, der Ende 1986 seine Geschäfte aufgeben mußte, war als Vorsitzender von Goskino, dem Staatskomitee für Kinematographie, jahrelang dafür verantwortlich, daß die Filmschaffenden in ihrer Arbeit behindert und eingeschränkt wurden, Filme verstümmelt oder ganz unter Verschluß gehalten wurden. Klimow, dessen Filme „Agonie" und „Abschied von Matjora"(3) jahrelang der Öffentlichkeit vorenthalten wurden, teilte dem „Spiegel" mit, daß bisher 25 zensierte Spielfilme und ein Mehrfaches an Dokumentar-, Fernseh- und populärwissenschaftlichen Filmen entdeckt worden seien (4). Unter den freigegebenen Spielfilmem befindet sich das Werk des georgischen Regisseurs Tengis Abuladse mit dem Namen „Pokajanije" (zu deutsch: Sühne, Reue, Beichte). Der Film, der das diktatorische Regime des fiktiven Herrschers Warlam darstellt und sich damit auseinandersetzt, wie die Menschen nach Warlams Tod einen Abschnitt ihrer Geschichte bewältigen, sorgt seit seiner Freigabe in der UdSSR für großes Auf-

Warlams Tod einen Abschnitt ihrer Geschichte bewältigen, sorgt seit seiner Freigabe in der UdSSR für großes Auf-
sehen, weil die Betrachter sich an den Terror der Stalin-Ära erinnert fühlen. Abuladse weist eine vereinfachende Interpretation allerdings zurück: *„Warlam ist eine Sammelgestalt von Schurken und Diktatoren aller Zeiten und Völker. (...) Das Böse, das die Macht ergreift — das ist die Sackgasse. Das soziale Übel ist dermaßen destruktiv, daß es bisweilen sich selber straft. Das ist ein Hauptthema unseres Films*" (5).

Nicht weniger wichtig als die freigegebenen Filme sind die strukturellen Veränderungen in der Filmindustrie. Gängelei der Filmschaffenden und Zensur von Drehbüchern und Filmen soll es zukünftig nicht mehr geben, sondern die wirtschaftlich eigenverantwortlichen Filmstudios sollen selbst entscheiden, welche Filme sie produzieren wollen. Linientreu-langweilige Filme ohne Publikumsresonanz sollen die Pleite des produzierenden Studios heraufbeschwören dürfen. Sollte andererseits einem Studio der Bankrott drohen, *„weil es künstlerisch wertvolle Filme produziert, die nur von einem kleinen Publikum gesehen werden, kann unser Verband solch ein Studio aus einem Fonds unterstützen"* (Klimow). In der Regel sollen allerdings die Häufigkeit des Verleihs und die Zustimmung der Kinobesucher über die ökonomische Bewertung entscheiden. Zum Stand der Verwirklichung sagte Klimow den „Spiegel"-Journalisten: *„Wir befinden uns in einer Übergangsphase.. Altes und Neues überlappen sich noch. An einem Tag sind solche Veränderungen nicht durchzusetzen."*

Im Dezember 1986 löste die Neugründung der „Verbandes der Theaterschaffenden" die noch aus der Zarenzeit existierende „Allrussische Theatervereinigung" (VTO) ab. An die Spitze des Verbandes wurden der Regisseur Jefremow und der als Lenin-Darsteller bekannte Kirill Lavrow gewählt. Auseinadersetzungen um die Neugründung hatte es im Vorfeld gegeben, als in bürokratischer Manier das Ministerium für Kultur das Statut des neuen Verbandes von oben entwickeln wollte. *„Doch was ist nun eigentlich Demokratie? Das ist doch ein völlig anderes Herangehen an die Sache ... Der Entwurf des Statuts hätte auf den Vollversammlungen der VTO und der Theatergesellschaften sämtlicher Sowjetrepubliken bestätigt werden sollen. Man hätte diskutieren sollen, wen die einzelnen Republiken ins Organisationskomitee delegieren müssen! Und diese Vorschläge wären dann gleich in die höchsten Verwaltungsetagen gegangen. Doch auf die jetzige Art entziehen wir dem Menschen das Allerwichtigste: Er will kreativ sein, doch wir gestatten es ihm nicht"* (6). Beiträge wie dieser des Dramatikers Schatrow bewirkten, daß nun tatsächlich das Verbands-Statut von der Mitgliedschaft des Verbandes diskutiert und dann verabschiedet werden soll.

Einen Eindruck von der Situation des sowjetischen Theaterwesens und von der Art der Debatte vermitteln Ausschnitte aus einem Beitrag des Chefregisseurs des Moskauer Komsomol-Theaters Zacharow vom Juli 1985 (!). Er beklagte die psycholo-

Ausschnitte aus einem Beitrag des Chefregisseurs des Moskauer Komsomol-Theaters Zacharow vom Juli 1985 (!). Er beklagte die psycholo-
gischen und materiellen Wirkungen des Tatbestandes, daß „in jedem größeren Theater rund ein Drittel des Ensembles aus Inaktiven besteht", für die seitens der Bürokratie gleichwohl eine der „Spezifik der Theaterkunst" widersprechende „Gleichbehandlung" gefordert werde: *„Das Gagensystem im Schauspiel-Theater hat häufig nurmehr symbolischen Charakter und kann nur schwerlich in Einklang gebracht werden mit dem sozialistischen Prinzip einer Bezahlung entsprechend der Arbeitsleistung. (...) Eine unglaublich große Zahl von Leuten, die uns anleiten sollen, hat eine ständig steigende Zahl von internen Regeln, Einschränkungen, Erläuterungen und Leitlinien aufgestellt, die den Theatern fast völlig ihr ökonomisches und kreatives Selbstbewußtsein, ihr Verantwortungsgefühl und die Manövrierfähigkeit für eine bewegliche Strategie und Taktik geraubt haben..."* (7).

Ergebnis dieser und weiterer Kritiken am sowjetischen Theaterwesen ist das sogenannte Experiment (8), das am 1. Januar 1987 begonnen wurde. In zunächst 70 Theatern soll mit weitgehender künstlerischer und finanzieller Selbstständigkeit gearbeitet werden. Das Wesen dieses Pilotprojektes liegt in der freien Auswahl der Stücke, elastischerer Preispolitik und der proportionalen Erhöhung des Lohnfonds bei steigendem Zuschauerinteresse. Der Gefahr, Theater könnten zur Anhebung der Besucherzahlen zu anspruchslosen Darbietungen greifen, soll durch eine Verbesserung der Theaterwissenschaft und- Kritik begegnet werden.

Auf literarischem Feld sind ebenfalls bemerkenswerte Änderungen zu verzeichnen. Das größte Echo im Westen fand sicherlich die Rehabilitierung von Pasternak und Nabukov, die als Signal für größere literarische Freiheit und einen unverkrampfteren Umgang mit der eigenen Geschichte zu werten sind. Engagierten Umgang mit der sowjetischen Gegenwart spiegelt der Einsatz bedeutender Schriftsteller gegen die ökologisch unvertretbaren Flußumleitungen wider. Als im Juni 1986 der Schriftstellerkongreß begann, hatten die Umleitungsarbeiten bereits begonnen. Mit einer Brandrede gegen das Projekt, die ihm den Vorwurf einhandelte, den Kongreß als ökologische Kampfarena genutzt zu haben, konnte Valentin Rasputin ein weiteres Protestschreiben an Gorbatschow durchsetzen. Symptomatisch für eine ganze Garde von Schriftstellern und ihre Bereitschaft zur Einmischung in gesellschaftliche Prozesse sind die Schlußworte Rasputins: *„Die Literaur hat ihre eigenen Gesetze. Es gab eine Zeit der Poesie, eine Zeit des Dramas, eine Zeit der Prosa. Jetzt ist die Zeit der Publizistik gekommen. Das war vorauszusehen, und es ist gut, daß es so gekommen ist. Jeder Schriftsteller, der sich selbst achtet, kann nicht anders, als sich der Publizistik zuzuwenden"* (9).

Demokratisierung innerhalb und außerhalb der Betriebe

Demokratisierung innerhalb und außerhalb der Betriebe

Als wesentlichen „Hebel" für den weiteren Prozeß der Umgestaltung bezeichnete Gorbatschow in seiner ZK-Rede *„die Weiterentwicklung der Demokratie in der Produktion und die konsequente Einführung der Prinzipien echter Selbstverwaltung in den Arbeitskollektiven"*. Im Zuge der strukturellen Veränderungen des ökonomischen Prozesses hin zu größerer Eigenverantwortlichkeit werde *„das Wohl und Wehe eines Kollektivs von den Fähigkeiten der leitenden Kader abhängig gemacht"*. Deshalb *„müssen die Werktätigen auch die realen Möglichkeiten besitzen, auf ihre Wahl Einfluß zu nehmen und ihre Tätigkeit zu kontrollieren"*.

Ohne konkreter als Gorbatschow zu werden, finden sich in der gesellschaftswissenschaftlichen Debatte Beiträge, die den Faktor der *kollektiven* Leitung noch stärker akzentuieren (10).

Aber bereits die durchgängige Wahl und Kontrolle der Leitungen von unten wäre ein wichtiger Schritt zu mehr Einflußnahme der Produzenten auf den Produktionsprozeß. Die wichtigste „Neuerung" in den Augen westlicher Betrachter, die Auswahl zwischen mehreren Kandidaten, ist gar nicht derart sensationell.

In der Vergangenheit bereits im Rahmen von Debatten um Änderungen am Wahlsystem für die Sowjetwahlen vorgeschlagen, werden im Bezirk Krasnodar seit drei Jahren freie Stellen auf diese Weise besetzt. So wurden „8.500 Posten vergeben, 200 von den Parteisekretären Vorgeschlagene fielen durch" (11). Weitere Wahlen von Betriebsleitern wurden zwischenzeitlich bekannt. Nicht zuletzt Gorbatschows Hinweis auf zu erwartende Erprobung der Mehr-Kandidaten-Wahl bei den kommenden Kommunalwahlen und seine Aufforderung, bereits vor rechtlichen Regelungen neue Formen der Demokratie zu erproben (12), tragen den in öffentlichen Versammlungen und auf den Leserbriefseiten formulierten Forderungen nach Verallgemeinerung und Ausdehnung von Publizität und Demokratie Rechnung.

Zu den spannensten Abschnitten der Debatte zählt sicher die neue Differenzierung zwischen dem „Machtmonopol der Parteiführung" und der *„Führungsrolle der KPdSU in der Gesellschaft, (was) bei weitem nicht ein und dassselbe ist. (...) Das ‚Machtmonopol' widerspricht der Entwicklung der Demokratie, der Selbstverwaltung, der Publizität, der strikten Einhaltung der Gesetzlichkeit, des Wachstums der Eigenverantwortlichkeit und der Aktivität der Massen im gesellschaftlichen Leben. (...) Wenn in der Ukraine Parteifunktionäre vor der Verfolgung von Menschen wegen ihrer Kritik nicht haltmachten, ... so haben wir es hier mit dem offensichtlichen Streben nach einem ‚Machtmonopol' zu tun"* (13).

Um mehr als die Ablösung derjenigen, die ihre Ämter mißbrauchten, soll es dieses Mal gehen, denn die im Wechsel der Jahre ewig wiederkehrenden Säuberungen von Personen haben sich überlebt, sie werden nicht mehr als wirksame Kontrolle, sondern eher als Vertuschen der strukturellen Defizite wahrgenommen.

„Das Amt selbst, das Büro und der Sessel müssen ständiger gesellschaftlicher Kontrolle unterliegen, sie müssen der Kritik und dem Einblick der Gesellschaft offenstehen ... Die Garantie (gegen die Rückkehr vergangener Zustände) besteht in einer demokratischen Umgestaltung ... und nicht im Moloch der Repressionen, der — welch naive Hoffnung! — alle Schmiergeldempfänger, Diebe am Staatseigentum und Raffer vertilgt".

Widerstand der Bürokraten

Die Hinweise politischer Führer (Gorbatschow, Jelzin) und Kulturschaffender (Klimow, Schatrow) auf Trägheit, Sabotage und selbst gewalttätigen Widerstand gegen den neuen Kurs werden m.E. unterschätzt. Während das bei Redakteuren der „Frankfurter Allgemeinen" leicht nachvollziehbar ist, weil sie sich auf jeglichen Prozeß in der UdSSR, der nicht eindeutig in Richtung Kapitalismus führt, nicht einlassen können, überrascht die Ignoranz linker Betrachter doch etwas. Wer in der Vergangenheit nicht müde wurde, auf die vielfältigen existenziellen der Bürokratie (oder gar der „neuen Bourgeoisie") am Erhalt der gewachsenen Produktionsverhältnisse hinzuweisen, müßte heute die Widerstände gegen die Politik der Neuerung als Faktor des Kräfteverhältnisses erst nehmen. Denn dieser Widerstand ergibt sich aus der sozialen Lage der Bürokraten fast zwangsläufig. Für eine Bewertung des sowjetischen Entwicklungsweges ergibt sich daraus, daß nicht in idealistischer Manier die gegenwärtigen Verhältnisse

sowjetischen Entwicklungsweges ergibt sich daraus, daß nicht in idealistischer Manier die gegenwärtigen Verhältnisse
mit den eigenen Utopien verglichen werden können, sondern sehr viel differenzierter untersucht werden müßte, ob der neue Kurs sich tatsächlich mit den verkrusteten Produktionsverhältnissen anlegt und geeignet ist, gegen den Widerstand der konservativen Bürokraten eine fortschrittliche Dynamik freizusetzen.

fo

Quellenhinweise

1. M. Gorbatschow, Über die Umgestaltung und die Kaderpolitik der Partei; Rede auf dem ZK-Plenum am 27.1.87.
2. entfällt
3. Der Film „Abschied von Matjora" wurde auf der Berlinale außer Konkurrenz gezeigt. Der gleichnamige Roman von Valentin Rasputin erschien 1985 bei Rowohlt.
4. „Spiegel", 2.3.87.
5. „Neue Zeit",Nr. 6/87, S.28.
6. So der Dramatiker Michail Schatrow auf dem Gründungskongreß des Verbandes der Theaterschaffenden. Lt. „konkret" Nr. 3/87, S.47/48,
7. Ebd., S.48,
8. Der vollständige Name lautet: Komplex-Experiment zur Vervollkommnung der Leitung und zur Erhöhung der Effektivität der Theaterarbeit.
9. „Süddeutsche Zeitung", 28.2.87; vgl. Auszüge aus Rasputins Rede in: „Kommune" Nr. 2/87, S.70. Es sei noch bemerkt, daß die Flußumleitungen im August 1986 gestoppt wurden.
10. J. Torkanowski, Die Teilnahme der Werktätigen an der Leitung als einzige Form der Realisierung des Eigentums, in: „Sowjetwissenschaft/Gesellschaftswissenschaftliche Beiträge" 4/86. Aus: „Fragen der Wirtschaft"(russ.) 2/86. „Auch bei wirtschaftlicher Selbständigkeit ist es möglich, daß das Arbeitskollektiv von Leitungsentscheidungen ferngehalten wird. (...) (Man kann) keinen dauerhaften Erfolg erzielen, wenn die Wahrnehmung der wirtschaftlichen Selbstständigkeit der Betriebe allein Sache der Betriebsleitung ist. Auf einem solchen ‚Management' Weg können die Probleme der Einbeziehung der Werktätigen in die Leitung nicht gelöst werden... (...) Von echter Realisierung des Volkseigentums kann man nur dann sprechen, wenn die wirtschaftliche Selbstständigkeit der Betriebe und anderen Einheiten des Volkswirtschaftskomplexes bei umfassender und aktiver Mitwirkung aller Arbeitskollektive und jedes einzelnen Werktätigen an der Leitung verwirklicht wird" (S. 392).
11. „Spiegel",9.2.87.
12. SZ, 21.2.87,
13. A. Lewikow, Leningrader Notizen, in: Sowjetunion heute 3/87, S.58.
14. J. Schtschekotschichin, Kommentar zu einem Gnadengesuch, in: Osteuropa 11/86, A 546. Aus: Literaturnaja gazeta, 16.7.86.

Von Gorbatschow lernen?

Anmerkungen zu einem Appell in AK 280

Lernen ist immer gut. Und was als Initiative unter dem Namen Gorbatschow z. Zt. in der SU geschieht, ist allemal erfreulich. Erfreulich für die Menschen in der SU, weil Gorbatschow — wie es scheint — nicht nur mehr Leistung verlangt, sondern im Gegenzug dafür auch mehr Freizügigkeit anbietet. Dies scheint die Gorbatschow-Initiative von früheren Erneuerungsversuchen der Sowjetbürokratie zu unterscheiden. Erfreulich für Friedensfreunde in aller Welt, weil die politische Offensive der SU im außenpolitischen Bereich den imperialistischen Kriegs- und Quertreibern sichtbar das Handwerk erschwert. Erfreulich schließlich für Sozialisten überall in der Welt, die sich seit Jahrzehnten von Reaktionären aller Couleur niedriges Lebensniveau, mangelnde Freizügigkeit und Stagnation der Sowjetgesellschaft als angebliche Beweise für Unrealisierbarkeit, Unterlegenheit und Unmenschlichkeit sozialistischer Utopie um die Ohren schlagen lassen mußten. — Wirklich, alles sehr erfreulich. Das kann Bewegungsspielraum für das (real-)sozialistische Lager schaffen, global, national, in Hamburg, vielleicht sogar in Familie oder WG.

Aber was, bitte sehr, sagt das über den Beginn eines neuen Zeitalters der Vernunft? Seit wann nehmen wir ein paar gute Einsichten führender Staatsmänner, auch wenn sie Gorbatschow heißen, gleich für Realität? Hat mensch nicht auch andere Staatsmänner schon Menschheitsinteressen formulieren hören, wo in Wirklichkeit konkrete historische, an bestimmte gesellschaftliche Kräfte gebundene Interessen gemeint waren?

Selbst Kanzler Kohls neue Regierungserklärung ist nicht frei von Absichtserklärungen im Menschheitsinteresse. Jede Gleichsetzung von Kohl und Gorbatschow liegt mir fern, aber

rungserklärung ist nicht frei von Absichtserklärungen im Menschheitsinteresse. Jede Gleichsetzung von Kohl und Gorbatschow liegt mir fern, aber
die Sprüche des einen wie des andern sind doch nur an Realitäten zu überprüfen, insbesondere an den Klassenrealitäten. Oder steht die Gorbatschow-Initiative über den Klassen? Findet in der SU kein Klassenkampf mehr statt? Kündigt sich stattdessen dort die klassenlose Gesellschaft an, deren unterschiedliche Interessen auf politischem Wege im Rahmen eines allgemeinen „Gesellschaftsvertrags" nach Art frühkapitalistischer Staatsrechtsvorstellungen reguliert werden? Deutet sich in dem Reformprozess in der SU an, daß es — wie jb es sieht — unter den gegebenen Verhältnissen *„in Ost und West zu dem ‚bürgerlichen' Rechtsstaat als Prinzip keine vernünftige Alternative"* gibt?

Was will jb uns damit sagen, wenn er gleichzeitig beteuert, daß er aber die kapitalistischen Gesetze nicht anerkennen möchte, daß er auch die Entwicklung von Rechtsstaatprinzipien in der UdSSR noch für recht zaghaft hält? Aufklärung tut Not, wenn jb Wert darauf legt, verstanden zu werden.

Übrigens ist Günther Anders, *der* zeitgenössische Moralist in Sachen Menschheits- und Überlebensfragen, Nicht-Marxist, mit dessen seit 1945 immer wieder vorgetragenen Thesen zur drohenden Apokalypse und Notwendigkeit einer neuen Moral sichGorbatschows Worte nahezu decken und der gern von Vernunft-Apologeten aller Lager zitiert wird, gerade jetzt eben wieder entschieden mit der Meinung vorgetreten, daß die Anwendung der Vernunft vom Interesse, auch wenn er es nicht Klasseninteresse nennt, blockiert ist. Soeben verkündete er z.B. wieder in der Wiener Zeitschrift „Forum" in einem imaginären Interview mit sich selbst unter dem Titel *„Notstand und Notwehr"* das *„Ende des Pazifismus"*. Zwischen potentiellen Vernichtern und Vernichteten unterscheidend, fordert er:*„ Wir müssen die Gefahr vernichten, indem wir die Vernichter gefährden"*.

Was, frage ich mich, gäbe es in diesen Grundsatzfragen auch für Sozialisten anderes zu lernen? Ich bin gespannt auf jb.'s Klarstellung.

F.

Sozialistische Selbstverwaltung statt bürgerlichen Pluralismus

Bemerkungen über die zweite Revolution in der Sowjetunion und die Renaissance der Leninschen Ideen



,,Von der Sowjetunion lernen, heißt siegen lernen'', diese lange Zeit etwas verstaubt wirkende Losung, vor Jahren schon in Dörfern und Städten der DDR zu lesen, offenbart heute mehr Perspektive, als mancher hüben wie drüben gedacht hat. Kaum ein Leser des AK hätte vermutlich vor zehn Jahren damit gerechnet, daß ein Generalsekretär der ,,revisionistischen'' KPdSU heute wichtige Anstöße für einen besseren Sozialismus und eine Weiterentwicklung linker Politik auch in den westlichen Ländern geben könnte. Der Beurteilung Gorbatschows durch die Artikel von jb einschließlich des Artikels ,,Von Gorbatschow lernen?'' in AK 280 möchte ich im wesentlichen zustimmen wie auch seinem Hinweis, Gorbatschows politische Positionen selbstkritisch aufzunehmen und den eigenen Kopf zu gebrauchen, statt in einen neuen Personenkult zu verfallen.

Ich stimme jb auch zu, wenn er Bemerkungen Gorbatschows zum Anlaß nimmt, um für eine unabhängige Gerichtsbarkeit, für einen Rechtsstaat im Sozialismus zu plädieren. In dieser Hinsicht lag in der UdSSR spätestens seit Anfang der dreißiger Jahre vieles im Argen. Die sowjetische Presse hat in der letzten Zeit mehrfach über schlimme Fälle von Willkür auch aus jüngster Zeit berichtet. Nicht nur eine

in der letzten Zeit mehrfach über schlimme Fälle von Willkür auch aus jüngster Zeit berichtet. Nicht nur eine

von parteibürokratischer Gängelung unabhängige Justiz ist dabei für die Umgestaltung der sowjetischen Gesellschaft zu einer lebendigen sozialistischen Demokratie nötig, sondern auch eine von schikanösen Eingriffen aus Parteibüros freie Presse. Jahrzehntelang hat ein enger instrumentaler Pressebegriff, der Zeitungen vor allem die Rolle von Verlautbarungsorganen parteilicher oder bürokratischer Instanzen zuwies, Verstimmung und auch Entpolitisierung unter der Leserschaft provoziert. Das war (und ist) nicht nur in der SU so. Die Presse spiegelte dabei die Stagnation der Partei selbst wider. *,,So wie die Presse eines Rayons (Bezirks — G.E.) oder einer Stadt aussieht, so sehen das Rayonkomitee und das Stadtkomitee aus, darin zeigt sich ihr politisches Antlitz und ihr Verhältnis zur Umgestaltung''* (Michail Gorbatschow im Februar bei einem Treffen mit Leitern der Massenmedien und der Propaganda, dokumentiert in ,,Neues Deutschland'', 16.2.87). Gorbatschows Position ist eindeutig: *,,Ich kann mir nicht vorstellen, wie es ohne Kritik Demokratie geben kann. Damit fängt sie an''* (ebenda). Das Treffen verlief laut TASS ,,in einer sachlichen Atmosphäre''. Das ist ein eindeutiger Hinweis auf erhebliche Meinungsverschiedenheiten unter den Teilnehmern und zeigt, daß auch im journalistischen Bereich manche in der von Schönfärberei geprägten Breshnew-Ära erzogenen Kader akute Umstellungsschwierigkeiten haben. Den Schriftstellern geht es in dieser Hinsicht mehrheitlich besser als den Journalisten. Mit der Wahrhaftigkeit nahmen es sowjetische Autoren schon vor Beginn der Ära Gorbatschow ernster als viele ihrer Kollegen aus der journalistischen Zunft. Die Literatur als Gewissen des Volkes hat in der Sowjetunion eine große Tradition, die noch weit in die Zeit vor 1917 zurückreicht.

jb hofft auf eine künftige *,,Zulassung mehrerer Parteien''* in der SU und kritisiert, daß die von Gorbatschow formulierten Veränderungen des sowjetischen Wahlmodus *,,bislang einen recht begrenzten Umfang''* besäßen. Nun ist die Gorbatschowsche Dynamik von ihrem Tempo her wenig zu Prognosen der nächsten Maßnahmen geeignet, zumal Gorbatschow selbst über die Umgestaltung sagt: **,,Nur die allerersten Schritte sind getan worden''** (Rede auf dem Kongreß der sowjetischen Gewerkschaften, in ,,Neues Deutschland'', 26.2.1987). Daß mit einer Zulassung mehrerer Parteien nicht zu rechnen ist, zeigen schon in dieser Hinsicht sehr eindeutige Äußerungen der KPdSU-Ideologen Jegor Ligatschow (Politbüro) und Wadim Sagladin (ZK).

Unabhängig von solchen Stellungnahmen von Mitgliedern des leitenden Gremiums der KPdSU: Ich halte einen Pluralismus mehrerer Parteien nicht für ein geeignetes Mittel, eine sozialistische Demokratie in der Sowjetunion zu entwickeln.

Ausgangspunkt und Ziel der Umgestaltung — sozialökonomische Beschleunigung

Bisherige Betrachtungen der Veränderungen in der Sowjetunion durch westliche Beobachter wie auch jbs Beitrag ,,Von Gorbatschow lernen?'' zeichnen sich durch den Mangel aus, daß sie fast ausschließlich die Umgestaltung des Überbaus, der politischen Ebene sehen. Ausgangspunkt der Umgestaltung in der SU aber ist die ökonomische Basis der Gesellschaft. Die Demokratisierung in der Sowjetunion ist kein Selbstzweck. Es geht darum, die politische Macht der Arbeiterklasse für die einzelnen arbeitenden Menschen und Arbeitskollektive *konkret* spürbar und erfahrbar zu machen. *,,Man kann nicht Herr im eigenen Lande sein, ohne sich in seinem Werk oder seiner Kollektivwirtschaft, in seiner Abteilung oder in seiner Viehfarm als wahrer Herr zu fühlen''* (Gorbatschow in seinem Politischen Bericht auf dem XXVII Parteitag der KPdSU im Februar 1986). Es geht darum, die jahrzehntealten Strukturen eines sozialistischen Erziehungsregimes aufzubrechen und das gewachsene ,,überschüssige Bewußtsein'', das der damals noch in Maßen kluge Rudolf Bahro in den siebziger Jahren im realen Sozialismus mal konstatierte, produktiv zu nutzen. Die Dynamik der von Gorbatschow geleiteten zweiten Revolution in der Sowjetunion beginnt, den Widerspruch zwischen unermüdlich das Volk Führenden (für es) und dem Volk, das nun mehr selbst handeln und entscheiden wird, zu lösen. Darum die Wahl von Betriebsleitern, darum die (noch nicht konkretisierten) Pläne, die innerparteilichen Wahlen in der KPdSU sowie zu den Volksvertretungen zu demokratisieren, durch geheime Wahlen und die Aufstellung mehrerer Kandidaten. Die Entfesselung der Kreativität der sowjetischen Werktätigen und des ganzen Volkes ist für die Zukunft der sowjetischen Gesellschaft lebensnotwendig.

Der Problemdruck, unter dem die Sowjetunion steht, ist gewaltig. Der Imperialismus zwingt ihr nach wie vor ein erhebliches Maß an Rüstung auf. Der Ölpreisverfall trifft die SU hart. Man muß dabei berücksichtigen, daß 60 Prozent der Deviseneinnahmen der UdSSR aus dem Verkauf von Öl- und Erdgas stammen. Die Wachstumsraten der sowjetischen Volkswirtschaft sind Ende der siebziger/ Anfang der achtziger Jahre erheblich gesunken. Die Förderung von Kohle, Öl und Erdgas stagniert seit Ende der siebziger Jahre. Die Überzentralisierung der Volkswirtschaft behinderte vielfach die rasche Umsetzung von Forschungsergebnissen in den Betrieben. Es wird vielerorts mit veralteten Anlagen produziert. Die sowjetische Wirtschaft war bisher nicht gerade sehr innovationsfreudig. Der Lohnfonds der Betriebe war nicht an das Endergebnis der Produktion, also die Qualität gebunden, anders gesagt: Ein Betrieb konnte Schund produzieren, ohne daß sich das in den Löhnen auch nur eines der Betriebsangehörigen ausgewirkt hätte.

Auf dem 27. Parteitag hat sich die SU in Erkenntnis dieser Situation ehrgeizige Ziele gesteckt: Bis zum Jahr 2000 soll das Nationaleinkommen verdoppelt werden und die Arbeitsproduktivität um das Zweieinhalbfache steigen. Der Übergang von extensiver zu intensiver Wirtschaft ist angesagt. Es geht in der SU heute nicht zuletzt auch um eine enge Verknüpfung von Wirtschafts- und Sozialpolitik. In früheren Jahren und Jahrzehnten ging der wirtschaftliche Aufbau nicht auch immer gleichzeitig mit sozialpolitischen Maßnahmen einher. So wurde der Wohnungsbau vernachlässigt. Eine zentrale Rahmenplanung, eine weitgehende Selbständigkeit der Betriebe, konkrete Rechenschaftslegung aller Leitungsebenen und Kontrolle von unten sind wesentliche Mittel, um diese Ziele zu erreichen. Die KPdSU will dabei, wie Gorbatschow auf dem 27. Parteitag sagte, eine *,,wissenschaftlich fundierte Politik''* und darum *,,auf Leninsche Art die Zeit, in der wir leben, überdenken''*.

Politik als Wissenschaft betreiben

Um Politik als Wissenschaft zu betreiben, bedarf es einer Organisation. Das ist in der UdSSR die KPdSU und keine andere Partei. jb konstatiert richtig, daß die KPdSU heute *,,den größten Teil des engagierten Potentials''* an sich bindet. Diese Partei zeigt trotz langer Zeit der Deformation ihrer Praxis, der Stagnation ihrer Theorie und der Lethargie eines erheblichen Teils ihrer Mitglieder, daß sie zur Erneuerung aus sich heraus bereit und fähig ist. Damit haben linke Kritiker der SU nicht gerechnet. Auch in dieser Zeitschrift wurde noch vor einigen Jahren, auch von mir, die falsche These vertreten, in der Sowjetunion herrsche eine ,,neue Bourgeoisie'', wo es tatsächlich um eine ,,parteiadministrative Schicht'' (Prawda, 13.2.86) ging und vielleicht auch nur um einen Teil dieser Schicht. Der Grundfehler der maoistischen ,,Revisionismuskritik'', die sich auf die 1963 von der KP Chinas herausgegebenen Broschüre ,,Polemik über die Generallinie'' bezog, war es, der sowjetischen Gesellschaft eine Entwicklung zu kapitalistischen Verhältnissen zu unterstellen. Der 20. Parteitag der KPdSU 1956 wurde als Sündenfall gesehen, statt als progressives und positives Ereignis, als ersten, wenn auch noch beschränkten Ansatz zur Überwindung des Stalinismus. Die KPdSU blieb trotz zeitweise erschreckender Fehlentwicklungen eine Partei der Arbeiterklasse und wurde keine bürgerliche Partei. Die noch zu schreibende Geschichte der KPdSU ist eine Geschichte voller großer Leistungen, man denke nur an die Industrialisierung, die Alphabetisierung und den Sieg über den Faschismus. Sie ist aber auch eine Geschichte voller Irrtümer, Fehler und auch Verbrechen. Aber sie ist vor allem die Geschichte der bedeutendsten revolutionären Organisation, die die Geschichte der Menschheit bisher hervorgebracht hat. Das zu erkennen bedeutet nicht, in eine kultische Verehrung für diese Partei oder den Genossen Gorbatschow zu verfallen. Eine solche Erkenntnis schließt die Möglichkeit solidarischer Kritik an bestimmten Positionen durchaus ein. Man nehme die Nutzung der Atomenergie oder betrachte die Situation der Schwulen und Lesben, die sich bisher noch nicht grundlegend verändert hat. Das Unterdrückungsgesetz aus der Stalinära ist immer noch in Kraft, auch wenn es nicht mehr angewandt wird. Öffentlichkeit der Betroffenen fehlt in der SU, im Unterschied übrigens zur DDR, noch. Es bleibt zu hoffen, daß sich auch in dieser Hinsicht noch einiges ändert. Bislang bewegt sich die Stellungnahme selbst manches klugen KPdSU-Genossen zur Schwulenfrage noch auf der Ebene repressiver Toleranz: *,,Jeder macht, was er will, das ist eine Sache von jedem einzelnen. Wir haben keine Probleme mit sexuellen Minderheiten''*.

Die KPdSU bezieht sich heute stärker denn je auf Theorie und Praxis Wladimir Iljitsch Lenins. Die KPdSU ist die Garantin der revolutionären Entwicklung in der Sowjetunion. Sie arbeitet auf der prinzipiell richtigen Grundlage des Marxismus-Leninismus und nicht eines ,,pluralen Marxismus'' oder Euroreformismus, wie ihn z.B. die Sozialdemokratische Partei Italiens pflegt, die immer noch unter dem schönen Namen Partido Communista Italiano auftritt. Die KPdSU verkörpert einen Fundus an Tradition, Organisation und Erfahrung, mit der in der UdSSR keine andere Gruppierung und erst recht kein Zirkel bürgerlicher Dissidenten konkurrieren kann. Es wird in der Sowjetunion auch weiterhin nur eine Partei geben.

Wie auch immer die Diskussion über die Demokratisierung des Wahlsystems ausgehen wird: Eine Liberale Partei Lettlands, eine Nationalistische Partei der Ukraine oder ein Stalin-Revival-Club in Georgien werden gewiß nicht gegen die KPdSU kandidieren. In der Sowjetunion würden Oppositionspar-

gegen die KPdSU kandidieren. In der Sowjetunion würden Oppositionspar-

teien sich zwangsläufig antikommunistisch profilieren und damit über kurz oder lang zur fünften Kolonne des Imperialismus werden. Einer sozialistischen Demokratisierung wäre damit ein Bärendienst erwiesen.

Die KPdSU ist die Kraft, die mit einer wissenschaftlichen Theorie ausgerüstet den Prozeß der Schaffung einer *,,echten Demokratie''* (Gorbatschow auf dem Januarplenum des ZK) politisch leitet. Gorbatschow hat auf dem 27. Parteitag darauf hingewiesen: *,,Es gibt keine Avantgarderolle des Kommunisten schlechthin. Sie manifestiert sich in praktischen Taten.''* Politische Leitung bedeutet nicht auch administrative Leitung, wie das ZK-Mitglied Valentin Falin in einem Interview betonte (UZ, 18.3.87). Das ,,politische Monopol'' der KPdSU, das jb in seinem Artikel problematisiert, besteht insofern im Zuge der zweiten Revolution in der SU nicht mehr als Hemmschuh der gesellschaftlichen Entwicklung.

Bewußtsein und Demokratie

Den Gewerkschaften kommt bei der Umgestaltung eine sehr wichtige Rolle zu. Man erinnert sich in der KPdSU heute wieder der Hinweise Lenins aus den Jahren um 1920. Der Begründer

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

des Sowjetstaates sah die Gewerkschaften als ein Instrument des Kampfes der Arbeiter gegen bürokratische Auswüchse, für die alltäglichen Interessen der Werktätigen. Im Stalinismus und auch noch in der Breshnew-Ära waren die Gewerkschaften vielfach lediglich Hilfsinstrumente der Betriebsleitungen bei einer platten Produktionspropaganda. Gorbatschow hat das in dem ihm eigenen lebensnahen Stil zum Ausdruck gebracht, als er auf dem Kongreß der sowjetischen Gewerkschaften im Februar dieses Jahres kritisierte, *,,daß einige Gewerkschaftsfunktionäre mit den Wirtschaftsleitern Krakowiak tanzen''* (Neues Deutschland, 26.2.1987).

Die KPdSU versteht heute unter Demokratie **,,sozialistische Selbstverwaltung''**. Dazu gehören Veränderungen der Modalitäten bei Wahlen, mehr Selbständigkeit der Betriebe, eine stärkere Aktivität der Gewerkschaften und allgemein eine Selbstverantwortung gesellschaftlicher Gruppen. Das gilt nicht zuletzt auch für den Kulturbereich.

Waren der Schriftstellerverband und die Filmbürokratie (,,Goskino'') noch bis vor kurzem Werkzeuge der Reglementierung und oftmals Instrumente von Zensur, so besteht jetzt eine weitgehende Autonomie der Künstlerverbände, die überdies bei etwaigen Auseinandersetzungen viele Journalisten an ihrer Seite haben. Diese Entwicklung verläuft nicht ohne Widersprüche.

Es sind, wie der KPdSU-,,Chefideologe'' Jegor Ligatischow am 6. März dieses Jahres bei einem Treffen mit Künstlern in Saratow an der Wolga sagte, in letzter Zeit *,,viele Werke veröffentlicht und gezeigt worden, die früher das Publikum aus diesen oder* *öffentlicht und gezeigt worden, die früher das Publikum aus diesen oder* *jenen Gründen nicht kennengelernt hat''* (UZ, 12.3.87).

Gleichzeitig bemängelte Ligatschow, daß unter Künstlern bei der Beurteilung von Kunstwerken *,,die Priorität der künstlerischen Seite eines Werkes eingeräumt''* werde. Dabei werde der ideologische Inhalt übersehen. Mitunter würden *,,Versuche unternommen, die führende Rolle, die der Staat bei der Leitung der kulturellen Sphäre spielt, herabzumindern''* (ebenda). Die Erkenntnis Brechts, daß die Kunst ihre eigenen Ordnungen habe, hat sich der zweite Mann an der Spitze der KPdSU offenkundig noch nicht zu eigen gemacht.

Die wirkliche Kulturrevolution im Sozialismus

Es geht heute in der SU um eine *,,wahre Revolution im ganzen System der gesellschaftlichen Beziehungen, in den Hirnen und Herzen der Menschen''*, wie Gorbatschow im Sommer vergangenen Jahres in einer Rede vor dem Parteiaktiv der Region Chabarowsk sagte (Neues Deutschland, 4.8.86). In der UdSSR geschieht heute das, was viele linke Ende der sechziger Jahre von der chinesischen ,,Kulturrevolution'' erhofft hatten: Die Befreiung des Sozialismus von bürokratischen Deformationen, die Selbsttätigkeit der Massen, die Entstehung einer lebendigen sozialistischen Demokratie. Die chinesische ,,Kulturrevolution'' hat diese Ziele nicht erreicht.

Das Niveau der Entwicklung der Produktivkräfte war damals in China für solch ein hoch ambitioniertes Experiment noch nicht reif genug. Die Sowjetunion ist heute nicht zuletzt auf Grund des Bildungsniveaus ihrer Bürger in einer ungleich günstigeren Situation als China Mitte der sechziger Jahre. Mao Zedong persönlich mag die besten Absichten gehabt haben, einer radikalen Demokratie und der Aufhebung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit im Eiltempo näher zu kommen. Seine Reden und Schriften, nicht zuletzt ,,Über den Widerspruch'' (1937) und ,,Über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volke'' (1957) sind wichtige Beiträge zum Marxismus-Leninismus. Das ist eine Wahrheit, die man mittlerweile übrigens auch in der DDR (und wohl auch in der SU) wieder aussprechen kann. Aber bereits Ende der fünfziger Jahre begann die chinesische Führung mit dem ,,Großen Sprung nach vorn'' eine voluntaristische Politik. Bauern mußten auf dem Lande primitive Hochöfen bauen, auf daß sie Proletarier würden. Das Ergebnis war ein Fiasko. Auch die ,,Kulturrevolution'' in China ist gescheitert. Wirkliche Revolutionen bringen auch und gerade kulturell Bedeutendes hervor, das weit über das jeweilige Land hinaus wirkt. Wenn ich mich nicht irre, gibt es aus der chinesischen ,,Kulturrevolution'' keinen einzigen Roman, keinen einzigen Film, der wirklich Bedeutung gehabt hätte. Schriftsteller in China wurden damals nicht ermutigt, sondern in vielen Fällen brutal verfolgt. Bücherverbrennungen waren an der Tagesordnung. Der angerichtete Schaden ist gewaltig, Analphabetismus ist derzeit auf dem Lande noch ein verbreitetes und brennendes Problem in China.

Heute ist in der Volksrepublik China wieder von den hundert Blumen, die blühen, und den hundert Schulen, die miteinander wetteifern sollen, die Rede. Es entwickelt sich in China in den letzten Jahren eine Kultur des Streits der Meinungen. Es werden Lehren aus den Zeiten des Dogmatismus gezogen. Das verbindet China heute bei allen Unterschieden mit der Sowjetunion.

Große Probleme und Aufgaben

Das von Gorbatschow angestrebte Ziel der *,,Entfaltung einer wahren Volksmacht''* (Rede auf dem ZK-Plenum im Oktober 1985) beinhaltet die Einsicht: *,,Mehr Demokratie bedeutet mehr Sozialismus''*. (Appell des ZK der KPdSU anläßlich des 70. Jahrestages der Oktoberrevolution, in UZ, 20.3.1987). Der *,,Kern der Sache''*, das *,,A und O unserer Probleme''* (Gorbatschow auf dem Oktoberplenum 1985) ist und bleibt die Beschleunigung der sozialökonomischen Entwicklung des Landes.

Hier steht die Sowjetunion erst am Anfang. Mit der Wahl der Betriebsdirektoren findet die Umgestaltung noch längst nicht ihr Ende. Angekündigt ist von Gorbatschows Wirtschaftsberater Aganbegjan u.a. eine Preisreform. Es geht dabei um Preise, *,,die dem gesellschaftlich notwendigen Aufwand entsprechen, die die volkswirtschaftliche Effektivität der Erzeugnisse berücksichtigen''* (A.G. Aganbegjan: Fünfjahrplan der Wende und der Beschleunigung, in: Sowjetwissenschaft 6/1986). Wird es der SU dabei gelingen, Probleme wie in Ungarn oder gar Jugoslawien mit massiven Preissteigerungen und Inflation zu vermeiden? Die Selbständigkeit der Betriebe wirft neue Probleme auf. Sowjetische Ökonomen erörterten vor einigen Monaten bereits die Frage *,,Kann ein staatlicher Betrieb pleite gehen?''* (Leonid Korenjew, APN-Wirtschaftskommentator, in: Sozialismus, Theorie und Praxis, Moskau, Januar 1987). Die Frage ist mittlerweile nicht mehr nur rein theoretischer Natur. Als erster größerer Betrieb ist kürzlich ein Baukombinat in Leningrad mit 2.000 Beschäftigten für zahlungsunfähig erklärt und aufgelöst worden (TASS, laut FR, 27.2.87).



Es liegt auf der Hand, daß solche Dinge große Anforderungen an die Wirtschafts- und Sozialpolitik stellen. Jegliche Arbeitslosigkeit muß auch weiterhin vermieden werden.

Alles andere als einfache Fragen, alles andere als Probleme, die sich im Selbstlauf lösen. Die Aufgaben, vor denen die sowjetische Gesellschaft steht, sind nur zu lösen, wenn man etwas tut, was sich viele westdeutsche Linke im Grünen abgewöhnt haben: Politik als Wissenschaft zu begreifen und zu betreiben. Ein bürgerlicher ,,Pluralismus'' verschiedenster Parteien, zu dem der SU von FAZ bis taz geraten wird, kann keine der Schwierigkeiten lösen.

Gerd Eggeling, 28.3.87

Gorbi Superstar?

Die Begeisterungswelle für das aus der UdSSR herüberstrahlende „Neue Denken" hat uns überrascht und überrollt. Im letzten AK lobte jb. den Gorbi-Kurs als historisch längst überfällige Überwindung des dogmatischen Leninismus. In diesem AK nun preist G.E. die neue Entwicklung als „Lenin-Renaissance", die den eigentlich schon immer ganz passablen sowjetischen Sozialismus noch schöner macht. In Gegensatz dazu stellt er die chinesische Kulturrevolution 1967-69 als ganz und gar untaugliches Experiment dar. Gleichfalls in diesem AK interpretieren hingegen zwei besonders begeisterte Autoren aus Stuttgart die Gorbi-Politik als Fortsetzung des Maoismus mit ein klein bißchen anderen Mitteln. Schwer vorstellbar, daß *alle* diese Interpretationen zutreffend sein sollen. Eher schon denkbar, daß vielleicht alle drei Deutungen *falsch* sind. Sicher scheint nur, daß der Bedarf an wegweisenden Heilspersönlichkeiten und Hoffnungsträgern erheblich ist. Eine Umfrage in der Redaktion ergab, daß hier alle den sowjetischen Reformversuch mit Sympathie betrachten, aber erhebliche Zweifel bestehen, ob es sich dabei um eine Annäherung an den Sozialismus handelt.

AK-Redaktion

Gorbatschow — die zarteste Versuchung ...

Eingefahrenes Denken wird bei der Beurteilung von Gorbatschow auf eine harte Probe gestellt. Zu den hoffnungsvollen Kommentatoren gehören so unterschiedliche Kräfte wie der Chef der Deutschen Bank und General Jaruselski, Gremlitzas ,,Konkret'' und Springers ,,Welt'', Schlitzohr Genscher und Charmeur Gregory Peck.

... seit es „Realen Sozialismus" gibt

Unter den Kritikern finden wir ähnliche Antipoden: das realsozialistische Establishment von Ceausescu, Husak und Deng ebenso wie die realsozialistische Oppositionsgewerkschaft Solidarnosc; beinharte Falken aus den NATO-Stäben winken verärgert ab, die GRÜNEN und die radikale Linke geben sich skeptisch. Das wird wohl auch das beste sein, bis sich diese verwirrenden Fronten geklärt haben — oder?

Die Belastbarkeit des Leninismus wird erprobt

Das stammt nicht von uns. So und nicht anders urteilte einer der ranghöchsten westdeutschen Kapitalisten, Christians von der Deutschen Bank, über den neuen Kurs in der SU. Und Journalist Engelbrecht hielt im richtigen Moment das Mikro hin, um diese Sternstunde ,,brillianter Analyse'' auf Band festzuhalten. Die euphorische Stimmung des Herrn Christians aufgreifend fährt er fort: ,,Wenn ein kühler und machtgewohnter Großbanker ... in Moskau fast ins Schwelgen gerät, ist alle Aufmerksamkeit geboten''.

,,Ich hätte mir einen solchen Mann vor zehn oder 15 Jahren auch in den kühnsten Träumen nicht als Generalsekretär der KPdSU vorzustellen gewagt'', teilt uns Rudolf Bahro mit. Er sieht den Traum des ,,Kommunistischen Bundes'', den er unsereins vor sieben Jahren noch ausreden wollte, nun auf einmal ausgerechnet in der KPdSU verwirklicht. Verkehrte Welt? Gorbatschow als Vollender der Phantasien eines R. Bahro?

Auch die ,,Welt'', um ein weiteres Beispiel zu nehmen, wittert bereits den Braten. Zunächst erinnert deren Kommentator Ströhm, ,,auch wenn sich die Geschichte nicht wiederholt'', an die Folgen der Entstalinisierung unter Chruschtschow, die geradewegs zum ,,17. Juni 1953 in Ostberlin und der sowjetischen Zone'' führten, und als deren Höhepunkt der ,,polnische Oktober 1956 sowie der Donnerschlag der ungarischen Revolution'' herausgestellt werden. Den eigentlichen Donnerschlag läßt er erst ganz zum Schluß raus, wo nach einigen Spekulationen über Honeckers angebliche ,,Wende'' und vermutete Angst vor ,,geheimen, wenn nicht gar ‚freien' Wahlen'' der alte imperialistische Traum ganz ,,neu'' geträumt wird: *,,Die ganze Mauer könnte ins Wanken geraten, wenn Moskau so weitermacht''*.

Zweifel angebracht ...

Angesichts dieser seltsamen Fan-Gemeinde Gorbatschows erscheinen die Zweifel und die Skepsis in der radikalen Linken auf den ersten Blick durchaus angebracht. Denn wer wollte ein für allemal ausschließen,

— daß der neue Kurs der SU doch nur als Sozialdemokratisierung bzw. Jugoslawisierung endet?

— daß eine durchaus mögliche Destabilisierung im Inneren der SU dem Imperialismus neue Möglichkeiten zur Intervention eröffnet?

— sogenannte ,,Joint ventures'' (SU-Firmen mit Beteiligung von West-Kapital) darauf hinauslaufen könnten, daß der IWF der SU die Grenzen militärischer Abwehrmaßnahmen diktiert?

Nein, diese Bedenken können heute nicht einfach in Bausch und Bogen abgetan werden. Aber es müssen auch Gegenfragen durchdacht werden:

— Endete Jugoslawien nicht deswegen als Anhängsel des IWF, weil der Moskauer Ausgrenzungskurs die finanzielle Abhängigkeit des kleinen Landes vom Imperialismus und die bürgerliche Rechte in Partei und Staat stärkte? Muß man nicht sauber unterscheiden zwischen der berechtigten Kritik, die Tito (und Mao!) gegenüber dem starren Staatszentralismus der UdSSR hatten, und dem durch vielerlei Faktoren beeinflußten Scheitern der ,,Arbeiterselbstverwaltung'' im konkreten?

— Sind wir für revolutionäre Umwälzungen im Realen Sozialismus — was immer auch die Gefahr von Destabilisierung beinhaltet — oder fordern wir die sowjetischen Arbeiter/innen auf, ihre Ansprüche bis nach der Niederlage des NATO-Imperialismus zurückzustellen?

— Ist die Demokratisierung, selbst die Zulassung konservativen Gedankenguts, nicht die *einzige* Möglichkeit, revolutionäre Impulse im Volk zu wecken und so die Kraft auf den Plan zu rufen, die allein den Weg zum Sozialismus wieder freimachen kann? Oder, um einmal mit Maos Worten zu sprechen: ,,Duftende Gräser sind aus dem Vergleich und dem Kampf mit Giftgräsern hervorgegangen''. Die Zurückdrängung bürgerlichen Einflusses passiert nicht über bürokratische Repression, sondern über die Weckung der Urteilskraft der Massen. Wie Gorbatschow Sacharow die Schau gestohlen hat, zeigt, daß er in diesem *wesentlichen* Punkt Mao sehr gut verstanden hat.

... Zögern und Zaudern keinesfalls

Ist eine streng materialistische Untersuchung der Gorbatschow-Politik unbedingt notwendig, so darf sie aber keinesfalls die notwendige Leidenschaft verdrängen, mit der wir als Kommunisten die Vorgänge verfolgen müssen, um genau *daran* unsere weitergehenden Vorstellungen von der Dialektik von Sozialismus und Demokratie deutlich zu machen. Ist es nicht genauso romantisch wie sektiererisch, wenn die Anarchisten, nach ihren revolutionären Utopien gefragt, immer nostalgisch auf die libertären Kommunen des Spanischen Bürgerkrieges verweisen? Ist es nicht genauso sympathisch-revolutionär wie spleenig, wenn die Trotzkisten auf dieselbe Frage immer wieder die Formeln ihres Meisters gegen den ,,Sozialismus in einem Land'' heruntermeiern? Und hat es nicht uns, den KB, ausgezeichnet, daß wir jeden Aufschrei nach einem Leben ohne Unterdrückung und Ausbeutung mit großer, unvoreingenommener, relativ ,,undogmatischer'' Begeisterung aufgegriffen haben, egal ob es die Kämpfe der polnischen Arbeiter/innen (wenn auch nicht die Linie ihrer Führer), die maoistischen Impulse des ,,Hundert-Blumen-Blühens'', Nicaraguas Weg zur pluralistischen Volksdemokratie oder die Kämpfe der Jugendbewegung gegen das Packeis in Zürich und anderswo waren? Wollen wir den Gorbatschow-Virus, der im Westen grassiert, aufgreifen und dazu beitragen, daß daraus ein kommunistisch-demokratischer Fieberanfall für die kapitalistischen Metropolen wird? Oder wollen wir diese Chance, unsere Sehnsucht nach Revolution im Westen und Kulturrevolution im Osten mit der Gorbatschow-Infektion in die Herzen und Hirne der Menschen zu tragen, wollen wir diese Chance verschlafen, so wie die Trotzkisten den Aufbruch Ende der 60er Jahre verschlafen haben, nur weil Mao Mao war und nicht Trotzki?

Oder, mit Gremliza gesagt: *,,Nach zwei Jahrzehnten, in denen politisches Denken in der Enge zwischen einem ebenso unveränderlichen wie perspektivlosen Kapitalismus und einem aufs Minimum seiner Anlagen reduzierten Sozialismus ersticken mußte, bekommt revolutionäre Theorie wieder Luft.''*



„Sozialismus wieder unheimlich im Kommen?" (konkret-Titel)

Mensch spürt es allerorten: Der Kommunismus, lange ein toter Hund, ist wieder in der Diskussion, und das dank Gorbatschow. Leider bisher am wenigsten in der radikalen Linken, wohl aber an den Kneipentischen, in der Kantine, in der taz. Was will er, Gorbatschow? Schafft er's, der Gorbatschow? Alles Fragen, die vor einem halben Jahr keinen Menschen interessiert hätten. Biermann, Diva des linken Weltschmerzes und Seismograph des linken Zeitgeistes, kündigt an, er wolle *,,lieber begeistert hoffen und wieder auf die Schnauze fallen, als tatenarm und gedankenvoll jammern.''*

Fortsetzung nächste Seite

Nach anfänglichem Zögern haben mittlerweile auch in der BRD Linke und Alternative sich von Gorbatschow zu Stellungnahmen inspirieren lassen. Das größte Manko der meisten Diskussionsbeiträge ist sicherlich, daß sie in Gorbatschows Reformkurs kurzerhand Tendenzen zur ,,Verwestlichung'' des ,,Realen Sozialismus'' sehen. Für die grünen Realpolitiker ist das Grund zur Freude, wie z.B. für ,,Pflasterstrand''-Autor Gerd Koenen, der in ,,Raissa die wahre Revolutionärin'' und in ,,Aenne Burda ... eine ihrer wichtigsten Agentinnen'' sieht. Prinzipienfeste Kommentatoren aus der Revolutionären Linken sehen denselben Sachverhalt genau andersherum und beklagen, hier werde ein ,,offener Konflikt mit der sowjetischen Arbeiterklasse'' (BWK) und ihre ,,verschärfte Verbannung in die Lohnarbeit'' (VSP) anvisiert. Neben diesem Interpretationsschema (Gorbatschow = Verwestlichung) gibt es aber auch einen Neu-Aufbruch marxistischer Denker, die mit großer Begeisterung das sowjetische Experiment untersuchen. ,,Sozialismus wieder unheimlich im Kommen'', titelte beispielsweise ,,konkret'', und sozialistische Intellektuelle wie Leo Kofler und Theodor Bergmann unterstützen Gremlizas Agitation mit vielseitigen Analysen. Der politische Schub dieser Richtung ist so stark, daß auch ein politischer Außenseiter wie Bahro, ein Romantiker wie Biermann und die ewigen Zyniker von der ,,Marxistischen Gruppe'' voll von ihm erfaßt werden. Im folgenden soll ein Überblick über die bisherige Diskussion in der BRD gegeben werden, da nur dann ein Fortschritt in der Debatte erreichbar sein wird, wenn verschiedene Interpretationsansätze zur Kenntnis genommen und aufeinander bezogen werden können.

Gorbatschow und die Linke in der BRD



Pflasterstrand: Urbi et Gorbi

Im früheren Sponti-Zentralorgan, heute Metropolenblatt der hessischen Realos, darf zunächst Ex-KBWler **Gerd Koenen** seinen tradierten Antisowjetismus ausbreiten. Mit neckischen Seitenhieben erklärt er den Rüstungswettlauf der 70er Jahre als von der Sowjetunion forciert, und die Verbrechen Hitlers würden sich zu denen Stalins 1:100 verhalten. ,,*In diesem Stalin'schen System ... steckt die Sowjetunion bis heute*'', bilanziert Gerd Koenen dann, ZEIT und SPIEGEL weit rechts überholend. Kein Wunder also, daß er die Person Sacharow als Maßstab nimmt, ,,*von welcher Position aus und zu welchen Bedingungen*'' man bereit sein könnte, zu applaudieren. Das ist Originalton Springer, aber auch andere bundesdeutsche Pressezaren werden bei Koenen lobend erwähnt. Im Bereich ,,Ästhetik'', von unserem Kommentator als wichtiger Punkt seiner pluralistischen Destabilisierung erkannt, ,,*ist Raissa die wahre Revolutionärin, und Aenne Burda ist eine ihrer wichtigsten Agentinnen.*''

Zur Freude des Lesers serviert dann **Daniel Cohn-Bendit** neben einer flotten Schreibe auch ab und zu einen neuen Gedanken. Zum Beispiel macht er einen Unterschied zwischen Andropov, laut Dany der eigentliche Erfinder des neuen Denkens in der SU, und Gorbatschow. Andropov habe ,,*das Hauptgewicht seiner Offensive auf die Wiederherstellung der Arbeitsdisziplin, der gesellschaftlichen Disziplin überhaupt*'' gelegt, ,,*um den unter Breschnew vollzogenen industriellen Niedergang zu überwinden*'' (,,*traditionelle autoritäre Restauration*''). Gorbatschow hingegen sei ,,*mehr mit der Demokratisierung der sowjetischen Gesellschaft*'' beschäftigt ,,*als nur mit der Effektivierung des Managements*'', obwohl sich beides bedinge.

Im Bereich der Betriebsführung habe Andropov die Stellung der modernen Industriemanager stärken wollen, während Gorbatschow durch die Wahl der Betriebsleiter und die Stärkung des Parteiapparats auf regionaler Ebene genau dagegen eine Gegenmacht aufbaue. Gorbatschow ist nach Cohn-Bendit geradezu gezwungen, diese ,,*potentielle gesellschaftliche Konfrontation*'' zu riskieren, um nämlich das ,,*kommunistische System als solches langfristig zu retten*''. In dieser Vorgehensweise macht Cohn-Bendit eine Widerlegung des Marxismus aus, denn: ,,*Der Unterbau der Gesellschaft, die ökonomische Grundlage, wird sich nur dann verändern, wenn der Überbau, d.h. die politische und gesellschaftliche Öffentlichkeit, den Wandel vollzogen haben wird und eben nicht umgekehrt*''. Gorbatschow als Widerlegung des Marxismus? Nicht eher eine Widerlegung bestimmter antisowjetischer Denkschemata, die Dany immer wieder mitgepflegt hat? Am Schluß kommt dann voll der Realo durch: ,,*Eine zweite Ostpolitik muß her. Aber eine. die sich an den Bedürfnissen der*

schows. Er schlußfolgert, ,,*daß mit der Orientierung auf die Steigerung des einzelbetrieblichen Gewinns der Arbeiterklasse jede gesellschaftliche Führungsrolle abgesprochen wird. Sie wird in Belegschaften atomisiert, die gesellschaftlichen Wirkungen ihrer Produktionstätigkeit kann sie in keiner Weise beeinflußen, vielmehr ist mit Blick auf den einzelbetrieblichen Gewinn Rücksichtslosigkeit gegenüber den gesellschaftlichen Wirkungen ausdrücklich angesagt. Die Setzung des Gewinns als zentrale Kennziffer ist das Gegenteil von stofflicher, gebrauchswertorientierter Planung.*''

BWK: Business as usual

Noch einen Schritt weiter mit seiner Kritik geht der **Bund Westdeutscher Kommunisten**: Während die VSP wenigstens bestimmte Aspekte der Demokratisierung Gorbatschows positiv sieht (,,*Jeder Schritt zur Schaffung von mehr Demokratie in der UdSSR ist zu begrüßen und findet unsere Unterstützung*''), gibt es für den BWK die-

Einführung des kapitalistischen Konkurrenzprinzips unter den künftig weitergehenden wirtschaftlich selbständigen Betrieben sollen die bürokratisch-kapitalistischen Manager zur Rationalisierung ihrer Betriebe für den Maximalprofit getrieben werden. Dadurch wird die Ausbeutung der Arbeiterklasse sprunghaft gesteigert werden.'' Laut MLPD betreibt Gorbatschow sogar ,,*bis zu einem gewissen Grad ... die Verschmelzung mit der Struktur des westlichen staatsmonopolistischen Kapitalismus.*'' Im übrigen wird dazu aufgerufen, ,,Stalins Gesammelte Werke zu studieren'', da die ,,revisionistische Entartung'' in der UdSSR erst nach der Ablösung des ,,Väterchens'' angefangen habe. Was soll man dazu noch sagen?

MG: „Endlich den Sozialismus wahrmachen"

Die **Marxistische Gruppe** tritt allen Interpretationen einer ,,Verwestlichung'' der UdSSR durch den Gorbatschow-Kurs scharf entgegen. Gorbatschow habe vielmehr das Programm ,,*Den Sozialismus wahrmachen*'' auf seine Fahnen geschrieben, was voll zu unterstützen sei: ,,*Die Aufforderung zur Unzufriedenheit, die von oben ergeht, ist eine Aufforderung zur Einmischung in die Angelegenheiten von Produktion und Verwaltung, die sich jeder Manager oder Beamte in einer ordentlichen Demokratrie als unerhörte Störung der Geschäftsgrundlage verbitten würde.*'' Zur Liberalisierung heißt es: ,,*Weder den westlichen Menschenrechtskampagnen, noch den Dissidenten wird damit recht gegeben; aus einem ganz anderen Interesse heraus, nämlich aus dem, das Volk zu produktiver Unzufriedenheit zu ermutigen, werden demonstrativ staatliche Vorkehrungen gegen staatsfeindliche Kritik aus der Welt geräumt. Durchaus auch in der Berechnung, daß Systemgegner beim sowjetischen Staatsvolk auflaufen.*'' Im übrigen sieht die MG in der Sowjetunion keine Gesellschaft mit Klassengegensätzen, sondern ,,*eine Sorte Planwirtschaft (...), die dem Massenwohlstand dienen soll, zugleich aber lauter Methoden der Reichtumsproduktion vorschreibt, die dem entgegenstehen.*'' Diese ,,Fehler'' beruhten nur auf ,,falschen Einsichten ... der Macher''; die Suche nach Klassenwidersprüchen sei ,,reichlich überflüssig''. Die MG weiter: ,,*Außerdem gibt es diesen Unsinn schon. Da müsen Sie nur bei Diljas, Bettelheim, Damus, beim jungen Altvater und frühen Bahro nachlesen.*''

Trotz interessanter Ansätze wird die Diskussion mit der MG schwerfallen: Da ist zum einen der eben zitierte und hinlänglich bekannte rotzig-arrogante Diskussionsstil. Und da ist zum anderen ihre Hauptagitationsschiene, die die Begriffe ,,Kapitalismus'', ,,Freiheit'' und ,,Demokratie'' nicht aufgreifen kann.

heit'' und ,,Demokratie'' nicht aufgreifen kann.

Fortsetzung von vorheriger Seite

Diese Hoffnung ist zumindest im fortschrittlichen Teil dieser Gesellschaft die Hoffnung auf ein Zusammenbringen von Sozialismus und Demokratie. Die Hoffnung, die die Begeisterung für die Shanghaier Rebellen ebenso hervorgebracht hat wie — beklagenswert, aber wahr — für Willy Brandt und den eurokommunistischen Aufbruch, und die von allen drei Ansätzen enttäuscht wurde — aus völlig unterschiedlichen Richtungen natürlich. Die Hoffnung, die Rosa Luxemburg, Lenin und Dutschke beflügelt hat und die — Hand auf's Herz! — letztlich auch jedem von uns die Kraft zum Weitermachen gibt.

Gorbatschow reißt die Diskussion um das Verhältnis von Demokratie und Sozialismus noch einmal auf — von einer ganz anderen Seite, aber in ähnlich riesigem Ausmaß, wie es die chinesische Kulturrevolution getan hat. Und noch immer, so scheint es, ist es die am eigenen Leib erfahrene Abwesenheit von wirklicher Demokratie, die Hunderttausende von Menschen auch und gerade in den Metropolen dazu bringen kann, Barrikaden zu bauen, die gewohnte Abzähldemokratie in Frage zu stellen und nach Alternativen zu suchen, sei es in Paris, sei es in Madrid, sei es an der Startbahn oder in Wackersdorf.

Sich in diese Diskussion einzubringen, zu verhindern, daß sie ,,grundlos wie die Liebe'' (Biermann) mangels Argumenten versickert oder abstumpft, das wäre das Mindeste. Diese Diskussion gar im fortschrittlichen Teil der Bevölkerung zu *organisieren*, das wäre der Traum: die ,,Belastbarkeit des Leninismus'' zu erproben, so wie wir sie wollen!

Jürgen und Marny/KB-Stuttgart

kommt dann voll der Realo durch: ,,*Eine zweite Ostpolitik muß her. Aber*
eine, die sich an den Bedürfnissen der Menschen in der sowjeitschen Gesellschaft orientiert, und nicht nur an den Bedürfnissen des sowjetischen Machtapparates.'' Zur Konkretisierung dieser Leerformel wird nur angeführt, man müsse ,,*Moskau, Leningrad und Kiew im Sommer mit westlichen Hippies überfluten*''. Das klingt verdammt nach einer Propagandadröhnung aus SPD und LSD ... .

KOMMUNE: Durchgreifen bitte!

Ex-KBW-Chef **Schmierer** kann sich auch nicht richtig freuen. Er hat nicht die Hoffnung, daß mit Gorbatschow die SU ,,*endlich aus dem selbst- und umweltzerstörerischen Wettlauf mit den USA*'' ausbrechen wird, um an die ,,*verschüttete emanzipatorische Mission der Novemberrevolution wieder anzuknüpfen*''. Vielmehr ziele die Reform darauf ab, in der Konkurrenz mit dem Weltkapitalismus wenigstens Schritt zu halten und nicht immer weiter abzusacken. Gegen dieses Ziel haben auch konservative Kreise nichts einzuwenden, solange sie nicht selbst betroffen sind. Erst wenn der Reformwille in die Tat umgesetzt wird, findet eine Behinderung statt, da es dann um ,,*Machtpositionen und Einflußbereiche*'' gehe. Schmierer prognostiziert das Roll-back, die fehlende Auseinandersetzung um Gorbatschows Reformvorschläge sei die ,,Ruhe vor dem Sturm'', dahinter ,,könne bereits die Reaktion lauern''. Für seine Revolution fehle Gorbatschow die öffentliche Unterstützung: ,,*Man kann kaum behaupten, daß dem Reformwillen von oben eine mächtige Reformwelle von unten entgegenschlagen würde... Noch sind Reformbemühungen vor allem Politik und weniger gesellschaftliche Bewegung.*''

Kernige Empfehlungen dann am Schluß: ,,*An die Stelle der Rederei müßten jetzt endlich Taten treten. Kräfte und Organe, um durchzugreifen, gibt es ja genügend.*'' Durchgreifen — das klingt eher nach Stalin und den alten KBW-Methoden, als nach Gorbatschow. Wohltuend hebt sich davon der Artikel von **Walter Süß** ab, der vor allem Differenzen in der KPdSU um die Frage der Demokratisierung nachspürt und zu diesem Zweck die Vorschläge von Gorbatschow mit den Beschlüssen des ZK-Plenums vergleicht.

VSP: Mixed pleasure, mixed pain

Bei der **Vereinigten Sozialistischen Partei**, die sich aus einer trotzkistischen Strömung (GIM) und einer ehemals pro-albanischen Strömung (KPD) zusammenfand, überwiegen der unterschiedlichen Herkunft gemäß unterschiedliche Kritikansätze. Winfried Wolf (VSP/GIM) bemängelt den unzureichenden Charakter der **Demokratisierung**, die er als ,,Teildemokratisierung'' kennzeichnet. Sie bringe lediglich die ,,*Einführung demokratischer Elemente in eine insgesamt von oben — bürokratisch — kontrollierte und beherrschte Gesellschaft*''. Die Freilassung **aller** politischen Gefangenen (also auch der Reaktionäre), die Zulassung unabhängiger Gewerkschaften, die Einführung des Streikrechts sind für ihn die Meßlatte, unter der alles nur ,,Sturm im Wasserglas'' ist.

Horst-Dieter Koch (VSP/KPD) legt den Schwerpunkt auf die Kritik der **ökonomischen Maßnahmen** Gorbat-

sen Bereich der Gorbatschow-Politik offenbar gar nicht. Die BWK-Kritik reduziert Gorbatschow auf die ökonomischen Reformen, die als scharfer Angriff auf die Arbeiterklasse gekennzeichnet werden. Bemängelt wird insbesondere die verstärkte Entlohnung nach Leistungskriterien; ,,*Beabsichtigt ist offensichtlich, die am wenigsten qualifizierten Arbeiter stark herabzudrücken.*'' Entgegen der angeblich von Gorbatschow vorangetriebenen Differenzierung wird in der sowjetischen Arbeiterklasse ein ,,massenhafter und zäher Widerstand'' zur ,,Sicherung von Mindestbedingungen'' ausgemacht, was mit ,,kommunistischen Bestrebungen'' gleichgesetzt wird.

Generell scheint mir der methodische Fehler beim Herangehen von BWK und VSP in zwei Aspekten zu liegen: Zum einen wird nicht gefragt, wie **konkret** den Problemen der mangelnden Produktivität, der Korruption usw. in der sowjetischen Wirtschaft beizukommen ist — abseits zeitloser Ratschläge wie Verstärkung der Gebrauchswertorientierung und Hebung des politischen Bewußtseins der Produzenten. Zum anderen wird nicht berücksichtigt, daß Gorbatschow gegen die Orientierung auf materiellen Anreiz (Profit des Einzelunternehmens) ja auch mächtige Gegentendenzen mobilisiert, wenn er die Gewerkschaftsrechte ausweitet und durch Demokratisierung die Entwicklung bewußter Kerne in der sowjetischen Arbeiterschaft ermöglicht.

MLPD: Stalin statt Gorbatschow

Gewohnt klotzig analysiert die **Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)**: ,,*Mit der umfassenden*

Gremliza/konkret: Der schicke Bolschewik

Am meisten von allen Kommentatoren scheint Gremliza angetörnt. Unter der ,,Klassiker''-Galerie Lenin-Gorbatschow-Ebermann fragt er auf der Titelseite ,,Sozialismus wieder unheimlich im Kommen?'' und antwortet in seiner Kolumne auch gleich darauf: ,,*Nach zwei Jahrzehnten, in denen politisches Denken in der Enge zwischen einem aufs Minimum reduzierten Sozialismus ersticken mußte, bekommt revolutionäre Theorie endlich Luft.*'' Die bürgerliche Fan-Gemeinde von Gorbi werde bald verstummen: ,,*Gorbatschow will erstens viel weiter gehen, als seine neuen Jünger im Westen hoffen, und zweitens ziemlich genau in die entgegengesetzte Richtung*'', nämlich in Richtung der Überwindung der westlichen ,,Abzähldemokratie''. Allerdings hat Gremliza selber ebenfalls eine etwas seltsame Vorstellung davon, wie und in welche Richtung man die bürgerliche Demokratie überwinden solle. So billigt er Gorbis Demokratisierung nur unter der Voraussetzung, daß ,,*in der Sowjetunion ... siebzig Jahre nach der Oktoberrevolution keine nennenswerten Bestandteile bürgerlicher Ideologie*'' mehr vorhanden seien. Damit wird bestritten, daß gerade sozialistische Demokratie nicht erst heute, sondern schon in den letzten Jahrzehnten eigentlich eine viel bessere Möglichkeit gewesen wäre, bürgerliche Ideologie zurückzudrängen, als der stalinistisch-bürokratische Terror, der eben in seiner Struktur und Vorgehensweise selber bürgerliche Herrschaft und bürgerliche Ideologie in der Sowjetunion massenhaft erzeugt hat. Wenn Gorbat-

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite

schows sozialistische Demokratisierung Erfolg haben wird, dann nicht wegen, sondern trotz der Ergebnisse des Stalinismus. ,,Laßt hundert Blumen blühen'' war für Mao die kommunistische Alternative zu Stalins ,,Tabula rasa'', während Gremliza die ,,Perestrojka'' eher als ,,Ende gut — alles gut'' des realsozialistischen Horror-Weges verkauft. Ob Gorbi das genauso sieht?

Bahro: ,,Kommunistischer Bund'' und ,,Unsichtbare Kirche''

Rudolf Bahro äußert sich in der ,,taz'' rundum begeistert über Gorbatschow, den er als den von ihm in der ,,Alternative'' antizipierten ,,Fürst'' bezeichnet. Als Fürsten, der die ,,*erprobte Tyrannis (benutzt), während er sie abbaut, um ... die ursprüngliche Idee wiederherzustellen, von der man geschichtlich abgekommen, weit abgekommen war.*'' Ohne prophezeien zu wollen, was sein **wird**, meint Bahro erkannt zu haben, was die von Gorbatschow repräsentierte Strömung **will**: Die Probleme der SU seien auf allen Ebenen unlösbar ohne Demokratisierung. ,,*Demokratie heißt dort soziale Revolution, aber eine, die zu ganz anderen Ufern führt als denen der westlichen Abzähldemokratie mit ihrem Gerangel um die Verteilung des kolonialistisch zusammengerafften Kuchens. Er will die Kompaßnadel der Russischen Revolution wieder ausrichten auf die allgemeine Emanzipation des Menschen ... . Er will die Russische Revolution rechtfertigen, indem er die Larve des Industrialisierungsdespotismus von ihr absprengt ... . Er will das Vermächtnis von Lenins letztem verlorenen Kampf gegen die Partei- und Sowjetbürokraten wieder aufnehmen und mit der Apparateherrschaft über die Sowjetgesellschaft aufräumen. Er will nicht nur dem Archipel Gulag ein Ende*

nen Kampf gegen die Partei- und Sowjetbürokraten wieder aufnehmen und mit der Apparateherrschaft über die Sowjetgesellschaft aufräumen. Er will nicht nur dem Archipel Gulag ein Ende

machen, sondern allen schöpferischen Kräften Zugang zu dem Prozeß der sozialistischen Konsensbildung verschaffen. Er will nicht zuletzt — denn da liegt der Schlüssel für den Erfolg — die Substanz und die Würde der Kommunistischen Partei wiederherstellen, um nicht zu sagen, er will sie neu schaffen. In Wahrheit möchte er die besten, aufgeklärtesten, inspiriertesten Elemente, die es in allen Republiken, allen Rängen und Bereichen gibt, jenseits ihrer Futterale zu einem neuen Kommunistischen Bund assoziieren, der etwas völlig anderes ist als die gegebene Apparatpartei ...'' Weiter wendet sich Bahro dagegen, die Unterschiede zwischen Gorbatschows Rede vor dem ZK-Plenum und dem verabschiedeten Text überzubetonen: ,,*Es ist nur menschlich und vernünftig, das avantgardistische Referat nicht sofort in einen zwingenden Beschluß umzusetzen. Wozu den Menschen, zumindest den langsameren, die Auseinandersetzung abnehmen. So wird die Umgestaltung einerseits gründlicher, andererseits müssen die Verlierer nicht unbedingt zu Feinden werden ... . Wunderbar, dies ist zum ersten Mal ein Kampf gegen die ,alte russische Barbarei' ohne gleichfalls barbarische Methoden.*''

Um allerdings ,,*die Mentalität der Herrschaft über Menschen, Tiere, Pflanzen*'' zu verlernen, wie überhaupt ,,*den Ungeist der Machbarkeit des Lebens*'', brauche es vielleicht doch etwas anderes als einen Kommunistischen Bund, und zwar ,,*eine Art ,Unsichtbarer Kirche' oder vielmehr ,Gemeinde'* '', wobei für Bahro offen bleibt,ob der Kommunistische Bund das einschließen könne.

Abschließend stellt er die Frage nach dem Absterben des Staates, die er so einleitet: ,,*Wenn die Menschen erwachen, kann es geschehen, daß der Principe vor einer ganz anderen Frage steht: sich wie einst Solon von Athen nach getaner Arbeit zurückzuziehen. Obwohl momentan überaus hypothetisch, ist die Frage dennoch jetzt schon wichtig, nein, entscheidend, weil die Antwort die Atmosphäre der Umgestaltungs-Tyrannis und vor allem die innere Verfassung der Akteure prägen wird. ... Würde — das Höchste — der Bund der Kommunisten derart auf die ganze Gesellschaft auszustrahlen streben, daß er tendenziell in dem allgemeinen Lichte vergeht?*'' Würden diese Fragen nicht heute schon in den Mittelpunkt gestellt, drohe ein Neubeginn des Alten.

Biermann: Junger Frühling oder moderne Version des Drachen?

Nun hat er also doch noch mal ins ,,Neue Deutschland'' geguckt und sogleich Erheiterndes gefunden: ,,*Im Zentralorgan der SED wurden in diesen Tagen zwei Reden von Michail Gorbatschow zitiert, kommentarlos abgedruckt, Dokumente vom Januar-Plenum des ZK der KPdSU. Ich hab' mir die Augen gerieben und gelacht. Das klingt ja, als hätte mein Freund Robert Havemann aus seinem Grab in Grünheide frechfröhlich ein Kassiber ins ,ND' geschmuggelt. Gorbatschow redet wie ein kommunistischer Dissident ...*'' Aber: ,,*Gorbatschow wird gegen die Krokodile des KGB und gegen die Haifische des militärisch-industriellen Komplexes antreten müssen. Der neue Drachentöter wird gegen die Wanzen sich verteidigen müssen und gegen das gefährlichste Tier, den Menschen. Volk wie Führung sind gekennzeichnet von der chronischen Misere. Und er ist selbst geprägt. Jedes Mißtrauen gegen ihn ist doch begründet! Vielleicht ist dieser Mensch nichts weiter als die moderne Version des Drachen? Kann überhaupt einer, der in diesem Bestiarium Karriere machte, etwas Gutes bewirken? Demokratische Traditionen, an die man anknüpfen*

weiter als die moderne Version des Drachen? Kann überhaupt einer, der in diesem Bestiarium Karriere machte, etwas Gutes bewirken? Demokratische Traditionen, an die man anknüpfen

könnte, gibt es kaum. Die Macht der Gewohnheit ist vielleicht noch fürchterlicher als die Macht irgendwelcher Provinzkönige.'' Biermann untersucht sodann mit reichlich Schwung, was aus den zentralen Forderungen der Bolschewiki von 1917 geworden ist.

— Die Betriebe den Arbeitern — noch brutalere Ausbeutung als im Kapitalismus.

— Das Land den Bauern — Zwangskollektivierung und GULAG.

—Friede den Völkern — Krieg in Afghanistan und Eritrea.

— Alle Macht den Sowjets — schon 1917 zerschlagen mit bis heute anhaltenden Folgen.

Dennoch: ,,*Ja, wir wollen das Träumen wieder lernen und dennoch das Nachdenken nicht verlernen. Du glaubst nicht, wie satt ich sie hab', diese abgemafften Linken, die coolen Sosisses-eben-Athleten! Nicht entzückt, nein, entsetzt, sie wissen schon alles und wie's ausgeht: schlecht.*''

Und: ,,*Ich denke, wir helfen denen* (in der SU, Anm. AK) *am besten, indem wir uns selber helfen: Einseitig abrüsten. Raus aus der alten Logik! Weg von der veralteten Moral: Auge um Auge, Zahn um Zahn, Bombe um Bombe. Nicht länger den Osten totrüsten!*''

Nachdenkliches Finale: ,,*Ich hoffe auf Gorbatschow. ... Es stimmt leider, was Brecht schrieb: Den überschwenglichen Hoffnungen folgt leicht die überschwengliche Hoffnungslosigkeit. Davor hüte ich mich, so gut ich kann. Aber lieber begeistert hoffen und wieder auf die Schnauze fallen, als tatenarm und gedankenvoll jammern. Ja, Hoffnung, ihr eleganten Arschlöcher! Hoffnung noch immer — und grundlos wie die Liebe.*''

H.G. Conert: Dialektik Ökonomie/Politik

Conert ist ein Hochschullehrer an der Uni Bremen, der seine fundierten Analysen in der SOST-Zeitung SOZIALISMUS veröffentlicht. Seinen letzten Aufsatz widmete er dem Zusammenspiel von ökonomischen Reformen und Demokratisierung in der SU. Einerseits sei die Verstärkung von Kritik und Kontrolle von unten für Gorbatschow wichtig, um den Obstruktionskurs in Teilen der Partei- und Staatsadministration zu brechen, der einer ähnlichen Wirtschaftsreform Mitte der 60er Jahre die Dynamik genommen hätte. Andererseits seien Erfolge in der Wirtschaft auch unabdingbar, damit Gorbatschow für die Demokratisierung breite Unterstützung finden könne. Dies mache die Komplexität der ,,Perestrojka'' aus, die er deswegen nicht als ,,ökonomistisch-technokratisch'' gekennzeichnet wissen will. Conert geht nicht der Frage nach, woher der Widerstand großer Teile der Nomenklatura gegen die erwähnten Neuerungen kommt. Ebensowenig diskutiert er die Gefahr, die linke Kritiker (s. oben) in der verstärkten Einführung materieller Anreize und einzelunternehmerischer Autonomie sehen. Aufgrund ihres Faktenreichtums und ihrer Nüchternheit sind die Aufsätze als Diskussionsmaterial jedoch unverzichtbar.

Theodor Bergmann: Gorbatschow als Vollender der Oktoberrevolution

Bergmann ist Hochschulprofessor in Stuttgart, ein Veteran der Arbeiterbewegung, früher Mitglied in der KPO. Seine Aufsätze erscheinen ebenfalls in SOZIALISMUS.

,,*Die ,unvollendete Revolution', von der Isaac Deutscher zu ihrem 50. Jahrestag sprach, wird ... mit einer neuen Dynamik fortgesetzt. Die kulturelle, fachliche und politische Reife der Werktätigen ist eine der wesentlichen Voraussetzungen dafür. Diese Voraus-*

neuen Dynamik fortgesetzt. Die kulturelle, fachliche und politische Reife der Werktätigen ist eine der wesentlichen Voraussetzungen dafür. Diese Voraus-

setzung ist jedoch schon seit langem gegeben, sodaß die führende Partei einen beträchtlichen Tempoverlust hatte. Die Katalysatorrolle der Parteiführung und ihr Zusammenwirken mit der Basis deutet darauf hin, daß die Führung keine neue Klasse ist, deren Interessen denen der übrigen Werktätigen entgegengesetzt wären.''

,,*Die neue Führung hat aus Chruschtschows Erfahrungen mit einer blockierenden höheren und mittleren Bürokratie gelernt und systematisch — von oben angefangen — den Apparat erneuert und verjüngt. Sie ist sich auch klar, daß eine solche einmalige Kur das Problem nicht löst. Daher: Demokratisierung ...*''.

Bergmann geht hier anscheinend von einem relativ reibungslosen Umbau in kleinen Schritten aus, der keinen sozialen Widerstand von priviligierten Schichten oder Klassen zu brechen hat. Dieses Denkmuster findet sich bei praktisch allen Linken wieder, die positiv zu Gorbarschow stehen.

Leo Kofler: Aufbruch in der Sowjetunion?

Kofler war bis 1951 Geschichtsprofessor in der DDR und später neben Abendroth einer der marxistischen Paten des SDS. Er analysiert in seinem (bereits vor Gorbis ZK-Rede erschienenen) Buch die Entwicklung ,,Von Stalin zu Gorbatschow''. Der ,,Gorbatschowismus'' verkörpert für ihn einen radikalen Gegensatz zum Stalinismus. Besonders unterstreicht er dabei folgende Elemente:

—Die **Demokratisierung** , die er als entscheidenden Schritt gegen den Bürokratismus sieht: ,,*Die Planwirtschaft, wie sie anfänglich notwendig mit der überkommenen Lohnform und Verteilungsweise einhergeht, hebt den die Verschiedenheit der Individuen mißachtenden Rechtsformalismus nicht auf, vielmehr verstärkt sie ihn der Tendenz nach. Der Tendenz nach heißt soviel, daß es von der Mitwirkung der demokratischen Kräfte des Volkes abhängt, wieweit sich diese Tendenz zum Bürokratismus rein durchsetzt oder von Anfang an bereits mit sozialistischen Elementen einer veränderten Menschenbetrachtung und -behandlung verwoben wird.*'' (S. 51)

— Die verstärkte **Zurücknahme** (nicht Aufgabe) **des Plans** *zugunsten des Marktes, was für Kofler keineswegs antisozialistisch ist. Vielmehr sei nur so eine Produktion nach den realen Bedürfnissen der Gesellschaft möglich.*

— *Die* ,,**Erotisierung des Lebens**'', was alle Aspekte der kulturellen Bereicherung umfasse. Gorbatschows Sozialismusvorstellung gehe in diese Richtung, wenn er davon spreche, ,,*daß mit der Entwicklung des Menschen selbst auch seine Bedürfnisse wachsen, und zwar nicht nur die materiellen, sondern auch die kulturellen und geistigen.*'' Der Sozialismus strebe ,,*die Erreichung des vollständigen Wohlstands*'' an; das gehe aber keineswegs dahin, ,,*daß wir den Sozialismus als eine Konsumgesellschaft betrachten, wir werden uns hier nicht nach den Standards der westlichen Lebensweise richten.*''

Hauptkritikpunkt an Kofler ist, daß er Veränderungen in den Arbeitsbeziehungen der Menschen und eine andere, nicht vom Kapitalismus abgepauste Produktivkraftentwicklung nicht zum Gradmesser einer gesellschaftlichen Weiterentwicklung macht; das geht bis dahin, daß er Atomkraftwerke für fortschrittlich hält und ihre Kritiker als ,,Maschinenstürmer'' abqualifiziert.

SB: Fragen

Vorwiegend auf das Aufwerfen von Fragen konzentriert sich die SB-Zeitung ,,links''.

,,*Sollte die seit einigen Jahren vorherrschende Langeweile am europäischen Osten aufgegeben werden? Ist die längst begrabene Theorie der ,Übergangsgesellschaft' Wiederbelebungsversuche wert? Und wenn — Übergang wohin? Welche Bewertungstelle soll überhaupt an die sowjetischen Umbrüche angelegt werden? Abstrakter Humanismus? Demokratischer Sozialismus? Vager Modernismus? Westliche Herrschaftskalküle? Unverbindliches Interesse — mal wieder was los?*''

Leider gibt der Artikel auf diese spannenden Fragen keine Antworten. Da ist jetzt die Leserschaft gefordert.

Zusammenstellung:
KB/Grüppe Stuttgart

Die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen bringen

Beiträge zur marxistischen Theorie — Leo Kofler wird 80

Am 26. April dieses Jahres wird Leo Kofler 80 Jahre alt. Er ist einer der bedeutendsten Marxisten der Gegenwart und zählt zu den ,,Vätern'' der Studentenbewegung bzw. überhaupt der Linken in der Bundesrepublik wie Marcuse, Bloch oder Horkheimer. Aus diesem Anlaß veranstalten wir im Sommer 1987 und im Winter 87/88 an der Ruhruniversität eine Vortragsreihe unter dem Titel ,,Die versteinerten Verhältnisse zum Tanzen bringen. Beiträge zur marxistischen Theorie heute''.

An dieser Reihe nehmen die bekanntesten und wichtigsten deutschsprachigen Theoretiker der Linken teil. Mit ihnen wollen wir eine ,,Bestandsaufnahme'' geben über das, was die Linke, vor allem in der BRD, zur Zeit beschäftigt.

Am **29. April um 19.00 Uhr** wird **Leo Kofler** selbst die Reihe eröffnen mit einem Vortrag ,,Ursachen und Folgen des Dreißigjährigen Kriegs im 20. Jahrhundert''. Kofler greift damit ein geschichtliches Thema auf, das aber zugleich von großer Bedeutung für die aktuelle politische Situation ist.

Die weiteren Termine im Sommer:

13.05. Wolfgang Fritz Haug (Berlin)
Die Faschisierung des bürgerlichen

Die weiteren Termine im Sommer:

13.05. Wolfgang Fritz Haug (Berlin)
Die Faschisierung des bürgerlichen

Subjekts

27.05. Ernest Mandel (Brüssel)
Ist die materialistische Geschichtsauffassung eine deterministische?

10.06. Urs Jaeggi (Berlin)
Macht und Ohnmacht — Zur deutschen Soziologie nach 1945

24.06. Ossip K. Flechtheim (Berlin)
Die entfremdete Gesellschaft

08.07. Frank Deppe (Marburg)
Krise des Marxismus? — Perspektiven der Arbeiterbewegung in der Bundesrepublik Deutschland

Jeweils mittwochs um 19 Uhr
an der Ruhruniversität Bochum
Universitätsstraße 150
Raum H-6B20

Wer ist Leo Kofler?

Er zählt zu den bedeutendsten marxistischen Wissenschaftlern in der Bundesrepublik und lehrt bis heute an der Ruhruniversität Bochum Soziologie. Er hat im Laufe seines Lebens eine eigenständige Position innerhalb des Marxismus entwickelt und befaßt sich mit Geschichtsphilosophie, Anthropologie, Kritik der Ideologien, Kunst-und Literaturtheorie und Theorie des Alltagslebens.

1907 in Polen geboren, verbrachte er seine Jugend in Wien. Er nahm an der Wiener Arbeiterbewegung teil und war seit 1930 Referent der Wiener sozialistischen Bildungszentrale. 1938 floh er vor den Faschisten in die Schweiz. Dort veröffentlichte er 1944 sein erstes Buch ,,Die Wissenschaft von der Gesellschaft''. Aufgrund der großen Beachtung, die das Buch fand, wurde er 1947 auf den Lehrstuhl für Geschichtsphilosophie und neuere Geschichte in Halle (DDR) berufen. Gleichzeitig wurde er Direktor des dortigen Instituts für historischen Materialismus.

1948 veröffentlichte er sein Buch ,,Zur Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft'', das einen umfassenden Interpretationsversuch der sich entwickelnden bürgerlichen Gesellschaft darstellt. Wegen seiner Kritik an der stalinistischen Bürokratie war er gezwungen, 1951 in die BRD überzusiedeln. Da er den Forderungen des Kalten Kriegs und des Antikommunismus nicht nachgibt, bekommt er hier keinen Lehrstuhl, sondern muß sich mit Lehraufträgen an Volkshochschulen und Veröffentlichungen über Wasser halten.

Erst 1972 kann er, auf Druck von Studenten, wieder an einer Universität lehren. Er erhält einen Lehrauftrag für Soziologie an der Ruhruniversität Bochum. Eine Lehrstuhlvertretung muß er 1975 wieder abgeben und ist seitdem Honorarprofessor.

Schon 1952 legte er eine kritische Analyse des Stalinismus aus marxistischer Sicht vor in dem Buch ,,Wesen

Honorarprofessor.

Schon 1952 legte er eine kritische Analyse des Stalinismus aus marxistischer Sicht vor in dem Buch ,,Wesen

und Rolle der stalinistischen Bürokratie''. In den folgenden Jahren bearbeitet und kritisiert er die moderne Industriegesellschaft, die nach wie vor als Klassengesellschaft zu kennzeichnen ist (,,Staat, Gesellschaft und Elite'', 1960). Er beschreibt die Entwicklungen der Bewußtseinsformen in dieser Gesellschaft und kritisiert diese Bewußtseinsformen als entfremdet, ähnlich wie die ,,Frankfurter Schule''. Im Gegensatz aber zu Adorno beispielsweise sieht er noch Möglichkeiten der praktischen Veränderung. Die Aufgabe des Theoretikers besteht dabei in der Aufklärung über die Veränderbarkeit dieser entfremdeten gesellschaftlichen Verhältnisse (,,Der proletarische Bürger'', 1964. ,,Der asketische Eros'', 1967).

1972 faßt Kofler seine anthropologische Theorie in dem Buch ,,Aggression und Gewissen'' zusammen. Darin bestimmt er die ,,unveränderlichen Voraussetzungen menschlicher Veränderung''.

Seit Anfang der 80er Jahre greift er durch zahlreiche Veröffentlichungen zu jeweils aktuellen Fragen in die Diskussion ein. Hierbei sind vor allem zu nennen seine Bücher ,,Zur Kritik der Alternativen'' (1983), ,,Beherrscht uns die Technik?'' (1983), ,,Der Konservatismus'' (1984), ,,Aufbruch in der Sowjetunion'' (1986).

Zu seinem 80. Geburtstag ist im VSA-Verlag der autobiographische Band ,,Die Kritik ist der Kopf der Leidenschaft. Aus dem Leben eines marxistischen Grenzgängers'' erschienen.

Informationen bei:
,,Studenten für Leo Kofler''
in Zusammenarbeit mit dem AStA der Ruhruniversität Bochum.
Auskünfte: 0234 / 700 67 02

Langer mit Sissi gegen Birne

Thomas Ebermanns Bundestagsdebut am 18.3.87

Ebermann (Grüne): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Kleinert (Marburg) (GRÜNE): Frau Präsidentin!)

— Schon der erste Formfehler, Entschuldigung — Herr Dr. Vogel, Sie haben an die Regierungserklärung einen sehr strengen Maßstab angelegt: diese Maxime des Altgenossen Lassalle, daß der Anfang aller emanzipatorischen Politik Wahrheitsforschung sein muß. So streng wollen wir nicht sein. Aber wenn eine Kanzlerrede nicht einmal den Vergleich mit dem berühmten Heimatfilm „Sissi" aushält, was die präzise Darstellung politischer und sozialer Wirklichkeit, in diesem Film in der österreichischen Monarchie, in diesem Fall bezogen auf die Bundesrepublik angeht, wenn diese Konkurrenz nicht bestanden werden kann, sondern das Auseinanderklaffen von Wahrheit und Dichtung in der Kanzlerrede größer wird, dann brauchen wir nicht den heiligen alten Lassalle, sondern dann brauchen wir nur Romy Schneider, um festzustellen: Das war gar nichts.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Der Kanzler hat eine Rede gehalten, die nur eine einzige Botschaft in vier Elementen variiert hat:
1. Hierzulande ist alles in Ordnung...,
die nur eine einzige Botschaft in vier Elementen variiert hat:
1. Hierzulande ist alles in Ordnung.
2. Optimismus ist die einzig rationale Grundhaltung des braven Deutschen.
3. Nur wer Zuversicht ausstrahlt, ist normal.
4. Zufriedenheit ist die einzig legitime Geisteshaltung hierzulande.

Rückblickend, aber nur rückblickend, bleibt *Unzufriedenheit* erlaubt. Vor gut vier Jahren, sagte der Kanzler, befand sich unser Land in einer schweren Krise. Das war dann vorbei, ist vorbei. Aber jetzt hat die Regierung alles im Griff. Wir können vollkommen sicher sein: Die Atomkraftwerke sind sicher, denn sie sind deutsch.

(Beifall bei den Grünen — Heiterkeit bei der SPD und den GRÜNEN)

Der *Umweltschutz* ist Staatsziel. Das macht uns zuversichtlich und läßt uns den toten Rhein, das vermehrte Waldsterben, die wachsende Zahl der an Pseudokrupp erkrankten Kinder, die eskalierende Krebsrate vergessen. Wir sind stolz auf unseren Sozialstaat, der in der Welt Vorbild ist.

(Zuruf von der CDU/CSU: Mich wundert, daß Sie dann noch leben!)

Voller Zufriedenheit sollen also diejenigen, die unter den demütigenden Bedingungen des Warenkorbs und der hierzulande üblichen Sozialhilfesätze leben müssen, zur Kenntnis nehmen: Davon verhungert man nicht.

Die *Familie* ist nur eines: Quell der Freude und der Wärme. Sie bildet das Fundament unseres Staates. Dabei fallen mir zwei Sachen ein. Die eine Sache: Kann denn hier in diesem Land niemand Fundament des Staates sein, bevor er oder sie eine Familie gegründet hat? Zweitens — was noch viel aufregender ist —: Wenn die Wärme und die Freude in der Familie Fundament des Staates sind, dann muß man sagen, daß die Scheidungsrate dokumentiert, in welchem Zersetzungszustand sich dieser Staat befindet.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn das so ist, dann übersteigt das allerdings die kühnsten Träume des fundamentalistischen Flügels der GRÜNEN.

(Heiterkeit und Beifall bei den Grünen)

Ausländern, die im letzten Jahr Gegenstand der verbreitetsten Hetzkampagnen in diesem Land waren, Emigranten, denen man ans Leder will, wird in der Regierungserklärung nur noch eines versprochen: Rechtssicherheit, genaueres Wissen, wann man abgeschoben wird, präzisere juristische Richtlinien, wie einem der Zugang zum Arbeitsmarkt verwehrt wird, genaueste technokratische Vorschriften, was einem an gleichem Bezug von Sozialleistungen und an Ausbildungswegen verwehrt wird. Daß in einer Regierungserklärung nur unter der Maxime der geregelten juristischen Drangsalierung Millionen, die hier leben, aber von der Wahl ausgeschlossen wurden, vorkommen, ist ein inhumaner Akt erster Güte.

Den *Bauern* wird versprochen: Wir ruinieren euch zwar, wir enteignen euch zwar, aber ihr erfreut euch unserer höchsten Wertschätzung.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

Spannend ist es eigentlich nicht und es ist auch keine große Kunst zu enthüllen, daß Herr Kohl die ökologische, soziale und politische Wirklichkeit in seiner Regierungserklärung nahezu vollständig ausblendet. Wichtiger ist es schon, nach dem Zweck dieser Übung zu fragen, warum eigentlich diese permanente Rhetorik, die offenkundig bemüht ist, schlichte Unzufriedenheit mit den hier herrschenden Zuständen in die Nähe des Landesverrats zu rücken, jedenfalls als absolut grundlos erscheinen zu lassen. Wer grundlos unzufrieden ist, muß entweder notorischer Querulant oder verrückt oder Staatsfeind sein, letzteres besonders dann, wenn Unzufriedenheit womöglich in Aktivitäten,

(Dr.-Ing. Kansy (CDU/CSU): Im KBW!)

manchmal sogar in Kampf oder Widerstand gegen die ökologische Zerstörung und die soziale Ungerechtigkeit mündet. Diejenigen 35.000, die heute


Foto: M. Stroux

gegen Ihre gegen die Arbeitsplätze in der Stahlbranche gerichtete Politik demonstriert haben, werden mit diesem Zuversichts- und Stolzgehabe nichts anzufangen wissen und nichts anfangen wollen, sondern weiter Ihre Politik bekämpfen.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Der von Ihnen erhoffte brave deutsche Bürger soll weder Naturzerstöung noch seine soziale Lage zum Gegenstand seiner Anstrengungen und zum Gegenstand seiner Kritik machen, sondern — das ist die andere Seite dieser Regierungserklärung — vor zwei Dingen Angst haben, erstens vor *AIDS*. All diejenigen, die bei Hunger, Krebs, Atomkraftwerken und unverantwortlicher Chemieproduktion schon mal ein Auge zudrücken oder auf das Restrisiko, das der Fortschritt so mit sich bringt, verweisen und darauf vertrösten, daß dieses Restrisiko einen ja schlimmstenfalls in das bessere Jenseits befördern kann, wie Herr Geißler das gemacht hat, all diejenigen also sehen aus diesem Anlaß ihre Stunde gekommen, gegen das Restrisiko entweder Totalüberwachung, Reglementierung oder Repression oder aber — was meine Erwartung für die nächste Zeit ist — die Erfindung des Ganzkörperkondoms zu preisen.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN — Zuruf von der SPD: Das widerspricht dem Vermummungsverbot!)

Strauß hat ja nicht umsonst seine Hoffnung ausgedrückt, daß durch diese inszenierte AIDS-Hysterie Fragen wie Raketenstationierung oder Militär- und Atompolitik in den Hintergrund der politischen Auseinandersetzung gedrückt werden können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wenn Ihre Argumente gegen die wahrlich gefährliche AIDS-Erkrankung ernst zu nehmen wären, wie ist es dann zu erklären, daß das, was hier so gefeiert wurde, nämlich die Forschung zur Heilung oder Bekämpfung der AIDS-Krankheit, weniger als ein Fünftel des Kostenvolumens der Werbekampagne zugunsten der Volkszählung ausmacht? Da sind ja wohl die Proportionen auseinander!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Den eindringlichen Aufforderungen zur *Gesetzestreue*, die an uns heute reichlich gerichtet wurden,

(Zuruf von der CDU/CSU: Vergeblich!)

besonders seitens der Regierungsvertreter, habe ich mit besonderer Aufmerksamkeit gelauscht.

(Dr. Bötsch (CDU/CSU): Befolgen sollten Sie sie!)

Hier ist wahre Kompetenz am Werk. Schließlich haben die Aktivitäten von Kanzler und Ministern inzwischen den Charakter eines staatlichen Beschäftigungsprogramms für die Staatsanwaltschaft weit überschritten.

(Heiterkeit bei den Abgeordneten der GRÜNEN)

Besonders erfreut wäre ich, wenn *Graf Lambsdorff* in dieser Angelegenheit noch ein Wort an das deutsche Volk richten würde.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

Ihm wurde jüngst vom Bonner Landgericht — ich zitiere — unübersehbare Tatkraft beim Gesetzesverstoß attestiert; der von ihm angerichtete Steuerschaden wird auf 1,2 Millionen DM veranschlagt. Unmittelbar danach vermeldete das FDP-Präsidium, der Graf sei für jedes politische Amt voll einsatzfähig.

Sehr interessant wären auch die Ausführungen der Minister Zimmer- und Wallmann, die den Weiterbetrieb der erwiesenermaßen illegalen *Hanauer Atomanlagen* anweisen, übrigens ein Gesetzesverstoß, der für die acht Arbeiter, die letzte Woche durch Plutonium vergiftet wurden, durchaus mörderische Konsequenzen haben kann.

(Kittelmann (CDU/CSU): Haben Sie es nicht eine Nummer kleiner? — Gegenruf von den GRÜNEN: Stimmt doch!)

Wenn der Bericht des U-Boot-Untersuchungsausschusses vorliegen wird, werden wir wissen, ob und wie viele Minister im Interesse der profitträchtigen Deals mit Südafrika auch einmal ein bißchen gegen das Außenwirtschaftsgesetz verstoßen haben. Und stellen Sie sich bloß mal vor, man würde die Auszählung der Stimmen bei den zurückliegenden Bundestagswahlen in die Hände von FDP-Mitgliedern gelegt haben!

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

Wir wären dann wahrscheinlich mit dem Phänomen konfrontiert, weniger Stimmen als Mitglieder zu haben.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Die CDU würde wahrscheinlich in den Koalitionsverhandlungen noch um das dritte Ministeramt ringen,

(Kittelmann (CDU/CSU): Ihr Mitleid entzückt uns!)

und die Sozialdemokraten wären an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert.

Wenn übrigens in diesen Tagen ein ernsthafter Grund besteht, sich Sorgen über den Gesetzesbruch zu machen, dann sollte man einmal den Blick in die *Chefetagen des VW-Konzerns* lenken.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Da fließt sozusagen — jedenfalls aus Sicht der Regierungserklärung — geradezu unkommentiert bei einem kriminellen *Spekulationsverlust* mindestens eine halbe Milliarde DM — erwartet werden wesentlich größere Summen — in die Hände von Finanzspekulanten.

Was ist das eigentlich für eine Wirtschaftsordnung? Was ist das eigentlich für eine ungeheure Macht,

Kittelmann (CDU/CSU): Erzählen Sie doch mal Näheres!)

wenn einige nicht gesetzestreue Mitglieder der Chefetage des VW-Werkes jedem einzelnen Beschäftigten bei VW 2.500 DM wegspekulieren, und wie oft ist eigentlich diese Praxis bisher nicht aufgeflogen? Wie oft ist diese Praxis aufgeflogen, aber aus konzerninternen Gründen nicht enthüllt worden?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das sind diejenigen, bei denen es um wirkliche Summen beim Gesetzesbruch geht.

Nun zum Gesetzesbruch, der uns hier zur Last gelegt wird. Es geht ja, genauer genommen — wir wollen in diesem Hohen Hause präziser sein —, um die Aufforderung zu einer Ordnungswidrigkeit. Im Grunde genommen, meine Damen und Herren, raten wir dem Bürger nur, eines der berühmtesten Kanzlerworte für sich in Anspruch zu nehmen. Denn es ist zweifellos echt und richtig zitiert, daß der Kanzler vor Jahresfrist wörtlich ausführte: „Entschuldigung, aber was ich beantworte, überlassen Sie freundlicherweise mir."

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

Das fiel im Flick-Ausschuß, und solch ein Ausschuß ist ja ein Staatsorgan. Das wollte etwas wissen, und der Kanzler beharrte auf seinem Recht, das zu verweigern. Wir fordern in der Tat nicht mehr. Ihre Aufgeregtheit wegen dieser unserer Forderung speist sich nicht aus unserer Haltung — zivilen Ungehorsam dieser Größenordnung

(Zuruf des Abg. Dr. Bötsch (CDU/CSU))

haben wir Ihnen schon öfter zugemutet —, sondern diese Hektik der vergangenen Tage speist sich daraus, daß Sie jeden Tag mehr spüren: Es sind zu viele Bundesbürger nicht bereit, Ihre Träume von der Totalerfassung in Erfüllung gehen zu lassen.

(Beifall bei den GRÜNEN — Kittelmann (CDU/CSU): Sie spinnen!)

Sie haben alle Möglichkeiten der Reklame auf Ihrer Seite: die Millionenbeträge, die erhöht wurden, die beste Sendezeit, die schönsten Hochglanzbroschüren, Einstimmigkeit aller Ministerpräsidenten; Börner und andere Promis werden persönlich sammeln; Sie können es total leicht schaffen, 300 berühmte Persönlichkeiten des westdeutschen Lebens zu Sammlern für diese gute Sache zu machen.

(Dr. Bötsch (CDU/CSU): Ich bin aus Süddeutschland!)

Aber Sie wissen ganz genau: All diese Werbemaßnahmen, all diese ideologischen Anstrengungen würden, wenn Sie auf Ihrer Seite nicht die Strafandrohung hätten, nicht einmal jeden zweiten Bundesbürger veranlassen, dieser Aushorchung nachzugeben.
drohung hätten, nicht einmal jeden zweiten Bundesbürger veranlassen, dieser Aushorchung nachzugeben.

(Beifall bei den GRÜNEN — Kittelmann (CDU/CSU): Das können Sie nicht nachweisen!)

Nur dieses Wissen macht die Hektik aus, macht diesen Quatsch aus, welche Buttons wir hier tragen dürfen und welche Transparente da draußen, welche Telefone bei uns funktionieren, macht diesen Irrsinn aus, daß der Rebmann sich da einschaltet, der bisher und im Ansehen des Volkes für etwas zuständig war,

(Dr. Bötsch (CDU/CSU): Das stört Sie, für was der zuständig ist!)

daß jeder Politiker sich empört äußern muß. Diese ganze Chose wird nur abgezogen, weil Sie wissen: Die *Volkszählung* wird scheitern.

(Beifall bei den GRÜNEN — Kittelmann (CDU/CSU): Erstens wird sie nicht scheitern, und zweitens: Das ist Rechtsbruch, was Sie hier machen!)

So stehe ich abschließend vor der schwierigen Fragestellung, die Liberalität der Frau Präsidentin einzuschätzen: Soll ich es sagen oder nicht? Einerseits soll man als Neuling im Parlament ja unbedingt vermeiden, des Saales verwiesen oder sogar für ein paar Tage gesperrt zu werden, andererseits hat der Bundeskanzler heute so sehr an mich appelliert. Er sagte: Die Bundesregierung ist zum offenen Gespräch bereit, zuerst und vor allem hier im frei gewählten deutschen Parlament. — Wenn ich es verschweigen würde, dann würde ich mich ja diesem offenen Gespräch — dann noch hier in diesem frei gewählten deutschen Parlament — irgendwie verweigern. Also sage ich es lieber und erfülle damit den Wunsch des Kanzlers: Leute, tut uns einen Gefallen: Seid so schlau und boykottiert!

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frau Renger: Herr Ebermann, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf für die Bemerkung, die Sie zuletzt gemacht haben.

(Hinsken (CDU/CSU): Für diesen Kommunisten! — Weiterer Zuruf von der CDU/CSU: Der neue Clown der GRÜNEN! — Zurufe von den GRÜNEN)



— Meine Damen und Herren, lassen Sie es doch ganz ruhig angehen. Es wird sich hier im Hause im Laufe der Zeit alles wieder so einpendeln, wie es sich gehört.

(Dr. Bötsch (CDU/CSU): Ich befürchte: nein!)

„Eine Schnauze voll Deutschland"

Gespräch mit dem Freiburger Kabarettisten Matthias Deutschmann über sein aktuelles Programm

Nach einem Besuch von Matthias Deutschmanns Kabarettprogramm „Eine Schnauze voll Deutschland" kann es schon mal vorkommen, daß mensch in die Disco flieht: schließlich sollte es ein amüsanter Abend werden — und plötzlich bleibt einem die Luft weg und das Lachen, kaum ist es über die Lippen, tönt in eisige Stille. Deutschmann, der seit zwei Jahren solo unterwegs ist, ist kein Witzeerzähler, kein Plauderer, kein Komödiant. Sein Kabarett ist aggressiv und unversöhnlich — aber auch nicht verbiestert: er verarbeitet einen GAU zum Deutschen Heldenepos par exellence und mahnt „Bayreuth is überall", er nimmt aber auch die Weinerlichkeit der bundesdeutschen Literatenschar aufs Korn, parodiert Endzeitstimmungen und porträtiert den sich bei immer mehr Gelegenheiten zu Wort meldenden Generalbundesanwalt Kurt Rebmann. In Deutschmanns Programm kann mensch zwei- und dreimal gehen — es ist jedesmal ein anderer Abend, denn er reagiert sehr präzise und schnell auf Stimmungen im Publikum, spitzt sie zu. Das Risiko ist groß — manchmal baut sich Widerstand im Zuschauerraum auf und es gelingt Deutschmann nur mit Mühe, die Stimmung im dramaturgisch sicher gespannten Netz wieder aufzufangen. Die Regel aber ist das andere: der spontane Dialog mit dem Publikum treibt den Abend weiter, als eine noch so ausgeklügelte Dramaturgie könnte.

Fassanbass

Die Texte sind entnommen aus: Matthias Deutschmann, Hitler on the rocks — deutsche Etuden. Ca ira Verlag, Postfach 273, 7800 Freiburg, 15 Mark.

„Eine Schnauze voll Deutschland"

Gespräch mit dem Freiburger Kabarettisten Matthias Deutschmann über sein aktuelles Programm.

AK: Bei deinen Vorstellungen in Bonn, die ich gesehen habe, hatte ich den Eindruck, daß das Publikum ziemlich irritiert war, weil dein Programm keine Anhäufung von netten Witzen ist.

Deutschmann: Das liegt stark an den Kabarettgewohnheiten der Leute. Am Samstagabend war das ganz typisch — da waren viele da, die haben sich wohl gesagt: Samstag machen wir uns einen netten Abend, da gehen wir ins Kabarett. Und dann werden sie mit einem recht schwer verdaulichen Kabarett konfrontiert, daß sie gar nicht mehr kennen können, weil es im Fernsehen unter die Zensur fällt.

Du geizt in deinem Programm mit äußerlichen Effekten. Deine Requisite sieht aus wie aus der Rumpelkammer und Musikeinblendungen oder visuelle Glanznummern fehlen ganz. Armes Kabarett?

Die visuellen Sachen stehen immer nur
Die visuellen Sachen stehen immer nur
im Dienst der Inhalte, die ich eingrenzen will. Die brauche ich um in Fahrt zu kommen, aber dann will ich das Interesse des Publikums auf was anderes lenken. Ich will Assoziationsketten erzeugen, damit das Politische angereichert wird. Ich will das Politische nicht als Sahnehäubchen servieren, sondern eine Torte nach der anderen schmeißen.

Hast du eine Art kabarettistischen Lehrmeister?

Wenn du rumreist und liest dann die vielen Kritiken, dann merkt man, daß jedem da was anderes zu einfällt: Hüsch, Hildebrandt, Neuss. Am Anfang habe ich mich tatsächlich etwas an Hüsch orientiert — aber mittlerweile, denke ich, ist es schon ein eigener Stil. Neuss um 66-68 ist auch ein Orientierungspunkt — damals hat er sein Programm benutzt, um den Vietnamkrieg präsent zu machen, er hat auch für den Vietcong gesammelt. Da hat er viele Leute verprellt — aber er hat auch aufregende Spannungen erzeugt. Er konnte das machen, weil er bereits sehr bekannt war. Wenn heute jemand so anfängt hat er es schwer, weil er so kaum ein Publikum findet.

Wenn man sich die hiesige Kabarettlandschaft anguckt, dann stellt man fest: Kom(m)ödchen, Lach- und Schießgesellschaft oder auch das Vorläufige Frankfurter Fronttheater füllen mittlerweile Säle. Bei dir sind es eher noch kleine Räume, die auch nicht ganz voll werden.

Der Vergleich mit den etablierten Kabaretts ist natürlich schwer auszuhalten. Bei denen bringt das Fernsehen ein erhebliches Maß an Popularität. Ein Beispiel dafür ist Stefan Wald, der professionell aufgebaut worden ist, in den Anstalten gut plaziert wurde und der Kohl parodieren kann, was für viele Leute ein Grund ist zu sagen: da gehe ich hin. Der füllte innerhalb weniger Monate Säle mit über 2.000 Leuten. Aber um überhaupt eine Chance für einen TV-Auftritt zu bekommen müßte ich mein Programm erheblich glätten. Wie wenig da möglich ist haben ja die 3 Tornados in Extratour mitbekommen müssen (und auch wollen!), die nichtmal ir auf die Kandidaten der Bundestagswahl gemünztes Lied „Hängt Euch auf, hängt Euch auf" singen durften.

Kabarett ist öffentliches Nachdenken

Was wünschst du dir für ein Publikum?

Ich glaube, mein Programm lebt in der Substanz von einem politischen Nachdenken. Hüsch hat mal gesagt, und das trifft sehr genau, Kabarett heißt für ihn, öffentlich nachdenken. Das muß natürlich auch unterhaltend rübergebracht werden. Und wenns gut läuf entsteht dann eine Konfrontation mit dem Publikum, eine Spannung, die nicht nur dramaturgisch aufgebaut wird, sondern die den wirklichen politischen Problemen, die da sind entspricht.

Das unterscheidet sich dann von den heute meistens nur noch netten Plaudereien von Hüsch aber doch erheblich. Zumal du dein Publikum an manchen Punkten auch auflaufen läßt, also gezielt eine aufkommende fröhliche Stimmung zerstörst, wie in deiner Strommasten-Nummer.

Ich zerstöre da nicht nur — ich versuche kabarettistisch eine Aktionsform zur Diskussion zu stellen. Die erster Frage von mir ist: „Gehören Sie auch zu denjenigen, die Strommasten schief ansehen?". Da lachen die Leute, „Sie schauen so schief hin, und der Trommast schaut schief zurück. Sie kommen zu spät: der ist bereits angesägt." Großes Gelächter. Dann nutze ich die Stimmung und sag: „Da haben noch nicht alle gelacht. Da gibts Leute die verschließen sich. Die verschränken die Arme und sagen: Wenn Strommasten fallen sind die Atomstromer gar nicht geknickt, denn die Zeche zahlen wir." Ruhe im Publikum. „Merken Sie was, die Stimmung ist weg". Damit habe ich ja eigentlich schon klar gemacht, was mir besser gefällt. „Ein rationales Argument und der ganze Widerstand ist futsch" und dann fange ichs wieder auf. „Aber wenn wir schon die Zeche zahlen, warum sollen wir uns den Luxus nicht leisen? Man muß ja gar nicht politisch argumentieren. Wenn Sie
xus nicht leisen? Man muß ja gar nicht politisch argumentieren. Wenn Sie
mehr als 20.000 Mark Steuern im Jahr zahlen haben Sie das Recht auf 2 Strommasen." Da ist alles in der Schwebe. Die Nummer hat sich entwickelt. In der Urform war es nur eine flapsige Bemerkung. „Strommastsägen ist nicht revolutionär — aber ungeheuer sybolisch." Da haben mir Halbautonome vorgeworfen, das sei eine Bloßstellung derjenigen, die Widerstand leisten. Aber ich denke etwas Bereitschaft zu Ironie muß da sein. Ich versuche ja auch das Phänomen durchzudiskutieren. Ich treib das dann auch noch weiter: „Strommastsägen ist was gruppendynamisches" und am Schluß lasse ich dann wieder Raum für die eigenen Gedanken des Publikums: „Das kann man jetzt vielleicht so stehen lassen — oder auch nicht." Ich schleich' da wie die Katze um den heißen Brei — aber ich kreise ihn auch ein. Im Kontext des Programms wird sicher klar, daß ich mich davon nicht distanziere, aber daß ich es auch nicht verabsolutiere.

Schily — ein grüner Möllemann

Die Nummer hast du auch beim Wahlprogramm der Grünen, beim „Winterzauber" gespielt. Und Otto Schily soll sie gar nicht gefallen haben.

Der ist in Offenbach nach meinem Auftritt zu mir gekommen und hat gesagt: so eine Nummer kannst du nicht machen. Das ist demagogisch, was würdest du denn machen, wenn dir jemand deinen Requisitenkoffer kaputt machen würde. Wir haben dann diskutiert und er war ganz schnell bei der Offenbarung seines Weltbildes, bei Golgatha, Jesus am Kreuz, Leiden, Dulden — da habe ich gemerkt, wie stark dieser Mensch evangelisch ist — aber auch was er für ein Machtmensch ist: Er hat verlangt, daß ich in Düsseldorf bei der „Winterzauber"-Endveranstaltung nicht spielen darf und hat den Bundesvorstand gezwungen zu entscheiden, ob ich auftreten darf oder nicht. Schily ist für mich ein grüner Möllemann. Er hält sich für den Motor der Grünen, nur weil er Otto heißt ...

Es gibt in deinem Programm ein paar Nummern, die recht heikel sind — wo sich eine sehr unsichere Stimmung im Publikum aufbaut: so nach dem Motto „darf Kabarett das?" Ein Beispiel dafür ist deine Hamburger Kessel Nummer, wo du sagst „Das ist Dachau mobil".

In Westberlin hat da mal einer dazwischengerufen: „Das geht jetzt aber zu weit". Da habe ich gesagt: Ich sagte „Dachau mobil", nicht Auschwitz, nicht Bergen-Belsen und nicht Buchenwald. Dachau — da wo 1935 die Politischen hingekommen sind. Da war dann Stille im Publikum.

Stammheim und Kabarett

Du gehst in deinem Programm auch das Thema „Stammheim" an. Mutest du dem Kabarett nicht etwas zu viel zu?

Wenn die Tornados in einer Nummer fordern: „Wir wollen ein Kriegerdenkmal für die RAF", dann ist das ein schenkelschlagender Witz, der die Geschichte ad acta legt. Ich versuche mich sehr vorsichtig an das Thema ranzutasten. Bei der Behandlung eines Themas wie Stammheim im Kabarett wird klar, ob man sich einer politischen Begebenheit bedient, ob man sie vereinnahmt, um sie sie verwursten oder ob ich versuche, mich an das Thema ranzuschleichen, um dann klar zu machen, daß man eigentlich kein Kabarett drüber machen kann. Ich möchte mir nicht vorwerfen lassen, daß ich mit den Toten von Stammheim Witze erzeuge. Da geht es mir viel mehr darum, die Verdrängungen und das Tabu herauszupräparieren.

Diese Nacht, 18. Oktober 1977, wurde zunächst entsetzt wahrgenommen, war dann aber bald tabu. Und dann kam immer wieder die Frage auf: Mord der Selbstmord. Biermann hat, auf, wie ich finde unsägliche Weise versucht das Problem zu lösen, indem er sagte: beides. Das besondere Brutale an dieser Stammheim-Frage ist, daß solange das Thema in der Schwebe gehalten wird eine Polarisierung stattfindet: die Leute müssen sich entscheiden. Wenn man sagt, was auch meine Meinung ist, daß das Mord war, dann muß man ja damit leben können. Das ist schließlich auch ein Hinweis des Staates, wozu er fähig ist. Die Frage ist: bringe ich das an die Öffentlichkeit oder halte ich die Schnauze und resigniere. Sage ich aber, das war Selbstmord, habe ich mich entschieden, meine Zweifel zu beseitigen. Auch eine Form der Resignation! An dieser Polarisierungslinie liegt den Leuten, die die Frage „Mord oder Selbstmord" in der Schwebe halten, sehr viel. Stammheim ist, so gesehen, ein rechtsstaatliches Lehrstück: Lernziel Isolation oder Resignation.

Aber was animiert dich, das in dein Programm aufzunehmen?

Das Beispielhafte, das Symbol, das mit Stammheim gesetzt wurde. In diese Richtung geht auch meine Auseinandersetzung mit dem „Hamburger Kessel": das war eine faschistoide Drohgeste des Staates, bei der es nicht allein um das Faktum der 15stündigen Einkesselung ging. Die sogenannte Rechtsstaatlichkeit kehrt heute nur noch ihren präventiven und abschreckenden Charakter heraus. Das ist ein Wink mit dem Zaunpfahl: das können wir mit Euch machen! — Die Stammheimer Nacht ist ein Beispiel, das gewirkt ht — viele Leute haben ihre ‚Lektion' begriffen und verstummen. Der Umgang mit Stammheim aber ist Ausdruck der politischen Kultur hierzulande.

Aber gemessen daran finde ich hat die Sequenz wie du sie im Programm hast entschieden zu wenig Vehemenz. Sie führt nicht zu einer intensiven Auseinandersetzung mit Stammheim.

Das ist richtig. Aber die Sequenz wird sich auch, je intensiver ich an dem Thema arbeite, verändern, ich komme aus der Sprachlosigkeit. Vor einem halben Jahr war ich noch auf dem Standpunkt zu sagen, ich muß mit dieser Nummer herausarbeiten, daß man dazu im Kabarett gar nichts sagen kann. Ich versuche diese Grenze für mich weiter hinauszuschieben ohne vordergründige Wortwitze, darüber zu reden. Und ich habe den Eindruck, daß Leute dafür dankbar sind, daß da vielleicht ein Knoten platzt, der eine andere Gesprächsebene ermöglicht als „Mord-Selbstmord", zwei Lager, die Sache ist abgehakt. Von daher sage ich, ist das bei mir viel stärker anwesend als ich das im Programm herausbringen kann, weil ich immer noch daran arbeite. Das ist konträr zum Nummernkabarett, das sich fragt: wie bringe ich Wackersdorf unter, wie bringt man einen Hauch von Stammheim ins Programm ...

Vielen Dank für das Gespräch.

Das Gespräch führte Fassanbass.



Wackersdorf, nirgendwo

Die Konsequenz von Tschernobyl
Kein Kernkraftwerk in Wyhl
In Wyhl!
Denn Wyhl das ist ja überall
Und Wackersdorf ist nirgendwo
Und Willi Brandt sitzt auf dem Klo
während im Plenarsaal ein Antrag
zum Ausstieg aus der Kerntechnik
zur Abstimmung vorgelegt wird

Ist das eine neue Form des Aussitzens?

Es ist das Elend der Spzialdemokratie
Voller Engagement, aber eine schwache Blase!
Man habe Dank für diese Demonstration
Jetzt wissen wir wenigstens was es heißt,
sich zu verpissen!

Aufklärung tut not
Willi Brandt hat dem Kabarettisten
ins Poesiealbum geschrieben:
Woher weiß er das denn alles?
Wer hat ihm das verraten?
Sozialdemokraten!
Sozialdemokraten!

Aber vielleicht müssen wir verraten werden
sonst erfahren wir gar nichts!

Alles zu Späth

Spätkapitalismus
Wem dies Wort noch
Geläufig über die Lippen kommt
Der hat doch schon Sozialismus
Auf der Zunge
Eine durchgegorene Angelegenheit
Jahrgang Achtundsechzig
68 war ein gutes Jahr
Damals war die Welt noch in Ordnung
Ernst Bloch hat ja noch gelebt
und Ulrike Meinhof noch geschrieben
und dann mit Rudi auf der Straße
Mein Gott, wie lange ist das her
Inzwischen regelt der Zynismus den Verkehr
Wenn sich so eine 68er Spätlese
an die gute alte Zeit erinnert
dann schwärmt der glatt die Steine aus dem Pflaster!
Natürlich hat man Rudi gekannt!
Der Wahlkampfmanager von Johannes Rau
Hat sogar noch einen Pullover von Rudi Dutschke
im Schrank!
Wer von denen hat nicht noch einen Koffer in Berlin
den er eigentlich längst vor dem US-Headquarter
abgestellt haben wollte?
Aber das ist eben Spätkapitalismus!
Aber das ist eben Spätkapitalismus!

Man kommt zu nichts mehr!
Von dem befreienden Ho Ho Ho Tschi Minh
ist allenfalls ein Ho, Ho, Ho übriggeblieben
Es ist nicht einmal ein befreites Lachen
das die eigene Vergangenheit beerdigt
Spätkapitalismus schreibt der Zeitgeist
mittlerweile mit „th"
eine stille Verbeugung vor dem
Herrn Ministerpräsidenten
Immerhin hat Baden-Württemberg die höchste
Lebenserwartung von allen Bundesländern!
Das haben wir Lothar dem Erstbesten
persönlich zu danken.

Sie müßten ihn nur mal erleben
Wie er einen Staatsgast aus Lateinamerika
in Stuttgart empfängt
ihn nach Stammheim entführt
um dem interessierten Besucher
in der extra für solche Anlässe
freigehaltenen Zelle von Ulrike Meinhof
Sicherheitssysteme made in Baden-Württemberg
schmackhaft zu machen
Nicht daß sie denken es würden Stricke verkauft
Aber der Dolmetscher hat versichert
er müsse sein ganzes Können aufbieten
um die Primitivität dieses Ministerpräsidenten
nicht ins Spanische zu übersetzen
nicht ins Spanische zu übersetzen

Leserbriefe

Schreibt uns; je kürzer und treffender desto besser, ansonsten müssen wir uns Kürzungen vorbehalten

Känguruh

Betr.: ,,Lernen von Gorbatschow?'' (AK 280)

Das ,,neue Sozialismusverständnis'', das in Eurem Artikel ,,Lernen von Gorbatschow?'' dargestellt wird, ist so neu nicht. Die Polemik gegen das angeblich ,,abgegriffene Vokabular einers vulgarisierten Marxismus'' ist so alt wie der Revisionismus innerhalb der kommunistischen Parteien. Sein erster Vertreter in Deutschland, Eduard Bernstein, glaubte 1898 feststellen zu können: ,,Je mehr aber die politischen Einrichtungen der modernen Nationen demokratisiert werden, um so mehr verringern sich die Notwendigkeiten und Gelegenheiten großer politischer Katastrophen.'' (1) Unter dem Deckmäntelchen eines ,,allgemein-menschlichen'' Demokratiebegriffs verabschiedete er das Ziel der sozialistischen Revolution, die als ,,Katastrophe'' zu bezeichnen, schon zeigt, welcher Klasse Zögling er war. Denn die ,,Interessen der Menschheit'' stehen, solange es Klassengesellschaften gibt, nicht ,,höher als die einzelner Staaten oder Klassen'', wie euer Artikel behauptet. Der Staat als Instrument der Herrschenden zur Unterdrückung anderer Klassen ist ebenso wenig ,,allgemein-menschlich'' wie das Interesse eines Herrn Bernstein oder Herrn Gorbatschow. Herrn Bernstein ging es um die Versöhnung der Arbeiterklasse mit ihrem ärgsten Feind, dem Kapital, wenn er *deren* Demokratie als ,,allgemein-menschlich'' anpries: ,,Die Demokratie ist prinzipiell die Aufhebung von Klassenherrschaft.'' (2). ,,Die Demokratie ist Mittel und Zweck zugleich. Sie ist das Mittel der Erkämpfung des Sozialismus, und sie ist die Form der Verwirklichung des Sozialismus.'' (3). Gorbatschow, ick hör dir trapsen ...

Worum aber geht es nun ihm, Herrn Gorbatschow, wenn er zu seinem ,,Friedensforum'' nicht nur kleinbürgerliche Pazifisten, sondern Herrn Christians von der Deutschen Bank empfängt? Glaubt er tatsächlich, gemeinsam mit imperialistischen Raubvögeln Frieden schaffen zu können? Bietet er ihnen deswegen die 49%ige Beteiligung an sowjetischen Firmen an? Und hält er die Lektüre der Heimchen-am-Herd-Zeitschrift ,,Burda'' für ,,aufklärerisch''? Während Boris Becker einer Einladung der Sowjetunion folgen und im diesjährigen Sommer die Armut der Entwicklungsländer mit dem Tennisschläger besiegen soll?

Um feststellen zu können, was die Menschheit heute braucht, muß man allerdings nicht in das Land schauen, wo sich der Staatskapitalismus gerade neu einkleidet. Die Früchte des ungeschminkten Imperialismus erleben wir tagtäglich im eigenen Land. Und wenn Herr Christians bestrebt ist, Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Ausländerfeindlichkeit usw. weltweit zu exportieren, dann kann dies nicht unser Interesse sein. Wie er und seinesgleichen es mit der Demokratie halten, dazu brauchen wir nicht seinen Plaudereien mit Frau Gorbatschow über ,,Burda'' als ,,Beitrag'' zur Demokratisierung der Frau'' (4) zu lauschen, das erfahren wir hier hautnah: Abbau des Streikrechts, Abbau des Demonstrationsrechts, Abbau des Asylrechts, der Presse- und Meinungsfreiheit ... Diesem Demokratie- entspricht ein Friedensverständnis, das ungerührt an Kriegen, wie sie im Iran, Irak, der Türkei etc. geführt werden, verdient.

Die Ursachen der Kriege aber wie die Ursachen für Demokratieabbau in bürgerlichen Gesellschaften werden weder durch Gespräche mit Herrn Christians noch durch Diskussionen über ein ,,neues Sozialismusverständnis'' beendet, das keinem weh tun will. Die Ursachen liegen, ganz so wie es das ,,alte marxistisch-leninistische Konzept'' begründet, in der Herrschaft der Herren Christians & Co. Was die Menschheit demzufolge heute mehr denn je braucht, das ist die — vom ,,Arbeiterkampf'' in treuer Gefolgschaft des Herrn Bernstein verpönte — Expropriation der Expropriateure. Diese aber wird kein Herr Christians, kein Herr Gorbatschow und ein noch so neuer sowjetischer Wahlmodus herbeiführen, sondern einzig und allein der Kampf der Arbeiterklasse.

Daß die Bekenntnisse eines ,,linken'', dem ,,warm ums Herz'' wird, wenn er Gorbatschow hört, diesen Kampf stärken, darf wohl bezweifelt werden. Ihren Namen trägt Eure Zeitung daher ebenso zu Unrecht, wie Eure Organisation sich wohl eher deshalb ,,Kommunistischer Bund'' nennt, weil ihr dabei warm ums Herz wird, als weil der Kommunismus ihr Ziel wäre. Für sie wie Herrn Gorbatschow gilt, was Lenin in seinem Artikel ,,Die historischen Schicksale der Lehre von Karl Marx feststellte: ,,Wer von einer *nicht* klassengebundenen Politik und einem nicht klassengebundenen Sozialismus spricht, der verdient, einfach in einen Käfig gesperrt und neben irgendeinem australischen Kängeruh zur Schau gestellt zu werden.'' (5).

Katharina Schäfer

1) Bernstein, Eduard: Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie, Hamburg 1969, S. 10.
2) ebda., S. 155.
3) ebda., S. 154.
4) ,,Der Spiegel'' Nr. 9, 23.2.87, S. 145.
5) Lenin, W.I.: Die historischen Schicksale der Lehre von Karl Marx, in: ders.: Ausgewählte Werke, Moskau 1971, S. 15.

AIDS-Korrekturen

Betr.: AIDS-Artikel und Biowaffen (AK 280)

Drei kleinere Korrekturen möchte ich anmerken:

— Schicksalsschlag oder Super-GAU (S. 6/7) Spalte 2 auf Seite 6: Richtig ist, daß T-Zellen ,,eine entscheidende Rolle und Auslöserfunktion für die Produktion von Antikörpern ... innehaben''. Falsch ist hingegen, was der Satz im Anschluß daran nahelegt: T-4-Zellen produzierten normalerweise Antikörper. Die so bezeichneten Lymphzellen sind sog. ,,Helfer-Zellen'', die im Verhältnis mit sog. ,,Suppressorzellen'' (ebenfalls T-Lymphozyten) die Antikörperproduktion einer weiteren Sorte von Lymphzellen, der B-Lymphozyten, steuern. Dieses Verhältnis von Helfer- zu Suppressorzellen (,Bremser') wird durch das HTV-Virus zugunsten letzterer verschoben (durch Zerstörung von Helfer-Zellen).

— Spalte 1 auf Seite 7: ,,simian'' ist keineswegs die ,,englische Bezeichnung für Affe''. Das einzig Englische daran ist das angehängte ,,n'' und die Aussprache: Dieses Wort stammt aus dem Lateinischen (simia — (die) Affe). Auf englisch heißt Affe ,,monkey'' oder

für Affe''. Das einzig Englische daran ist das angehängte ,,n'' und die Aussprache: Dieses Wort stammt aus dem Lateinischen (simia — (die) Affe). Auf englisch heißt Affe ,,monkey'' oder
,,ape'' (für Menschenaffe).

— Das unangreifbare Virus (S. 8/9): Spalte 3 auf Seite 8: Viren sind gewöhnlich überhaupt nicht mit Antibiotika oder Chemotherapeutika zu bekämpfen. Einzige Ausnahme ist bisher das Herpes-Virus, gegen das es ein tatsächlich spezifisches Chemotherapeutikum gibt. Gegen verschiedene andere Viren gibt es allenfalls begrenzt wirksame Stoffe. Das klassische Einsatzgebiet der Antibiotika und Chemotherapeutika sind dagegen bakterielle Infektionen.

Mi., Göttingen.

AK-Fun^dbüro

Vor dem Einzelhandel packte jüngst Verfassungsschützer Christian Lochte im Hause der Hamburger ,,Patriotischen Gesellschaft'' aus: ,,Er versorgt die Zuhörer mit Hintergrund. ,Die GAL distanziert sich nicht indeutig von der Gewalt.' Das ist richtig und bekannt. Was neu ist (...) rutscht ihm beiläufig raus: ,Die GAL ist teilweise Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes.' Dabei handele es sich um Mitglieder, die noch Kontakt zum Kommunistischen Bund hätten.'' (,,Die Welt'''', 12.3.87).

***

,,Eines allerdings hat Ebermann im Kommunistischen Bund gelernt: strapaziöse politische Diskussionen durchzustehen.'' (Ebermann-Porträt in ,,stern'', 12/87).

SPENDEN-ERGEBNISSE

SUMME Nov. bis AK 279 42.427,18

Nach dem 9.2.87

HH, Hamburg	120
BO Barmbek	700
KB Stuttgart	200
Dieter St., Hamburg	100
B. Power, Hamburg	170
KB Göttingen	2.700
KB Köln + Freunde	1.100
KB Bremen	850
Udo L.,	35
Günter M.	90
Peter H., Uetersen	130
Eck., Hamburg	105
Rai., Eimsbüttel	100
Ro., Braunschweig	900
,,Billard'', Hamburg	10
KB Bremen	100
KB Frankfurt, Teil III	210
P.J., Flensburg	50

Eck., Hamburg 105
Rai., Eimsbüttel 100
Ro., Braunschweig 900
,,Billard'', Hamburg 10
KB Bremen 100

Summe seit AK 279 7.670

Summe Total 4.4. 50.097,18

Wir bedanken uns bei allen Spendern, die dazu beigetragen haben, daß auch dieses Jahr unsere ,,Weihnachtsspenden-Sammlung'' wieder ein voller Erfolg geworden ist.

HH

Madagaskar-Müller

■ Alternatives Leben

Alter Scotch und grüner Jet-set

Schon zu Beginn der neuen Legislaturperiode hängt der Haussegen schief im Lager der grünen Bundestagsfraktion. Nicht nur Fundis und Realos streiten, es kommt auch zuviel aus dem grünen Sumpf an die Oberfläche, was betroffen macht – nach dem Motto des Kommunisten Bertold Brecht „Nur wer im Wohlstand lebt, lebt angenehm".

Ausgerechnet im Organ des kommunistischen Bundes in Hamburg schießt man eine Breitseite auf den grünen Abgeordneten Jürgen Reents ab, der bis zum 18. Februar 1987 dem deutschen Bundestag angehörte. Reents kommt nämlich selbst aus dem Lager des Kommunistischen Bundes und muß dort sicher gut bekannt sein. Insofern erstaunt es schon, daß man über den „Vorkämpfer des westdeutschen Proletariats" erfährt, daß er dekadente Vorlieben für französische Parfums und Weine hat und den Scotch nur dann zu sich nimmt, wenn er mindestens 30 Jahre alt ist.

Dies mag man zwar mit Interesse zur Kenntnis nehmen, aber links reden und rechts leben gehört zu den altbekannten Tatsachen in unserem Lande. Relevanter wird es schon, wenn es dann auch noch um Steuergelder geht. Und hier schreibt der „Arbeiterkampf" in Hamburg mit Recht, daß bei dem Abgeordneten Reents die Frechheit siegte, als er bei der grünen Fraktion am 9. Dezember 1986 eine Reise auf Steuerzahlerkosten – mit weiblicher Begleitung – nach Madagaskar beantragte.

Den schriftlichen Reiseantrag des einstigen K-Grupplers, der seine Abgeordnetenlaufbahn 1984 mit einem fünftägigen Ausschluß aus dem Parlament wegen unflätiger Präsidentenbeschimpfung gekrönt hatte, sollte man der deutschen Öffentlichkeit auf keinen Fall vorenthalten. Er lautet:

„Hiermit beantrage ich, mir zum Jahresende eine zweiwöchige Reise nach Madagaskar zu bewilligen. Begründung: Bei Durchsicht der knapp vierjährigen Reisetätigkeit unserer Fraktion ist mir aufgefallen, daß es bislang keine einzige Reise nach Madagaskar gegeben hat. Mich hat das traurig, wütend und betroffen gemacht, und ich bin nicht bereit, dieses Versäumnis persönlich noch länger mitzutragen. Offensichtlich herrscht eine Geringschätzung gegenüber diesem Land bis weit in die Reihen der Grünen hinein. Dabei handelt es sich hier um die viertgrößte Insel der Erde mit heute wohl mehr als acht Millionen Einwohnern. Die führende Position Madagaskars in der Weltproduktion von Vanille, seine erloschenen Vulkane, seine immergrünen Regenwälder und die in Madagaskar noch häufiger anzutreffende Schleichkatze wie auch die Tatsache, daß fünf Prozent der Madagassen Moslems sind, sind für mich Grund genug, jetzt endlich diesen Reiseantrag zu stellen."

Alles, was es an grünen Begründungen geben könnte, hatte Reents in seinem Antrag eingepackt. Engagement gegen den kolonialen Imperialismus (Weltproduktion von Vanille), Umweltschutz (immergrüne Regenwälder) und Tierschutz (Schleichkatze). Obwohl selbst der „Arbeiterkampf" diese Begründung als „beispiellose Dreistigkeit" bezeichnet, wurde der Antrag des Grünen J. R. von der grünen Fraktionsspitze genehmigt – obwohl sich schon im Jahre 1985 der grüne Abgeordnete Walter Schwenninger auf Madagaskar umgesehen hat.

Von allen Abgeordneten des Deutschen Bundestages reisen übrigens die Grünen am meisten. Sie sind auch diejenigen, die den Fahrdienst des Deutschen Bundestages so in Anspruch nehmen (u. a. für nächtliche Whisky-Käufe), daß er jetzt erheblich aufgestockt werden muß. Und dies, obwohl 1983 beim Einzug der Grünen in den Bundestag ein sogenanntes Dienstfahrrad medien- und werbewirksam vorgestellt wurde. Es ist längst verrostet. Aus den Alternativen sind richtige Schicki-Mikkis geworden. Wie schreibt doch der „Arbeiterkampf" am 12. Januar 1987 über Otto Schily? Seine Auslandsreisen werden als „Otto's Gutsherrn-Diplomatie" dargestellt; man müsse sich für das exaltierte VIP-Getue schämen.

Dr. Günther Müller MdB


Foto: Schulze-Vorberg

aus: „Deutschland-Magazin", 3/87, S. 46

Wer die Fähigkeit zum Lesen und Verstehen zusammenhängender Texte noch nicht erworben hat, kann nicht nur ein Schuljahr, sondern gegebenenfalls auch eine vierjährige Sitzungsperiode des Deutschen Bundestages wiederholen. Der CSU-Abgeordnete Günther Müller, einer der treuesten Leser dieser Zeitschrift unter den Mitgliedern des Hohen Hauses) hat nach einem Aufsatz im ,,Deutschlandmagazin'' zum Nachsitzen noch viel Zeit.

Günther Müller war, was den meisten Lesern des AK nicht bekannt sein dürfte, in den sechziger Jahren Bundesvorsitzender der Jungsozialisten. Die Hintergründe seiner scheinbar totalen politischen Verwandlung gelten als unbekannt. Als dem proletarischen Internationalismus verbundenes Organ wollen wir die Angriffe Müllers auf einen der bedeutendsten Madagaskar-Experten der Hamburger Linken nicht unbeantwortet lassen. Wir haben uns daher entschlossen, erstmals exklusiv Material aus dem in langjähriger freundschaftlicher und brüderlicher Zusammenarbeit vom KB und KGB angelegten Archiv mit Geheimdossiers über die Abgeordneten des Bundestages zu publizieren:

In Kreisen bayerischer Jungsozialisten war 1968 bekannt, daß der Genosse Günther Müller eine exzessive Vorliebe für original sowjetischen fünfzig Jahre alten Kaviar hatte, den er sich ebenso wie mehrere Kisten roten (!) Krimsekts aus dem Nachlaß Stalins über konspirative Kontakte zur sowjetischen Botschaft in Bonn-Bad Godesberg beschaffte.

Durch Mittelsmänner aus der Hauptstadt der DDR wurde der Kryptokommunist Herbert Wehner am 1.4. 68 über den verkommenen Lebensstil des Arbeiterverräters Müller informiert. Wehner entschloß sich damals, von der Einleitung eines Parteiausschlußverfahrens abzusehen, da Müller sich bereit erklärte, einen gutbezahlten Auftrag als Kundschafter, agent provocateur und Einflußagent in der CSU aufzunehmen. Einwände maßgeblicher Genossen des ZK der SED wegen absehbarer Devisenverschwendung fanden damals weder bei Wehner noch bei den sowjetischen Freunden Gehör. Im Februar 1986, unmittelbar nach dem bedeutsamen XXVII. Parteitag der KPdSU, wurde Müller endlich von den zuständigen Organen wegen Unfähigkeit entlassen. Das bemerkenswerte am Arbeitsstil dieses Spießbürgers war, daß er nicht nur oft seltsame Gedanken äußerte, sondern daß auch die Qualität des von ihm gelieferten Materials mehr und mehr nachließ. Um seine Badewanne auch weiterhin mit Krimsekt füllen zu können, ist Müller heute für den Geheimdienst Madagaskars tätig.

Walter Ulbricht

50 Jahre Gernika

Waffentest für den Weltkrieg

,,Guernica, Stadt von 5000 Einwohnern, buchstäblich dem Erdboden gleichgemacht ... Ein voller technischer Erfolg ...''
Freiherr v. Richthofen

Am 26. April 1937 zerstörte die Legion Condor der deutschen Luftwaffe die baskische Kleinstadt Gernika (baskische Schreibweise). Für den Verlauf des spanischen Krieges war dieses Ereignis nebensächlich, und auch die Grausamkeit des Bombardements wurde durch die Angriffe auf andere Städte vor und nach Gernika übertroffen. Trotzdem wurde der Name dieser Stadt zum Symbol: Wache Zeitgenossen erkannten damals, daß Gernika den Beginn des modernen Krieges gegen die Zivilbevölkerung markierte, und daß der deutsche Faschismus auf spanischem Boden für ein größeres Gernika probte. Picassos Gemälde wurde zum bekanntesten Antikriegsbild, das heute in keinem Lexikon fehlt — wessen Handschrift allerdings das Massaker trug, das diesen künstlerischen Aufschrei provozierte, wird meist behutsam verschwiegen: ,,ein Bild gegen den Schrecken unserer Zeit'' ... Im Baskenland ist — 50 Jahre danach — die Zerstörung Gernikas kein Thema fürs Museum.



Als Protest gegen die politische Neutralisierung des Picasso-Bildes und seine Vereinnahmung im Franco-Spanien malten Manuel Valdes und Rafael Solbes 1969 ,,Der Besuch''.

Gernika hatte im April 1937 keinerlei militärische Bedeutung, aber war für die Basken ihr kulturelles und religiöses Zentrum: Hier hatte das historische baskische Parlament getagt, hier stand die 600 Jahre alte Eiche, unter der die Könige Spaniens ihren Eid auf die demokratischen Rechte der Biskaya leisteten. Im Frühjahr 1937 war die älteste Stadt der Basken Teil der vom übrigen republikanischen Spanien abgeschnittenen Nordprovinzen.

An der Offensive Francos gegen die Nordprovinzen hatte die deutsche Luftwaffe ein besonderes Interesse, sollten doch die dortigen Bodenschätze und der Erzhafen Bilbao möglichst schnell in den Zugriff der deutschen Rüstungsindustrie kommen. Da die Republikaner im Norden keine eigene Luftabwehr und Luftwaffe besaßen, konnte die Legion Condor hier unge-

schnell in den Zugriff der deutschen Rüstungsindustrie kommen. Da die Republikaner im Norden keine eigene Luftabwehr und Luftwaffe besaßen, konnte die Legion Condor hier unge-
fährdet ihre neuen Flugzeug- und Bombentypen erstmals in großem Maßstab einsetzen und testen.

Denn die Luftwaffeneinheiten, mit denen Hitler in den Spanischen Krieg eingriff, verhalfen Franco nicht nur zum militärischen Sieg, sondern verfolgten auch sehr spezielle eigene Ziele. Die Luftwaffe, der jüngste Wehrmachtsteil, sollte schnell zur Hauptkraft entwickelt werden — dafür mußten die neuen Junkers- und Heinkel-Bomber auf ihre Kriegstauglichkeit getestet werden, und das Personal brauchte Fronterfahrung.

Spanien war für die Wehrmacht das ideale waffentechnische Versuchsgelände. Nachdem Franco gleich zu Beginn des Putsches 20 Junkers-Maschinen für die Luftbrücke zum Festland bekam und wenig später die erste deutsche Luftwaffeneinheit unter dem Decknamen ,,Reisegesellschaft Union'' folgte, wurde im Oktober 1936 offiziell die Legion Condor aufgestellt: Vor allem faschistische Eliteformationen und Spezialisten, aber immerhin in einer Größenordnug, daß nach dem Spanischen Krieg 20.000 Condor-Legionäre geehrt wurden.

Die Legion Condor testete auf dem spanischen Schlachtfeld etliche Flugzeugtypen, und die deutsche Rüstungsindustrie baute in der Folgezeit jene Typen in großer Serie, die sich in Spanien besonders bewährt hatten. So wurden zum Beispiel die ,,Stukas'', die Sturzkampfflugzeuge Ju 87, durch die Legion-Condor-Erfahrungen weiter verbessert und trugen in der ersten Phase des Zweiten Weltkrieges zu den Überraschungserfolgen der Wehrmacht bei.

Zu den Experimenten, auf denen das Auge des Führers ruhte, gehörte der Bombenterror gegen die Zivilbevölkerung — einer der Flecken in diesem Bombenteppich war Gernika. An jenem 26. April war Wochenmarkt in der ,,heiligen Stadt'' der Basken: Zusätzlich zu den Einwohnern und tausenden von Flüchtlingen füllten sich die Straßen noch mit den Besuchern aus der Umgebung. Als der Markt am Nachmittag in vollem Gang war, begannen vier Staffeln der Legion Condor, die Stadt mit schweren Bomben und Brandtbomben zu zerhämmern. Die aus dem Feuersturm in die Felder flüchtenden Menschen wurden von Tieffliegern mit Maschinengewehren beschossen. Als die Junkers und Heinkel nach drei Stunden abdrehten, lag Gernika in Schutt und Asche; 1645 Menschen waren tot, 889 schwer verletzt. Vier Tage später, als Gernika franquistisch besetzt war, inspizierten die Stabsoffiziere der Legion Condor das Trümmerfeld. Stabschef Freiherr von Richthofen notierte in seinem Tagebuch den ,,vollen technischen Erfolg'' der Bombertaktik. Gernika — Generalprobe für Warschau, Rotterdam, Coventry.

Die ersten Korrespondentenberichte, die die Wahrheit über die Zerstörung Gernikas verbreiteten, lösten in der außerspanischen Welt eine Welle des Protestes aus. Die katholische Öf-

Die ersten Korrespondentenberichte, die die Wahrheit über die Zerstörung Gernikas verbreiteten, lösten in der außerspanischen Welt eine Welle des Protestes aus. Die katholische Öf-
fentlichkeit vor allem in Frankreich, zeigte sich entsetzt, war doch Gernika das religiöse Zentrum der katholischen Basken. Der Protest zeigte Wirkung: Franco ließ erklären, die Basken selbst hätten ihre Stadt angezündet, um den republikanischen Kampfgeist anzustacheln. Später bestritt zwar auch in Franco-Spanien niemand mehr, daß Gernika von der Legion Condor ausradiert wurde, doch wurde die Verantwortung allein auf die Deutschen abgewälzt, die ohne die Zustimmung des franquistischen Oberkommandos gehandelt hätten (was zutreffen mag, aber die Tatsache übergeht, daß die deutschen Faschisten ihre Kriegsführung ohnehin eher autonom bestimmten). Der Legion-Condor-Flieger Galland gab in seinen Memoiren die Bombardierung Gernikas zwar zu, bezeichnete sie jedoch als ,,bedauerlichen Irrtum'' infolge ungünstiger Sichtverhältnisse. Die detaillierten Erfolgsberichte, die seine Einheit aus Spanien nach Berlin geschickt hatte, sprachen eine andere Sprache.

An der Brutalität der Kriegsführung änderte sich nach Gernika nichts. Vor den Augen der Welt vollstreckte Franco das Todesurteil gegen die Republik Euskadi. Durch die sogenannte ,,Nichteinmischungspolitik'' der europäischen Staaten mußte die republikanische Zentralregierung tatenlos zusehen, wie das abgeschnittene Baskenland von der deutschen Luftwaffe zertrümmert wurde.

Für den spanischen Pavillon auf der Pariser Weltausstellung malte Picasso in wenigen Wochen nach dem 26. April sein Monumentalbild ,,Guernica''. Die Nachricht von der Bombardierung ließ ihn sein ursprüngliches Thema ,,Maler und Atelier'' verwerfen. ,,Guernica'', das die Auftraggeber zunächst enttäuschte, weil es ihnen zu schwierig, zu wenig propagandistisch schien, wurde zum Jahrhundertbild, zum Symbol für die Greuel des Kriegs. Als amerikanische Künstler 1970 gegen das Massaker von My Lai protestierten, taten sie es vor dem Picasso-Original in New York.

Gemäß der Verfügung des Künstlers kam das Bild erst nach dem Ende des Franco-Faschismus nach Spanien.

Gernika ist längst wiederaufgebaut, doch die Bedeutung seiner Zerstörung ist im Baskenland lebendig geblieben, zumal der spanische Staat bis heute die franquistische Lüge, Gernika sei von den Basken selber in Brand gesteckt worden, nicht offiziell revidiert hat. Auch eine deutsche ,,Wiedergutmachung'' hat es natürlich nicht gegeben. Während im übrigen Spanien im vergangenen Jahr des Beginns des Bürgerkrieges allenfalls als abgeschlossenes Kapitel der Historie gedacht wurde, dessen alte Wunden längst verheilt seien, stehen die baskischen Aktivitäten zum Gernika-Jahrestag in einer Kontinuität des Kampfes für die unerfüllten alten Forderungen. ,,Frieden und Souveränität sind das Ziel, für das so viele unserer Kameraden an den Kriegsfronten starben, ein Ziel, das Euskadi bis heute nicht erreicht hat'', heißt es in ei-

alten Forderungen. ,,Frieden und Souveränität sind das Ziel, für das so viele unserer Kameraden an den Kriegsfronten starben, ein Ziel, das Euskadi bis heute nicht erreicht hat'', heißt es in ei-
ner Erklärung ehemaliger Angehöriger des baskischen Heers. ,,Wir wollen nicht irgendeinen Frieden, wir wollen den Frieden eines freien Euskadi.''

Auftakt zu den Veranstaltungen war bereits Mitte März mit einer Demonstration zum Jahrestag des NATO-Referendums, um das damalige Votum der Basken gegen die NATO-Mitgliedschaft zu bekräftigen.

Im Mittelpunkt des Programms in Gernika selber vom 16. bis 26. April stehen zwei Bestrebungen: Die allseitige Präsentation baskischer Kultur durch Musik, Theater, Austellungen und der Aufruf zum Handeln gegen die heutige Kriegsgefahr. In das Programm, das von einer Kommission aus 34 Organisationen entwickelt wurde, ist der Nationalfeiertag der Basken integriert und der jährliche Marsch zur Förderung der baskischen Sprache. An einer zweitägigen internationalen ,,Konvention für den Frieden'' werden Vertreter von Friedensbewegungen, Befreiungsbewegungen etc. teilnehmen.

Zu einem antifaschistischen deutsch-baskischen ,,Akt der Brüderlichkeit'' sind von BRD-Seite unter anderem die Grünen, die Friedensliste, die VVN, die Gesellschaft für bedrohte Völker, die ESG eingeladen.

Am 17. April beginnt ein internationales Friedenscamp, zu dem tausende Jugendliche erwartet werden. International ist auch ein Frauentribunal, das die Brücke von der damaligen Unterdrückung zur heutigen Repression in Euskadi schlägt. In der BRD ruft das ,,euskadi-info'' zur Beteiligung am Friedenscamp und an den Veranstaltungen auf als ,,Ausdruck konkreter Solidarität mit dem baskischen Volk''.

ch., Hamburg

Informationen über Friedenscamp und Veranstaltungen sind erhältlich beim euskadi-info c/o G. Schwab, Mühleweg 2, 7802 Merzhausen

INHALT

Ausländer in der BRD
Bürgerrechte auf dem Pokertisch der EG — Türkische Staatsangehörigen wird Freizügigkeit verwehrt ... 24